

An abstract painting with a textured, expressive style. The background is a mix of light and dark tones, with a prominent dark, curved stroke running diagonally across the center. The colors include shades of brown, grey, and white, with some hints of yellow and blue. The overall effect is one of depth and complexity.

Armut und Lebenslagen im Alter

**Befunde und
Perspektiven**

Armut und Lebenslagen im Alter

Befunde und Perspektiven

*Herausgegeben vom Landesseniorenrat Thüringen
ISBN 978-3-937107-38-7 (EchinoMedia Verlag)*

Lebenslagen im Alter – Entwicklungen und Perspektiven

Inhaltsverzeichnis

Anstatt einer Einleitung: Armut und Lebenslagen im Alter – Perspektiven auf eine Herausforderung	Jan Steinhaußen	5
Zur sozialen Lage älterer Menschen und ihrer Perspektive		17
Altersarmut. Ursachen, Entwicklung, Prognosen. Zum Begriff Altersarmut	Alfred Spieler	19
Das prekäre Alter. Hintergründe und Lebenslagen	Ronald Lutz	29
Lebenszufriedenheit und soziale Teilhabe im Alter – Disparitäten regionaler Versorgungsstrukturen und sozialstrukturelle Ungleichheiten	Mareike Popp	47
Armut und Engagement. Zu den schwierigen Bedingungen gesellschaftlicher und politischer Partizipation Erwerbsloser, Erwerbsgeminderter und prekär Beschäftigter im sozialen Bereich	Leiv Eirik Voigtänder	63
Innovative armutspräventive Ansätze und Projekte in der Sozialarbeit mit und von älteren Menschen		77
Prekäres Alter und sozialraumsensible Planung	Mario Rund	79
Selbsthilfe in Seniorengenossenschaften	Andrea Kuhlmann	87
Innovationen in Landgemeinden. Die Rolle von Potenzialentwicklern im Innovationsprozess	Tobias Federwisch	99
Nahv@rsorge – Multifunktionale Nahversorgung – das DORV-Konzept	Heinz Frey	115
„Gemeinsam geht es besser“. Reziprozität bei Pflegebedürftigkeit und Demenz in Familien und gemeinschaftlichen Wohnprojekten	Rolf Pfeiffer, Andreas Lampert	129
Anhang		150
Angaben zu den Autoren		150



Armut und Lebenslagen im Alter – Perspektiven auf eine Herausforderung (Einleitung)

Jan Steinhaußen

Der vorliegende Band sollte zunächst Armut im Allgemeinen, Altersarmut im engeren Sinne thematisieren. Grundlage war eine Fachtagung zur Altersarmut, die die Fachhochschule Erfurt, die Landeszentrale für politische Bildung Thüringen sowie der Landes seniorenrat Thüringen am 13.11.2015 in Erfurt durchführte. Die Uferlosigkeit des Unternehmens resultiert(e) aus der Komplexität des Phänomens Armut als Untersuchungsgegenstand. Was überhaupt Armut bedeutet, darauf verweist im vorliegenden Band Mario Rund, ist abhängig vom Begriffsverständnis, von der Messung, der Wahrnehmung, von politischen Interessen, der Kultur, der Betroffenheit und der Perspektive. Die verschiedenen Konzepte zur Armutsmessung basieren auf normativen Entscheidungen. Der Begriff wird ganz unterschiedlich definiert und auf unterschiedlichste Phänomene angewendet, auf Menschen, auf gesellschaftliche Gruppen, auf Regionen, Länder und Organisationen. Menschen kann es im Elementarsten an Subsistenzmitteln ermangeln, so dass ihre Existenz bedroht ist, was im Allgemeinen als absolute Armut beschrieben wird. Wenn Menschen in hochentwickelten Ländern signifikant unterhalb eines mittleren Einkommens liegen, spricht man von relativer Armut, die keine vergleichbare Existenzbedrohung, dennoch Benachteiligung, Ausschluss, Teilhabegefährdung, höhere Morbidität und Mortalität, Depravierung u. a. erzeugt. Armut kann, wenn Kriterien transparent definiert werden, gemessen

und damit objektiviert werden. Man spricht andererseits von subjektiver oder gefühlter Armut. Sie entspringt einem subjektiven Gefühl oder Bewusstsein der Betroffenheit und lässt sich nicht an Einkommensgrenzen festmachen. Sie stellt sich ein, wenn Menschen sich aufgrund ihrer wirtschaftlichen Situation gesellschaftlich ausgegrenzt oder diskriminiert fühlen, wenn sie das Gefühl haben, nicht integraler Bestandteil der Gesellschaft zu sein, in der sie leben.

Insofern kann der vorliegende Band nur ein Blitzlicht auf das Thema Armut sein, der auf bestimmte Debatten und Probleme hinweist und dafür sensibilisiert, dass Armut auch in einer reichen Gesellschaft ein Thema ist.

Dieses Blitzlicht, das auf Altersarmut und Lebenslagen im Alter fokussiert, in einem scheinbar nebulösen Forschungsfeld bereitet ein gewisses Unbehagen, weil es dringlichere Fragen zum Thema Armut zu geben scheint: So gibt es zwar in der weltweiten Armutsbekämpfung durchaus Erfolge, aber weltweit leben nach wie vor über eine Milliarde Menschen in extremer Armut und werden mehrere Milliarden Menschen durch Hunger, Wassermangel, Krieg und Terror bedroht. Im Jahr 2001 hatten nach Angaben der Weltbank 21 % der Weltbevölkerung weniger als ein US-Dollar, 50 % weniger als zwei US-Dollar in lokaler Kaufkraft pro Tag zur Verfügung und galten damit als extrem arm. An dieser Situation hat sich in der Substanz wenig geändert. Dabei geht es bei der Betrachtung von extremen und relativen Armutsphänomenen nicht nur

um Armut, sondern um gravierende soziale Ungleichheiten. Die ca. 80 reichsten Milliardäre der Welt besitzen genauso viel Vermögen wie die einkommensschwächsten 50 Prozent der Weltbevölkerung. In den jüngsten Meldungen wurde unterstellt, dass 62 Milliardäre rund die Hälfte des weltweiten Kapitals besitzen. Damit gehören dem reichsten Prozent der Welt, darauf hat der Nobelpreisträger für Wirtschaft Joseph Stiglitz verwiesen, mittlerweile fast die Hälfte des weltweiten Vermögens – und schon in absehbarer Zeit könnte es genauso viel Vermögen besitzen wie die restlichen 99 Prozent zusammen. Das sich damit verbindende, hier kaum berücksichtigte Problem sind aber nicht die Reichen oder Superreichen an sich, sondern die eklatanten Ungleichheiten zwischen arm und reich innerhalb eines Landes sowie zwischen den reichen Industriestaaten und sog. Entwicklungs- oder Schwellenländern, verarmten und destabilisierten Staaten, die sich in der Mehrzahl in Afrika und Asien befinden. Auf diese globale Herausforderung gehen die Autoren dieses Bandes nicht ein. Gleichwohl sind sie im Hintergrund vorhanden, weil

- es in einer globalisierten Welt mit global wirkenden Bedrohungsszenarien eine globale Verantwortung nicht nur für ökologische, wirtschaftliche und Sicherheits-, sondern auch für soziale Standards gibt
- instabile Staaten mit extrem hohen Armutsquoten und sozialer Ungleichheit eine politische und wirtschaftliche Hypothek auch für wirtschaftlich starke Staaten mit hohen Sozialstandards sind
- der Staatenzerfall, wie wir ihn gegenwärtig in Syrien, im Irak und in Ländern Afrikas erleben, Flüchtlingsbewegungen verursacht und Terrorismus begünstigt

und dieser Zerfall auch Industrienationen und deren Wohlstand bedroht. Diese Bedrohung wird von der Bevölkerung genau auch in diesem Kontext wahrgenommen.

Die Bekämpfung von absoluter Armut in Ländern Afrikas und Asiens und deren Wohlförderung ist nicht nur ein moralischer Imperativ, sondern mittelfristig auch für globalen Wohlstand, globale Sicherheit und globales Wachstum Voraussetzung. Insofern sind die absoluten Armutsphänomene in armen Staaten nicht isoliert. Sie wirken in einem globalen System. Die Armutsphänomene in einer globalisierten Welt sind unterschiedlich verteilt und dennoch miteinander verbunden. Die extreme Armut in sog. Entwicklungsländern, in Afrika, in Teilen von Mittelamerika und in Asien, die durch Kolonialismus und moderne Industriestaaten z. T. mit verursacht wurden, hat Auswirkungen auf das Weltwirtschaftswachstum, auf Flüchtlingsbewegungen, auf die Stabilität von Regionen. Sie kann, auch wenn sie hier marginalisiert erscheint, zu keiner Zeit ausgeblendet werden.

Dabei geht es im Grundsätzlichen nicht nur um Armut, sondern gleichermaßen – wie oben angedeutet – um Ungleichheiten. Nicht nur weltweit ist der Unterschied zwischen extrem Reichen und Armen gewachsen. In fast allen industrialisierten Staaten, so auch in Deutschland, driftet die Gesellschaft auseinander. Ein hohes Maß an Ungleichverteilung ist verbunden mit geringerer Wirtschaftsleistung, einer Schwächung der Demokratie sowie grundlegender Werte der Rechtsstaatlichkeit. Um die Dimension von Ungleichheiten und Armut zu erfassen, reicht es nicht aus, Einkommens- und Vermögensverhältnisse der von Armut betroffenen Menschen und der

Reichen zu erfassen. Die Leistungsfähigkeit einer Volkswirtschaft und die Perspektiven einer effektiven Armutsbekämpfung hängen maßgeblich von den Durchschnittsbürgern und der Stabilität der Mittelschicht ab. Laut einer Erhebung der Unternehmensberatung McKinsey könnten bis 2020 zehn Millionen Deutsche aus der Mittelschicht abgestiegen sein. Weniger als 50 Prozent der Bevölkerung würden dann ein Einkommen auf Durchschnittsniveau erzielen. Diese Ungleichheiten sind entgegen dem neoliberalen Diktum der Privilegierung von Leistungsträgern wachstumshemmend. Gesellschaften sind wirtschaftlich erfolgreicher, wenn der Wohlstand gerechter verteilt ist. Nicht nur die Armutsquote, sondern das Schrumpfen der Mittelschicht, wie man es seit zwei Jahrzehnten in den USA und seit Einführung der Harz-IV-Gesetze auch in Deutschland beobachten konnte, hat, worauf in diesem Band vor allem Alfred Spieler und Leiv Eirik Voigtländer verweisen, Auswirkungen auf die soziale Stabilität, die Armutsquote, die Rentenentwicklung und die Rentenanwartschaften, das zivilgesellschaftliche und politische Engagement. Darüber hinaus gibt es andere Indikatoren für Armut und gesellschaftliche Ungleichheiten, die durch die Einkommens- und Vermögensverhältnisse nicht erfasst bzw. abgebildet werden. Mit dem Wort „Ungleichheit“ werden in den Sozialwissenschaften nicht bloße Unterschiede, sondern (vertikale) Besser- bzw. Schlechterstellungen zwischen Menschen bezeichnet. Man spricht von „sozialer Ungleichheit“, wenn sich die Ressourcenausstattung und Zugangsmöglichkeiten, die Teilhabechancen und die Chancengleichheit zwischen Menschen und Menschengruppen signifikant unterscheiden. Das betrifft u. a.

- die Zugangschancen zum und die Investitionen im Bildungssystem sowie Bildungsabschlüsse
- die Zugangsmöglichkeiten zu Gesundheitsressourcen und den Gesundheitsstatus
- die Lebenserwartung
- die Wohnverhältnisse
- den Ernährungsstatus
- das Freizeitverhalten

Im Rahmen dieses Ansatzes geht es demnach auch um eine Erfassung von Unterversorgung in mehreren Bereichen wie Erwerbstätigkeit, Bildung, materieller Lebensstandard, Wohnqualität, Gesundheit. Vieles spricht auch dafür, dass man, um die Multidimensionalität von Armut zu erfassen, sich auf Lebenslagen von Menschen bezieht. Als Lebenslage wird nach dem Konzept von Otto Neurath die Gesamtheit der äußeren Bedingungen bezeichnet, durch die das Leben von Menschen beeinflusst und bestimmt wird. Im Rahmen dieses Konzepts, Ronald Lutz und Mareike Popp verfolgen in diesem Band diesen Ansatz, spricht man von Handlungsmöglichkeiten und Handlungsspielräumen. Auf diese Weise kommen auch Menschen mit Pflegebedarf und pflegende Angehörige in den Fokus, deren Subsistenzmittel durchaus ausreichend sein können, deren Handlungsmöglichkeiten – und spielräume aber auf Grund ihres Lebensrahmens generell gering sind.

Armut im Allgemeinen und Armut im Alter, begrenzte Handlungsspielräume von Menschen sowie Ungleichheiten der Einkommens- und Vermögensverteilung sind kein Naturgesetz. Sie sind auch nicht Folge von blind wirkenden Marktkräften und sie lassen sich nicht, wie neoliberale Politik

suggeriert, auf das Versagen von Individuen zurückführen. Die Folgen gesellschaftlicher Verteilungsprobleme sowie sozialer und räumlicher Ausschlussprozesse, so schreibt es Mario Rund in diesem Band, lassen sich nicht zu Resultaten „defizitärer“ Selbstführung umdefinieren. Armut und Ungleichheit sind, was der Nobelpreisträger für Wirtschaft Joseph Stiglitz nicht müde wird zu wiederholen, Folge von Politik und folglich des eklatanten Versagens von Politik, denn kein politischer Ansatz, der das Gesamtwohl einer Gesellschaft im Blick hat, kann Armut von größeren Bevölkerungsgruppen und gravierende soziale Ungleichheit intentional befördern wollen. Auf diese Verantwortung der Politik, die in Deutschland in den letzten zwei Jahrzehnten Armut erzeugt hat und die in der Zukunft insbesondere bei älteren Menschen Armut erzeugen wird, verweisen in diesem Band nachdrücklich Alfred Spieler und Mario Rund. Mario Rund meint in diesem Zusammenhang, dass es nicht in erster Linie um die Veränderung von Verhaltensdispositionen geht, sondern von Verhältnissen, die Armut erzeugen, Handlungsspielräume begrenzen und Teilhabe verhindern. Dieser Ansatz der Verhältnisänderung ist kein abstrakter Ruf an die Politik oder soll Eigeninitiative nicht verhindern. Er will prononciert Teilhabe-, Partizipations- und Mitwirkungsmöglichkeiten von Menschen verbessern, damit sie ihre Verhältnisse auch selbst verändern können. Mario Rund, der für diese Verhältnisänderung eintritt, entwickelt im Kontext der Armutsprävention und Armutsbekämpfung ein Planungsmodell, das auf Teilhabe und Mitwirkung beruht. Gerade bei geringen ökonomischen Möglichkeiten, schwachen sozialen Netzwerken, eingeschränkter Mobilität, bei Unterstützungs-

oder Pflegebedarf gewinnen, so schreibt er, sozialräumliche Teilhabemöglichkeiten an Bedeutung. Und Andrea Kuhlmann, Tobias Federwisch und Heinz Frey stellen in diesem Band Beispiele vor, wie Menschen Initiative ergreifen, um Verhältnisse zu verändern. Insofern geht es auch um eine alternative Politik, die sich nicht auf Transferleistungen beschränkt. Wie der salutogenetische Ansatz nicht wie die traditionelle Heilkunst bei einer Bekämpfung von Krankheiten ansetzt, sondern bei der Gesundheitsentstehung, geht es in einer modernen Armutspräventionspolitik auch darum, dass Menschen in die Lage versetzt werden, selbstgestalterisch, selbstwirksam tätig zu werden, und ihr Leben selbst in die Hand nehmen.

Wozu dann, wenn die Herausforderungen so komplex erscheinen und Armutsprävention im Alter bei der Bildung und Selbstermächtigung von Kindern beginnt, also die Thematisierung von Altersarmut in diesem Band?

- Weil sich das humane Potential einer Gesellschaft nicht nur an der Entwicklung von sog. (potentiellen) Leistungsträgern misst, sondern an den „Schwachen“ und Hilfebedürftigen einer Gesellschaft und in einer alternden Gesellschaft der Anteil jener, deren Handlungsspielräume sich verringern, zunehmen wird.
- Weil Altersarmut, die medial viel weniger wirkungsmächtig ins Bild gesetzt wird, schon immer ein weltweites Problem war – die extreme Altersarmut gibt es in den Entwicklungs- und Schwellenländern seit Jahrzehnten nicht als marginales, sondern als Massenphänomen.
- Weil sich Fragen der Altersarmut vor dem Hintergrund des demografischen Wandels in allen westlichen Staaten mit einer

ganz anderen Dringlichkeit stellen, als in Gesellschaften mit einer großen Anzahl von Erwerbstätigen.

- Weil Altersarmut weltweit Ausdruck vieler anderer Armutsphänomene ist. Wenn flüchtige Alterskohorten junger Männer in Europa eintreffen, deren Armut und Not eklatant erscheint, bedeutet es eben auch, dass Schwächere, Kinder, Frauen, Menschen mit Behinderungen und alte Menschen in Kriegs- und Verelendungsgebieten zurückbleiben.
- Weil von Altersarmut und/oder geringen Subsistenzmitteln im Alter und demnach Teilhabegefährdungen im Alter nicht nur in Deutschland nicht Zehn- oder Hunderttausende, sondern Millionen Menschen betroffen sein werden und dieses Ausmaß von Armut weitgehend verdeckt ist. Altersarmut und die eklatante Verringerung von Handlungsmöglichkeiten und Teilhabechancen etwa von Hochaltrigen mit und ohne Pflegebedarf werden medial und politisch nicht inszeniert und viel weniger skandalisiert, weil ihre Selbstvertretungen und Lobbyisten schwächer sind.
- Weil sich ein Fundament der Sozialgesetzgebung, das Rentenversicherungssystem, wenn es systemisch Armut produziert, delegitimiert mit weitreichenden Folgen für die Systemakzeptanz.
- Weil Armut im Alter weitreichende Auswirkungen hat: auf das Gesundheitssystem und die Pflegeversicherung und deren Kosten, auf die zivilgesellschaftliche Engagementbereitschaft im Alter, worauf in diesem Band nachdrücklich Leiv Eirik Voigtländer verweist, auf die Lebensqualität und Lebenszufriedenheit und auf das politische Bewusstsein – es ist inzwischen bekannt und gut untersucht, dass die An-

zahl von Älteren mit rechtsextremen Einstellungen bei z. T. über 20 Prozent liegt. Was ist Anliegen des Bandes? Obwohl Altersarmut und Lebenslagen im Alter in den letzten Jahren im wissenschaftlichen Diskurs breit thematisiert und diskutiert wurden und werden und Wohlfahrtsverbände und Gewerkschaften wie die Parität, die Volkssolidarität und der DGB seit vielen Jahren auf gravierende Lücken im Alterssicherungssystem verweisen, die zu gravierender Altersarmut führen, spielt die Altersarmut, ein Armut verhinderndes Rentensystem, Teilhabe gefährdete Gruppen wie hochaltrige, pflegebedürftige Menschen in politischen Programmen keine substantielle Rolle. Insofern geht es nach wie vor um das Herstellen von Öffentlichkeit für ein Problem, das seine Wirkung und Wucht in naher Zukunft entfalten wird. Die Beiträge behandeln Folgendes:

Alfred Spieler beschäftigt sich mit der sozialen Lage älterer Menschen und ihren Perspektiven. Sein Schwerpunkt liegt auf der Entwicklung der Renteneinkommen. Er konstatiert, dass die Armutsgefährdungsquote von Älteren gegenwärtig zwar noch unter dem bundesweiten Durchschnitt liegt, sich diese Situation aber in den nächsten Jahren gravierend verändern wird. Bereits im Jahr 2015 erreichte die Anzahl der Leistungsempfänger für Grundsicherung die Millionengrenze, wobei man von einer hohen Anzahl antragsberechtigter Personen ausgehen muss, die ihre Ansprüche nicht geltend machen. Alfred Spieler verweist aber nicht nur auf die Alterseinkünfte und ihre Entwicklung, sondern auf mit Armut korrespondierende Faktoren: auf den knappen bezahlbaren Wohnraum, auf die steigenden Kosten für Gesundheit und Pflege, auf die schwieriger werdende Versorgung und

Teilhabe älterer Menschen im ländlichen Raum sowie die zunehmende Verschuldung älterer Haushalte. Als Ursachen für diese Entwicklung sieht er Langzeitarbeitslosigkeit, die Rentenreformen, die zu einer Absenkung des Rentenniveaus führen, den unzureichenden Schutz bestimmter Gruppen, die Lohndiskriminierung von Frauen sowie den breiten prekären Niedriglohnsektor. Aus diesen Ursachen erschließen sich für ihn Lösungsansätze, die er u. a. im Abbau von Langzeitarbeitslosigkeit, der Anhebung des gesetzlichen Mindestlohnes, der Stärkung der gesetzlichen Rente, der Verbesserung der sozialen Sicherung für besonders gefährdete Gruppen und der Einbeziehung weiterer Gruppen in die gesetzliche Rentenversicherung sieht.

Ronald Lutz geht in seinem Beitrag nicht nur von Armut im Alter aus, sondern von einem prekären Alter, das die Dimension einer strukturellen Ungleichheit enthält, die sich nach dem Austritt aus dem Erwerbsleben einstellt. Ursachen sind u. a. das Verschwinden einer normalen Erwerbsbiografie und die Ausweitung des Niedriglohnsektors, die zur Perpetuierung einer prekären Einkommenssituation auch jenseits des Erwerbslebens führen. Insofern bringen prekäre Beschäftigungsverhältnisse ein prekäres Altern hervor mit allen negativen Folgen für den Gesundheitsstatus, die Systemaffinität, die Möglichkeiten der Selbstverwirklichung u. a. Ronald Lutz führt an dieser Stelle zwei bisher wenig beachtete sozialpsychische Dispositionen ein, die inkohärente Lebensverläufe begünstigen: Verwundbarkeit und Erschöpfung. Mit Verwundbarkeit bezeichnet er verschiedene soziale und ökonomische Bedrohungen, denen sich der ältere Mensch faktisch nicht mehr selbst bewirken entziehen kann. Sozi-

ale Erschöpfung ist für Ronald Lutz die erzwungene Reaktion auf Zumutungen der Moderne, die das Autonomieversprechen moderner Gesellschaften, dass sich das Individuum aus seiner selbstverschuldeten Unmündigkeit befreien kann, ad absurdum führt. Menschen sind im Alter zunehmend und unverschuldet verwundbar und erschöpft. Auch hier perpetuiert sich die prekäre Erwerbssituation auf das Alter in der Form einer psychosozialen Repräsentation. Das Lebenslagenkonzept stellt für ihn in diesem Kontext ein Analysemodell dar, das diese Repräsentation in seiner Komplexität abbilden kann. Es zielt nicht nur auf die Einkommenssituation, sondern auf Menschen zur Verfügung stehende Handlungsspielräume und –möglichkeiten, die sich bei verwundbaren und erschöpften Menschen eklatant verringern. Er verweist hier auf eine Linderungsoption jenseits von Versorgungsansprüchen und -settings: auf Anerkennung, die Basis jeglicher Sozialpolitik sein muss.

Mareike Popp thematisiert die Lebenszufriedenheit und soziale Teilhabe im Kontext disparater regionaler Versorgungsstrukturen. Dabei geht sie von einem multidimensionalen Armutsbegriff aus, der sowohl die objektiven Lebensbedingungen als auch die subjektive Repräsentation dieser Lebensbedingungen berücksichtigt. In ihrem Beitrag konstatiert sie, dass es Indikatoren für Lebenszufriedenheit gibt und dass diese wesentlich durch die persönlich zur Verfügung stehenden materiellen und immateriellen Ressourcen beeinflusst wird. Dabei ist durchaus bemerkenswert, dass die Lebenszufriedenheit im Verlaufe des Lebens nicht konstant ist, sondern im Durchschnitt eine u-förmige Ausprägung annimmt. So lassen sich höhere Zufriedenheitswerte bei

Älteren als bei Menschen in der Lebensmitte feststellen, Verheiratete leben zufriedener als allein oder getrennt Lebende, Menschen mit höherer Bildung und einem höheren Gesellschaftsstatus sind ebenfalls zufriedener als Menschen mit geringer Bildung und geringerem Sozialstatus. Dieser Befund wird kontextualisiert zu der Bedeutung des Sozialraums, zu dessen Qualität und Ausstattung. Er hat Einfluss auf die Lebenszufriedenheit und Teilhabemöglichkeiten. Sie konstatiert, dass es zwischen den Landkreisen erhebliche Unterschiede in der Verfügbarkeit von räumlich gebundenen Ressourcen gibt. In Landkreisen mit besseren ökonomischen Rahmenbedingungen gibt es auch ein höheres soziokulturelles Engagement von älteren Menschen. Im Vergleich zeigen sich auch deutliche Unterschiede hinsichtlich der Lebenszufriedenheit. Durch eine schlechte soziale und kulturelle Ausstattung und Anbindung kann es zu einer doppelten Ungleichheit kommen: Die persönliche Lebenssituation, die durch geringes Einkommen, familiäre Belastungen u. a. gekennzeichnet sein kann, wird durch die räumlichen, infrastrukturellen und Versorgungsgegebenheiten in der einen oder anderen Weise zum Negativen oder Positiven kontextualisiert. Insofern ist es für die Lebenszufriedenheit von Älteren nicht gleichgültig, wo sie leben. In ökonomisch schlechter gestellten Regionen haben Menschen insbesondere aus unteren sozialen Schichten eine noch geringere Teilhabequote als in Regionen mit besseren Rahmenbedingungen. Das bedeutet, dass nicht nur personengebundene Faktoren, das persönliche Einkommen, der Bildungsgrad, die familiäre Situation, der Gesundheitsstatus u. a. m. einen nachweisbaren Einfluss auf die Teilhabe und die Lebenszufriedenheit von Menschen haben.

Für die Politik signalisiert dieser Befund, dass es bei der Armutsprävention für Ältere nicht nur um eine personen- und einkommensbezogene Intervention gehen kann, sondern um eine teilhabeorientierte Raumausstattung. Sie kann ein Beitrag zur Chancengleichheit sein und Defizite in den persönlichen Ressourcen zumindest teilweise kompensieren. Das gilt insbesondere für jene Regionen, in denen individuelle Lebenslagen, die Renteneinkommen, die Arbeitslosenquote schlechter sind.

Leiv Eirik Voigtländer fragt danach, ob es einen Zusammenhang zwischen Armut und Engagement gibt. Die Fragestellung hat eine weitgehende politische Relevanz, denn sollte sich nachweisen lassen, dass durch ein geringes Rentenniveau, prekäre Beschäftigungsverhältnisse und andere Faktoren deutliche Armutsbestände geschaffen werden, die ihrerseits Desengagement großer Bevölkerungsgruppen bewirken, dann erweisen sich wesentliche soziale Reformprojekte der Vergangenheit, insbesondere die Renten- und Arbeitsmarktreformen als Bumerang, der mit seiner Wirkung erst gut ein bis zwei Jahrzehnte später im Herzen des Sozialstaates und der Zivilgesellschaft einschlägt.

Leiv Eirik Voigtländer stellt in seinem Text, der auf einer eigenen umfangreichen Studie basiert, gleich zu Beginn fest, dass Menschen mit geringem Einkommen und geringen Chancen am Arbeitsmarkt nicht nur im sozialen Bereich als Objekte sozialpolitischer Diskurse und Praxen ausgrenzend behandelt, sondern auch als handelnde Subjekte marginalisiert werden. Menschen in Armut gelingt es kaum, ihre spezifischen Interessen zu artikulieren, sich zu organisieren und eine nennenswerte Gegenmacht gegen Ausgrenzungsprakti-

ken zu organisieren. Mit dem Anstieg von Armut geht ein Rückzug der von Armut Betroffenen aus dem politischen Gemeinwesen einher, die in der vermeintlichen Bürgergesellschaft diskriminiert sind und deren Stimme im demokratischen Prozess kaum vernehmbar ist. Dieser Befund korrespondiert mit einer Organisations- und Mobilisierungsschwäche von Betroffenen, die zu den positiven Signalwörtern des Diskurses über bürgerschaftliches Engagement in eigenartigem Widerspruch steht.

Dabei geht es Voigtländer nicht nur um die Beschreibung dieses Rückzuges, sondern welche Bedarfe sich im Gemeinwesen engagierende Menschen haben, die am Erwerbsleben nicht partizipieren und denen nur geringe Subsistenzmittel zum Leben zur Verfügung stehen. Er verweist hier u. a. auf deren Ziele und Motive im ehrenamtlichen Engagement, auf den psychosozialen Problemdruck, dem sich von Armut betroffene Menschen im Bereich ihres Engagements ausgesetzt sehen, auf das Selbstwertgefühl und den persönlichen Gewinn, den Engagierte empfinden, sowie auf Hemmnisse im Engagement. Voigtländer zeigt damit den hohen Stellenwert der (ehrenamtlichen) Arbeit für teilhabegefährdete Menschen, die allerdings auch in der Zivilgesellschaft und im Bereich des bürgerschaftlichen Engagements von Ausgrenzung, Diskriminierung und geringer öffentlicher Wahrnehmung und Wertschätzung bedroht sind.

Die nachfolgenden Beiträge sind im Schwerpunkt auf Lösungsansätze orientiert. Sie stellen interessante Projekte vor, die Menschen Teilhabe durch selbst bewirktes Engagement ermöglichen. Sie stellen implizit dar, dass Versorgung die Dimension der Subsistenz, zivilgesellschaftliches Enga-

gement die Dimension der Teilhabe erfüllen.

Mario Rund bevorzugt in seiner Problembeschreibung weniger den mitunter etwas nebulös verwendeten Begriff Altersarmut, der sich oft lediglich auf die Einkommenssituation von Älteren bezieht, sondern wie Ronald Lutz den Begriff des „Prekären Alterns“. Der Begriff des Prekären verweist eben nicht nur auf das Renteneinkommen und die Vermögenslage, sondern auf die mit dem Lebensalter verbundenen Belastungen und Unsicherheiten in der Lebenslage und der Lebensbewältigung. Mit der begrifflichen Verschiebung eröffnen sich neue Perspektiven. Die Vielgestaltigkeit benachteiligter Lebenslagen im Alter wie Fragen der Gesundheit, der Pflege, des Geschlechts und der sozialen Kontakte kommen in den Blick, und es werden soziale Unsicherheiten und gesellschaftliche und räumliche Ausschließungen benannt. Ihm geht es dabei nicht in erster Linie um individuelle Bewältigungsstrategien, die im hohen Alter begrenzt sind, sondern um überindividuelle Bearbeitungsoptionen. Das eröffnet den Raum für politische Ansätze, die er in seinem Beitrag auf die Gestaltung des Sozialraums bezieht, der für ältere Menschen in besonderem Maße zu einer Lebensbewältigungsressource wird. Diese Gestaltung des Sozialraums kann nicht das Resultat blind wirkender Marktkräfte sein, sondern muss von Teilhabe orientierten Planungsprozessen bestimmt werden. Die neue Qualität dieses Ansatzes besteht u. a. darin, dass Planungsakteure verschiedener Bereiche miteinander kooperieren, dass Ausschließungsmechanismen überwunden, dass Teilhabepotentiale identifiziert und eingebracht, dass Bedarfe nicht gruppenspezifisch und gegeneinan-

der, sondern aufeinander bezogen ermittelt und formuliert werden. Die Gestaltung des Sozialraums ist auf diese Weise in höherem Maße durch Bürger selbst bewirkt. Der Beteiligungsaspekt erfährt eine ganz andere Würdigung, als es eine Delegation an Räte und Verwaltungen impliziert. Er sieht in diesem Planungs- und Gestaltungsansatz einen wichtigen Beitrag dafür, dass sich prekäre Lebenslagen im Alter nicht ausweiten und verschärfen.

Andrea Kuhlmann beschreibt in ihrem Beitrag die Praxis von Seniorengenossenschaften, die sich in den letzten zwei Jahrzehnten in verschiedenen Bundesländern etabliert haben. In Seniorengenossenschaften sind verschiedene Grundprinzipien handlungsleitend: die Förderung der Mitglieder, die gegenseitige Hilfe bei Hilfebedarf, die Selbstverwaltung und Selbstverantwortung sowie das Prinzip der Reziprozität (Gegenseitigkeit). Zentrale Anliegen einer Seniorengenossenschaft sind der Erhalt der Selbstständigkeit von Älteren, die Verhinderung von Pflegebedürftigkeit sowie der Verbleib des alten Menschen in seiner Wohnung und im Wohnumfeld bei zunehmendem Hilfe- und Pflegebedarf. Helfende Mitglieder bauen Zeitkonten auf, auf die sie bei eigenem Hilfebedarf späterhin zurückgreifen können. Mit diesem Modell überschreiten Seniorengenossenschaften traditionelle Versorgungsansätze, die auf der Überbringung von geldwerten Leistungen durch Professionelle basieren. Sie verstehen sich nicht als Konkurrenz zu Anbietern von Dienstleistungen, sondern ergänzen sie um die Dimension der Teilhabe und der gegenseitigen solidarischen Hilfe. Sie können ein Beitrag dafür sein, dass von Ausgrenzung und Armut bedrohte ältere Menschen stärker integriert und be-

teiligt werden und dass Armut im sozialen Umfeld gelindert wird.

Tobias Federwisch beschreibt in seinem Beitrag verschiedene Projekte im vermeintlich armen ländlichen Raum, die sich nicht explizit auf Einkommensarmut von älteren Menschen beziehen, sehr wohl aber Lebenslagen von Menschen im ländlichen Raum verbessern. Sie ermöglichen es Menschen, in strukturschwachen Regionen in ihren Gemeinden wohnen zu bleiben, auch wenn sie im Alter bezogen auf längere Wegstrecken immobil sind. Er widerspricht dabei der verbreiteten Auffassung, dass man bestimmte ländliche Räume abschreiben könnte und dass ländliche Regionen im Gegensatz zu urbanen Zentren keine Innovation und keine modernen Lebensformen generieren. Insofern sieht er den Stadt-Land-Gegensatz überstrapaziert. Landgemeinden sind, wie das Beispiel der Bioenergiedörfer zeigt, sehr wohl innovativ und auf Nachhaltigkeit orientiert. Gerade sie strukturieren den vermeintlichen Schrumpfungsprozess um und interpretieren ihn als Ressource für Innovation, Beteiligung, nahraumbezogenes Engagement und Gemeinschaftsgewinn. Sein Beitrag korrespondiert auf diese Weise kongenial zu den oben beschriebenen Forschungsansätzen von Mareike Popp und Mario Rund, die beide davon ausgehen, dass die Sozialraumgestaltung fundamental das Lebensgefühl und die Lebenszufriedenheit von Menschen insbesondere im Alter bestimmt. Tobias Federwisch verdeutlicht moderne Innovationsansätze für die Entwicklung des ländlichen Raumes am Beispiel sog. Dorfkümmerner. Dorfkümmerner sind ehrenamtlich tätige Menschen, die sich weniger um eine Einzelfallhilfe bemühen, sondern die ausdrücklich die Perspektive

der Dorf- oder Gemeindeentwicklung im Blick haben. Federwisch bezeichnet sie als Potentialentwickler im Innovationsprozess. Sie identifizieren Defizite und Bedarfe, sie organisieren die Artikulation von Gemeinschaftsinteressen, sie beschreiben einen Partizipationsprozess, sie entwickeln mit Bürgern Lösungsansätze und sie begleiten die Implementierung von Innovationen, die die bestehende Situation verbessern. Sie sind ein Beispiel dafür, dass ländliche Gemeinden weniger vom demografischen Wandel und Transferleistungen abhängen und infolgedessen zum Niedergang verurteilt sind, sondern vom innovativen Engagement von Menschen.

Heinz Frey konkretisiert in seinem Beitrag diesen Ansatz von Tobias Federwisch und bezieht ihn auf das sog. DORV-Konzept, für das er selbst als Initiator steht und das eine multifunktionale Nahversorgung im ländlichen Raum und in strukturschwachen Regionen gewährleistet. Hintergrund ist, dass traditionelle Versorgungseinrichtungen wie Supermärkte zwar Verkaufsfläche im Überfluss generieren, aber eben nur dort, wo zahlungskräftige Nachfrage Umsatz und Gewinne garantiert. Selbst größere Dörfer sind mitunter von Versorgungsangeboten abgeschnitten. Heinz Frey sieht darin ein Indiz dafür, dass selbstregulierte Märkte, die auf das Engagement von Bürgern nicht angewiesen sind, in nachfrageschwachen Gebieten nicht funktionieren. Die Alternative: DORV-Zentren. DORV-Zentren sind homogene Räume, in denen verschiedene Angebote, der Verkauf von Waren des täglichen Bedarfs, die Poststelle, ein mobiler Arzt, die Erledigung von Verwaltungsangelegenheiten, eine mobile Sozial- oder auch Pflegeberatung, die Vermittlung von Dienstleistungen u. a. m.

konzentriert werden. In solchen Zentren werden Leistungen gebündelt. Sie arbeiten betriebswirtschaftlich und basieren auf der Zusammenarbeit der Bürger, auf Integration und Vernetzung. Der Mehrwert besteht nicht nur in einer räumlich konzentrierten Versorgung, sondern in einer Verbesserung der Daseinsfürsorge und der Etablierung eines sozialen Treffpunkts, der in vielen Gemeinden – sieht man vom Friedhof ab – nicht mehr besteht. Heinz Frey sieht in solchen Zentren, die an verschiedenen Orten bereits etabliert sind, eine Chance für die Verbesserung der Lebensbedingungen insbesondere für ältere Menschen sowie für die Entwicklung des ländlichen Raums und den Erhalt von Dorfgemeinschaften.

Rolf Pfeiffer und Andreas Lamberts Beitrag scheint das Thema des Bandes nur am Rande zu berühren. Dieser Eindruck täuscht allerdings. Durch den Lebenslagenansatz kommen genau jene Menschen in den Blickpunkt, deren Handlungsspielräume in eklatanter Weise verringert und deren Teilhabemöglichkeiten begrenzt sind, nämlich zu Hause gepflegte Menschen sowie deren Angehörige, die Handlungsspielräume von Menschen mit Pflegebedarf ganz wesentlich bestimmen. Ohne Familien romantisch verklären zu wollen: Sie garantierten in der Vergangenheit vielfach intergenerationelle Solidarität, sie enthielten ein implizites Versprechen auf Hilfe in der Zukunft, sie wurden mehr als jede Hilfeeinrichtung vom Motto: „Gemeinsam statt einsam“ getragen.

Über die Belastungen und Teilhabebeschränkungen innerhalb von Pflegefamilien gibt es inzwischen vielfältige Untersuchungen, die auch zu Leistungsverbesserungen und differenzierteren Leistungsangeboten geführt haben. An der häufig hochbelas-

teten und teilhabebeschränkten Situation haben diese Maßnahmen aber relativ wenig verändert. Rolf Pfeiffer und Andreas Lamberts fragen aber nicht nur nach den objektiven Belastungen und Belastungssymptomen, sondern danach, ob das auf Reziprozitätserwartungen basierende Familienkonstrukt, das sich durch den demografischen und Wertewandel, durch die Mobilitätsanforderungen, durch die Wohnentfernung zwischen Eltern und ihren Kindern, durch die Kinderlosigkeit von Familien, durch Ökonomisierung und Flexibilisierung neomoderner Lebensverhältnisse gravierend verändert, in Zukunft noch tragfähig ist, um Reziprozitätserwartungen noch zu erfüllen. Sie verweisen mit Bezug auf Menschen mit Pflegebedarf zunächst darauf, dass eine Demenzerkrankung nicht nur den Betroffenen verändert, sondern das Familiensystem. Demenz führt zu „Beziehungsverwirrungen“. Bewährte Familienmuster geraten aus dem Gleichgewicht. Durch das „Vergessen“ der Familientradition ist nicht nur der Erkrankte in seiner Identität, sondern das Familiensystem in seiner Substanz bedroht. Eine in der Familie tradierte Narration kann nicht fortgeführt werden. Die verschwindenden Routinen werden durch die Bezugspersonen mühselig und häufig bis an die Belastungsgrenzen kompensiert. Substantieller aber noch erscheint die Tatsache, dass die traditionelle Familie diese Reziprozitätserwartung nicht mehr erfüllen wird, weil sie in dieser Form gar nicht mehr existiert. Die Alternative sind neue Wohnformen, in denen sich neue solidarische Beziehungen generieren, die Armut lindern und ihr entgegenwirken. Gemeinschaftliche Wohnprojekte absorbieren den gesellschaftlichen Wandel. Sie stiften alternative Formen des Zusammen-

lebens, die in der Familie nicht mehr bestehen, sie bewahren im Unterschied zur Familie intergenerationelle Wohnformen mit zukunfts offenem Charakter, sie bieten Ersatz und Verlässlichkeit, wo die Familie als klassisches Hilfesystem zunehmend versagt. Solche Wohnprojekte basieren nicht auf tradierten, aber kaum noch tragfähigen Rechtfertigungsmustern, sondern auf Entscheidungen und Vereinbarungen. Die Herkunftsfamilie wird in solchen Wohnprojekten nicht verdrängt, sondern bearbeitet und kompensiert.

Der hier vorliegende Band versteht sich als Diskussionsbeitrag zum Thema Armut und Lebenslagen im Alter. Er ist nicht nur ein Diagnoseinstrument, sondern er will Anregungen für den politischen Prozess geben. Man kann sich wünschen, dass er in diesem wahrgenommen wird.



Zur sozialen Lage älterer Menschen und ihrer Perspektive



Altersarmut. Ursachen, Entwicklung, Prognosen.

Alfred Spieler

Zum Begriff Altersarmut

Bevor wir uns mit der Entwicklung und den Ursachen von Altersarmut befassen, möchte ich auf die Frage eingehen, was eigentlich unter Armut und Altersarmut zu verstehen ist. Das ist notwendig, um sich darüber zu verständigen, worüber wir eigentlich sprechen.

Grundsätzlich unterscheidet man zwischen absoluter und relativer Armut. Während absolute Armut eine Lebenssituation beschreibt, die mit einer oft existenzgefährdenden Verelendung, z. B. mit Hunger und mit anderen gravierenden Entbehrungen verbunden ist, wie sie in Ländern der so genannten „dritten Welt“ massenhaft vorkommt, sprechen wir von relativer Armut, wenn in einem entwickelten europäischen Land das Einkommen in einem Haushalt die Schwelle von 60 Prozent des mittleren Durchschnittseinkommens unterschreitet. Nach dieser gängigen und allgemein akzeptierten Definition lag dieser Betrag für einen Einpersonenhaushalt in Deutschland im Jahre 2014 bei 917 Euro. Wer also allein lebt und über ein Haushaltseinkommen unterhalb dieses Betrages verfügt, gilt daher laut Statistischem Bundesamt als armutsgefährdet. Im Vordergrund steht hier die Einkommensarmut in einem Haushalt mit einer oder mehreren Personen. Was nicht ausschließt, dass es auch hier – d. h. unter den Bedingungen eines entwickelten Landes – über die Einkommensarmut hinaus weitere Formen von Armut geben kann, die durch Entbehrungen im Bereich des Wohnens, der Kultur und Bildung, der Ernährung, der Mobilität etc. ge-

kennzeichnet sind (oft auch als Deprivation bezeichnet). Die Europäische Kommission hat dazu im Rahmen ihrer Sozialberichterstattung einen ganzen Katalog entwickelt. Die normative Bestimmung des Begriffs der relativen Armut wird aber auch politisch gesetzt. So wird z. B. als Grenzwert für die Bestimmung von Altersarmut das Bedarfsniveau in der Grundsicherung im Alter gesetzlich festgelegt, das sich aus den Regelsätzen und den übernommenen Kosten der Unterkunft einschließlich Heizung zusammensetzt und ebenfalls die Größe (Personenanzahl) und Alterszusammensetzung der Haushalte berücksichtigt. Solange dieser Grenzwert nicht unterschritten wird, gelten Menschen nicht mehr als einkommensarm. Das ist natürlich problematisch. Denn das Bedarfsniveau in der Grundsicherung im Alter ist mit dem Regelsatz nach dem Sozialgesetzbuch II „Grundsicherung für Arbeitssuchende“ identisch, ergänzt um die Kosten für Unterkunft und Heizung, die sich je nach Wohnort stark unterscheiden können. Problematisch deshalb, weil sowohl die Bestimmung des Regelsatzes – ab 1. Januar 2016 in Höhe von 404 Euro – als auch der Kosten der Unterkunft nicht frei von haushalterischen Erwägungen der jeweiligen gesetzgeberischen Organe sind. Nach wie vor ist daher die Bestimmung des Regelsatzes politisch umstritten und Gegenstand von Auseinandersetzungen vor Bundessozial- und Bundesverfassungsgericht. Auf Grund der großen Unterschiede bei den Wohnkosten schwankt die Höhe des Bedarfsniveaus teilweise er-

heblich, wie man an Beispielen sehen kann. So betragen die übernahmefähigen Wohnkosten inklusive Heizung laut Satzung in der Stadt Erfurt für einen Einpersonenhaushalt bis zu 380 Euro – in Berlin können sie unter bestimmten Voraussetzungen bis zu 463 Euro erreichen. Während also Erfurt damit beim Bedarfsniveau in der Grundsicherung im Alter etwa im Bundesdurchschnitt von 780 Euro liegt, muss in Berlin mit insgesamt 867 Euro deutlich mehr aufgewendet werden, wenn Einkommensarmut im Alter offiziell vermieden werden soll und nicht auf andere anrechenbare Einkommen zurückgegriffen werden kann. Bemerkenswert ist, dass in beiden Städten der Grenzwert des Statistischen Bundesamtes für die Armutsgefährdungsschwelle in Höhe von 917 Euro unterschritten wird.

Entwicklung und Dimensionen von Altersarmut

Armut betrifft alle Altersgruppen – nicht nur Ältere. Im Bundesdurchschnitt waren im

Jahre 2014 laut Statistischem Bundesamt 15,4 Prozent der Bevölkerung in Deutschland durch Armut gefährdet, wobei die regionalen Unterschiede sehr deutlich sind. Nach Bremen lagen alle neuen Bundesländer und Berlin über dem Bundesdurchschnitt. Die Armutsgefährdungsquote bei den Personen im Alter von 65 Jahren und älter lag im gleichen Jahr mit 14,4 Prozent unter dem bundesweiten Durchschnitt für alle Altersgruppen. Was unschwer darauf schließen lässt, dass die Armutsgefährdung bei den Jüngeren noch höher ausfiel. Beunruhigend ist jedoch die Dynamik von Altersarmut, die in den Zahlen des Statistischen Bundesamtes deutlich wird, wenn man Angaben für 2014 mit denen aus dem Jahr 2005 vergleicht. Danach ist die Quote der Armutsgefährdung bei den Älteren um 3,4 Prozent angewachsen. Bundesweit war da von jede sechste Frau und jeder achte Mann im Alter von 65 Jahren und älter betroffen. Diese Entwicklung wird auch taufisch durch die jüngst veröffentlichte Studie der Bertelsmann-Stiftung bestätigt, darunter auch für Thüringen.

Thüringer Allgemeine.

Fast jeder siebte Thüringer ist von Altersarmut bedroht

Der Anteil der über 65-Jährigen, die im Alter armutsgefährdet sind, nimmt in Deutschland zu. Während 2006 jeder zehnte Ältere von Altersarmut bedroht war, galt das 2013 schon für jeden siebten.

So zeigt es die jüngste Studie der Bertelsmann-Stiftung. In Thüringen sind 13,6 Prozent der über 65-Jährigen von Altersarmut bedroht. Der Freistaat liegt damit aktuell im Mittelfeld aller Länder und einiges unter dem bundesweiten Durchschnitt. 2006 bestand lediglich bei 7,9 Prozent der Thüringer das Risiko, in Altersarmut zu kommen.

Die Bertelsmann-Studie basiert auf Zahlen von 2013. Der zufolge waren in jenem Jahr ältere Menschen in Westdeutschland häufiger armutsgefährdet als in Ostdeutschland. Das hängt mit der Tatsache zusammen, dass bis 1989 im Osten viele Frauen berufstätig waren und danach Rente bekamen.

Ein weiteres Indiz für sich weiter ausprägende Altersarmut ist auch in der Rentenentwicklung ablesbar. Allerdings sind niedrige gesetzliche Renten nicht automatisch mit Altersarmut gleichzusetzen, da niedrige Renten im Haushaltskontext durch weitere Einkünfte anderer Art – z. B. durch Mieten, Pachten oder Kapitaleinkünfte – oder Einkommen weiterer Haushaltsmitglieder ausgeglichen werden können. Bedenklich ist aber, dass die durchschnittlichen Rentenzahlungsbeträge bei den Neurentnern in den letzten Jahren nur wenig gestiegen sind und bei den Männern hinter denen der Bestandsrentner zurückbleiben, besonders deutlich bei den Männern in den neuen Bundesländern.

Frauen in den alten Bundesländern erreichen nach wie vor nur sehr niedrige Rentenbeträge, wobei durch die „Mütterrente“ seit dem 1. Juli 2014 und die dadurch entstandene Möglichkeit eines erstmaligen – niedrigen – Rentenbezugs für Frauen mit mehreren Kindern der statistische Effekt entsteht, dass der durchschnittliche Rentenzahlungsbetrag von Neurentnerinnen geringer ausfällt (siehe dazu auch die Pressemitteilung der Deutschen Rentenversicherung Bund „Rentenungleichheit in Deutschland“ vom 3. November 2015). Frauen in den neuen Bundesländern profitieren zu einem großen Teil noch von der Vollbeschäftigung zu DDR-Zeiten, obwohl sich hier in den Erwerbsbiografien zunehmend Zeiten der Arbeitslosigkeit, Niedriglöhne, Teilzeitbeschäftigung und Minijobs niederschlagen. 2014 lag der Anteil der Frauen, die mit Abschlüssen in Rente gingen, in den neuen Ländern mit 41,5 Prozent fast doppelt so hoch wie der entsprechende Anteil in den alten Ländern (22,6 Prozent). Dabei sollte immer bedacht werden, dass in den neuen

Bundesländern deutlich über 90 Prozent der Alterseinkünfte aus der gesetzlichen Rente stammen. Betriebliche Altersvorsorge spielt im Osten – mit Ausnahme einiger weniger Branchen und des öffentlichen Dienstes – weitgehend keine Rolle und private Vorsorge können sich viele angesichts niedriger Effektivlöhne kaum leisten. Nicht zuletzt liegt das Brutto-Rentenniveau im Osten noch immer 7,4 Prozent unter dem in den alten Ländern, weil der aktuelle Rentenwert im Osten zur Zeit nur bei 92,6 Prozent des allgemeinen Rentenwerts liegt, der in den alten Ländern gilt.

Insgesamt ist das Leistungsniveau der gesetzlichen Rente in den letzten Jahren deutlich gesunken – dazu jedoch später. Tatsache ist, dass mit dem sinkenden Leistungsniveau in der gesetzlichen Rentenversicherung über die Jahre ein Anstieg der Altersarmut einhergeht, der sich auch in einer stetig wachsenden Anzahl von Leistungsbeziehern in der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung nach Sozialgesetzbuch XII, Kapitel IV, widerspiegelt. Ende 2013 bezogen über 962.000 Menschen Leistungen der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung, davon

- 499.000 ab 65-Jährige, d. h. ca. 3,0 Prozent in dieser Altersgruppe. Der Großteil davon waren Frauen.
- 463.000 Menschen mit einer Erwerbsminderungs-Rente (EM-Rente), mehrheitlich Männer.

Im Juni 2015 hatte die Gesamtzahl der Leistungsbezieher von Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung laut Statistischem Bundesamt bereits die Millionengrenze überschritten. Davon bezogen 523.160 Ältere Grundsicherung im Alter, weil ihre sonstigen Alterseinkünfte nicht zur Sicherung des Lebensunterhalts ausreichten.

Auffällig sind große regionale Unterschiede. Während Stadtstaaten wie Bremen, Hamburg und Berlin mit den höchsten Quoten an der Spitze liegen, befinden sich Sachsen und Thüringen mit den niedrigsten Quoten am unteren Ende. Der relativ niedrige Anteil der Menschen, die im Alter Grundsicherungsleistungen beziehen, soll-

te nicht zu der Schlussfolgerung verleiten, dass Altersarmut „aktuell kein Problem“ sei. Leider wird dies immer wieder von politisch Verantwortlichen wider besseres Wissen behauptet, wie z. B. im 4. Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung 2013.

„... Die Einkommens- und Vermögenssituation der Älteren von heute ist überdurchschnittlich gut. Am Jahresende 2011 waren von den Leistungsberechtigten in der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung (Sozialhilfe nach dem SGB XII) nur 436.210 Personen 65 Jahre und älter. Dies entspricht rund 2,6 Prozent der Bevölkerung in dieser Altersgruppe.

Die Mindestsicherungsquote, die den Anteil der Empfänger/-innen von Mindestsicherungsleistungen aller Altersgruppen an der Gesamtbevölkerung darstellt, lag dagegen im Jahr 2011 bei 8,9 Prozent. Der geringe Anteilswert macht deutlich, dass Bedürftigkeit im Alter heute kein Problem darstellt.“

(4. Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung, BMAS 2013, S. XXXVIII)

Die Quote des Bezugs von Grundsicherung im Alter allein kann nicht Maßstab dafür sein, ob Altersarmut ein gesellschaftliches Problem ist oder nicht. Denn gegen eine solche enge Sicht auf das Problem Altersarmut sprechen folgende Gründe:

Erstens ist auf eine erhebliche Dunkelziffer derer hinzuweisen, die Anspruch auf diese Leistung hätten, sie aber aus verschiedenen Gründen (Unkenntnis, Scham, aufwändige Antragstellung, Befürchtung der Inanspruchnahme von engen Angehörigen) nicht beantragen. Die Armutsforschung in der Bundesrepublik verweist darauf, dass auf zwei Leistungsbezieher nochmals etwa eine potentiell antragsberechtigte Person kommt, die jedoch keine Leistung erhält. Das wären zusätzlich zu den aktuell über 500.000 Leistungsbeziehern nochmals ca. 250.000 Ältere.

Zweitens kann davon ausgegangen werden, dass von den etwa 800.000 Rentnern, die eine Erwerbstätigkeit ausüben, ein schwer bezifferbarer Teil mit entsprechenden Lohneinkünften den Grundsicherungsbezug vermeidet.

Drittens gibt es eine erhebliche Anzahl von Älteren, die durch Bezug anderer Sozialleistungen, z. B. Wohngeld und Hilfe zur Pflege, zwar keine Grundsicherung im Alter beziehen, aber dennoch arm sind. So bezogen z. B. im Jahre 2013 etwa 300.000 Rentnerinnen und Rentner Wohngeld und ca. 346.000 Personen im Alter von 65 Jahren und älter Hilfe zur Pflege.

Viertens wird die Altersgrenze für den Zugang zur Grundsicherung im Alter parallel zur Anhebung der Regelaltersgrenze für den abschlagsfreien Rentenbezug ebenfalls angehoben. Die Anhebung der Zugangs-

schwelle dämpft statistisch den Anstieg der Leistungsbezieher.

Ferner ist nicht zu übersehen, dass viele Ältere mit Einkommen dicht oberhalb der Grundsicherungsschwelle über den Monat kommen müssen. Schließlich sind – gerade aus Sicht eines Sozial- und Wohlfahrtsverbandes wie der Volkssolidarität – weitere Dimensionen von Altersarmut zu berücksichtigen. Was ist damit gemeint? Fünf Punkte sollen hier besonders genannt werden:

a) Zu wenig altersgerechter und bezahlbarer Wohnraum

Die steigende Belastung durch Wohnkosten (Mieten und Nebenkosten in städtischen Ballungsräumen – zunehmend auch Kosten für Erhalt von Wohneigentum) wird für viele Ältere problematisch. Gleichzeitig fehlt altersgerechter Wohnraum, der bezahlbar ist, in Größenordnungen.

b) Steigende Kosten für Gesundheit und Pflege

Die Eigenleistungen in der Krankenversicherung (Zuzahlungen für Medikamente, Hilfsmittel, Krankenhausaufenthalte, Kosten für nicht verschreibungspflichtige Arzneimittel, Streichung von Leistungen wie z. B. für Brillen), steigende Zusatzbeiträge in der Gesetzlichen Krankenversicherung und steigende Beiträge in der Pflegeversicherung führen zu einer wachsenden Gesamtbelastung der Alterseinkommen.

Hohe Eigenleistungen in der Pflege, vor allem im stationären Bereich führen zu einer ansteigenden „Sozialhilfe“-Abhängigkeit.

c) Versorgung und gesellschaftliche Teilhabe Älterer im ländlichen Raum

Schwierigkeiten zur Sicherung der Mobilität beeinträchtigen die gesellschaftliche Teilhabe Älterer in ländlichen Räumen. In der gesundheitlichen und pflegerischen Versorgung sind in manchen Regionen bereits Versorgungslücken zu verzeichnen.

d) Soziale Kontakte – Teilnahme am gesellschaftlichen Leben, Bildung, Kultur

Die Vereinsamung Älterer in Städten wird zum Problem, wenn Strukturen der Nachbarschaftshilfe und niedrigschwellige Hilfe- und Betreuungsangebote fehlen. Hohe Kosten für ÖPNV und Kultur (Theater, Kino) führen dazu, dass Ältere mit geringen Einkommen oft keinen ausreichenden Zugang zu Bildung und Kultur haben.

e) Verschuldung

Bei niedrigen Alterseinkünften können ungeplante erforderliche Ausgaben (z. B. Heizkosten- oder Steuernachzahlungen) schnell zu Verschuldungssituationen führen. Problematisch ist auch der Verlust der Übersicht über Einnahmen/Ausgaben bei gesundheitlichen Beeinträchtigungen, insbesondere bei hochaltrigen Menschen.

Ursachen von Altersarmut

Die Gesetzliche Rente ist die wichtigste Einkommensquelle im Alter – vor allem in Ostdeutschland. Als Lohnersatzleistung widerspiegelt sie die Entwicklung während des Erwerbslebens. Andere Formen der Alterseinkünfte – betriebliche und private Altersvorsorge – sind dagegen nach wie vor nachrangig und eher eine Ergänzung zu den Renteneinkünften. Diese Konstellation

tion wird sich auch künftig nicht wesentlich ändern. Unter diesem Gesichtspunkt sind folgende wesentliche, hauptsächlich gesellschaftliche Ursachen für Altersarmut auszumachen:

- Arbeitslosigkeit, insbesondere Langzeitarbeitslosigkeit, und die mit den „Hartz“-Gesetzen nach 2000 herbeigeführte „Flexibilisierung“ des Arbeitsmarkts, die zu einem ausgeprägten Niedriglohnsektor geführt hat.
- Unzureichende Bekämpfung von Langzeitarbeitslosigkeit und der Arbeitslosigkeit von Älteren (2014 gehörte jeder fünfte Arbeitslose zur Altersgruppe der 55- bis 65-Jährigen, zugleich „Verweigerung“ öffentlich geförderter Beschäftigung) und gleichzeitig kaum Chancen, mit über 50 ohne deutliche Einkommensverluste auf den ersten Arbeitsmarkt zurückzukehren.
- Der mit den „Rentenreformen“ 2000/2001 vollzogene Paradigmenwechsel in der Rentenpolitik von der Lebensstandardsicherung durch die Gesetzliche Rentenversicherung hin zu einem Drei-Säulen-Modell aus gesetzlicher Rente, betrieblicher und privater Altersvorsorge („Riester“-Rente) bei gleichzeitiger Absenkung des Leistungsniveaus in der Gesetzlichen Rentenversicherung um über 20 Prozent bis 2030.
- Unzureichender sozialer Schutz für bestimmte Gruppen wie Erwerbsgeminderte, Langzeitarbeitslose, prekäre Selbständige und Geringverdiener.
- „Lohndiskriminierung“ von Frauen im Erwerbsleben – im Bundesdurchschnitt verdienen Frauen ca. 22 Prozent weniger für gleiche Tätigkeiten wie Männer – und in der Vergangenheit eine niedrige Erwerbsquote von Frauen in den alten Bundesländern.

- Armutsrisiko Erziehung von Kindern bzw. alleinerziehend – teilweise eine massive Benachteiligung wegen unzureichender Vereinbarkeit von Familie und Beruf.
- Armutsrisiko Pflege von Angehörigen (hauptsächlich Frauen) wegen unzureichender Vereinbarkeit von Familie und Beruf und hoher Zuzahlungen im stationären Bereich.
- Gesundheitliche Beeinträchtigungen (Erwerbsminderung), verbunden mit dem Abbruch beruflicher Entwicklung und niedrigen Einkünften (EM-Rente), die wiederum eine niedrige Altersrente nach sich ziehen.
- Geringere berufliche Chancen für Menschen mit Behinderungen.
- Geringe berufliche Qualifikation, verbunden mit geringen Einkommen und dem Erwerb entsprechend niedriger Ansprüche in der Rentenversicherung.

Daneben spielen auch Umbrüche im privaten Leben eine Rolle, die ebenfalls zu Altersarmut führen können. Dazu gehören z. B. Scheidung bzw. Trennung vom Lebenspartner oder der Tod eines Partners. Ohne Versorgungsausgleich zwischen geschiedenen Partnern und ohne die Absicherung des Risikos „Tod“ durch Hinterbliebenen-Renten würden viele Frauen direkt in der Altersarmut landen.

Prognosen und sozialpolitischer Handlungsbedarf

Es ist in der Bundesrepublik weitgehend Konsens, dass in der Zukunft wieder in größerem Umfang mit Altersarmut gerechnet werden muss. Dafür einige Beispiele: Das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) kommt in einer Studie von

2014 zu folgender vorsichtigen Einschätzung:

„Die langfristige Abschätzung von Einkommensrisiken im Alter ist schwierig. Bereits heute zeichnen sich allerdings bestimmte Risikogruppen ab. Langzeitarbeitslosigkeit oder Niedriglohnbeschäftigung, die schon in der Erwerbsphase ein Armutsrisiko darstellen, wirken kumuliert im Ruhestand fort. Zugleich werden die Einkommen aus der GRV nicht mehr ausreichen, um das Einkommensniveau im Ruhestand zu erhalten. Inwieweit Beschäftigte mit höheren Armutsrisiken diese Lücke durch private Vorsorge schließen können, bedarf trotz aller Schwierigkeiten der Fortschreibung weiterer Forschung.“ (Geyer, Johannes; Zukünftige Altersarmut, S. 9)

Der PARITÄTISCHE Gesamtverband stellte in seinem Armutsbericht 2014 Belege für eine „rollende Lawine der Altersarmut“ fest. Unter Bezugnahme auf die starke Zunahme der Bezieher von Grundsicherung im Alter heißt es dort u. a.:

„Die Zahl derer, die damit nicht aus eigener Kraft ihren Lebensunterhalt im Alter bestreiten können, hat sich damit innerhalb von zehn Jahren nahezu verdoppelt. Es gibt derzeit keinerlei Anzeichen dafür, dass dieser Trend stoppen, sich umkehren oder auch nur verlangsamen könnte. Stattdessen sprechen einige statistische Anhaltspunkte dafür, dass er sich weiter beschleunigen dürfte. So hat auch die Armutsquote der 50- bis 65-Jährigen in den letzten Jahren mit 15 Prozent deutlich überproportional zugenommen, der Altersgruppe also, die kurz vor dem Rentenalter steht oder aber darauf zugeht.“ (Die zerklüftete Republik, S. 19)

Die Bertelsmann-Stiftung bestätigt diese Einschätzung in ihrer Studie 2015

„(Der) Trend, dass in den neuen Ländern weniger Menschen armutsgefährdet sind, dürfte sich aber innerhalb der nächsten zehn Jahre umkehren ... Denn im Osten ist das Armutsrisiko bei den 50- bis 64-Jährigen heute deutlich höher (19,5 Prozent) als im Westen (11,2 Prozent). Wenn diese Altersgruppe das Renteneintrittsalter erreicht, wird die Armutsgefährdung im Alter in allen ostdeutschen Bundesländern (inklusive Berlin) voraussichtlich deutlich zunehmen. Im Westen wird sie in den meisten Bundesländern auf gleichem Niveau weiterbestehen. In Hamburg und Bremen ist tendenziell mit einer Zunahme, in Bayern und Rheinland-Pfalz mit einer Abnahme zu rechnen.“ (Siehe Thüringer Allgemeine vom 13.10.2015)

Schließlich ist auch der Rentenversicherungsbericht der Bundesregierung 2014 anzuführen, der in einer Modellrechnung das „Gesamtversorgungsniveau“ aus gesetzlicher Rente und „Riester“-Rente vor Steuern für Neu-Rentner im Zeitraum bis einschließlich 2028 ausweist.

„Im 15-jährigen Vorausberechnungszeitraum sinkt das Sicherungsniveau vor Steuern auf 47,0 % im Jahr 2020 und weiter auf 44,4 % im Jahr 2028 ab. Das Mindestsicherungsniveau in Höhe von mindestens 46 % bis zum Jahr 2020 und von mindestens 43 % ab dem Jahr 2021 wird somit eingehalten. Das gesamte Versorgungsniveau bestehend aus Sicherungsniveau vor Steuern einschließlich einer Riester-Rente für Rentenzugänge kann nahezu über den gesamten Vorausberechnungszeitraum in der Größenordnung des Jahres 2008 zwischen knapp 50 % und knapp 51 %

gehalten werden.“ (Rentenversicherungsbericht 2014, S. 31). Die gravierenden Mängel dieser Modellrechnung liegen in ihren realitätsfernen Annahmen. So gilt das Versorgungsniveau von 50 bis 51 Prozent nur für diejenigen, die einen Riester-Vertrag mit vier Prozent ihres monatlichen Bruttoeinkommens besparen – einschließlich der staatlichen Förderung – und dabei auf eine Verzinsung von vier Prozent jährlich kommen. Wer erfüllt diese beiden Bedingungen? Nur etwa die Hälfte der ca. 32 Millionen Personen, die für eine Riester-Rente antragsberechtigt sind, hat überhaupt einen entsprechenden Vertrag abgeschlossen. Und von den abgeschlossenen Verträgen wird mittlerweile in jeden fünften Vertrag nichts mehr eingezahlt.

Zusammenfassend kommen wir daher zu folgendem Ergebnis:

In der gesetzlichen Rentenversicherung (1. Säule) werden vollzeitbeschäftigte Durchschnittsverdiener nach 35 Jahren Berufstätigkeit gerade mal das Niveau der Grundsicherung für Ältere erreichen. In der betrieblichen Altersvorsorge (2. Säule) hat nur etwa die Hälfte der Beschäftigten Ansprüche. Zudem reduziert die Sozialversicherungsfreiheit der Entgeltumwandlung die eigenen Rentenansprüche sowie die aller Rentenversicherten. In der dritten Säule gilt: Nicht alle riestern. Vor allem aber: Riester hält nicht, was versprochen wurde. Die zweite und dritte Säule kompensieren für den Großteil der Rentenversicherten nicht die Verluste, die durch die Absenkung des Leistungsniveaus in der gesetzlichen Rente verursacht werden!

Ob und in welchem Umfang sich Altersarmut verstärkt ausbreitet, hängt aber auch von einer Vielzahl anderer Faktoren ab.

Dazu gehören insbesondere:

- a) Arbeitsmarktentwicklung/gesamtwirtschaftliche Entwicklung
- b) mittel- und längerfristige Entwicklung des Rentenniveaus
- c) Weichenstellungen der Politik zugunsten der gesetzlichen Rente oder der privaten Alterssicherung
- d) Verbesserung der sozialen Sicherung für besonders von Altersarmut bedrohte Personengruppen
- e) Demografische Entwicklung
- f) Entwicklung der Belastung mit SV-Beiträgen und Steuern/Abgaben
- g) Weichenstellungen in europäischer Integration und im Prozess der Globalisierung.

Diese Prozesse sind aber gestaltbar – sowohl auf nationaler und europäischer Ebene, als auch vor Ort in den Ländern und Kommunen. Insgesamt ist ein erheblicher sozialpolitischer Handlungsbedarf festzustellen, wenn eine weitere Ausbreitung von Altersarmut in den nächsten Jahren wirksam verhindert werden soll.

Schwerpunkte sind:

- Abbau der Langzeitarbeitslosigkeit und Schaffung von Möglichkeiten der öffentlich geförderten Beschäftigung für Menschen, die kaum oder keine Chancen auf dem ersten Arbeitsmarkt haben („Brücken“ in die Rente)
- Weitere Anhebung des gesetzlichen Mindestlohns und Stärkung der Tarifbindung
- Beendigung der Lohndiskriminierung von Frauen
- Verbesserung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf
- Stärkung der gesetzlichen Rente durch
 - Stabilisierung des Rentenniveaus bei mindestens 50 Prozent

- Verbesserung der sozialen Sicherung für besonders gefährdete Personengruppen
- Einbeziehung weiterer Gruppen in die GRV (z. B. Selbständige, Beamte)
- Ausbau des Solidarcharakters der sozialen Sicherung bei Gesundheit und Pflege
- Soziale Wohnungspolitik (Mieten, sozialer Wohnungsbau, altersgerechtes Wohnen)
- Reform der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung (siehe Vorschläge Volkssolidarität von 2015)
- Altersgerechte Versorgungsstrukturen vor Ort (Gesundheit, Pflege, Zugang zu Waren/Dienstleistungen/Kultur und Bildung, möglichst barrierefreie Umwelt, Sozialberatung, Schuldnerberatung).

Ganz allgemein ist festzuhalten, dass die Stärkung der öffentlichen Daseinsvorsorge eine ganz entscheidende Voraussetzung dafür bildet, dass Altersarmut und ihre Auswirkungen – d. h. soziale Ausgrenzung – begrenzt und zurückgedrängt werden können.

Literatur

- Bäcker, Gerhard; Altersarmut – ein Zukunftsproblem, Informationsdienst Altersfragen, Heft 02 -2011; http://www.dza.de/fileadmin/dza/pdf/Heft_02_2011_Maerz_April_2011_gekuerzt.pdf
- BMAS, Armuts- und Reichtumsberichterstattung (EU-SILC, LEBEN IN EUROPA); <http://www.armuts-und-reichtumsbericht.de/DE/Startseite/start.html>
- Der Arbeitsmarkt in Deutschland - Ältere am Arbeitsmarkt, Bundesagentur für Arbeit, Nürnberg, Oktober 2015; <http://statistik.arbeitsagentur.de/Statischer-Content/Arbeitsmarktberichte/Personengruppen/generische-Publikationen/Aeltere-amArbeitsmarkt-2014.pdf>
- Die zerklüftete Republik, Bericht zur regionalen Armutsentwicklung in Deutschland 2014, PARITÄTISCHER Gesamtverband, Berlin, Februar 2015; <http://www.der-paritaetische.de/armutsbericht/die-zerklueftete-republik/>
- Geyer, Johannes; Zukünftige Altersarmut, Berlin 2014, DIW Roundup 25; http://www.diw.de/de/diw_01.c.467362.de/presse/diw_roundup/zuk_nftige_altersarmut.html
- Grundsicherung erreicht Arme nicht, in Böckler Impuls 13/2012; http://www.boeckler.de/impuls_2012_13_2.pdf (zur Studie von Irene Becker für die Hans-Böckler-Stiftung)
- Rentenversicherungsbericht 2014, Unterrichtung der Bundesregierung, Bundestags-Drucksache 18/3260 vom 20.11.2014; <http://dipbt.bundestag.de/dip21/btd/18/032/1803260.pdf>
- Rentenversicherung in Zeitreihen, DRV-Schriften Band 22, Oktober 2015; http://www.deutscherentenversicherung.de/Allgemein/de/Inhalt/6_Wir_ueber_uns/03_fakten_und_zahlen/03_statistiken/02_statistikpublikationen/03_rv_in_zeitreihen.html
- Schräpler, Jörg-Peter; Seifert, Wolfgang; Mann, Holger; Langness, Anja; Altersarmut in Deutschland – regionale Verteilung und Erklärungsansätze, in: wegweiser-kommune.de | Ausgabe 4 | 2015, Hrsg. Bertelsmann Stiftung, Gütersloh, Oktober 2015; https://www.bertelsmann-stiftung.de/fileadmin/files/BSt/Publikationen/GrauePublikationen/Policy_Lebens-WK_Okt_2015_final.pdf
- Statistisches Bundesamt, Amtliche Sozialberichterstattung; <https://www.destatis.de/DE/ZahlenFakten/GesellschaftStaat/Soziales/Sozialberichterstattung/Sozialberichterstattung.html>
- Statistisches Bundesamt, Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung, Juni 2015; https://www.destatis.de/DE/ZahlenFakten/GesellschaftStaat/Soziales/Sozialleistungen/Sozialhilfe/Grundsicherung/Tabellen/03_BL_BQ_2015_DurchschnBetrVerschMerkmale.html
- Thüringer Allgemeine vom 13.10.2015 unter <http://www.thueringer-allgemeine.de/web/zgt/wirtschaft/detail/-/specific/Fast-jeder-siebte-Thueringer-ist-von-Altersarmut-bedroht-646662344>
- Wohngeld und Mietenbericht 2014; http://www.bmub.bund.de/fileadmin/Daten_BMU/Download_PDF/Wohnraumfoerderung/wohngeld_mietenbericht_2014.pdf



Das prekäre Alter. Hintergründe und Lebenslagen

Ronald Lutz

Deutschland hat die älteste Bevölkerung in Europa sowie die zweitälteste der Welt, jeder siebte Deutsche ist jünger als 15 Jahre und jeder fünfte 65 Jahre und älter (van Dyk 2015). Alterswissenschaftler diagnostizieren darin ein „dreifaches Altern“ der Bevölkerung: eine Zunahme des Anteils der Älteren an der Gesamtbevölkerung, eine Zunahme der absoluten Zahl der Älteren und eine Zunahme von Anteilen und Zahlen sehr alter Menschen (Heinze/Naegele 2010).

Auch wenn es mitunter in manchen Studien so klingt: Das Alter als homogene Lebensphase oder klar abgrenzbare Kategorie gibt es nicht. Ähnlich wie Kindheit oder Jugend (Lutz 2015) bleibt der Begriff in seiner Allgemeinheit unscharf, da sich die soziale Wirklichkeit nicht nur vielfältig, sondern auch widersprüchlich und sogar sperrig zeigt. Eine der aktuellsten Publikationen zur „Soziologie des Alterns“ versucht zwar die Heterogenität abzubilden, indem das Alter in unterschiedlichen Facetten und Zugängen betrachtet wird, dennoch wird implizit Homogenität, eine alle Unterschiede übergreifende Allgemeinheit unterstellt, die bei einer analytischen Betrachtung nicht erkennbar ist (van Dyk 2015) (1).

Die Lebensphase Alter ist verortet in eine komplexe, flexible und sich stetig wandelnde generationale Ordnung, hoch differenziert und darin zugleich widersprüchlich (Backes/Clemens 2013). Sie spiegelt zum einen die sich in arm und reich polarisierende Sozialstruktur, zum anderen zeigt sich auch und gerade im Alter die Widersprüchlichkeit der Individualisierungs-

und Beschleunigungsprozesse der (Spät-) Moderne (Rosa 2013). Gerade im Alter werden die Folgen der reflexiven Modernisierung manifest und letztlich unverrückbar (Beck/Giddens/Lash 1996). Prozesse der „Entsicherung“, der „Desintegration“, der „Entbettung“ und der „Veränderung“ sozialer Formate wie der Normalbiographie, die tendenzielle Auflösung sozialer Institutionen wie der Familie sowie eine Entleerung und Schrumpfung sozialer Räume haben massive Auswirkungen auf das Altwerden in der Gesellschaft.

Unterschiedliche und widersprüchliche Prozesse verursachen oder verschärfen soziale Ungleichheiten und gehen mit der massiven Begrenzung von Teilhabechancen und des Abbaus von Integrationsangeboten einher (Völker 2009; Lutz 2014; Butterwegge 2015 a). Im Alter zeigen sich die Folgen dieser Individualisierung und ökonomischen Spaltung, es wird aber eine Individualisierung und Spaltung eigener Art erkennbar, die zu völlig unterschiedlichen Lebenslagen der Menschen führen (2). So prägen Individualisierung, Bildungshintergründe, Entbettung, flexible Arbeitsmärkte und diskontinuierlich erfahrene Familienstrukturen das Alter nachhaltig:

- viele haben als Singles immer allein gelebt, waren isoliert und bleiben dies auch im Alter, während andere ein ausgebaut und funktionierendes soziales Netzwerk haben, das im Alter aktiv verfügbar ist;
- viele haben in einer oder gar in mehreren Familien gelebt und sind dennoch einsam, während andere aus diesen ver-

- wandtschaftlichen Beziehungen heraus eine große Unterstützung erfahren und jene familiäre Hilfe erleben, die sie sich immer wünschten;
- viele erleben, dass ihre Fähigkeiten und Erfahrungen eines langen Lebens keinen Wert mehr besitzen bzw. sie nicht mehr um Rat gefragt werden, während andere auch im Alter ihre Kompetenzen zur Verfügung stellen können und sogar dazu aufgefordert werden;
 - viele erleben ihren Ausstieg aus dem Erwerbsleben als wohlfahrtsstaatlich normiert, während er für andere, nämlich bestimmte Personengruppen (Politiker, Wissenschaftler, Künstler oder Selbständige), extrem flexibel und offen ist;
 - viele können sich auch im Alter mit ihrem Vermögen und Einkommen alles leisten, während andere nur noch Zugriff auf ein Minimum haben und sich plötzlich in Armut wiederfinden;
 - viele gehen mit diskontinuierlichen Erwerbsbiographien oder gar aus direkter Arbeitslosigkeit und damit verbundener Armut und Marginalisierung in den Ruhestand, während andere bis zum Ende auf ein ungebrochenes Arbeitsleben zurückschauen können;
 - viele erfahren den Eintritt in den Ruhestand als eine gewisse Erlösung aus einem entfremdeten und belastenden Arbeitsalltag, während andere den Umstieg als schmerzhaften Zwangsausstieg aus einem spannenden, erfüllenden und prallen Arbeitsalltag mit großer Unruhe, einem Bewusstsein von Abwertung und Tendenzen zur Langeweile empfinden;
 - viele sehen ihre Wohn- und Teilhabemöglichkeiten sowie die Infrastrukturen als ausreichend, während andere gerade das Gegenteil wahrnehmen müssen;
 - viele erleben sich unmittelbar als ausgegrenzt, während andere sich noch längere Zeit als vollintegriert ansehen.
- Diese Befunde verlangen förmlich nach einer Beschäftigung mit diskontinuierlichen Lebensverläufen und Erfahrungen, nach einer Betrachtungsweise, die sich der Pfadabhängigkeit des Alterns vergewissert und Analysen aus der jeweiligen gesellschaftlichen Verortung der Menschen ableitet bzw. danach fragt wie sich diese Verortung im Alter auswirkt. Die Auswirkungen der Risikogesellschaft und damit verbundener Differenzierung spiegeln sich nicht nur im Alter, das Alter selbst wird zu einer riskanten und stark individualisierten Lebensform. Eingeschrieben sind Möglichkeiten und Optionen, Möglichkeiten, die wie Verheißungen oder auch wie dunkle Drohungen in die Zukunft ragen. Es zeigen sich zumindest sehr differente Kontexte, die sich aus vielfältigen Einzelstudien fokussieren lassen (3):
- Die gegenwärtige Rentengeneration gilt als eine der wohlhabendsten, da die Renten hoch und große Vermögen vorhanden sind.
 - Mit dem Begriff „Best Ager“ wird ein zufriedenes Alter beschrieben: auch im hohen Alter sind viele Menschen zufrieden mit ihrem Leben. Mehrere Studien identifizieren Faktoren für Zufriedenheit: Bildung, Lebensstandard, die Überzeugung, sein eigenes Leben kontrollieren zu können, die körperliche und psychische Gesundheit.
 - Das Alter gilt als „aktives Alter“, viele sind lange aktiv und engagiert, das reicht von ehrenamtlichem Engagement über Hobbys und Reisen bis hin zu Sport und Kultur; die Glücksforschung stellt fest:

Die glücklichsten Menschen sind nicht die Teens und Twens, sondern die 65- bis Anfang 70-Jährigen, die jungen Alten.

- Die Lebensphase Alter weitet sich aus, sie wird zu einem langen Alter, zu einem „dritten Leben“, das allerdings hohe Herausforderungen für die Subjekte und für die Gesellschaft bringen wird.
- Das insbesondere hohe Alter wird aber auch immer mehr zu einem eingeschränkten Lebensabschnitt, immer mehr Menschen müssen mit Krankheiten und Behinderungen sowie mit den Folgen einer verdichteten und beschleunigten Arbeitswelt leben.
- Das Alter wird vielfach prekär, Armut und Unterversorgung breiten sich aus.

Das Alter wird in dem Sinne prekär, wie die Gesellschaft seit Jahren Prekarität hervorbringt (Castel 2009; Castel/Dörre 2009; Lutz 2014; Butterwege 2015 b). Fakten und Prognosen belegen sowohl eine Verfestigung sozialer Ungleichheit im Alter als auch ein neues Armutsphänomen, indem Armut nach einem langen Erwerbsleben durch den Eintritt in den Ruhestand entsteht (4). Es zeigen sich fatale Prozesse der Ausgrenzung, die viele Menschen im Alter bereits treffen bzw. noch treffen werden. In der Folge sollen Blicke auf das prekäre Alter geworfen werden, die aber zunächst sozialstrukturelle Hintergründe in Erinnerung bringen.

Prekarisierung und Armut

Das prekäre Alter ist eine Folge struktureller Ungleichheiten und einer sich verschärfenden Prekarisierung, die sich nach dem Austritt aus dem Erwerbsleben im Alltag

spiegeln oder dann erst entstehen. Es sind Umbrüche auf dem Arbeitsmarkt und die neoliberale Politik der letzten Jahre, die zu Risiko- und Problempotentialen wie dem Verschwinden der Normalbiographie, veränderten Erwerbsbiographien, einer Ausweitung prekärer Beschäftigung mit Niedrig- und Mindestlöhnen, einer Verfestigung von Langzeitarbeitslosigkeit sowie einer problematischen Solo-Selbstständigkeit führen (Lutz 2014; Butterwege 2015 b).

Prekarisierung

Prekarisierung wird wesentlich durch radikale Veränderungen in der Arbeitswelt hervorgebracht. Offenkundig ist der deutsche Arbeitsmarkt für niedrige Löhne bzw. prekäre Beschäftigungsformen besonders anfällig, aber auch neoliberale Deregulierungen durch die Agenda 2010 haben wesentlich dazu beigetragen (Bosch 2012; Butterwege 2015 b). Seit Jahren verfestigen sich eine radikale Flexibilisierung der Beschäftigung, eine Neudefinition des Arbeitnehmer(-innen)schutzes sowie der Sozialstandards (Rosa 2005; Vogel 2009, 189):

- Arbeits- und Beschäftigungsverhältnisse werden zunehmend unsicher, Arbeitsplatzverluste drohen ständig;
- Lohnkürzungen, Niedriglöhne, Prekarisierung, Leiharbeit und Zeitverträge sind Alltag;
- der Einfluss auf die eigene Arbeitsplatzsituation schwindet;
- die Arbeitszeitverdichtungen und Beschleunigungen der Arbeitsprozesse intensivieren sich;
- Arbeitsschutzbestimmungen werden allmählich löchriger;
- Viele Menschen müssen durch Minijobs bzw. weitere und zusätzliche Jobs ihr Einkommen aufbessern (working poor).

Im Ergebnis zeigt sich eine Vielfalt rechtlich und materiell unsicherer Beschäftigungsformen. Unbefristete Vollzeitbeschäftigung schrumpft und macht atypischen Beschäftigungsformen Platz, die nicht mehr dem Standard des Normalarbeitsverhältnisses entsprechen, auf dem die Konstruktion der sozialen Absicherung hierzulande noch immer ruht (Brehmer/Seifert 2008). Diese „atypische Beschäftigung“ besteht aus Teilzeitjobs, geringfügigen Beschäftigungen, befristeten Beschäftigungsverhältnissen, Projekten und Leiharbeit. Formen der prekären Arbeit nehmen zu, verdrängen reguläre Beschäftigung, ersetzen und verändern die bestehenden. Auch wenn es vor allem untere Schichten sind, die davon am stärksten betroffen sind, geraten immer mehr mittlere Lagen in den Sog und somit in eine Situation der ökonomischen Verwundbarkeit; Prekarisierung durchzieht die Gesellschaft auf breiter Front (Heinze 2011, 27).

Die Prekarisierung der Arbeitsverhältnisse zeigt sich auch in einem kontinuierlichen Anstieg der Mindest- und Niedriglöhne. Niedrige Löhne unterhalb von 75 % des mittleren Einkommens gelten als zentraler Indikator der Prekarisierung. Auch Vollzeitarbeit schützt dabei nicht mehr vor geringem Einkommen (Bosch 2012). Der neue Mindestlohn liegt mit 8,50 Euro zudem noch immer unterhalb des Niedriglohns, der derzeit bei 9,30 Euro liegt. Experten wie Christoph Butterwegge äußern durchaus Zweifel, ob sich der Mindestlohn als armutsreduzierend erweisen wird (Butterwegge 2015 a); er wird eher als eine Falle angesehen, da man aus dieser unteren Lohngruppe kaum noch herauskommt und man sich nur wenig oberhalb der Armutsgrenze von 60 % des Medians der Einkommen bewegt.

Mindest- und Niedriglöhne umfassen etwa ein Fünftel aller Beschäftigten (5). Mit seit Jahren kontinuierlich steigenden Quoten, die inzwischen bei ca. 24 % aller Beschäftigungsverhältnisse liegen, ist er der zweitgrößte Europas (Rhein 2013). Vorliegende Studien listen u. a. folgende Fakten für Deutschland auf (Rhein 2013; auch: Bosch 2012; Hohendanner/Stegmaier 2012):

- Fast jeder Vierte lebt von einem Niedriglohn;
- es sind vor allem Teilzeitbeschäftigte, die besonders häufig im Niedriglohnbereich tätig sind;
- dabei sind Minijobber so stark vertreten wie in keinem anderen Land;
- immer mehr Beschäftigte haben neben dem Hauptjob eine geringfügige Beschäftigung (6);
- Vollzeitbeschäftigung garantiert keine hohen Löhne, ca. ein Fünftel der Vollbeschäftigten erhalten einen zu geringen Lohn;
- Frauen verdienen im Durchschnitt weniger als Männer und beziehen daher auch häufiger Niedriglöhne;
- besonders betroffen sind neben Frauen aber auch Jüngere, Ausländer, befristet Beschäftigte und gering Qualifizierte.

Im Arbeitsmarkt formen sich radikal diskontinuierliche Erwerbsverläufe und unsichere Perspektiven (Vogel 2009; Castet/Dörre 2009). Prekäre Beschäftigung zeichnet sich nicht nur durch einen geringen Grad an Arbeitsplatzsicherheit, einen eingeschränkten Zugang zu sozialer Sicherung sowie ein geringeres Einkommen wie Niedriglohn aus (Kraemer 2008); Beschäftigte sinken deutlich unter ein Einkommens-, Schutz- und soziales Integrationsniveau ab, das noch als Stan-

dard mehrheitlich anerkannt wird (Castel/Dörre 2009 11 ff).

In den Prozessen und Erfahrungen der Prekarisierung schwindet biographische Erwartbarkeit und schafft Platz für diskontinuierliche Biographien, die zwischen Arbeitslosigkeit, kurz- und mittelfristigen Beschäftigungen und Fortbildungen oszillieren. Die Chancen einer dauerhaften Existenzsicherung durch Arbeit werden zunehmend flüchtiger und prekärer. Erkennbar sind eine Verbreitung von Unsicherheit und die damit verbundene Verhinderung von Antizipation sowie zukunftsorientierter Planung, die auf den Subjekten lastet und deren Handlungen und Lebensentwürfe beeinträchtigt (Castel/Dörre 2009). Prekäre Beschäftigung hat schließlich Auswirkungen auf die Rente, die dadurch immer geringer ausfällt; gerade prekär Beschäftigte können sich außerdem keinerlei private Absicherung für das Alter leisten (Klammer/Leiber 2006) (7).

Altersarmut

Eine erkennbare Folge der Prekarisierung ist Altersarmut, in allen Studien wird deren allmählicher Anstieg prognostiziert. Ausgrenzung wird zukünftig die ältere Generation wieder stärker treffen, Altersarmut wird das sozialpolitische Thema der nächsten Jahre werden, da die heutigen Rentnergenerationen mit ihren zum Teil guten Renten eine Ausnahme bleiben werden. Seit 2006 ist ein Anstieg der Altersarmut ab 65 um das Vierfache zu beobachten. Aktuelle Armutsquoten, die 2013 bei 16,1 % und 2014 bei 16,7 % lagen, sind vor allem durch einen Anstieg der Altersarmut von 14,9 auf 16,3 % und eine Zunahme der „Beschäftigungsarmut“ von 8,6 auf 9,9 % geprägt. (8) Auch die Zahl der Menschen in Grund-

sicherung wird wachsen; lag sie 2003 noch bei 1,7 % stand sie 2012 schon bei 2,7 % (9).

Dieses erkennbare Ausmaß sagt wenig über zukünftige Entwicklungen. Die Zunahme atypischer Beschäftigungsverhältnisse, Veränderungen im Rentenrecht sowie die Reduktion von Leistungen aus der Rentenversicherung werden langfristige Wirkungen haben. Ein weiterer Anstieg der Altersarmut ist zu erwarten, keine andere Bevölkerungsgruppe wird eine ähnlich rasante Entwicklung in Richtung Armut zeigen; insbesondere da die Jahrgänge der „Generation Prekär“ (10) erst noch ins Rentenalter kommen. Die dargestellten Ursachen zeigen ab 2020 massive Wirkungen. Besonders gefährdet sind dabei Menschen, die lange Jahre arbeitslos waren, die wenig verdienten und die aus gesundheitlichen Gründen ihren Job aufgeben mussten.

Altersarmut steigt zwar langsam, aber sie steigt; manche Wissenschaftler prognostizieren langfristig sogar einen radikalen Anstieg (11). Der DGB-Rentenreport von 2012 wagt einen weiten und zugleich düsteren Blick (12). Danach kann nur jeder dritte Versicherte sehr geringe oder gar keine Rentenansprüche aufbauen und ist akut von Altersarmut bedroht. Im Endeffekt könnte sich folgendes Szenario einstellen:

- Ein Drittel wird über gesetzliche Rente, betriebliche Zusatzversorgung, Rücklagen und Immobilien verfügen.
- Ein Drittel wird über die gesetzliche Rente und Rücklagen verfügen.
- Ein Drittel wird in Armut leben, d. h. von Grundsicherung.

Verwundbarkeit und Erschöpfung

Am Ende ihres Erwerbslebens haben Menschen extrem unterschiedliche Erfahrungen, die ihren Alltag und auch ihr Selbstverständnis fortan prägen. Wir wissen wenig, wie sich Prekarisierung, Entsicherung, diskontinuierliche Biographien, Erleben von Ausgrenzung, eingeschränkte Teilhabe und schwindende Erwartbarkeit im Alter neben den dann ohnehin geringen Renten auf den Alltag und die Lebenslagen auswirken, auf Wahrnehmung, Selbstverständnis, Autonomie und Beteiligungsfähigkeit. Ein Blick auf die mit der Prekarisierung einhergehende Verwundbarkeit und Erschöpfung lässt zumindest ahnen, was zukünftig zu erwarten sein könnte und worauf Forschung und Politik ihr Augenmerk richten muss.

Autonomie

Der Anspruch der Epoche, in der wir leben, ist es, des Menschen Selbstverständnis und Selbstbestimmung zu befördern, ihn nach Kant aus selbst verschuldeter Unmündigkeit zu befreien und Optionen einer autonomen Lebensführung der Subjekte zu gestalten, Räume zu öffnen, in denen die Fähigkeiten aller Menschen ihre Optionen finden. In diesem „Grundversprechen der Moderne“ ist die individuelle und kollektive Autonomie essentiell eingelagert; das Versprechen, ein Leben nach eigenen Maßstäben führen zu können, „das sich nicht dem heteronomen Diktat von Kirche, König oder Tradition, von Armut oder Ressourcenknappheit, von Ungewissheit oder mangelnden Alternativen und noch nicht einmal den Zwängen der Natur beugen muss“ (Rosa 2009, 95).

Das „Projekt der Moderne“ konzipiert eine Steigerung der Freiheitsgrade und eine

große Offenheit der Entwicklung, indem es dieses „Autonomieversprechen“ entwirft, Subjekt zu sein, sich jenseits von Tradition und gesellschaftlichen Fesseln selber zu entwerfen und mit den Mitmenschen die Welt ökonomisch, sozial und kulturell zu gestalten (Lutz 2014). In der gesellschaftlichen Konstruktion dieses Subjekts soll eine „Person“ entstehen, die sich selbst bestimmen kann aber auch sich selbst bestimmen muss, die ihr Handeln richtig entwerfen und sich dabei selbst gerecht und treu bleiben sollte, um daraus Würde und Stolz zu gewinnen. Ein gutes Leben besteht darin, das eigene Maß zu finden und zugleich normativen Ansprüchen zu entsprechen.

Dieses „Autonomieversprechen“ steht nämlich in einem konflikthaften Verhältnis zu einer stetig wachsenden „Autonomieerwartung“, die vor allem als Zwang, aktiv zu sein, am Wettbewerb teilzuhaben und sich selbst zu managen, erkennbar wird, verdichtet in der Metapher des nur sich selbst verantwortlichen „Arbeitskraftunternehmers“ (13) und symbolisiert durch prämierten Erfolg und Leistung (Lutz 2014). Ist das Autonomieversprechen noch vom Subjekt her gedacht, das Gestalter seines Lebens und Akteur seiner Lebensführung sein soll, so ist die sich ausbreitende Autonomieerwartung ein gesellschaftlicher Zwang, eine Fessel, die von Subjekten Verhaltensmuster erwartet, die sie zu erfüllen haben. Wer dem nicht entspricht, wird normativ sanktioniert, was bis zur Ausgrenzung reichen kann. Dabei sind die Chancen und Ressourcen zur Entwicklung der in der Autonomieerwartung angelegten Muster extrem ungleich verteilt.

Einerseits wachsen zwar Wahlmöglichkeiten stetig, Möglichkeitsräume weiten sich aus, andererseits sind Menschen immer

weniger in feste und fraglose soziale Beziehungen und Sicherheiten eingebunden, sie müssen diese verstärkt im Rahmen der Lebensführung entwerfen und inszenieren (Bauman 2005). Dieser Zwang lastet auf den Menschen, doch die Möglichkeiten ihm zu folgen, sind ökonomisch und sozialstrukturell inzwischen extrem ungleich verteilt. Insbesondere jene, die von Prekarisierung, Armut und Ausgrenzung betroffen sind, haben immer weniger Chancen, an den Möglichkeiten der Gesellschaft zu partizipieren und den Zwang für sich selbst zu sorgen, auch einzulösen; sie drohen daran zu scheitern. In diesen ökonomischen und sozialen Prozessen kommt es zwangsläufig zu Ungleichverteilungen, in denen Verwundbarkeit und Erschöpfung wachsen. Ein eigenartiges „Drinne und Draußen“ wird erkennbarer (Bude 2008).

Verwundbarkeit

Nach Analysen des Soziologen Hartmut Rosa lässt sich eine radikal fortschreitende Beschleunigung diagnostizieren (Rosa 2005, 2009, 2013): Zeit vergeht aus der subjektiv gefühlten Wahrnehmung heraus schneller als je zuvor. Dies bedingt sich vor allem aus einer wachsenden Belastung im Arbeitsalltag, die Abläufe verkürzt und rationalisiert, Arbeitszeit verdichtet und einen Zeitstress bisher unbekannten Ausmaßes produziert. Zugleich findet eine seit Jahren zunehmende Individualisierung der Lebensverhältnisse statt, die zu einer noch stärkeren Herauslösung aus sozialen Bindungen und somit zur Vereinzelung und gar zur Isolation führen kann. Den darin angelegten größeren Optionen individueller Freiheit stehen zugleich auch größere Möglichkeiten des Scheiterns gegenüber. Mit diesen Prozessen wird die Verwund-

barkeit der Subjekte gesteigert; darin wird soziale Ungleichheit als Ursache derselben drängender und bedrohlicher.

Mit dem Begriff **soziale Verwundbarkeit** werden vielfältige soziale und ökonomische Bedrohungen analysiert, die auf den Subjekten lasten und aus einem Komplex ökonomischer, sozialer und kultureller Bedrohungen wachsen (Vogel 2009). Im Kern resultiert soziale Verwundbarkeit zum einen aus den klassischen Kontexten der Unterversorgungslagen beim Einkommen, bei dem Zugang zum Arbeitsmarkt, bei den Bildungschancen, beim Wohnraum und im Gesundheitssystem sowie aus Ungleichheitskategorien wie Partizipation, Geschlecht, Alter, Region und den Konsequenzen eines Migrationshintergrundes. Sie ergibt sich zum anderen aber auch aus kulturellen Kontexten, die zu ungleich verteilten Kompetenzen und Ressourcen führen wie Resilienz, Flexibilität, Mobilität, Familie, Gemeinschaft, Religiosität, sozialen Netzwerken, Brückenkapital, Alltagsgestaltung, kulturelle Aktivität, Zukunftsorientierung, Werteorientierung, Bildungsaspiration und den Fähigkeiten (capabilities), sein eigener Agent zu sein und in den Zumutungen der Moderne auch leben zu können (Lutz 2014).

Aus dieser sozioökonomischen Ungleichverteilung von Gütern und Möglichkeiten entsteht in alltäglichen Konsequenzen und ihren individuellen Folgen ein Kontinuum der Ungleichverteilung von Fähigkeiten und Verwirklichungschancen, die zur Bewältigung alltäglicher Gestaltungs- und Bewältigungsprozesse erforderlich sind, um den Zwängen der Autonomieerwartungen zu entsprechen bzw. den eingeschränkten Möglichkeiten und steigenden Belastungen aktiv zu begegnen, sie in ei-

gener Zuständigkeit klein zu arbeiten und sie dabei auch zu bewältigen. Soziale Verwundbarkeit ermöglicht den Blick auf eine soziale Erschöpfung, die sich als individuelles Handeln und auch als Leiderfahrung darstellt.

Soziale Erschöpfung

Zweifelsohne sind es wachsende Optionen und der Zwang, ständig aktiv zu sein, der an den Subjekten nagt: „Die zunehmenden Chancen und Möglichkeiten, denen sich Menschen im Spätkapitalismus ausgesetzt sehen, das permanente Aktiv-Sein und Chancen ergreifen müssen, machen sie müde und erschöpft: Innere Leere, gefühlte Minderwertigkeit, Antriebsschwäche, das Überhandnehmen von psychischen Krankheiten wie Depressionen sind die Indikatoren ... je mehr wir wissen und als möglich erscheint, desto größer wird die Ambivalenz, was angemessen zu wählen oder zu entscheiden ist“ (Priddat 2012, 15).

Soziale Erschöpfung soll als erzwungene Reaktion von Menschen diskutiert werden, die auf Grund erhöhter Verwundbarkeit den sich stetig verändernden, verschärfenden und beschleunigenden Zumutungen der Moderne nicht gestaltend begegnen können, sondern daran zu scheitern drohen. Eigentlich benötigten sie Unterstützung, die sie aber nicht immer und auch nicht adäquat erhalten. Wenn Erschöpfung die Folge ist, dann stellt dies eine soziale Situation dar, in der Menschen zwar noch initiativ sind, aber nicht im Sinne von Teilhabe, Reflektion und Gestaltung, sondern lediglich hinsichtlich alltäglicher Anstrengungen, die Zumutungen des Alltags einigermaßen zu bewältigen und dennoch die Erfahrung zu machen, allmählich an den Rand der Gesellschaft gedrängt zu werden,

da es immer weniger möglich wird, an den Optionen und Möglichkeiten zu partizipieren (Lutz 2014).

Erschöpften fehlt vor allem der erwartete und planende Blick auf die Zukunft, da die Gegenwart in ihren täglichen Anforderungen und Überforderungen übermächtig wird. Sozial Erschöpfte verharren in einer Form der Verlangsamung, in einer Zeit ohne morgen, sie verfügen kaum noch über Energie und verschließen sich mitunter in einem Zustand des „Nichts-ist-möglich“ (Ehrenberg 2008). Man ist eigentlich müde, selbst zu sein, und unterwirft sich letztlich den verfügbaren Mustern des Sich-Einrichtens. Dieses „Ausgebranntsein“ von Menschen ist Symptom eines offenkundigen Veränderungsprozesses der Beschäftigungsverhältnisse, die massiv auf die Subjekte und deren Leben durchschlagen (Ehrenberg 2008).

Soziale Erschöpfung ist das Symptom eines weitaus direkteren Zugriffs der Arbeitswelt auf die Menschen; früher erkennbare Puffer, die sich in der scharfen Trennung von Arbeit und Freizeit zeigten, schwächen sich ab. Die Ökonomie hat einen unmittelbaren Zugriff auf die Menschen und radikalisiert individuelle und soziale Strukturen, um sich jenen Menschen zu „erschaffen“, den sie ökonomisch gesehen benötigt. Dabei aber bleiben einige und vor allem sozial Verwundbarere auf der Strecke. In ihren Formen und Folgen ist soziale Erschöpfung ungleich verteilt; es spiegeln sich auf radikale Art moderne Formen sozialer Ungleichheit.

Soziale Erschöpfung verdichtet sich in prekären sozialen Lagen. In ihren Folgen beeinflusst sie nicht nur das Subjekt, sondern dessen soziale Einbindung und die Lebensführung in ihrer Totalität. Empirisch zeigt

sie sich in einer Überforderung, wachsende Anforderungen des Alltags zu bewältigen. In ihrer radikalsten Konsequenz kann sie zu einem Sich-Einrichten in eher prekäre Lagen führen, zu einem Rückzug auf die gerade noch notwendigen Tätigkeiten zur Gestaltung des Alltags. Dieser Rückzug ist kaum noch auf Zukunft gestellt, Perspektiven und Optionen gibt es immer weniger bzw. die Menschen verfügen nicht mehr über die Ressourcen und die Kraft, diese zu erkennen, sie sich anzueignen und zu entwickeln.

Mit dem Begriff soziale Erschöpfung wird der Blick auf Menschen gerichtet, die dem Tempo und den Zumutungen der Gesellschaft nicht mehr folgen können: Menschen, die durch vielfältige Formen der Entmutigung, hervorgerufen durch eine höhere Verwundbarkeit, Verunsicherung, Statusverluste, Armut und dauerhafte Belastungen, immer weniger in der Lage sind, alltägliche Herausforderungen eigenständig, sinnvoll und nachhaltig zu organisieren. Diese „neue Klasse“ der Ausgegrenzten ist in sich so verschieden wie der Rest der Gesellschaft. Zu ihr zählen „geseiterte“ Akademiker genauso wie Niedriglöhner, es finden sich Menschen, die sich wieder aus der Situation „befreien“, während andere länger oder dauerhaft darin verharren. Es sind vor allem Menschen zu „entdecken“, deren Situation von sozialen und ökonomischen Bedingungen geprägt ist, die sie nicht selbst zu verantworten haben, an denen sie aber immer wieder zu scheitern drohen. Damit wird Erschöpfung aber auch zu einer Kategorie, die sich auf das prekäre Alter zuspitzen lässt.

Altern in einer erschöpfenden Gesellschaft

Welche Wirkungen hat dies nun auf das Altern werden? Wie geht man mit dem Alter um, wenn einem schon im Erwerbsleben die Zukunft genommen wurde, und zwar hinsichtlich des eigenen Selbstverständnisses, der Bewältigung des Alltags, der eigenen Fähigkeiten, der möglichen Optionen, der Teilhabe und der materiellen Absicherung? Zumindest ist ein doppelt gebrochenes und prekäres Alter erkennbar: Zum einen haben viele Menschen in ihrem Leben bereits Erfahrungen sozialer Erschöpfung durchlebt, die auch ihren Alltag zukünftig beeinflussen, sich darin spiegeln, zum anderen bildet sich soziale Erschöpfung erst im Alter heraus. Erschöpfung im Alter resultiert und kulminiert in verschiedenen Stadien und Übergängen:

- Prekäre Beschäftigung,
- Niedriglöhne,
- Diskontinuierliche Lebensverläufe,
- Ausgrenzungserfahrungen,
- Erfahrung von Krisen und Enttäuschungen, von Perspektiv- und Chancenlosigkeit,
- Erfahrungen eigener Bedeutungslosigkeit,
- Familiäre Armut im Lebensverlauf,
- Krankheiten,
- Ausstieg aus dem Erwerbsleben als Krise,
- Materielle, soziale und kulturelle Einschränkungen.

Diese Stadien und Übergänge verursachen, begleiten, beschleunigen und verfestigen den Prozess der Erschöpfung. Dieser hat allerdings keine Zwangsläufigkeit, er verläuft entlang individueller „Kippunkte“ (Vogel 2009; Lutz 2014), die oftmals durch

fehlende Unterstützung und nicht verfügbare Ressourcen und Kompetenzen hervorgerufen werden, sich allmählich verdichten und einen Punkt erreichen können, an dem Erschöpfung als Mutlosigkeit einsetzt und das Handeln strukturiert.

Lebenslagen – ein Analyse-Modell für das „Altern“

Um den angedeuteten Auswirkungen der Risikogesellschaft und damit verbundener Differenzierung auch im Alter und insbesondere im prekären Alter, das sich zu einer riskanten und stark individualisierten Lebensform verdichtet, gerecht zu werden bzw. diese zu spiegeln und pfadabhängig zu analysieren, halte ich es für fruchtbar, das Lebenslagemodell der Armutsforschung auf das Alter zuzuspitzen. Notwendig sind Studien zum Altwerden in einer erschöpften Gesellschaft, die deren Aporien, Ungleichzeitigkeiten und ungleiche Verteilungsmuster in der Wirklichkeit nachspüren. Dieses soziologische Konzept diskutiert soziale Ungleichheiten an Merkmalen und Handlungsbedingungen, die gute oder schlechte Chancen zur Befriedigung allgemein anerkannter Bedürfnisse gewähren, auch werden Möglichkeiten und Einschränkungen im alltäglichen Leben erkennbar.

Von Weiser stammt die klassische Definition „Als Lebenslage gilt der Spielraum, den die äußeren Umstände dem Menschen für die Erfüllung der Grundanliegen bieten, die ihn bei der Gestaltung seines Lebens leiten oder bei möglichst freier und tiefer Selbstbesinnung und zu consequentem Verhalten hinreichender Willensstärke leiten würden“ (Weisser, zit. nach Ludwig 1996). Der Spielraum wird nicht durch

die Individuen allein strukturiert, es bestehen Wechselwirkungen mit den objektiven Ressourcen, die man als äußere Umstände des Alltags begreifen kann.

Dimensionen der Lebenslage

In der Armutsforschung wurden wesentlich fünf Lebenslagedimensionen definiert, die in empirischen Betrachtungen zeigen, inwieweit Menschen an den Möglichkeiten teilhaben und ihre Bedarfe und Fähigkeiten realisieren können oder aber systematisch benachteiligt und ausgegrenzt werden (Dietz 1997). Dies soll auf das Alter zugespitzt werden.

• Versorgungs- und Einkommensspielraum

Hinsichtlich des Alltags kommen das Einkommen und die materiellen Ressourcen in den Blick. Es ist zu fragen: sind diese ausreichend; wie sieht die Grundversorgung mit Ernährung, Kleidung und Wohnen aus; ist diese aus Sicht der Menschen bedarfsdeckend; wie viel verfügbares Geld ist vorhanden; wie nehmen Menschen ihren Einkommensspielraum wahr; wie sehr leiden sie unter Einschränkungen; verfügen sie über eine angemessene Wohnung oder gar über Wohneigentum?

• Kommunikations- und Erfahrungsspielraum

Welche allgemeinen und spezifischen Anregungen bzw. Förderungen erfahren die Menschen durch ihr Umfeld (Verwandte, Nachbarschaft, Netzwerke, Einrichtungen). Es ist zu hinterfragen, welche Freizeitaktivitäten möglich sind, hinsicht-

lich Sport, kultureller Angebote u. a., wie qualitativ an Bedarfen orientiert ist der sozialräumliche Erfahrungsraum wie Nachbarschaft, Treffpunkte, Restaurants, medizinische und pflegerische Einrichtungen, Parks, Schwimmbäder, Sportstätten, Kinos oder Theater, wie erschließbar und zugänglich ist das alles. Zu reflektieren sind auch Zugänge zu den Möglichkeiten moderner und medialer Kommunikation.

- **Kontakt - und Kooperationsspielraum**

Soziale Teilhabe- und Mitbestimmungsmöglichkeiten sind vielfältig erforderlich, in der Familie, in Freundschaften, in Vereinen, in Nachbarschaften, in Einrichtungen. Dazu zählt auch die Teilnahme an Festen und anderen Veranstaltungen bzw. Feiern und sonstigen sozialen Zusammenkünften. Es ist zu fragen, welche sozialen Beziehungen bestehen, welche sind möglich oder werden erschwert, brechen ab oder werden gar verhindert. Aber auch Nutzungsmöglichkeiten der sozialen Infrastruktur sind wesentliche Elemente, wie Verfügbarkeit und Zugänge zu öffentlichen und privaten Angeboten durch Organisationen und Vereine.

- **Regenerations- und Mußespielraum**

Bedeutsam im Alltag sind die Möglichkeiten von Entspannung, Erholung und Muße, von Anregung und Gestaltung im Wohnumfeld und in der Wohnsituation; aber auch die Möglichkeiten zu Freizeitaktivitäten, die über den unmittelbaren Wohnort hinaus gehen wie Ausflüge, Sport, Kultur, Musik, Museen sind wesentlich. Der Blick richtet sich zusätzlich auf Entlastungen bzw. Belastungen und

die unterstützende und aktivierende Qualität der bestehenden Beziehungen und der professionellen Unterstützung. Hier ist auch nach den Folgen und der Aktualität von Erschöpfung zu fragen, inwieweit die Unfähigkeit durch Einschränkungen wächst, den Alltag erfüllend und selbstverantwortlich zu organisieren und ob Hilfe zugänglich und erschließbar ist.

- **Dispositions- und Entscheidungsspielraum**

Ein essentieller Aspekt liegt zudem darin, ob und wie Menschen an der Ausgestaltung der Dimensionen ihrer Lebenslage beteiligt sind, welche Wahlmöglichkeiten und Optionen sie haben, Gestalter und Konstrukteure ihrer Welt zu sein, wie intensiv sie aufgefordert sind, in sie betreffenden Angelegenheiten mitzubestimmen.

Prekäre Lebenslagen im Alter

Neben diesem Modell soll an dieser Stelle ebenfalls gefragt werden: Was wissen wir über prekäre Lebenslagen im Alter? Es gibt viele Studien, die das Alter beschreiben, medizinisch, pflegerisch, ökonomisch, psychologisch, soziologisch, sozialpädagogisch. Doch nur wenige differenzieren es nach der Qualität und der Ausgestaltung von Spielräumen unterschiedlicher Lebenslagen. Nur wenige richten den Blick auf das prekäre Alter und fragen nach Möglichkeiten und Einschränkungen, nach Verheißungen und Drohungen, nach Verwundbarkeit und Erschöpfung. Viele beleuchten das Alter als Lebensphase in der generationalen Ordnung und differenzieren nur selten, zumindest nicht in den Kontexten, die hier vorgeschlagen wurden.

Es wird zwar reflektiert, dass der Einstieg in das Alter bereits von extrem unterschiedlichen ökonomischen, sozialen und kulturellen Erfahrungen geprägt ist (van Dyk 2015). Dies wird aber kaum bzw. unzulänglich mit den biographischen Erfahrungen verknüpft, die schon eine lange Verankerung in Prekarität und Erschöpfung aufweisen oder sich erst im Alter als Folgen dieser Erfahrungen manifestieren bzw. hier sogar erstmalig wachsen. Dabei suggeriert doch gerade der Lebenslagenansatz, dass alt werden vor dem Hintergrund der Lebenslage in ihrer Geschichte, ihrer Pfadabhängigkeit und ihrer Aktualität gespiegelt werden muss.

Blicke auf vorliegende Studien zeigen, welchen Bruch oder welche Zäsur der Einstieg in das Alter darstellen kann (14). Vor dem Beginn der Rente äußern sich viele sehr positiv, ein Jahr danach kommt oft Skepsis auf. Es fehlt der strukturierte Tagesablauf, der Kontakt zu Kollegen, die Anerkennung im Job, das Wissen noch etwas zu können. Auch wenn es noch eher selten am Geld fehlt, formen sich dennoch bei vielen neue und nagende Fragen, die man sich vorher so nicht stellte: Wovon den Kühlschrank füllen, wie die Medikamente zahlen, wovon neue Kleidung kaufen, was kann ich meinen Enkeln noch schenken, ist Verreisen noch möglich?

Skepsis und Fragen dieser Art offenbaren, dass Altern ein Übergang ist, der alles ändern kann und soziale Erschöpfung als Möglichkeit in den Blick kommen lässt. Eine Sensibilität und vielfältige Ängste der Menschen hinsichtlich der Drohungen, die ihnen schon vor dem Eintritt in das Rentenalter präsent waren, sind erkennbar. Die Süddeutsche Zeitung wies auf Studien hin, aus denen hervorgeht, dass sich ein Drittel der Deutschen vor Armut fürchtet

(15). Vielen Menschen sei schon lange bewusst, dass das Rentenniveau in den letzten Jahren gesunken ist, von 60 % des Nettoeinkommens auf fast 50 % mit weiter sinkender Tendenz. Die Deutschen sind sich zunehmend darüber im Klaren, dass für das Auskommen im Alter die gesetzliche Rente immer weniger reicht, eine private Rente eigentlich erforderlich wäre, doch genau diese können sich Menschen, die lange Jahre in prekären Beschäftigungsverhältnissen arbeiteten, überhaupt nicht leisten. In der Konsequenz fürchten fast 60 %, dass sie ihren Lebensstandard im Alter nicht halten können.

Eine Allensbach-Umfrage zur „Generation Mitte“ identifizierte, dass die mittlere Generation (Menschen in einer tendenziell zur Erschöpfung tendierenden Mitte) inzwischen nicht mehr daran glaubt, dass man seine Finanzen langfristig planen kann, nur jeder Vierte geht noch davon aus, im Alter keine finanziellen Sorgen zu haben. Besonders skeptisch sehen dies untere Einkommensschichten, die bereits im Erwerbsleben Erfahrungen mit Armut gemacht haben (16). Vorliegende Studien weisen darauf hin, dass nicht nur Geringverdiener ihre Rente pessimistisch einschätzen, ca. 35 % halten es für wahrscheinlich, im Alter auf Grundsicherung angewiesen zu sein (Butterwegge/Bosbach/Birkwald 2012). Als Fazit lässt sich feststellen, dass sich immer mehr Menschen auf einen niedrigeren Lebensstandard im Alter einstellen und davon ausgehen, sich in ihren Lebenslagen einschränken zu müssen.

Schon jetzt ist eine Tiefe soziale Spaltung der Rentner/innen erkennbar, die jene vielfach diskutierte und beklagte Spaltung der Gesellschaft reproduziert. Das Alter wird insgesamt doppelt gespalten:

- zwischen den Generationen, die eher wohlhabend noch im Erwerbsalltag stehen und einer immer ärmeren Generation im Rentenalltag,
- in der Generation der Alten, in der die Spaltung der Gesellschaft in arm und reich abgebildet und sogar noch verschärft wird.

Das prekäre Alter ist das Ergebnis einer sich vielfältig polarisierenden Gesellschaft, die sogar in der Biographie eines einzelnen Menschen mit Aufstieg und Abstieg verläuft. Viele ahnen und wissen schon im Verlauf ihres verdichteten und beschleunigten Lebens, das ihnen noch einigermaßen Wohlstand und Möglichkeiten der Teilhabe bietet, dass sich dies mit Eintritt in das Rentenalter völlig anders darstellen kann. Innerhalb kürzester Zeit können die Möglichkeiten der Gesellschaft verschlossen sein, man erlebt sich plötzlich als ausgegrenzt und an den Rand gedrängt. War dies bisher ohnehin eine mögliche Erscheinung des Alterns, so wird dies in der gegenwärtigen Moderne noch einmal radikal verschärft. Alter wird zu einem neuen und bisher so nicht bekannten Risiko der Lebensphasen, das in seiner Phänomenologie und seinen Wirkungen auf die Menschen bisher wenig reflektiert ist.

Man kann aber einiges „erahnen“: Ergebnisse vorliegender Studien zu Altersarmut stellen fest, dass Betroffene vor allem sparen. Sie schränken sich hinsichtlich Lebensmitteln ein, sie kaufen nur noch das Lebensnotwendige, notwendige Reparaturen in der Wohnung werden verzögert, Kleidung wird nicht erneuert, Rezepte werden nicht eingelöst, medizinische Leistungen werden nicht in Anspruch genommen, es werden weniger Besuche durchgeführt. Armut im

Alter wird sich auch in den Segregationsprozessen der Städte zeigen. Eine vielfach diagnostizierte neue Wohnungsnot wird vor allem auch das prekäre Alter betreffen. Menschen mit wenig Einkommen können zum Teil das Wohnen nicht mehr bezahlen, die Wohnkostenbelastung ist auf Rekordniveau, bei niedrigem Einkommen kann die Belastung teilweise schon bei über 50 % liegen, steigende Energiekosten werden arme Haushalte besonders belasten. Das kann zu Wohnungswechseln im Alter führen und somit zum Verlust einer bisher erfahrenen Heimat. Lebenslagen des prekären Alters werden sich dann in ohnehin benachteiligten Gebieten konzentrieren, deren Infrastruktur ohnehin schlecht ist und die Menschen im Alter kaum altersgerechte Infrastrukturen bieten können. Auch wird es eine Konzentration in marginalen ländlichen Räumen geben, deren Probleme einer wegbrechenden Infrastruktur vielfach bekannt sind.

Die Lebenslagen im Alter werden extrem unterschiedlich sein, es wird Gewinner und Verlierer hinsichtlich Teilhabe an Möglichkeiten und Optionen geben. Das wird sich in den Lebenslagen niederschlagen hinsichtlich Einkommen, Wohnen, Gesundheit, Freizeit, Mobilität, Kommunikation, Partizipation und Lebenszufriedenheit. All das wird im Alter extrem ungleich verteilt sein, wohlhabenden Lebenslagen stehen Ausgrenzung und Kulturen der Armut gegenüber. Das prekäre Alter wird darin Ausfluss erlebter und erfahrener Erschöpfung sein, es kann zudem selbst Erschöpfung hervorrufen. Vor diesem Hintergrund ist zu fragen, was Altersarmut bzw. das prekäre Alter eigentlich anders macht als andere Armutsphänomene:

- Sie ist kein Produkt aktueller Arbeitslosigkeit.
- Sie ist ein Produkt von Arbeit, die schlecht entlohnt wurde.
- Sie ist Produkt einer neoliberalen Sozial- und Wirtschaftspolitik, die Risiken auf das Subjekt verlagert und nur noch Basisabsicherungen bietet.
- Sie ist die Verlängerung schon länger erfahrener Ausgrenzung und Erschöpfung.
- Sie aktiviert Entsetzen, Scham, Erniedrigung und mitunter dauerhafte Erschöpfung.
- Sie kann nicht kurzfristig durch präventive Maßnahmen im Entstehen unterbunden werden, höchstens für kommende Generationen sind Lösungen denkbar.
- Sie kann plötzlich zu Isolation und Einsamkeit führen, wo zuvor noch über lange Jahre Teilhabe über Netzwerke möglich war.
- Sie kann derzeit in ihren Folgen nur abgemildert werden und kennt keinerlei Wege aus der Situation heraus.

Herausforderungen

Blicke auf die Lebenslagen zeigen essentielle Herausforderungen, die als Heterogenität der Menschen im Alter zu begreifen ist, besonders im Alter zeigt sich in einer individualisierten Gesellschaft die Vielfalt der Menschen. Neben einer anderen Sicht auf das Altern liefert der Lebenslagenansatz aber auch veränderte Blicke auf die Herausforderungen, die eine differenzierte und Ambivalenzen aufdeckende Betrachtung nach sich zieht, insbesondere Blicke auf das prekäre Altern. Analysen zwingen zu Überlegungen, wie dem zu begegnen ist (Hüther/Naegele 2013). Einige Thesen sollen deshalb den Aufsatz abrunden.

• Altersgrundsicherung

Es gibt bisher kaum Rechenmodelle, wie viel ein Mensch im Alter wirklich braucht, um auch weiterhin im Rahmen von Bedürfnissen und Fähigkeiten an der Gesellschaft teilhaben zu können. Notwendig ist deshalb eine Debatte über eine adäquate Altersgrundsicherung, die sich am tatsächlichen Bedarf orientiert und die nicht von Regelsätzen im SGB II abgeleitet wird bzw. die Menschen nach einem langen Arbeitsleben nicht mit wohlfahrtstaatlicher Normierung zu Armen degradiert.

• Teilhabemöglichkeiten und Förderung einer altersbezogenen Infrastruktur

Alles steht und fällt mit den Teilhabefähigkeiten. Mit der finanziellen Ausstattung ist deshalb nur die Hälfte definiert. Zugleich sind die Teilhabemöglichkeiten im sozialen Raum hinsichtlich Kultur, Sport und Bildung altersgerecht zu verbessern, Fragen nach der Unterstützung und nach der Infrastruktur sind zu stellen. Wichtig sind unterstützende Hilfen und Präventionsnetze. Aber auch altersfreundliche Umwelten müssen entwickelt werden; Einrichtungen und Unterstützungen für Alte müssen als Orte der lebenslangen Bildung und nicht der Versorgung begriffen werden.

• Vom Ruhestand zur Potenzialentfaltung.

In der Altenpolitik und -arbeit bedarf es eines Paradigmenwechsels: Weg von der traditionellen „Ruhestandsorientierung“ und hin zur individuell wie gesellschaftlich nützlichen „Potenzialentfaltung und -nutzung“. Das seither gültige Versor-

gungsparadigma muss einem Aufforderungs- und Verpflichtungsparadigma weichen, in dem das Altern eine eigenständige Lebenslage ist, in der persönliche Weiterentwicklung und Lernen eine wichtige Rolle spielen. Dann aber sind nicht nur vorhandene Fähigkeiten zu erhalten oder fehlende zu kompensieren, es muss vermehrt darum gehen, neue Betätigungsfelder für Menschen mit Wissen und Fähigkeiten, die über lange Jahre angehäuft wurden, zu finden, um sich darin auf deren Erfahrungen einzulassen.

- **Vernetzung und Sozialraumplanung**

Der Stärkung, Entfaltung und Nutzung vorhandener Ressourcen kommt in der integrativen Sozialraumplanung eine zunehmend strategische Bedeutung zu. Strukturell wichtig ist deshalb eine Vernetzung aller Angebote im Raum. Das meint eine notwendige Bündelung der Maßnahmen, die eine integrative Sozialraumplanung herstellen kann: eine Vernetzung sozialer Akteure in sozialen Räumen, eine Zusammenarbeit unterschiedlichster Hilfsangebote und eine Abstimmung in Sozialraumkonferenzen, die von professionellen Planern koordiniert werden sollten. Erforderlich ist eine Sozialraumplanung, die dafür sorgt, dass alle Bereiche und Räume des öffentlichen Lebens sowie alle Informationen altersgerecht und barrierefrei zugänglich sind. Nur so ist Teilhabe möglich.

- **Instrumente in Sozialräumen**

Die lokalpolitischen Instrumente der integrativen Sozialraumplanung sind vielfältig bekannt, es sind vor allem Sozialraumkonferenzen und ein Quartiers-

management, das soziale Netzwerke knüpft, Wohnen und Leben im Alter gestaltet, Präventionsmaßnahmen anregt, vernetzt und anbietet, Bedürfnisse der Familien alternder Menschen einbezieht und die zunehmenden Schnittmengen der Hilfesysteme als Herausforderung begreift. Ein Auf- und Ausbau sozial integrativer Konzepte auf dem Land zur Verbesserung der Lebenslagen kann in einer dezentralen Gesundheitsförderung, in neuen Wohnformen sowie in Versorgungsgemeinschaften bestehen.

Anerkennung

Entscheidend für eine Abmilderung der Folgen des prekären Alters sowie der Erschöpfung ist letztlich Anerkennung. Honneth hat die Ebenen der Anerkennung grundlegend herausgearbeitet; Anerkennung beruht demnach:

- auf emotionaler Achtung - der Liebe,
- auf rechtlicher Anerkennung sich selbst und anderen gegenüber,
- auf wechselseitiger Anerkennung zwischen soziokulturell unterschiedlich individuierten Personen - der Solidarität (Honneth 1992).

Honneth sprach insbesondere von einer emotionalen Achtung, die als Respekt zu begreifen ist, die Andere ernst nimmt und sie gleich behandelt. Achtung und Respekt gegenüber den Bedürfnissen und Bedarfen der Menschen müssen in diesem Verständnis die Basis aller Politik sein, als rechtliche Anerkennung und als wechselseitige Anerkennung. Politisch und pädagogisch betrachtet hat dies eine radikale Überwindung der Versorgungsmentalität und die

Realisierung von Teilhabeprozessen aller Menschen eines Gemeinwesens zur Folge.

Anmerkungen

- (1) Siehe auch: <http://www.kas.de/upload/dokumente/verlagspublikationen/Alter-Last-Chance/Alter-Last-Chance-6-1.pdf>
- (2) Schon 1994 sprach Sylvia Kade dies, vgl. Kade 1994
- (3) Mir ist keine umfängliche Studie bekannt, die dies im Kontext fasst. Auf das „heterogene Alter“ weist zumindest folgende Studie hin: U. Lindenberger, J. Smith, K. U. Mayer & P. B. Baltes (Hrsg.): Die Berliner Altersstudie, Berlin 2010.
- (4) https://www.bertelsmann-stiftung.de/fileadmin/files/BSt/Publikationen/GrauePublikationen/Policy_LebensWK_Okt_2015_final.pdf
- (5) Siehe: <http://www.sozialpolitik-aktuell.de/einkommen-datensammlung.html#niedrigloehne-2643>
- (6) <http://newsletter.iwkoeln.de/m/6416959/111790-31d767227e1d9587-f969272acfea4349>, Zugriff am 12.8.2013
- (7) Siehe auch: <http://www.sozialpolitik-aktuell.de/kontrovers---das-aktuelle-thema-prekaere-beschaeftigung.html#atypische-und-prekaere-beschaeftigung1230>
- (8) Siehe WSI Mitteilungen 11/2015: http://www.boeckler.de/impuls_2015_11_gesamt.pdf
- (9) Siehe u.a.: <http://www.welt.de/themen/niedriglohn/>
- (10) Der Begriff geht auf eine Studie des DGB zurück; <http://www.sueddeutsche.de/karriere/studie-zu-jungen-arbeitnehmern-generation-prekaer-1.1013069>; hier steht sie für jene, die über lange Zeit in prekären Beschäftigungsverhältnissen lebten, die zum einen geringe Rentenanwartschaften nach sich ziehen und zum anderen ein spezifisches Lebensgefühl sozialer Erschöpfung hervorbringen.
- (11) Siehe: www.armut-im-alter.de
- (12) Siehe unter: <http://nrw.dgb.de/presse/++co++d43e8116-edde-11e1-a3ce-00188b4dc422>
- (13) Der von Voß und Pongratz in die Debatte eingeführte Begriff (Voß, G.G./Pongratz, H.J. (1998): Der Arbeitskraftunternehmer. Eine

neue Grundform der Ware Arbeitskraft? In: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, H. 1, S. 131-158) beschreibt das Ideal eines unternehmerischen Selbst (Bröckling (2007)

- (14) Siehe: <http://www.zeit.de/2015/34/ruhestand-stress-geistig-koerperlich-aktiv-bildung>
- (15) Siehe: <http://www.sueddeutsche.de/thema/Altersarmut>, sowie: http://www.tns-infratest.com/Branchen-und-Maerkte/pdf/TNS_Infratest_Trendindikator_Factsheet.pdf
- (16) Siehe: <http://www.gdv.de/2015/09/generation-mitte-2015-zentrale-ergebnisse-im-ueberblick/>

Literatur

- Backes, Gertrud/Clemens, Wolfgang; Lebensphase Alter, Weinheim 2013
- Bauman, Zygmunt; Verworfenes Leben, Hamburg 2005
- Beck, Ulrich/Giddens, Anthony, Lash, Scott; Reflexive Modernisierung - Eine Kontroverse, Frankfurt am Main 1996
- Bosch, Gerhard; Prekäre Beschäftigung und Neuordnung am Arbeitsmarkt, IQA Standpunkt, Duisburg 2/2012
- Brehmer, Wolfram; Seifert, Hartmut; Sind atypische Beschäftigungsverhältnisse prekär? Eine empirische Analyse sozialer Risiken. In: ZAF 4/2008, S. 501-531
- Bröckling, Ulrich; Das unternehmerische Selbst. Soziologie einer Subjektivierungsform, Frankfurt a.M. 2007.
- Bude, Heinz; Die Ausgeschlossenen, München 2008
- Butterwegge, Christoph; Armutsfalle Mindestlohn; in: Blätter für deutsche und internationale Politik, 1/2015, S. 56-62; 2015a
- Butterwegge, Christoph; Hartz IV und die Folgen. Auf dem Weg in eine andere Republik?; Weinheim 2015b
- Butterwegge, Christoph/Bosbach, Gerd/Birkwald, Mathias (Hrsg.); Armut im Alter. Probleme und Perspektiven der sozialen Sicherung Frankfurt 2012
- Castel, Robert; Die Wiederkehr der sozialen Ungleichheit, in: Castel/Dörre 2009, S. 21-34
- Castel, Robert; Dörre, Klaus (Hrsg.); Prekarität, Abstieg, Ausgrenzung. Die soziale Frage am Beginn

- des 21. Jahrhunderts, Frankfurt am Main 2009
- Dietz, Berthold; Soziologie der Armut, Frankfurt am Main 1997
- Dörre, Klaus; Lessenich, Stefan; Rosa, Hartmut; Soziologie. Kapitalismus. Kritik, Frankfurt am Main 2009
- Dyk, Silke van; Soziologie des Alters. Bielefeld 2015
- Ehrenberg, Alain; Das erschöpfte Selbst, Frankfurt am Main 2008
- Heinze, Rolf G.; Die erschöpfte Mitte, Weinheim 2011
- Heinze, Rolf G./Naegele, Gerhard (Hrsg.); Ein Blick in die Zukunft, Gesellschaftlicher Wandel und Zukunft des Alters, Münster 2010
- Hohendanner, Christian; Stegmaier, Jörg; Umstrittene Minijobs, IAB-Kurzbericht 24/2012
- Honneth, Axel; Kampf um Anerkennung, Frankfurt am Main 1992
- Hüther, Michael/Naegele, Gerhard (Hrsg.); Demografienpolitik – Herausforderungen und Handlungsfelder. Wiesbaden 2013
- Kade, Sylvia; Individualisierung und Älterwerden, Bonn 1994
- Klammer, Ute/Leiber, Simone; Atypische Beschäftigung und soziale Sicherung, in: WSI-Mitteilungen 5/2006.
- Kraemer, Klaus; Prekarität – was ist das?, in: Arbeit, 17/2008, S. 77-90
- Lindenberger, Ulman/Smith, Jacqui/Mayer, Karl Ulrich/Baltes, Paul B. (Hrsg.); Die Berliner Altersstudie, Berlin 2010.
- Ludwig, Monika; Armutskarrieren. Zwischen Abstieg und Aufstieg im Sozialstaat, Opladen 1996
- Lutz, Ronald; Soziale Erschöpfung, Weinheim 2014
- Lutz, Ronald; Mythos Jugend. Zwischen Realität und gesellschaftlicher Wahrnehmung; in: Jörg Fischer/Ronald Lutz (Hrsg.): Jugend im Blick, Weinheim 2015, 235-154
- Priddat, Birger; Die Leere der Fülle, in: Kursbuch 171, Besser optimieren, 2012, S. 11-28
- Rhein, Thomas; Deutsche Geringverdiener im europäischen Vergleich, IAB-Kurzbericht 15/2013
- Rosa, Hartmut; Beschleunigung. Die Veränderung von Zeitstrukturen in der Moderne, Frankfurt am Main 2005
- Rosa, Hartmut; Kapitalismus als Dynamisierungsspirale – Soziologie als Gesellschaftskritik, in : Dörre/Lessenich/Rosa 2009, S. 87-125
- Rosa, Hartmut; Beschleunigung und Entfremdung, Frankfurt a Man 2013
- Völker, Susanne; Entsicherte Verhältnisse, in: Castel/Dörre 2009, S. 219-228
- Vogel, Berthold; Wohlstandskonflikte. Soziale Frage, die aus der Mitte kommen, Hamburg 2009



Lebenszufriedenheit und soziale Teilhabe im Alter – Disparitäten regionaler Versorgungsstrukturen und sozialstrukturelle Ungleichheiten

Mareike Popp

Armut im Alter ist ein Thema, mit dem sich auch wohlhabende Gesellschaften auseinandersetzen müssen. Die Frage nach den Ursachen von Armutsrisiken und verfestigter Armut einzelner gesellschaftlicher Gruppen führt zu einem Verständnis für komplexe Zusammenhänge und lässt Entstehungsstrukturen erkennen. Vor allem ist es wichtig, auf vorhandene Differenzen aufmerksam zu machen und die Wahrnehmung für soziale Ungleichheiten im Alter zu schärfen. Deshalb sollten Strategien des frühzeitigen Erkennens prekärer Lebenslagen im Alter und des Schaffens eines Ausgleichs vorhandener sozialer Differenzen langfristig angelegt sein und nicht nur für die derzeitige ältere Generation wirksam werden. Im Hinblick auf den demografischen Wandel, der durch einen immer größeren Anteil älterer Menschen in unserer Gesellschaft erkennbar wird sowie einer teilweise sehr unterschiedlich verlaufenden Bevölkerungs- und Strukturentwicklung in den verschiedenen Regionen Deutschlands, ist eine möglichst frühzeitige Weichenstellung ein möglicher Weg.

Diesem Beitrag liegt eine multidimensionale Definition von Armut zugrunde, die ökonomische und immaterielle (z. B. Partizipation) Dimensionen umfasst. Diese Sichtweise berücksichtigt sowohl objektive Lebensbedingungen als auch die subjektive Wahrnehmung der Lebenssituation und lässt ein breiteres Verständnis sozialer Ungleichheiten zu. So wird der Blick auch auf

ungleiche Verteilungen der Teilhabechancen in der Gesellschaft und der Lebensqualität und -zufriedenheit im Alter gelenkt.

Um eine nachhaltige Förderung von Interventionen etablieren zu können, müssen soziale Ungleichheiten nicht nur auf der persönlichen Ebene der betroffenen Personen identifiziert werden. Obwohl die Gründe für Altersarmut häufig individuell erscheinen, lassen sich strukturelle Bezüge und Mechanismen erkennen, die mit einem erhöhten Risiko sozialer Benachteiligung einhergehen. In erster Linie sind es Differenzen auf sozialstruktureller Ebene, die zu einem ungleichen Maß an sozialer Teilhabe und Lebenszufriedenheit im Alter führen. Darüber hinaus zeigen sich aber auch regionale Disparitäten in Anbetracht der ökonomischen Situation, der (Versorgungs-) Infrastruktur und der Partizipation und Zufriedenheit mit dem Leben. Letztlich kommt es zu einer doppelten Ungleichheit, wenn Effekte der sozialstrukturellen und kontextuellen Ebene kumulieren. Das bedeutet, dass nicht nur persönliche Ressourcen und individuelle Faktoren, sondern auch regionale Rahmenbedingungen die Lebenssituation im Alter mitbestimmen. Nach diesem Verständnis können Voraussetzungen nicht nur auf persönlicher Ebene, sondern auch auf der Ebene der baulich-räumlichen Umwelten zu einem gelungenen Altern, Partizipation am gesellschaftlichen Leben sowie einer hohen Lebenszufriedenheit und -qualität beitragen.

Multidimensionales Verständnis von Armut

Im politischen Diskurs wird häufig auf das Einkommen und die finanzielle Absicherung älterer Menschen Bezug genommen, um über Armut im Alter zu sprechen. In diesem Beitrag soll Armut nicht allein auf die materielle bzw. finanzielle Armut beschränkt betrachtet werden, auch wenn einkommensbasierte Ansätze stellvertretend für die Messung von Armut herangezogen werden. Die Ressource Einkommen ist so zentral, dass andere Lebensbereiche von ihr abhängen (Klocke 2000, S. 315). Die einkommensbasierte Armutsmessung ist gut dokumentiert und besser vergleichbar (ebd., S. 131). Sie genießt deshalb eine gewisse Vorrangstellung in der empirischen Armutforschung (ebd.). Doch weist auch die Armuts- und Reichtumsberichterstattung der Bundesregierung schon im Titel auf das Konzept der „Lebenslagen“ hin (Bundesministerium für Arbeit und Soziales 2013). Lebenslage wird hier als „die Gesamtheit der Zusammenhänge, in denen Personen ihre materiellen und immateriellen Teilhabechancen nutzen“ definiert (ebd., S. 23). Es geht bei der Feststellung von Armut im Alter also nicht nur um die Einkommens- und Vermögenssituation der älteren Bevölkerung, sondern auch um andere Lebensbereiche wie Gesundheit, soziale Netzwerke und soziale Integration oder Mit- und Selbstbestimmung, die das Leben im Alter dominieren. Nicht nur materielle Ausstattungsmerkmale bestimmen die Lebenslage, sondern auch die Chancen der sozialen und kulturellen Teilhabe an der Gesellschaft (vgl. Hauser 1995). Der Lebenslagen-Ansatz untersucht verschiedene Bereiche materieller und sozialer Versor-

gung. Der Ansatz lenkt den Blick der Sozialberichterstattung also nicht nur auf den finanziellen Aspekt, sondern auf die Handlungsressourcen und damit die Handlungsspielräume einer Person (Allmendinger et al. 1990, S. 17). Sind diese eingeschränkt, so gilt eine Person als von Armut betroffen. Dieser Ansatz erweitert die Perspektive der Sozialberichterstattung entschieden um ein multidimensionales Verständnis von gesellschaftsspezifischen Vorstellungen über materielle und soziale Bedürfnisse (ebd., S. 20).

Identifikation von sozialen Ungleichheiten: Soziale Teilhabe und Lebenszufriedenheit als Indikatoren der sozialen Lage

Die Sozialberichterstattung gibt Auskunft über die soziale Lage von Individuen in gesellschaftlichen Gruppen. Sie analysiert Lebensbedingungen von Menschen und zeigt, inwieweit gesellschaftliche Opportunitäten die Lebensweise von Personen mitbestimmen können. Aufgabe der Sozialberichterstattung ist die Wahrnehmung sozialer Probleme; auf dieser Grundlage sollen soziale Ungleichheiten gemildert oder beseitigt werden. Armut steht im Kontext sozialer Ungleichheit und muss daher multiperspektivisch und multidimensional abgebildet und bearbeitet werden. Um die Lebensbedingungen aus multidimensionaler Perspektive zu verstehen, müssen nicht nur die objektiven Lebensbedingungen, sondern vor allem auch die subjektiven Einschätzungen dieser mitgedacht werden. Diese Sichtweise wurde seit den sechziger Jahren durch das „Social Indicators Movement“ vertreten (Noll 2004). Diese Bewe-

gung aus Skandinavien und den USA verband sich in den achtziger und neunziger Jahren langsam in natürlicher Weise mit der „Sozialindikatoren-Bewegung“ (Glatzer 1990; Noll 1997) in der deutschen Soziologie (Allmendinger et al. 1990, S. 18). Ihr Anliegen war es, zu einer vollständigen Erhebung der Lebensbedingungen der Bevölkerung nicht nur objektive Maße der ökonomischen, sozialen und psychischen Versorgung zu erheben, sondern auch das subjektive Wohlbefinden als Faktor des Wohlergehens der Bevölkerung zu messen. Diese duale Sichtweise folgt einem mehrdimensionalen Wohlfahrtsbegriff, „der im emphatischen Sinn gute ‚objektive‘ Lebensbedingungen und hohes ‚subjektives‘ Wohlbefinden beinhaltet und neben der individuellen Bedürfnisbefriedigung auch die kollektive Wohlfahrt mit einbezieht“ (Glatzer 2002, S. 248-249). Die „soziale Lage“ lässt sich demnach in vier soziale Indikatoren operationalisieren: Die ökonomische Lage mit materiellen Merkmalen, die „wohlfahrtsstaatliche Absicherung“ mit staatlichen Transferzahlungen und Infrastrukturausstattungen, die die Lebenslagen der Bürger und Bürgerinnen gestalten. Nach Schmid-Urban et al. (1992) gehören hierzu Merkmale wie die Sicherung gegen Existenzrisiken, die Bedingungen im Wohnumfeld und die Infrastruktur im Nahbereich. Ein weiterer Indikator umfasst die „soziale Teilhabe“, die soziale Einbindung und den Bereich der sozialen Netzwerke. Die „subjektive Einschätzung“ als Indikator besteht aus dem Merkmal der „Zufriedenheit mit der Lebenssituation“. Allgemeine Lebenszufriedenheit gilt als ein kognitives Urteil über die eigenen Lebensumstände. Sie grenzt sich als bewusster Bewertungsprozess der eigenen Lebens-

umstände von affektiven Maßen (z. B. „Glück“) ab (vgl. Pavot et al. 1993). Dieses persönliche Urteil beruht auf der subjektiven Wahrnehmung des eigenen Lebens, diese korrespondiert allerdings mit den objektiv feststellbaren Lebensumständen einer Person. Dössel (1999, S. 4) wendet sich zwar gegen einen streng deterministischen Zusammenhang zwischen subjektiven und objektiven Indikatoren (Bulmann 1996, S. 80), zeigt aber, dass einige Beiträge einen kausalen Wirkungszusammenhang in diesem Sinne postulieren und auf dessen empirische Überprüfung bestehen. Ob gute Lebensbedingungen für das Alter vorliegen, lässt sich sozialwissenschaftlich anhand der „Lebenszufriedenheit im Alter“ als subjektives Maß individueller und kollektiver Wohlfahrt untersuchen (vgl. Weller 1996). Die „Lebenszufriedenheit“ bildet die „Lebbarkeit“ von Gesellschaften ab (vgl. Veenhoven 1997), d. h. die Übereinstimmung der Angebote und Anforderungen einer Gesellschaft mit den Bedürfnissen und Fähigkeiten der in ihr alternden Bürgerinnen und Bürger.

Persönliche sozioökonomische Ressourcen entscheiden über die soziale Teilhabe und Lebenszufriedenheit im Alter

In der soziologischen Forschung zeigt sich, dass vor allem die soziodemografischen und sozioökonomischen Begebenheiten Einfluss auf die Lebenszufriedenheit haben (Böhnke 2010, S. 696-697; Veenhoven 1984; Glatzer et al. 1984). Besonders großen Einfluss auf die Lebenszufriedenheit haben demzufolge objektive Bedingungen, wie z. B. das Lebensalter (Goebel et al.

2010; Hansen et al. 2012; Tesch-Römer et al. 2006), der Gesundheitszustand (Angelini et al. 2012) und soziale Beziehungen (Keuschnigg et al. 2010; Bennett et al. 2013; Tesch-Römer 2010; Crohan et al. 1989). Zufriedenheitswerte zeigen einen u-förmigen Altersverlauf, bei Kindern und jüngeren Personen beim Eintritt ins Familien- und Berufsleben sowie bei Älteren beim Übergang in den Ruhestand lassen sich höhere Zufriedenheitswerte feststellen. Bei Personen in der Lebensmitte ist die Zufriedenheit geringer, genauso bei Personen im (sehr) hohen Alter (Goebel et al. 2010, S. 470-471; Keuschnigg et al. 2010, S. 10). Im Vergleich dazu haben verheiratete Personen eine höhere Lebenszufriedenheit als getrennte, geschiedene, verwitwete oder nie verheiratete Personen (Easterlin 2003). Andere Studien weisen nach, dass Personen mit höherer Bildung und einem höheren gesellschaftlichen Status zumeist auch zufriedener sind (Laubach et al. 2000; Tesch-Römer et al. 2010, S. 273-274; Pinqart et al. 2000; Ebbinghaus et al. 2006, S. 6). Auch wirkt sich die Anzahl der regel-

mäßigen außerhäuslichen Aktivitäten (z. B. Ausflüge, Sport, Kultur, Vereine, Café usw.) auf das subjektive Wohlbefinden im Alter aus, wie die Berliner Altersstudie belegt (Smith et al. 2010, S. 530+532).

Die Abbildung Nr. 1 stellt deskriptiv diese Aktivitäten außer Haus dar, die täglich bis einmal in der Woche ausgeübt werden. Zu diesen Aktivitäten zählen z. B. das Spaziergehen, der Besuch von Veranstaltungen oder Treffen mit Freunden. Besonders auffällig ist der hohe Anteil an älteren Menschen mit geringer Lebenszufriedenheit in der Gruppe von Personen, die keine solchen Aktivitäten unternehmen. Im Gegensatz dazu gibt es unter den mobileren Seniorinnen und Senioren einen höheren Anteil, die sich als zufrieden beschreiben.

Ähnliches lässt sich auch bei der Lebenszufriedenheit in Verbindung mit körperlichen Einschränkungen beobachten (s. Abbildung Nr. 2). Ältere Personen, die beim Steigen eines Treppenabsatzes wie z. B. einer Haustürschwelle, stark eingeschränkt sind, sind zugleich auch mit ihrem Leben

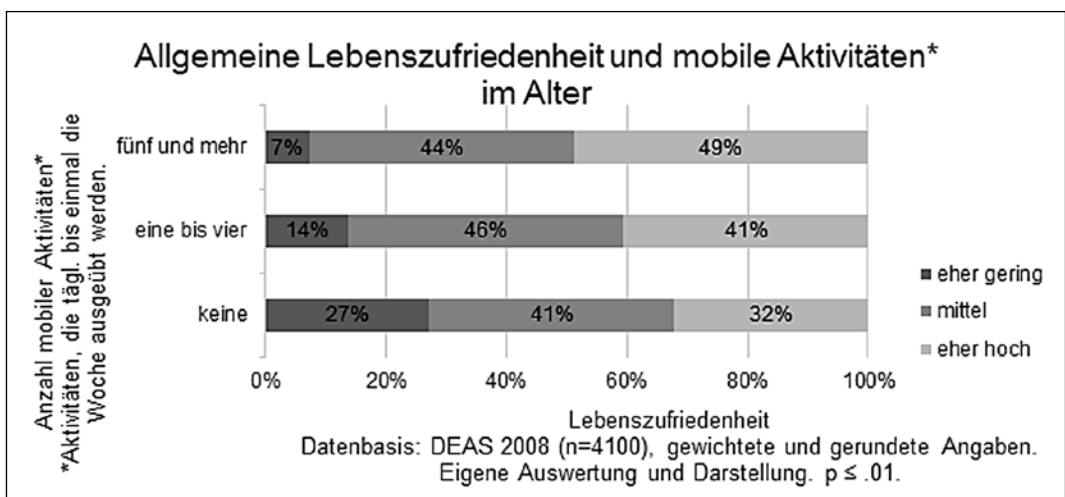


Abbildung 1) Allgemeine Lebenszufriedenheit und mobile Aktivitäten im Alter

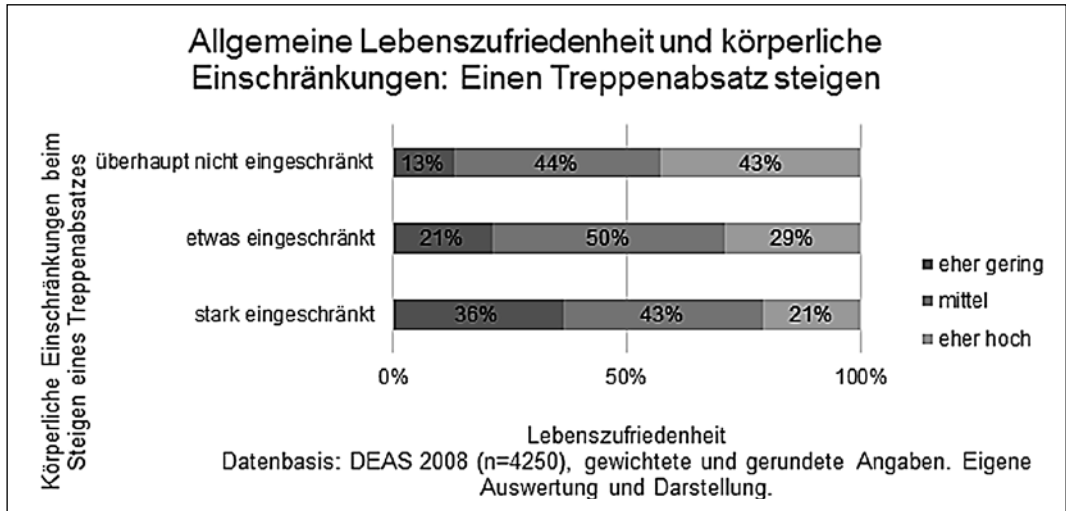


Abbildung 2) Körperliche Einschränkungen beim Steigen eines Treppenabsatzes und Lebenszufriedenheit im Alter

weniger zufrieden. Personen ohne solche körperlichen Einschränkungen sind dagegen viel häufiger mit ihrem Leben zufrieden oder sogar eher hoch zufrieden.

Das Maß an sozialer Teilhabe ist ebenfalls von den individuellen Ressourcen einer Person abhängig. Beispielsweise haben Personen im (sehr) hohen Alter, die der Unterschicht angehören, in der an- und ungelernte Arbeiterhaushalte gruppiert sind, weniger Anteil am gesellschaftlichen Leben (Mayer et al. 2010, S. 288-289). Sie weisen wenig Beteiligung in den Bereichen soziale Aktivitäten, politisches Interesse und politische Aktivitäten sowie Kirchenbesuche im Vergleich zu den übrigen Schichten auf, auch soziokulturelle Angebote werden von diesen Personen seltener wahrgenommen (ebd.). Ältere Personen aus höheren Schichten sind deutlich häufiger ehrenamtlich tätig oder nehmen an außerhäuslichen Bildungsaktivitäten teil (Naumann et al. 2010, S. 137-138). Außerdem steigt mit

dem formalen Bildungsniveau älterer Menschen die Wahrscheinlichkeit außerberuflicher Partizipation (ebd., S. 136), welche ehrenamtliches Engagement und außerhäusliche Bildung (lebenslanges Lernen) umfasst (ebd., S. 133).

Die Zugänge zu sozialer Teilhabe und das Ausmaß an allgemeiner Lebenszufriedenheit sind von individuellen Ressourcen, Fähigkeiten und der gesellschaftlichen Position abhängig. Damit wird die soziale Ungleichheit in diesem Bereich durch individuelle Faktoren vorstrukturiert. Das bedeutet, die Zugänge zu sozialer Teilhabe und Lebenszufriedenheit sind auf sozialstruktureller Ebene ungleich verteilt. Dennoch sind individuelle Faktoren nicht als einziger Erklärungsansatz für soziale Teilhabe und Lebenszufriedenheit zu sehen.

Regionale Gegebenheiten und Opportunitäten entscheiden über soziale Teilhabe und Lebenszufriedenheit im Alter

Die Förderung der Partizipation älterer Menschen sowie der Erhalt von Lebensqualität, auch bei eingeschränkter Mobilität und Kompetenz, sind Forschungsanliegen der Gerontologie, die bisher aus einem individuellen, also auf die einzelne Person bezogenen Blickwinkel erfolgte (Kricheldorf et al. 2015, S. 399). Handlungsansätze, die auf die Einbindung älterer Menschen ins Quartier und den Verbleib im eigenen Zuhause bzw. im gewohnten Umfeld abzielten, wurden aus der personenbezogenen Perspektive generiert (ebd.). Inzwischen ist die sozialräumliche Sicht mehr in den Fokus der Altersforschung und auch in die Praxis gerontologischer und sozialer Arbeit getreten. Immer mehr Projekte und Forschungsansätze unterstützen die Frage nach kontextuellen Einflüssen für ein gutes und gelungenes Altern. Theoretische Ansätze der Mensch-Umwelt-Passung (person-environment-fit) (für eine Übersicht s. Wahl et al. 1999, S. 14ff) untermauern diese Bestrebungen. Diese ökogerontologischen Ansätze (Lawton 1983; Saup 1993; Claßen et al. 2014) gehen von einer Austauschbeziehung zwischen dem älteren Menschen und seiner alltäglichen, räumlich verorteten und sozialen Umwelt aus. Die soziale und baulich-räumliche Umwelt gestaltet das Leben im Alter und die alltägliche Lebensführung maßgeblich zum einen mit, zum anderen verändert sich diese Umwelt auch durch die Bedürfnisse und Anforderungen der älteren Menschen. Im Alter nimmt der außerhäusliche Aktionsradius ab, die tägliche Aufenthaltsdauer in

der Wohnung wird größer (Meyer 2013, S. 337). Der näheren räumlichen sowie sozialen Umwelt kommt damit im Alter besondere Bedeutung zu. Der umgebende Raum stellt für die Bewohnerinnen und Bewohner Ressourcen und Funktionen bereit, z. B. die Versorgung mit Gütern des alltäglichen Lebens, medizinische Versorgung, Behörden und andere Institutionen und Dienstleistungserbringer sowie kulturelle Instanzen. Gesellschaftliche Treffpunkte und Besuche mit und bei Freunden oder Verwandten sind im Raum verankert; die Umgebung bietet zudem auch Anregung und Erholung. Räume und Umwelten in ihrer Beschaffenheit eröffnen entweder Möglichkeiten oder sie verwehren diese. Sie bieten vorstrukturierte Zugänge zur Realisation von eigenen Interessen, von Selbstbestimmung und von gelebter sozialer Teilhabe.

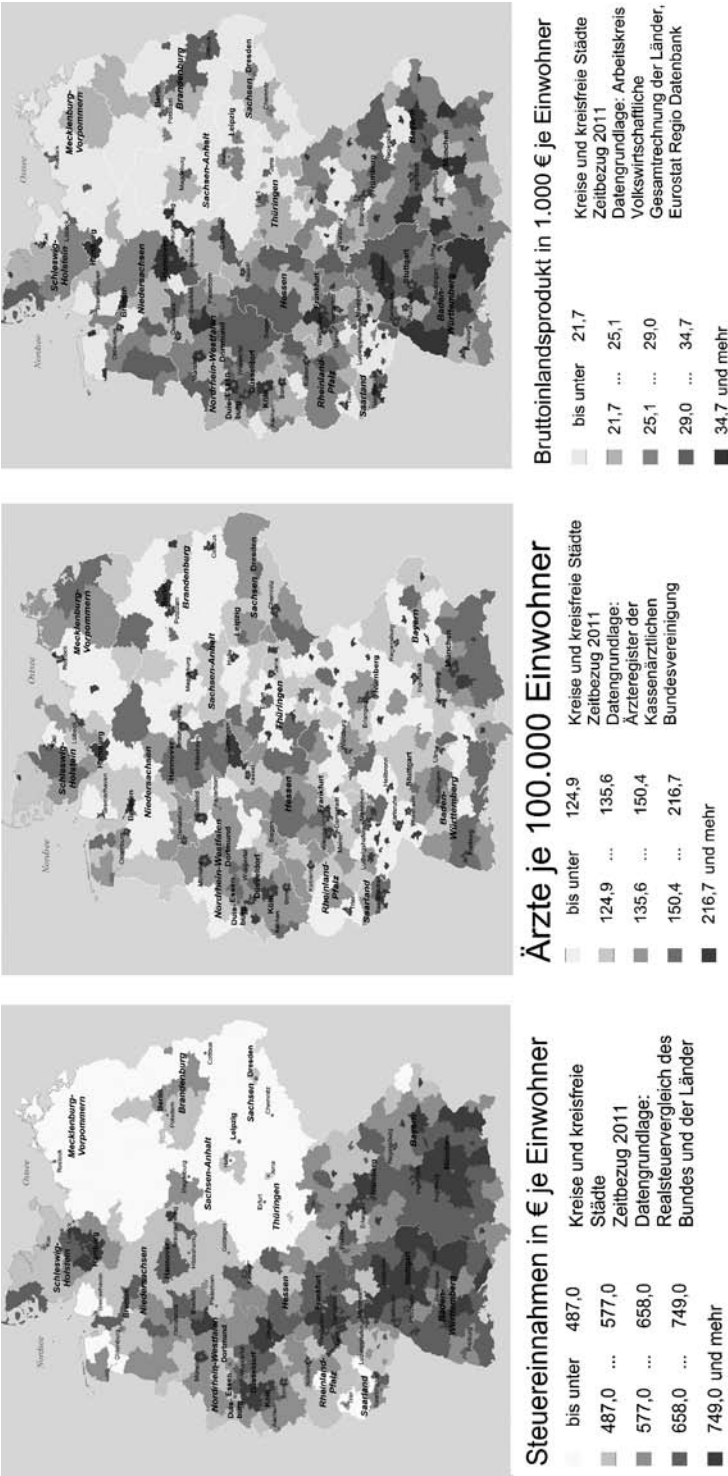
Diese sozialen und baulich-räumlichen Umwelten werden durch verschiedene Instanzen gestaltet. Zuerst einmal gestalten die Bewohnerinnen und Bewohner ihre Umgebung selbst aktiv mit. Darüber hinaus schaffen Dienstleister, Behörden, Händler aber auch Ärzte, Wohlfahrtsverbände und viele weitere Akteure Angebote und Versorgungsstrukturen. Letztlich sind es auch die Kommunen und darüber hinaus die Landkreise und kreisfreien Städte, die Verantwortung für eine funktionierende Versorgung und ausreichende Infrastruktur tragen. Dabei geht es nicht nur um die Erreichbarkeit und den ÖPNV, die Nahversorgung und die medizinisch-pflegerische Versorgung, sondern auch um Einrichtungen des Gemeinwohls, die Förderung der Vereins- und Verbandsstrukturen und kulturelle und soziale Einrichtungen. Kreisen und Kommunen kommt somit eine Schlüsselrolle bei der Gestaltung von baulich-

räumlichen Umwelten zu. Sie planen und installieren Angebote der Daseinsvorsorge, sie schaffen auf der Grundlage des Grundgesetzes und der Länderverfassungen gleiche Lebensbedingungen. Die ökonomische Situation der Kreise und Kommunen spielt bei der Schaffung von Angeboten und Rahmenbedingungen eine zentrale Rolle. Sicherlich lassen diese Indikatoren nur bis zu einem gewissen Grad Rückschlüsse auf die tatsächlich vorhandene Strukturstärke der Kreise und kreisfreien Städte zu. Dennoch setzen außerhäusliche Aktivitäten, wie z. B. ehrenamtliches Engagement, entsprechende Vereinsstrukturen voraus. Hierzu gehören auch Angebote der Nahversorgung, beispielsweise mit Lebensmitteln, diese benötigen eine vorhandene Infrastruktur. Diese Strukturen werden durch Kreise und kreisfreie Städte bereitgestellt oder gefördert. Bei der Betrachtung der Regionaldaten der „Indikatoren und Karten zur Raum- und Stadtentwicklung in Deutschland und in Europa“ (INKAR) des Bundesinstituts für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR) zeigen sich regionale Disparitäten auf der Ebene der Kreise und kreisfreien Städte. Für die Darstellung wurden drei Faktoren ausgewählt, die die Finanzlage der Kreise und kreisfreien Städte repräsentieren und als ein Indiz für die Beschaffenheit der Infrastruktur gelten können: Die Steuereinnahmen in Euro je Einwohner, das Bruttoinlandsprodukt in 1.000 Euro je Einwohner und die Ärztedichte je 100.000 Einwohner (Abbildung 3).

Das Bruttoinlandsprodukt gilt als Indikator für das Wirtschaftswachstum und ist im „Bezug auf die Bevölkerung als Wohlstandsmaß zu interpretieren“ (1) (BBSR

2013). Die hier aufgeführte „Ärztedichte“ ist Indikator für die ambulante, kasernenärztliche Versorgung in der jeweiligen Spezialisierung (ebd.) und wird in diesem Zusammenhang als Stellvertreter für medizinische und pflegerische Infrastruktur aufgenommen. Steinhaußen (2013) führt die allgemeine Befürchtung an, es bestehe im Gesundheitssystem ein Versorgungs- und Verteilungsproblem, welches sich durch die demografische Entwicklung, insbesondere durch die Alterung der Gesellschaft verschärfen könnte. Seiner Auffassung nach ist die Versorgung im ländlichen Raum derzeit nicht ausreichend und kann auch in Zukunft nicht gewährleistet werden (ebd.). Anhand der Darstellungen lässt sich erkennen, dass vor allem in Gebieten der neuen Bundesländer aber auch im Saarland oder an den Küsten das Bruttoinlandsprodukt und die Steuereinnahmen der Kreise und kreisfreien Städte geringer ausfallen. Kreise in Brandenburg, Sachsen-Anhalt, Mecklenburg-Vorpommern, aber auch in der bayerischen Oberpfalz weisen weniger Ärzte je Einwohner auf. Diese deskriptiven Befunde zeigen ungleiche Verteilungen räumlich gebundener Ressourcen. Erkennbar sind vor allem Differenzen in der Ausstattung von Regionen, die auf der Ebene der Landkreise und kreisfreien Städte messbar sind.

Im Vergleich hierzu zeigen sich auch deutliche Unterschiede der Lebenszufriedenheit im Alter zwischen den alten und den neuen Bundesländern (s. Abbildung Nr. 4). Der Unterschied in der Gruppe der Menschen mit eher hoher Lebenszufriedenheit beträgt im Jahr 2008 acht Prozentpunkte und in der Gruppe der Menschen mit eher geringer Lebenszufriedenheit drei Prozentpunkte. In den Jahren 1996 bis 2008 kam es zu einer Angleichung der Lebenszufriedenheit



Indikatoren der Finanzlage und der Infrastruktur auf Ebene der Kreise und kreisfreien Städte

Abbildung 3) Indikatoren der Finanzlage und der Infrastruktur auf Ebene der Kreise und kreisfreien Städte

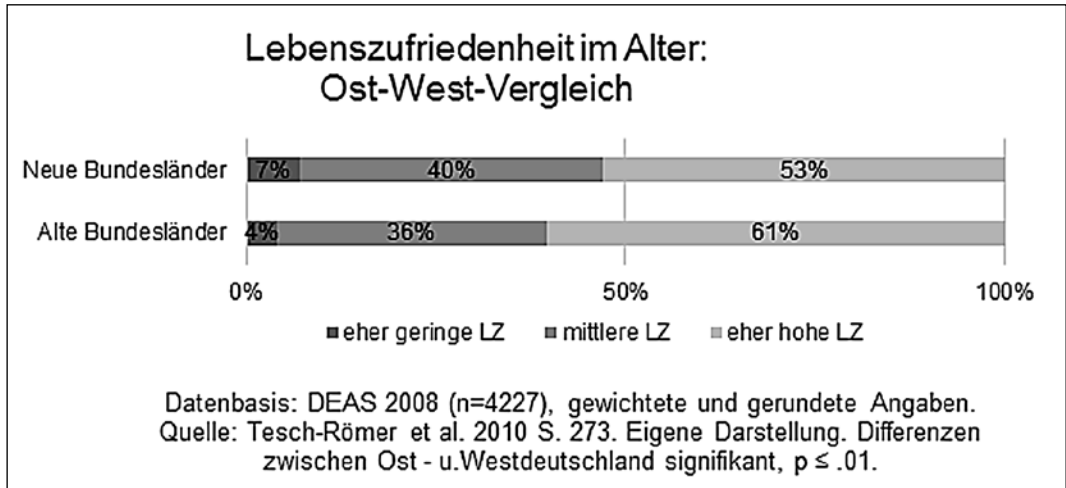


Abbildung 4) Lebenszufriedenheit im Alter: Ost-West-Vergleich

im Alter zwischen den Landesteilen (Tesch-Römer et al. 2010, S. 272).

Auch im Hinblick auf die soziale Teilhabe weisen Kreise und kreisfreie Städte mit einer besseren ökonomischen Lage höhere Beteiligungsquoten auf (Simonson et al. 2013, S. 413). Beispielsweise gehen Personen im hohen Alter (70-85-Jährige) in Kreisen mit besseren ökonomischen Rahmenbedingungen Bildungsaktivitäten und ehrenamtlichen Tätigkeiten zu 36 Prozent nach und in schlechter gestellten Kreisen nur zu 24 Prozent (ebd.). Auch in der Gruppe der jüngeren Alten (55-69 Jahre) zeichnet sich diese Tendenz ab (ebd.). Dabei wurden die Kreise und kreisfreien Städte mit einem Index aus INKAR-Regionaldaten aus der Arbeitslosenquote, dem Bruttoinlandsprodukt pro Einwohner sowie der Einkommenssteuer pro Einwohner in vier Gruppen eingeteilt (ebd.). Anhand der beiden deskriptiven Darstellungen sind Unterschiede in der Höhe der Lebenszufriedenheit und der sozialen Teilhabe im Alter nach Regionen zu erkennen. Zusammengefasst zeigen

sich Differenzen im Hinblick auf die ökonomische Lage und der Infrastruktur der Kreise und kreisfreien Städte, wobei häufig ein deutlicher Ost-West-Unterschied zu erkennen ist. Auch die Lebenszufriedenheit und die soziale Teilhabequote im Alter sind räumlich unterschiedlich verteilt. Alle hier dargestellten deskriptiven Befunde lassen auf eine ungleiche Verteilung auf räumlicher Ebene schließen.

Räumliche und sozialstrukturelle Differenzen prägen gemeinsam die Lebenssituation im Alter

Ist es also entscheidend, wo wir im Alter leben? Gibt es einen Zusammenhang räumlicher und sozialstruktureller Differenzen hinsichtlich der sozialen Teilhabe und der Lebenszufriedenheit im Alter?

Das unterschiedliche Ausmaß an Teilhabe durch Bildungsaktivitäten und Ehrenamt im Alter und an Lebenszufriedenheit lassen sich nicht nur durch individuelle Merkmale erklären, sondern es sind auch regional

gebundene Ressourcen auf Kreis und Städteebene, die Auswirkungen auf die Lebenssituation im Alter haben. Hier offenbart sich, dass sich die Effekte kumulieren. In ökonomisch schlechter gestellten Regionen haben Personen aus unteren sozialen Schichten noch geringere Teilhabequoten als in Regionen mit besseren Rahmenbedingungen (ebd., S. 413-414). In einem Modell, welches nicht nur die Individual-ebene, sondern auch die Kontextebene berücksichtigt, stellen sich unter anderem Effekte für die Schichtzugehörigkeit und die Ausstattung der Region auf die Chance zur sozialen Teilhabe im Alter ein (ebd.). Vor allem Personen, die in der Kreisgruppe mit der schlechtesten ökonomischen Lage leben, haben deutlich geringere Chancen auf soziale Teilhabe durch Bildungsaktivitäten oder Ehrenamt im Vergleich zu Personen aus Gebieten mit besserer ökonomischer Ausstattung (ebd.). Die Disparitäten lassen sich nicht auf die Bevölkerungszusammensetzung der Gebiete zurückführen, sondern auf Unterschiede in der Strukturstärke und Infrastrukturausstattung der Kreise und kreisfreien Städte. Dies bedeutet, dass nicht nur personennahe Faktoren wie der Bildungsstand, das Alter oder der Gesundheitszustand Einfluss auf die soziale Teilhabe im Alter haben, sondern auch die regionale und lokale Infrastruktur. Gleiches könnte sich auch für die Lebenszufriedenheit im Alter ableiten lassen, so die Hypothese. Wenn im Sozialraum einer älteren Person ein großes Angebot an Einrichtungen der Daseinsvorsorge wie medizinische und materielle Versorgung, Kultur, Freizeitgestaltung, aber auch an Naherholung besteht, ist zu erwarten, dass dies auch Auswirkung auf das Maß an sozialer Teilhabe und die Lebenszufriedenheit hat.

Doppelte Bedeutung der Disparitäten für die soziale Ungleichheit und die Armut im Alter

Klar wird, dass nicht nur die individuellen Ressourcen und Fähigkeiten die Lebenslage und damit die gesellschaftliche Teilhabe und die persönliche Wohlfahrt im Sinne eines zufriedenstellenden Lebens verursachen, sondern dass es auch gesellschaftliche Gegebenheiten und die Bedingungen in der sozialen Umwelt sind, die Einfluss auf das Leben im Alter nehmen. Teilhabe und Lebenszufriedenheit im Alter zeigen sich somit in einem neuen gesellschaftlichen Blickwinkel und werden bei der Frage nach sozialer Ungleichheit in der späten Lebensphase zum Thema. Die folgenden Perspektiven der Betrachtung des Themas können eingenommen werden:

Erstens werden soziale Teilhabe, Lebenszufriedenheit und ein „gelingendes Altern“ über individuelle Fähigkeiten und persönliche soziale Ressourcen ermöglicht. Auf sozialstruktureller Ebene zeigt sich hier eine Ungleichheit im Hinblick auf die Zugänge zu sozialer Teilhabe und zu Faktoren, die Lebenszufriedenheit bewirken.

Zweitens sind das Angebot und die Ausstattung im näheren Umfeld wiederum Voraussetzung für Engagement und Zufriedenheit im Leben. Bei Betrachtung der geografischen Gebiete fallen Differenzen in der ökonomischen Lage, der Ausstattung und der Infrastrukturstärke zwischen Kreisen und kreisfreien Städten auf. Es zeigt sich eine ungleiche Verteilung auf räumlicher Ebene.

Drittens zeigt sich ein Zusammenhang zwischen den ungleichen Verteilungen auf sozialstruktureller und auf räumlicher Ebene. Beide beeinflussen die Lebenschancen und die Zugänge zu Positionen und

Handlungsressourcen und tangieren damit auch die persönlichen Handlungsspielräume von Personen. Das heißt, besonders hohe Ungleichheiten ergeben sich, wenn Benachteiligungen auf persönlicher Ebene mit eingeschränkten regionalen Rahmenbedingungen zusammen kommen. So erhalten die Disparitäten doppelte Bedeutung für die soziale Ungleichheit und die Armut im Alter.

Fazit und Ausblick: Handlungsleitende Ansätze müssen persönliche und kontextuelle Voraussetzungen im Blick haben

Die Auseinandersetzung mit den Themen Armut und soziale Ungleichheit im Alter wird vor dem Hintergrund demografischer Entwicklungen auch für die nachfolgenden Generationen gewinnbringend sein. Die Frage nach gerechten Lebensverhältnissen und der Herstellung individueller und kollektiver Wohlfahrt im Alter wird teilweise kontrovers diskutiert. Die hier skizzierten Ergebnisse zeigen, dass bei der Entwicklung handlungsleitender Ansätze zwei Perspektiven verfolgt werden sollten:

Zum einen ist die Bearbeitung individueller Problemlagen mit personenbezogenen Interventionen zur Stärkung der Position und Erhöhung der Teilhabechancen älterer Personen wichtig. Dabei geht es um die Förderung und den Erhalt der eigenen Kompetenzen und Fähigkeiten älterer Menschen, um die Partizipation am gesellschaftlichen Leben und darum, eine zufriedenstellende Lebenssituation möglichst lange zu gewährleisten. Zum anderen rücken Ungleichheiten aus räumlicher Sicht mit der Anforderung an Politik und Forschung, den

Lebenslagen zukünftig wachsender Gesellschaftsgruppen wie z. B. den Älteren, vermehrt Aufmerksamkeit zu schenken, in den Fokus.

Dabei sind in erster Instanz die Kommunen gefragt, Rahmenbedingungen und Infrastrukturen für ein gutes Leben im Alter zu schaffen. Eine kommunale Alten(-hilfe) politik, die die Bedarfe älterer Menschen erkennt und bearbeitet, trägt zur Verbesserung der Passung räumlicher Umwelten an die Anforderungen älterer Menschen bei. In diesem Beitrag wird ein vorwiegend pragmatisches Verständnis von finanzieller Ausstattung und dem Vorhandensein sozialer und baulicher Infrastruktur auf Ebene der Kreise und kreisfreien Städte verwendet. Dennoch zeigt sich bereits, dass durch die Förderung lokaler Rahmenbedingungen ein Beitrag zur Chancengleichheit und Lebensqualität im Alter geleistet werden kann. Darüber hinaus sind explizit die Bundes- und Landesebenen angesprochen, aktiv weitere Schritte zu unternehmen und die Beteiligungs- und Unterstützungssysteme älterer Menschen besonders in benachteiligten Gebieten zu stärken. Hier geht es nicht nur darum, die bereits erkannten Veränderungen zu benennen, sondern weiterhin konkrete Entwicklungsstrategien zu erarbeiten und ihre Umsetzung ideell und finanziell auszustatten. Insbesondere die Sozialforschung ist weiterhin gefragt, vorausschauend Projektansätze und Initiativen zu gründen, die darauf abzielen, ältere Menschen zu befähigen, ihr Leben aktiv und selbstbestimmt in ihrem Sozialraum zu gestalten. Dazu gehört die fortwährende Theorieentwicklung, die die Verknüpfung räumlich-baulicher Umwelten, sozialer Räume und die Frage nach Lebensqualität im Alter zu beschreiben versucht, aber

auch die evaluative Begleitung von Praxisentwicklungen, die zielgerichtet soziale Ungleichheit und Altersarmut auf sozialstruktureller und/oder räumlicher Ebene bearbeiten. Es ist ein kontinuierlicher, wechselseitiger Austausch zwischen Theorie und Praxis notwendig, der einerseits durch Reflexion zur Verbesserung der Praxis beiträgt und andererseits theoretische Ansätze weiterentwickelt und präzisiert.

Anmerkungen

- (1) Diese Position wird in der Fachöffentlichkeit teilweise kritisch gesehen, da nicht die Quantität des Wachstums entscheidend sei für wachsenden Wohlstand, sondern die Qualität des Wachstums. Außerdem könnten die Werte für Ein- und Auspendlerkreise verzerrt sein.

Literatur

- Allmendinger, Jutta; Hinz, Thomas (1990); Der Lebenslagen-Ansatz: Darstellung, sozialpolitische Bedeutung und Nutzung im Material- und Analyseband zur sozialen Lage in Bayern. In: Bayerisches Staatsministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familie, Frauen und Gesundheit (Hg.): Material- und Analyseband zur sozialen Lage in Bayern 1998. Unter Mitarbeit von Projektgruppe "Sozialbericht Bayern": Infratest Burke Sozialforschung, München (federführend), Dr. Klaus Kortmann, Dipl.-Soz.-Wiss. Ulrich Schneekloth, Prof. Dr. Jutta Allmendinger und Dr. Thomas Hinz (Ludwig-Maximilians-Universität München), GP Forschungsgruppe, Weiler im Allgäu (Dr. Dieter Korczak), Gruppe für sozialwissenschaftliche Forschung (GFS), München (Dipl. Psych. Rolf Romaus), Internationales Institut für empirische Sozialökonomie (INIFES), Stadtbergen (Dr. Ernst Kistler, Dipl.-Oec. Dorit Sing) et al. München.
- Angelini, Viola; Cavapozzi, Danilo; Corazzini, Luca; Paccagnella, Omar (2012); Age, Health and Life Satisfaction Among Older Europeans. In: Soc Indic Res 105 (2), S. 293–308. DOI: 10.1007/s11205-011-9882-x.
- BBSR (Hg.) (2013); Indikatoren und Karten zur Raum- und Stadtentwicklung. INKAR. Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR) im Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (BBR). Ausgabe 2013. Bonn.
- Bennett, Jonathan; Riedel, Matthias (2013); Was beeinflusst die Lebenszufriedenheit im hohen Alter? In: Z Gerontol Geriat 46 (1), S. 21–26. DOI: 10.1007/s00391-012-0457-5.
- Böhnke, Petra (2010); Ost-Glück versus West-Glück? Die Bewertung individueller und gesellschaftlicher Lebensumstände und ihr Einfluss auf die allgemeine Lebenszufriedenheit. In: Peter Krause und Ilona Ostner (Hg.): Leben in Ost- und Westdeutschland. Eine sozialwissenschaftliche Bilanz der deutschen Einheit 1990 - 2010. Frankfurt, New York: Campus, S. 695–708.
- Bulmahn, Thomas (1996); Determinanten des subjektiven Wohlbefindens. In: Wolfgang Zapf (Hg.): Wohlfahrtsentwicklung im vereinten Deutschland. Sozialstruktur, sozialer Wandel und Lebensqualität. Berlin: Ed. Sigma, S. 79–96.
- Bundesministerium für Arbeit und Soziales (2013); Lebenslagen in Deutschland. Der Vierte Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung. Hg. v. Bundesministerium für Arbeit und Soziales, Referat Information, Publikation, Redaktion, 53107 Bonn.
- Claßen, Katrin; Oswald, Frank; Doh, Michael; Kleinemas, Uwe; Wahl, Hans-Werner (Hg.) (2014); Umwelten des Alterns. Wohnen, Mobilität, Technik und Medien. [S.I.]: Kohlhammer Verlag (Grundriss Gerontologie, 10).
- Crohan, Susan E.; Antonucci, Toni C. (1989); Friends as a source of social support in old age.
- Dössel, Christian (1999); Lebenszufriedenheit unter dem Einfluß ausgewählter objektiver und subjektiver Faktoren im innerdeutschen Vergleich: eine Längsschnittanalyse mit den Daten des SOEP: Univ (Potsdamer Beiträge zur Sozialforschung, 6).
- Easterlin, Richard A. (2003); Explaining happiness. In: Proceedings of the National Academy of Sciences 100 (19), S. 11176–11183.
- Ebbinghaus, Bernhard; Noll, Heinz-Herbert; Bahle, Thomas; Wendt, Claus; Scheuer, Angelika (2006); VFA-Report Lebensqualität 2006. Unter Mitarbeit von Christoph Schneider, Stefan Weick und Jörg Dittmann. Mannheim: Mannheimer Zentrum für Europäische Sozialforschung (MZES). Arbeitsbereich „Europäische Gesellschaften und

- Ihre Integration“. Zentrum für Umfragen, Methoden und Analysen (ZUMA). Abteilung: „Soziale Indikatoren“.
- Glatzer, Wolfgang (1990); Subjektives Wohlbefinden in der Bundesrepublik. In: Heiner Timmermann (Hg.): Lebenslagen - Sozialindikatorenforschung in beiden Teilen Deutschlands. Saarbrücken-Scheidt: Verlag Rita Dadder, S. 147–170.
- Glatzer, Wolfgang (2002); Lebenszufriedenheit/Lebensqualität. In: Martin Greiffenhagen, Sylvia Greiffenhagen und Katja Neller (Hg.): Handwörterbuch zur politischen Kultur der Bundesrepublik Deutschland. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 248–255.
- Glatzer, Wolfgang; Zapf, Wolfgang (Hg.) (1984); Lebensqualität in der Bundesrepublik. Objektive Lebensbedingungen und subjektives Wohlbefinden. Frankfurt am Main, New York: Campus.
- Goebel, Jan; Habich, Roland; Krause, Peter (2010); Ost-West-Angleichung von Einkommen und Zufriedenheit im Lebenszyklus. In: Peter Krause und Ilona Ostner (Hg.): Leben in Ost- und Westdeutschland. Eine sozialwissenschaftliche Bilanz der deutschen Einheit 1990 - 2010. Frankfurt, New York: Campus, S. 463–491.
- Hansen, Thomas; Slagsvold, Britt (2012); The age and subjective well-being paradox revisited: A multidimensional perspective. In: Norsk epidemiologi 22 (2).
- Hauser, Richard (1995); Das empirische Bild der Armut in der Bundesrepublik Deutschland – ein Überblick. In: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 31 (32), S. 3–13.
- Keuschnigg, Marc; Negele, Eva; Wolbring, Tobias (2010); Münchner Studie zur Lebenszufriedenheit. Arbeitspapier des Instituts für Soziologie der Ludwig-Maximilians-Universität München Nr. 4.
- Klocke, Andreas (2000); Methoden der Armutsmessung. Einkommens-, Unterversorgungs-, Deprivations- und Sozialhilfekonzept im Vergleich. In: Zeitschrift für Soziologie 29 (4), S. 313–329.
- Kricheldorf, Cornelia; Oswald, Frank (2015); Gelingendes Altern in Sozialraum und Quartier. In: Zeitschrift für Gerontologie und Geriatrie 48 (5), S. 399–400. DOI: 10.1007/s00391-015-0915-y.
- Laubach, Wilfried; Schumacher, Jörg; Mundt, Andreas; Brähler, Elmar (2000); Sozialschicht, Lebenszufriedenheit und Gesundheitseinschätzung. Ergebnisse einer repräsentativen Untersuchung der deutschen Bevölkerung. In: Soz Präventivmed (Sozial- und Präventivmedizin SPM) 45 (1), S. 2–12. DOI: 10.1007/BF01358994.
- Lawton, M. Powell (1983); Environment and Other Determinants of Well-Being in Older People. In: The Gerontologist 23 (4), S. 349–357. DOI: 10.1093/geront/23.4.349.
- Mayer, Karl Ulrich; Wagner, Michael (2010); Lebenslagen und soziale Ungleichheit im hohen Alter. In: Ulman Lindenberger, Jacqui Smith, Karl Ulrich Mayer und Paul B. Baltes (Hg.): Die Berliner Altersstudie. 3., erw. Aufl. Berlin: Akademie Verlag (Bd. 3), S. 275–300.
- Naumann, Dörte; Romeu Gordo, Laura (2010); Gesellschaftliche Partizipation: Erwerbstätigkeit, Ehrenamt und Bildung. In: Andreas Motel-Klingebiel, Susanne Wurm und Clemens Tesch-Römer (Hg.): Altern im Wandel. Befunde des Deutschen Alterssurveys (DEAS). 1. Aufl. Stuttgart: Kohlhammer, S. 118–141.
- Noll, Heinz-Herbert (Hg.) (1997); Sozialberichterstattung in Deutschland. Konzepte, Methoden und Ergebnisse für Lebensbereiche und Bevölkerungsgruppen. Weinheim: Juventa-Verlag (Grundlagentexte Soziologie).
- Noll, Heinz-Herbert (2004); Social Indicators and Quality of Life Research: Background, Achievements and Current Trends. In: Nikolai Genov (Hg.): Advances in sociological knowledge. Over half a century. 1. Auflage. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 151–181.
- Pavot, William; Diener, Ed (1993); Review of the Satisfaction With Life Scale. In: Psychological Assessment 5 (2), S. 164–172. Online verfügbar unter <http://www.scopus.com/inward/record.url?eid=2-s2.0-0001442908&partnerID=40&md5=993a88ae046791ca918813136d2b75a1>.
- Pinquart, Martin; Sörensen, Silvia (2000); Influences of socioeconomic status, social network, and competence on subjective well-being in later life: A meta-analysis. In: Psychology and Aging 15 (2), S. 187–224. DOI: 10.1037//0882-7974.15.2.187.
- Saup, Winfried (1993); Alter und Umwelt. Eine Einführung in die Ökologische Gerontologie. 1. Aufl. Stuttgart: W. Kohlhammer.
- Schmid-Urban, Petra; Dilcher, Rainer; Feldmann, Ursula; Hanesch, Walter; Spiegelberg, Rüdiger (1992); Kommunale Sozialberichterstattung. In: Arbeitshilfen des Deutschen Vereins für private und öffentliche Fürsorge (41).

- Simonson, Julia; Hagen, Christine; Vogel, Claudia; Motel-Klingebiel, Andreas (2013); Ungleichheit sozialer Teilhabe im Alter. In: *Z Gerontol Geriat* 46 (5), S. 410–416. DOI: 10.1007/s00391-013-0498-4.
- Smith, Jacqui; Fleeson, William; Geiselman, Bernhard; Settersten, Richard A.; Kunzmann, Ute (2010); Wohlbefinden im hohen Alter: Vorhersagen aufgrund objektiver Lebensbedingungen und subjektiver Bewertung. In: Ulman Lindenberger, Jacqui Smith, Karl Ulrich Mayer und Paul B. Baltes (Hg.): *Die Berliner Altersstudie*. 3., erw. Aufl. Berlin: Akademie Verlag (Bd. 3), S. 521–547.
- Steinhausen, Jan (2013); Sicherung der Lebensqualität der Menschen im ländlichen Raum. Gesundheit und Pflege. In: *Seniorenreport* 17 (4), S. 10–11.
- Tesch-Römer, Clemens (2010); Soziale Beziehungen alter Menschen. 1. Aufl. Stuttgart: Kohlhammer (Grundriss Gerontologie, 8).
- Tesch-Römer, Clemens; Wiest, Maja; Wurm, Susanne (2010); Subjektives Wohlbefinden. In: Andreas Motel-Klingebiel, Susanne Wurm und Clemens Tesch-Römer (Hg.): *Altern im Wandel. Befunde des Deutschen Alterssurveys (DEAS)*. 1. Aufl. Stuttgart: Kohlhammer, S. 263–283.
- Tesch-Römer, Clemens; Wurm, Susanne (2006); Veränderung des subjektiven Wohlbefindens in der zweiten Lebenshälfte. In: Clemens Tesch-Römer, Heribert Engstler und Susanne Wurm (Hg.): *Altwerden in Deutschland. Sozialer Wandel und individuelle Entwicklung in der zweiten Lebenshälfte*. 1. Aufl. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 385–446.
- Veenhoven, Ruut (1984); *Conditions of happiness*. Dordrecht, Holland, Boston, Hingham, MA, U.S.A.: D. Reidel; Sold and distributed in the U.S.A. and Canada by Kluwer Boston Academic Publishers.
- Veenhoven, Ruut (1997); Die Lebenszufriedenheit der Bürger. Ein Indikator für die 'Lebbarkeit' von Gesellschaften? In: Heinz-Herbert Noll (Hg.): *Sozialberichterstattung in Deutschland. Konzepte, Methoden und Ergebnisse für Lebensbereiche und Bevölkerungsgruppen*. Weinheim: Juventa-Verlag (Grundlagentexte Soziologie), S. 267–293.
- Wahl, Hans-Werner; Oswald, Frank; Mollenkopf, Heidrun (1999); *Alter und Umwelt – Beobachtungen und Analysen der Ökologischen Gerontologie*. In: Hans-Werner Wahl, Heidrun Mollenkopf und Frank Oswald (Hg.): *Alte Menschen in ihrer Umwelt. Beiträge zur ökologischen Gerontologie*. Opladen [u.a.]: Westdeutscher Verlag, S. 13–22.
- Weller, Ingeborg (1996); *Lebenszufriedenheit im europäischen Vergleich*. Diskussionspapier. Unter Mitarbeit von Alev Acisu. Berlin.





Über den Zusammenhang von Armut und Engagement. Warum ist es für Betroffene von Erwerbslosigkeit, Prekarität und Einkommensarmut vergleichsweise schwierig, sich bürgerschaftlich einzumischen?

Leiv Eirik Voigtländer

Meine politikwissenschaftliche Studie zum Zusammenhang von Armut und Engagement und zu den schwierigen Handlungsbedingungen engagierter Bürger in Armutslagen ist von einer dreifachen Problemstellung inspiriert:

1. Während einkommensschwache und am Arbeitsmarkt ausgegrenzte Bürger im sozialen Bereich als Objekte sozialpolitischer Praxen und Diskurse im Zentrum stehen, werden sie dort als handelnde Subjekte marginalisiert. In diesem Feld, in dem gesellschaftliche Konflikte um die Einkommensverteilung am Existenzminimum, um Mindeststandards von Erwerbsarbeit sowie um soziokulturelle Teilhabe ausgetragen werden, gelingt es den Armen, deren spezifische Interessen involviert sind, kaum, diese zu organisieren und zu artikulieren, geschweige denn in nennenswertem Umfang Gegenmacht zu entfalten. Lassen sich entsprechende politische Aktivitäten auch im Einzelnen beobachten, so beteiligen sich doch relativ wenige der massenhaft Betroffenen daran. Auf welche Faktoren lässt sich diese Form bürgerschaftlicher Diskriminierung im Schatten des gesellschaftlichen Wohlstands zurückführen und welche Rolle spielen dabei soziale Rechte als Teilhaberechte im demokratischen Sozial- und Rechtsstaat?

2. Die Art und Weise, auf welche der Sozialstaat das Existenzminimum der von eklatantem materiellen Mangel Betroffenen praktisch gewährleistet, ist gerade unter bürgerrechtlichen Gesichtspunkten problematisch. In Armutslagen sind Bürger in letzter Instanz auf die öffentliche Fürsorge angewiesen, ihre entsprechenden sozialen Rechte richten sich gegen den Staat, der – zumal unter austeritätspolitischen Vorzeichen – ein Interesse an der kurzfristigen Vermeidung sozialpolitischer Kosten hat, die sich aus solchen sozialen Rechten für seine Institutionen als Träger der öffentlichen Fürsorge ergeben. In dem resultierenden Interessen- und Verteilungskonflikt zwischen Leistungsberechtigten und Behörden sind die betroffenen Bürger strukturell benachteiligt, denn sie sehen sich als Vereinzelte einer organisierten und oft hermetischen Bürokratie gegenübergestellt. Wie erscheint der unter Teilhabegesichtspunkten ebenso notwendige wie problematische Sozialstaat denjenigen von Armut betroffenen Bürgern, die sich für ihre sozialen Belange gesellschaftlich engagieren und den skizzierten Konflikt kollektiv austragen?

3. Nähert man sich diesen Problemen über die jüngere Literatur zu bürgerschaftlichem Engagement, stellt sich die Aufgabe, sich von dem darin verbreiteten Jargon zu lösen. Oft erscheinen dessen positive Signalwör-

ter – „Teilhabe“, „bürgerschaftlich“, „Anerkennungskultur“ und ähnliche Begriffe – als zu harmonisch, um sich mit ihrer Hilfe kritisch-distanziert den zu untersuchenden Problemen zu nähern. Möglichst ohne solchen Ballast soll deshalb empirisch gefragt werden, worin die „Ecken“ und „Kanten“ sogenannten bürgerschaftlichen Engagements und womöglich dessen unzivilisierte Elemente bestehen und wie sich der graue Alltag der Aktiven nüchtern betrachtet gestaltet.

Die Forschung zu gesellschaftlicher und politischer Partizipation unter den Bedingungen sozialer Ungleichheit bestätigt und fundiert die grundlegenden Annahmen aus der Problemstellung. Bürgerschaftliches – d. h. gesellschaftliches und kulturelles – Engagement ist sozial verzerrt und positiv abhängig von den verfügbaren Ressourcen und dem Erwerbsstatus einer Person. Dieser Zusammenhang lässt sich auch hinsichtlich politischer Partizipation nachweisen, die mit Armut, Ausgrenzung am Arbeitsmarkt und verwehrten Bildungschancen abnimmt. Dies gilt für die unkonventionellen, weniger institutionalisierten Formen politischer Beteiligung (Protest u. ä.) sogar noch stärker als für die konventionellen Formen (Wahlen u. ä.) oder die Nutzung von Medien – zumal der neuen. Mit dem Anstieg der Armut geht folglich ein Rückzug der davon betroffenen Bürger aus dem politischen Gemeinwesen einher, die in der vermeintlichen Bürgergesellschaft diskriminiert werden und deren Stimme im demokratischen Prozess wenn überhaupt, dann nur leise vernehmbar ist.

Die durchaus vorhandenen Formen der Selbstorganisation und Interessenartikulation Betroffener sind dementsprechend nur schwach entwickelt. Authentische So-

zialinitiativen von einkommensschwachen Erwerbslosen sind typischerweise gekennzeichnet durch eine ausgeprägte Dienstleistungsorientierung (Sozialberatung) bei weitgehender politischer Enthaltung, die sich zudem oft auf den kommunalen Nahbereich konzentriert oder gar beschränkt. Dieses über die Jahrzehnte relativ stabile Muster lässt sich auf die hohe Bedeutung des instrumentellen Nutzens des Engagements für die Aktiven und ihre Adressaten (Ratsuchende) zurückführen, aber auch auf einen entpolitisierenden Interessenwandel, der aus der Transformation von Initiativen mit ursprünglich sozialpolitischem Anspruch in Beschäftigungsgesellschaften resultiert. Eine Gegentendenz stellten dabei die Massenproteste in Folge der Hartz-Gesetze von 2003-2005 dar, denen zumindest ein zeitweiliger Politisierungsschub attestiert wird. Angesichts hoher Mitgliederfluktuation, einer verbreiteten Frustration von Aktiven durch das Ausbleiben von greifbaren sozialpolitischen Erfolgen, chronischer finanzieller Schwäche und weitgehender Abhängigkeit von externen Trägern und Förderern wird die Organisationsschwäche verständlich, die die Erwerbsloseninitiativen seit ihrem erstmaligem Auftritt als Kollektivakteure im sozialen Bereich Ende der 1970er Jahre nie überwunden haben. Damit korrespondiert deren Schwäche in der politischen Interessenvertretung und (Protest-)Mobilisierung von Betroffenen. Doch die Leistungsfähigkeit der Initiativen wird systematisch unterschätzt, wenn man ausblendet, dass die sozialrechtliche Auseinandersetzung mit Sozialbehörden als Konsequenz engagierter Sozialberatung eine Form von Interessenvertretung im Dienste betroffener Bürger gegenüber dem Sozialstaat darstellt. Teilweise gelingt es den

Aktiven, den zugrundeliegenden Konflikt politisch zu thematisieren und beispielsweise Beratungs- und Kampagnenarbeit miteinander zu verbinden. Massenmobilisierungen wie die sogenannten Jagoda-Tage in den letzten Monaten der von Helmut Kohl geführten Regierung oder die Anti-Hartz-IV-Proteste im Spätsommer 2004 sind jedoch eine Ausnahmeerscheinung.

Während die Faktoren, die die soziale Verzerrung bürgerschaftlichen Engagements sowie die Organisations- und Mobilisierungsschwäche von einkommensschwachen Erwerbslosen erklären, durch eine Reihe quantitativ und qualitativ verfahrennder Studien identifiziert worden sind, sind die förderlichen und hemmenden Bedingungen, unter denen Betroffene sich sozial und sozialpolitisch engagieren, unterbeleuchtet. Diese Forschungslücke verwundert vor dem Hintergrund der viel diskutierten Hartz-Reformen, denen doch negative Konsequenzen für die Partizipationschancen der Leistungsberechtigten vorgeworfen werden. Wir wissen mehr über die Einflüsse, die von Armut und Ausgrenzung Betroffene davon abhalten oder sie hemmen, sich bürgerschaftlich zu engagieren, als darüber, wie sich diese Bedingungen aus Sicht sozial engagierter Betroffener darstellen und eventuell verändern lassen. Auch in der Partizipationsforschung erscheinen die Armen weit stärker als Objekte entmächtigender Umstände, denn als Subjekte, die sich solchen Umständen aktiv widersetzen. Um dieses Desiderat soweit als möglich zu füllen, muss auf qualitativ-empirischer Grundlage die Frage beantwortet werden: Unter welchen typischen hinderlichen und förderlichen Handlungsbedingungen versuchen sozial und sozialpolitisch engagierte Erwerbslose und Arme gegenwärtig, ihre

selbstgesteckten Ziele im Engagement zu verfolgen? Worin bestehen diese Ziele typischerweise? Inwiefern setzen die sozialen Rechte, die bei Erwerbslosigkeit und Einkommensarmut zum Tragen kommen und Gegenstand der jüngeren Arbeitsmarktreformen waren, solche Handlungsbedingungen, die sich im bürgerschaftlichen Engagement der Betroffenen niederschlagen?

Um diese Frage zu beantworten, habe ich in meiner Studie über den Zusammenhang von Armut und Engagement folgende Methode gewählt: Anhand von Interviews mit sozial engagierten einkommensschwachen Bürgern wird der soziale Bereich als deren gemeinsames Handlungsfeld rekonstruiert und ausführlich beschrieben. Auf dieser Grundlage werden Typen von Einflüssen herausgearbeitet, die sich hemmend oder förderlich darauf auswirken, wie die Interviewten ihre jeweiligen Motive im Engagement verfolgen. Diese Vorgehensweise ist angelehnt an die von den Sozialwissenschaftlern Michael Meuser und Ulrike Nagel maßgeblich ausgearbeitete Methode des Experteninterviews, folgt jedoch konsequenter noch dem Prinzip, die theoretischen Kategorien nicht aus der Literatur zu übernehmen, sondern aus dem zu untersuchenden Material heraus zu entwickeln. Nachdem von den individuellen Praxiserfahrungen der einzelnen Interviewpartner aus ein tieferes Verständnis ihrer gemeinsamen Handlungsbedingungen gewonnen wurde, die Erkenntnis also den Weg vom Besonderen zum Allgemeineren nimmt, wird in der anschließenden ergänzenden Literaturstudie der umgekehrte Weg eingeschlagen. Hier werden aus allgemeinen Einsichten in den bürgerrechtlichen Charakter sozialer Rechte Rückschlüsse auf

deren Einfluss auf die Handlungsmöglichkeiten engagierter Leistungsberechtigter gezogen.

Bei der Wahl und Ausgestaltung der Methode galt es, besonders sensibel zu sein für eine ganze Reihe von Vorbehalten, die potenzielle Interviewpartner während der Phase des Feldzugangs gegen die Untersuchung insbesondere politischer Aktivitäten in Erwerbsloseninitiativen äußerten. Dazu gehört die Furcht, durch Veröffentlichung der Forschungsergebnisse durchschaubar und berechenbar zu werden, während Sozialbehörden als deren Konfliktgegner weitgehend opak bleiben und daraus einen Vorteil in der Auseinandersetzung ziehen; das Misstrauen gegenüber dem Wissenschaftler, er könnte ihre Erfahrungen für seine partikularen professionellen Interessen ausbeuten; durch wissenschaftliche Beobachtung ein weiteres Mal zu Objekten und degradiert zu werden, statt als Subjekte anerkannt zu werden; und schließlich das Unbehagen, im Interview die ohnehin durch Hausbesuche von Jobcenter-Mitarbeitern und andere verwaltungsmäßige Formen der Ausleuchtung von Lebensverhältnissen gefährdete Privatsphäre offenlegen zu müssen. Angesichts dieser und weiterer Bedenken, die von Kontakten im Feld geäußert worden sind, kommt es darauf an, das letztendliche Forschungsdesign im Dialog mit den Befragten zu entwerfen und transparent zu kommunizieren. Daten- und Vertrauensschutz haben dementsprechend einen besonders hohen Stellenwert. Der Feldzugang und die methodische Vorbereitung verbinden sich in einem längeren Prozess miteinander, dessen Ergebnis erst im Laufe der Arbeit erkennbar wird. Die Wahl des südlichen Sachsen-Anhalts als der Region, in der die Interviews der Primärstudie

letztlich geführt wurden, resultiert aus dem teils kontingenten Verlauf dieses Prozesses. Die Stichprobe sollte, wie in qualitativen Studien üblich, den untersuchten Zusammenhang inhaltlich – nicht statistisch – repräsentieren. Es geht darum, den Fall möglichst facettenreich zu erfassen, um das Typische daran definieren zu können. Vorab gebildete Kriterien für das Auffinden und die Auswahl geeigneter Interviewpartner sollen dementsprechend die Heterogenität der eingefangenen Perspektiven bei gleicher Betroffenheit der Befragten von Armut und Ausgrenzung am Arbeitsmarkt gewährleisten und so ergiebige Vergleichsmöglichkeiten wahrscheinlich werden lassen. Prüffragen bei der Auswahl sind in diesem Sinne: Sind die Befragten von Einkommensarmut und verschiedenen Formen der Ausgrenzung am Arbeitsmarkt betroffen und deshalb Leistungsberechtigte der Rechtskreise SGB II und SGB XII? Sind sie auf unterschiedliche Weise für Bürger in Armutslagen sozial engagiert? In der explorativen Phase des Feldzugangs wurden 16 mehrheitlich männliche Interviewpartner aus dem südlichen Sachsen-Anhalt gewonnen, die Aufgrund von Einkommensarmut Fürsorgeleistungen (ALG II, Sozialhilfe) beziehen und von Erwerbslosigkeit, Erwerbsminderung oder prekärer Beschäftigung betroffen sind. Die Interviewten engagieren sich in Projekten, die einer distributiven Logik folgen (Tafel, Sozialkaufhaus), in solchen, die Unterstützung in Form von leistungsrechtlichem Wissen bieten (Sozialberatung, Ämterbegleitung) und in Initiativen, die auf politische Mobilisierung und Interessenartikulation setzen (Sozialprotestgruppen, Erwerbslosennetzwerke).

Die Interviewführung wurde mithilfe eines Leitfadens schwach vorstrukturiert, wie er

im explorativen Prozess des Feldzugangs entworfen wurde. Fragen nach dem praktischen Alltag in den Initiativen standen darin am Anfang; dies, um zu erreichen, dass die Erzählungen sich möglichst erfahrungsgesättigt statt hypothetisch gestalten, und die Befragten sollten so primär in der Rolle von Aktivisten, statt von Passiv-Betroffenen angesprochen werden. Allgemein-abstraktere Fragen nach politischen Möglichkeiten, Spielräumen, Perspektiven und nach Förderinstrumenten folgten im Leitfaden an späterer Stelle. Die Interviews entwickelten sich gleichwohl nach einer je individuellen Dynamik, so dass die Reihenfolge der tatsächlich verhandelten Themen von der im Leitfaden abwich und Fragen der Betroffenheit und Passivierung von den Interviewten selbst aufgeworfen wurden.

Die Interviews wurden in einem reduktiven Verfahren ausgewertet, in dem der hermeneutische Zirkel systematisch vielfach wiederholt und dabei auf unterschiedliche Weise durchlaufen wurde. Im ersten Schritt wurden die Audio-Mitschnitte transkribiert und die darin enthaltenen Inhalte für die Analyse zugänglich, d.h. lesbar und verknüpfbar, gemacht. Im zweiten Schritt, der mit der intensiven Lektüre der Interviews beginnt, wurden die teils im Interviewleitfaden enthaltenen, teils von den Interviewten spontan angerissenen Themen und Aspekte identifiziert und sinnvoll zusammengefasst. So entstand ein Kodierleitfaden, anhand dessen die Interviews Transkript für Transkript verschlüsselt und thematisch zusammengehörige Passagen aus allen Interviews zusammengestellt wurden. Auf dieser Grundlage wurden in einem dritten Schritt auf vergleichendem Wege Gemeinsamkeiten und Unterschiede herausgearbeitet und interpretiert, so dass ein die Interview-

ten verbindender Kontext von Armut und Engagement rekonstruiert werden konnte. Aus diesem Zwischenergebnis der Analyse wurden Rückschlüsse auf typische Motive und förderliche und hemmende Bedingungen des bürgerschaftlichen Engagements der Interviewten gezogen. Das in der begleitenden Lektüre der Fachliteratur und in der teilnehmenden Beobachtung in der Phase des Feldzugangs gewonnene Hintergrundwissen diente bei der Auswertung in erster Linie dazu, die Plausibilität der Interviewaussagen einschätzen zu können. Die dabei verwendeten Kategorien wurden jedoch soweit als möglich nicht aus der Literatur, sondern aus dem erhobenen Material heraus entwickelt.

Auf Basis der Rekonstruktion des Handlungsfeldes „Engagement im sozialen Bereich“ habe ich typische Handlungsmotive und zugehörige förderliche oder hemmende Handlungsbedingungen herausgearbeitet. Da die Interviewten im Zusammenhang mit ihrem Engagement immer wieder auch auf ihre persönliche Betroffenheit von Armut und Ausgrenzung am Arbeitsmarkt zu sprechen kamen, dieser Erfahrungsbereich im Kontext ihres Engagements also als relevant erscheint, musste auch dieser Bereich zuvor vergleichend rekonstruiert werden. Öffentlicher und privater Alltag unterscheiden sich zwar voneinander, verweisen aber zugleich aufeinander – beispielsweise in dem Probleme, die privat und individuell nicht angemessen zu bewältigen sind, kollektiv bearbeitet und im öffentlichen Kontext thematisiert werden oder indem begrenzte private Ressourcen auch die öffentlichen Spielräume der Betroffenen begrenzen. Enthalten die Erzählungen über den Alltag bürgerschaftlichen Engagements auch

zahlreiche Beispiele für gelebte Solidarität, behauptete Handlungsfähigkeit, erzielte Erfolge sowie Widerständigkeit und Gegenmacht von unten, so finden sich gerade in den Passagen über den privaten Alltag zwischen Erwerbsarbeitsstelle, Jobcenter und privatem Haushalt Zeugnisse für das Leiden an den gesellschaftlichen und behördlichen Verhältnissen, unter denen die Befragten leben. Die Interviewten finden keinen oder nur einen sehr beschränkten Zugang zum Arbeitsmarkt, ihre Erwerbssituation ist günstigstenfalls prekär zu nennen. Daraus erwächst den Betroffenen nicht allein ein materieller, sondern auch ein ausgeprägter psychosozialer Problemdruck, da sich ihr Selbstwert sowie die Wertschätzung, die ihnen entgegengebracht wird, aus ihrem weitgehend brachliegenden Arbeitsvermögen nur kaum adäquat herausbilden können. Die Interviews dokumentieren ein ausgeprägtes Arbeitsethos; gegenwärtige oder vergangene Arbeitserfahrungen auch außerhalb der Sphäre vergüteter und marktvermittelter Arbeit prägen das Bild, das die Befragten von sich zeichnen, wesentlich mit. Psychosoziale und moralische Belastungen gehen dabei sowohl von der erlittenen Erwerbslosigkeit als auch von widrigen Arbeitsbedingungen, zumeist im Niedriglohnsektor, aus. Die Fähigkeit zu bewahren, eine Wahl zwischen verschiedenen Jobs oder zwischen Erwerbsarbeit und Erwerbslosigkeit selbstbewusst treffen zu können, statt notgedrungen akzeptieren zu müssen, was der Arbeitsmarkt jeweils hergibt, stellt für mehrere Interviewpartner einen hohen Wert dar. Der damit verbundene Stolz, sich nicht quasi unter Wert zu verkaufen, steht im Konflikt mit ihrem Anspruch, unbedingt arbeiten zu wollen.

Die Erzählungen handeln oft davon, wie es gelingt und gelingen muss, den eigenen Lebensstandard an ein äußerst geringes Einkommen anzupassen und sich diszipliniert zu bescheiden; sie handeln vom Stolz, all die Jahre über die Runden zu kommen, einen finanziellen Handlungsspielraum zu wahren und noch wirtschaften zu können. Gleichzeitig enthalten sie Beispiele dafür, wie Wirkungsradius und Spielräume abnehmen und die Entscheidungsfreiheit dem Zwang weicht, sich bietende Gelegenheiten unbedingt nutzen zu müssen. Als Erpressbarkeit wird schmerzlich empfunden, gegen die eigene Überzeugung sich auf widrige Arbeitsbedingungen oder perspektivlose Tätigkeiten einlassen zu müssen, um zumindest ein etwas höheres Einkommen zu erzielen, als das unzulänglich niedrige aus den Fürsorge-Leistungen.

Ein weiteres typisches Problem stellen negative Erfahrungen mit der Verwaltungspraxis des Jobcenters als Träger der ALG-II-Leistungen dar: fehlerhafte und willkürliche Entscheidungen von Sachbearbeitern zum Nachteil der Leistungsberechtigten, als gängelnd und überflüssig empfundene Verpflichtungen, Drohungen mit Sanktionen, Verzögerungen bei der Auszahlung von dringend benötigten Leistungen, verpflichtende Maßnahmen der Arbeitsförderung von zweifelhafter Qualität und immer wieder Hindernisse, wenn es darum geht, im Widerspruchsverfahren sein Recht auf Sozialleistungen zu erstreiten. Solche Erfahrungen werden teils als belastend beschrieben, doch sie führen im Falle der Interviewten nicht zur Resignation. Der Umgang mit der Behörde stellt zumindest für einige von ihnen einen alltäglichen Kampf um das Notwendige, einen fortdauernden Versuch, Probleme und Folgeprobleme zu

lösen, dar, eine Auseinandersetzung, in der sie ihre gefährdete Autonomie behaupten. Wege ins Ehrenamt können als Versuche gedeutet werden, in prekären Lebenslagen eine positive biographische Kontinuität zu konstruieren. Engagement erscheint außerdem als eine Möglichkeit, die eigene Rolle als Bürger in der Gesellschaft auszugestalten. Als Brücke in den (ersten) Arbeitsmarkt dient den Befragten ihre Freiwilligentätigkeit jedoch nicht, entsprechende Erwartungen werden nicht geäußert; die im Engagement geleistete Hilfe ist zugleich als Selbsthilfe zu verstehen angesichts der verbreiteten Ausgrenzung am Arbeitsmarkt, die sie jedoch selbst nicht zu überwinden vermag.

Die Zusammenarbeit mit anderen ehren- und hauptamtlichen Mitarbeitern wird vor allem dann als bereichernd empfunden, wenn trennende einkommens- und statusbezogene Unterschiede zwischen den Aktiven in den Hintergrund und die gemeinsame Anstrengung in den Vordergrund tritt. Weniger wichtig ist es im Vergleich dazu, ob mit den Adressaten des Engagements, den Ratsuchenden, Kunden und Hilfeempfängern, auf Augenhöhe interagiert wird. Zahlreiche Passagen weisen sogar auf eine typische Trennung zwischen einem Wir – die Aktiven aus den Projekten – und einem Die – die Adressaten – hin, das von einem deutlichen Gefälle der Wertschätzung zu Lasten der Adressaten gekennzeichnet ist. Solche Trennung lässt sich in verhältnismäßig komplexen Organisationen wie einer Tafel auf die logistischen Erfordernisse, den Kundenstrom zu bewältigen und auf die damit einhergehende Anonymität der Adressaten zurückführen. Als weiterer Faktor ist die oft pädagogisierende Art zu nennen, mit der sich Aktive ihren Adressaten nähern, um sie in ihrer privaten oder

politischen Haltung zu beeinflussen und zu ‚bessern‘. Solcher Anspruch wirkt oft belehrend und herablassend und dürfte einer Zusammenarbeit auf Augenhöhe abträglich sein. Auch das zuweilen geäußerte Bedürfnis von Aktiven, sich von ihren Adressaten, auf die sie zuweilen despektierlich herabblicken, habituell positiv abzuheben, ist in diesem Zusammenhang zu nennen. Solche trennenden Effekte – möglicherweise zählt auch eine gewisse Scham der Adressaten, Hilfe in Anspruch nehmen zu müssen, hinzu – treten den Erzählungen zufolge auch in der Beratungsarbeit zutage, obwohl die Aktiven ihr Engagement dort stärker als Hilfe zur Selbsthilfe verstehen und den Anspruch artikulieren, Betroffene zur Mitarbeit zu bewegen, gemeinsam gesellschaftlichen Einfluss zu entfalten oder Verbesserungen in der Verwaltungspraxis einzufordern und durchzusetzen. Das angesichts der komplexen sozialrechtlichen Thematik zwangsläufig anspruchsvolle Niveau ihres Engagements unterteilt Aktive und Adressaten jedoch in Experten und Laien und hat deshalb ebenfalls trennende Effekte. Im dezidiert politischen Engagement wirkt sich die Agitation der Adressaten zuweilen ähnlich verhängnisvoll aus, wie der paternalistisch-pädagogische Zugriff auf die Tafel und das Sozialkaufhaus. Die Menschen von einer politischen Deutungsweise und Wahrheit überzeugen zu wollen, kann belehrend wirken und führt zu Enttäuschungen, wenn man statt auf politische Aufgeschlossenheit auf Desinteresse stößt oder gar auf verletzend und stigmatisierende Vorhaltungen („Ihr faulen Hartz-IV-Empfänger!“). Die Trennung in ein Wir und ein Die bedeutet jedoch keinesfalls, dass Adressaten für die Aktiven nicht oder kaum erreichbar wären. Gerade die

persönliche konkrete Hilfe mit Sachmitteln für Tafeln und Sozialkaufhäuser oder mit Rat sowie durch die Ämterbegleitung in den Sozialinitiativen wird offenbar stark in Anspruch genommen. Konkrete Hilfe mit handfesten Ergebnissen stellt auch für die Aktiven eine Form der Selbsthilfe dar, denn sie dient als Motivationsquelle. Solche Motivation scheint sogar wichtiger zu sein als der Anspruch, auf Augenhöhe miteinander zu handeln und sich zu organisieren.

Während dementsprechend fast alle Interviewpartner in der einen oder anderen Form von Hilfe engagiert sind, engagieren sich nur einige von ihnen ausdrücklich politisch, indem sie beispielsweise Proteste und Veranstaltungen organisieren, in diversen Gremien mitarbeiten, politisch-publizistisch wirken oder Bündnisse pflegen und Netzwerke knüpfen. Selbstrepräsentation hat dabei einen ungleich höheren Stellenwert als Repräsentation durch Politiker, gegen die zudem pauschal ein grundsätzliches Misstrauen artikuliert wird. Die eigenen politischen Aktivitäten zielen im Wesentlichen darauf, der Marginalisierung entgegenzuwirken und in den entsprechenden Arenen noch zu einem Mindestmaß präsent zu sein, soziale Probleme durch Armut und Erwerbslosigkeit angesichts ökonomischer Erfolgsmeldungen am Standort Deutschland in Erinnerung zu rufen oder sich persönlich als gesellschaftlich unbequemes und sogar widerständiges Subjekt zu erfahren.

Die Mittel, die die Aktiven für ihre Aktivitäten selbst aufbringen können, sind im Umfang äußerst beschränkt und werden vor allem durch karitative und gewerkschaftliche Organisationen als Träger oder Förderer ihrer Projekte soweit ergänzt, dass deren tägliches Geschäft aufrechterhalten

werden kann. Die Kosten solchen Engagements müssen notgedrungen entsprechend niedrig gehalten werden, Ansprüche müssen gedeckelt werden, und als eine zentrale Ressource tritt die Selbstmotivation der Engagierten hervor. Eine Engagementförderung, die sich auf Lob und Anerkennung beschränkt, wird jedoch von einigen Befragten ausdrücklich abgelehnt. Eine finanzielle Förderung müsse ihrer Ansicht nach so ausgestaltet sein, dass sie tragfähig ist; andernfalls verweist sie nur auf den materiellen Mangel, an dem die Projekte leiden und relativiert den Wert, den die Aktiven ihrer Arbeit selbst beimessen. Ein vieldiskutiertes Problem in diesem Zusammenhang stellt die Krise der kommunalen Haushalte dar, denn Desinvestitionen (oft irreführend als Sparen bezeichnet) drücken sich in einem Abbau freiwilliger Leistungen der Kommunen aus und treffen insbesondere den Nonprofit-Sektor. Die Verdrängung regulärer Beschäftigung im sozialen Bereich durch geförderte Beschäftigung und Freiwilligenarbeit wird von einigen Interviewten als gesellschaftliches Problem angesprochen, so dass sie eine öffentliche finanzielle Förderung ihrer Projekte eher als eine Verlagerung als eine Lösung der von ihnen bearbeiteten Probleme von Armut und Ausgrenzung bewerten würden.

Anhand der problemorientierten Rekonstruktion der privaten und gesellschaftlich-öffentlichen Erfahrungsbereiche der Interviewpartner lässt sich auf die typischen Motive, die sie mit ihrem Engagement verfolgen, begründet und nachvollziehbar schließen. Vier solcher zentralen Motive, die sich zwar nicht anhand jeden Interviews nachweisen lassen, die aber jeweils für mehrere Interviewpartner eine Rolle spielen, ergeben sich auf diesem Wege.

Erstens engagieren sich Interviewpartner, um ihre Betroffenheit von Erwerbslosigkeit und Armut besser zu bewältigen. Dies gelingt ihnen etwa, indem sie sich eine zeitliche Struktur im Alltag schaffen. Wichtig ist es ihnen außerdem in diesem Zusammenhang, ihre Arbeitsdisziplin, an die sie ihren Selbstwert knüpfen, aufrecht zu erhalten, Respekt und Anerkennung als Arbeitende zu erfahren, die ihnen sonst versagt wäre. Das Engagement in Beratung und Begleitung kann dazu dienen, sich für die Auseinandersetzung mit dem Jobcenter zu wappnen, aber auch dazu, Netzwerke zu Freunden und Kollegen zu knüpfen und über den privaten Bereich hinaus gesellschaftliche Zugehörigkeit zu erfahren. So stellt die Aktivität sozialen Engagements oft einen Gegenentwurf zur Erfahrung von passiver Betroffenheit dar. Weil mit Engagement ebenfalls materielle und immaterielle Kosten, Enttäuschungen und Belastungen einhergehen können, ist es nicht ausgemacht, dass solche Bewältigungsstrategien in jedem Falle aufgehen – so berichten Interviewpartner von zeitweiligen Weggefährten, die inzwischen resigniert aufgegeben haben.

Ein zweites zentrales Motiv besteht darin, sich im gemeinsamen Handeln als Gleiche unter Gleichen zu erfahren. Solche Gleichheit unter den Mitarbeitern (nicht jedoch im Verhältnis zu den Adressaten), kann darin bestehen, politisch gleichgesinnt zu sein, harmonisierende Grundüberzeugungen zu haben, gleiche Prioritäten zu setzen und ähnliches für relevant zu erachten, in einer gleichen sozialen Lage zu sein bzw. sich gleichermaßen gesellschaftlich benachteiligt zu sehen oder gleichermaßen sensibel für daraus entspringende Verwundbarkeiten zu sein. Gleichheit bezieht sich in die-

sem Zusammenhang außerdem darauf, gleichberechtigt im Team mitzuarbeiten, statt sich unterordnen zu müssen und eventuelle Vorzüge, die aus dem Engagement entspringen – Vergütungen, Anerkennung, geförderte Beschäftigung – gleichermaßen zu genießen.

Drittens geht es im Engagement immer wieder darum, über den Gedanken der bloßen Abhilfe hinaus, die Fremdhilfe zunächst darstellt, einen pädagogischen Einfluss auf die Lebensführung, das Verhalten und die Einstellungen der Adressaten zu erlangen. Hilfe als solche stellt bereits ein wichtiges Motiv dar, das von den Interviewten auch als solches betont wird, doch es fällt auf, dass sie in ihrem Tun über den Aspekt der Fremdhilfe oder der Hilfe zur Selbsthilfe hinausgehen wollen. Unterschiedliche Vorstellungen davon, in welche Richtung sich die Adressaten entwickeln sollen, unterstreichen diesen gemeinsamen Anspruch. Es finden sich in den Erzählungen zumindest – gleichwohl nicht überprüfbare – Hinweise darauf, dass dieser Anspruch auf Adressaten paternalistisch und abschreckend wirken kann.

Ein viertes Motiv liegt darin, gemeinsame Interessen zu organisieren und die eigenen Initiativen und Netzwerke zu kollektiven Akteuren im sozialpolitischen Feld werden zu lassen. Ein Großteil der Aktivitäten ist darauf gerichtet, die Marginalisierung von Erwerbslosen und Armen in der Öffentlichkeit zu durchbrechen und aus dem Verborgenen heraus in Erscheinung zu treten. Es geht darum, die eigene, im sozialpolitischen Diskurs als vernachlässigt erfahrene Perspektive auf komplexe soziale und sozialbehördliche Probleme auch anderen, nicht direkt betroffenen Bürgern, verständlich und bekannt zu machen und

entsprechende Forderungen und Kritik öffentlich zu artikulieren. Darüber hinaus geht es darum, andere Betroffene zu mobilisieren, deren Interessen zu formieren, sie zur politischen Mitarbeit zu bewegen und in Projekten und Netzwerken zu organisieren. Unabhängig von diesem Anspruch zielen politische Interventionen darauf ab, bei deren Adressaten eine kollektive Identität gegen die erlittene Stigmatisierung zu erzeugen, die positiv besetzt wäre und auf deren Basis eine weitergehende politische Interessenartikulation von Betroffenen wahrscheinlicher würde.

Frägt man nach den Einflüssen, die es den Interviewten ihren Erzählungen zufolge ermöglichen, erleichtern, erschweren oder verunmöglichen, ihre Motive zu verwirklichen, stößt man auf sechs typische Handlungsbedingungen. Dabei handelt es sich, da die Erzählungen tendenziell problemorientiert sind und in Übereinstimmung mit der forschungsleitenden Frage nach den Gründen für die soziale Verzerrung, vor allem um hemmende statt förderliche Bedingungen: Erstens um die nur spärliche Verfügbarkeit von materiellen und immateriellen Ressourcen, die für die Problembewältigung bei Erwerbslosigkeit und Armut sowie für ein anspruchsvolles Engagement unerlässlich sind – leistungsrechtlich relevante Informationen und praktisches Wissen, die in der Fremdhilfe unter relativ hohem Aufwand erworben und in der Selbsthilfe eingesetzt werden können sowie schwer zugängliche Formen der finanziellen Vergütung und Aufwandsentschädigung. Zweitens sind die Gestaltungsspielräume im sozialen Bereich insbesondere für Betroffene eng. Dies ist zum einen der kommunalen Verankerung dieses Feldes geschuldet – schwindende kommunalpoliti-

sche Spielräume begrenzen so zugleich die sozialpolitischen Spielräume der Bürger. In diesem Zusammenhang ist außerdem die politische Unzugänglichkeit der Jobcenter zu nennen – ein Problem, das sich selbst gewählten Vertretern in den Kommunalparlamenten stellt. Drittens bewirkt der Druck auf Erwerbslose, jedwede Arbeit anzunehmen (entgrenzte Zumutbarkeitskriterien) und das Risiko der Erwerbstätigen, ihre Arbeit zu verlieren, einen Interessenkonflikt zwischen erwerbslosen Ehrenamtlichen und hauptamtlich beschäftigten Sozialarbeitern, die zueinander in Konkurrenz um die vorhandenen Stellen treten. Welche Tätigkeiten hauptamtlich und welche ehrenamtlich oder von Hilfskräften wie den sogenannten Ein-Euro-Jobbern ausgeübt werden – diese Frage werden die Träger sozialer Dienste unter dem Eindruck des auf ihnen lastenden Kostendrucks in Zukunft möglicherweise anders beantworten als gegenwärtig. Dazu kommen viertens innere Konflikte um die Akzeptanz widriger Arbeitsbedingungen, die Engagierte mit sich selbst und untereinander auszutragen haben und die die Initiativen entlang der Frage sozialer Ausgrenzung durch geförderte Beschäftigung am dritten Arbeitsmarkt entzweien können. Fünftens bringt die geleistete Hilfe die Aktiven und ihre Adressaten zwar regelmäßig in Kontakt zueinander, doch mit ihr sind zugleich trennende Rollenzuweisungen verbunden, die Helfer und Hilfeempfänger voneinander entfremden können. Paternalismus auf der einen, Scham auf der anderen Seite und gegenseitige Ressentiments bringen diese Spaltung zum Ausdruck. Sechstens wirkt sich die Art und Weise, wie Fürsorge in dieser Gesellschaft organisiert ist und reguliert wird, entpolitisierend auf die gesellschaftli-

chen Auseinandersetzungen aus. Es erweist sich als schwierig für engagierte Betroffene, die Auseinandersetzung mit den Behörden in rechtlich verbindliche Bahnen zu lenken, und es fehlen politisch-partizipative Zugangsmöglichkeiten zu den sozialstaatlichen Institutionen, auf die sie angewiesen sind. Die sozial-bürokratische Zurichtung wirkt sich zudem vereinzelt auf einen im Verborgenen massenhaft geführten Konflikt aus: Die Verwaltung desorganisiert die von ihr verwalteten Subjekte regelrecht. Das Recht auf Beistandschaft stellt insofern eine wertvolle Ausnahme kollektiven und solidarischen Handelns dar, die von einem Teil der befragten ehrenamtlichen Berater auch in diesem Sinne genutzt wird. Außerdem erfahren engagierte Erwerbslose und Arme eine nur schwache gesellschaftliche Resonanz auf ihre Aktivitäten. Deutungsmuster und Prioritätensetzungen der Aktivisten unterscheiden sich selbst von denen ihrer traditionellen Bündnispartner in den Gewerkschaften. Das relativ komplizierte, stark verrechtlichte und durch häufige Gesetzesnovellen stets im Wandel begriffene Themenfeld eignet sich kaum dafür, mediale Aufmerksamkeit auf sich zu ziehen und Verständnis zu wecken. Im Verteilungskampf um das Existenzminimum, den die Armen dieser Gesellschaft oft unbeachtet von politischer, medialer und sozialwissenschaftlicher Aufmerksamkeit führen, mangelt es ihnen nicht nur an einer tragfähigen Verhandlungsbasis – sie verfügen kaum über sozioökonomisch relevante Ressourcen, die sie ihren Konfliktgegnern vorenthalten können (z. B. im Streik) – ihren Forderungen nach materieller Besserstellung wird zudem oftmals die Legitimität abgesprochen.

Abschließend löst sich meine Untersuchung von den in den Interviewerzählungen dokumentierten konkreten Erfahrungen und widmet sich dem Verhältnis von Fürsorge und Bürgerrechten auf einer abstrakteren Ebene. Drei Fragen waren dabei zu beantworten: Inwiefern können soziale Rechte als Bürgerrechte begriffen werden? Wie steht es um soziale Rechte hilfebedürftiger Erwerbstätiger und Erwerbsloser im Fürsorgesystem nach den Hartz-Reformen? Wie wirkt sich die Situation der sozialen Bürgerrechte auf die soziokulturelle Partizipation Betroffener aus? Im Rechtskreis des SGB II („Hartz IV“), so die Annahme, lastet auf den sozialen Rechten der Betroffenen ein besonders hoher Druck, der Paradigmenwechsel aktivierender Sozialpolitik lässt sich hier auf ergiebige Weise untersuchen. Hinsichtlich der öffentlichen Fürsorge des 19. und frühen 20. Jahrhunderts lässt sich mit den Klassikern der Soziologie Thomas H. Marshall und Georg Simmel von einer ‚Ausschaltung‘ des Armen als Bürger sprechen: Mit der Inanspruchnahme von Fürsorgeleistungen verloren Personen ihre politischen Bürgerrechte, hatten keine Mitsprache an der konkreten individuellen Ausgestaltung der Hilfe, die ihnen zuteil wurde und verfügten über kein einklagbares Recht auf Fürsorge; der Gesetzgeber verpflichtete einseitig den Fürsorgeträger – die kommunale Armenpolizei – dazu, Fürsorge zu leisten, und zwar aus kriminalpräventiven Erwägungen. Arme hatten somit einen doppelten und einseitigen Objektstatus gegenüber dem Staat inne. Dies änderte sich in Deutschland prinzipiell erst nach Einführung des Grundgesetzes, als das BVerfG in einer richtungsweisenden Entscheidung bestimmte, dass der Bürger, sofern der Staat sich zu Fürsorgeleistungen

gegen ihn verpflichtet, entsprechende einklagbare Rechte innehat. Die überkommene Rechtsauffassung wäre mit seiner Rolle als Bürger – statt als Untertan – nicht vereinbar. Das Recht auf Fürsorge ist in diesem Sinne als Bürgerrecht zu begreifen, wenn es auch nicht im Grundrechtskatalog des Grundgesetzes enthalten ist. Um sich in einer materiellen Notlage als Subjekt auch behaupten zu können, muss dieses Recht aber derart konkretisiert werden, dass das Existenzminimum der Betroffenen gewahrt bleibt. Es muss zu diesem Zweck als physisches und soziokulturelles gewährleistet sein, andernfalls hieße es, Menschen auf ihre Körper zu reduzieren und ihre Würde anzutasten. Die Höhe dieses Existenzminimums ist gesellschaftlich umkämpft; es finden verfassungsrechtliche, sozialrechtliche und sozialpolitische Auseinandersetzungen darum statt, denn nur das Recht auf die Wahrung eines Existenzminimums, nicht jedoch dessen konkrete Höhe, wurde vom BVerfG grundrechtlich abgesichert.

Soziale Rechte sollen aufgrund der zweifachen Gefährdung des bürgerlichen Subjektstatus und der Menschenwürde (Instrumentalisierungsverbot, keine Degradierung zum Objekt-Untertan) durch Armut zweierlei Schutz bieten: Schutz vor Not und Ausgrenzung und Schutz vor Willkür und Bevormundung. Hier sind zugleich zentrale Schwachstellen und Gefährdungen zu verorten, um die gesellschaftliche Konflikte ausgetragen werden: Die hinreichende Höhe der für physische, geistige und soziokulturelle Grundbedürfnisse erforderlichen Leistungen ist nicht garantiert; insbesondere da jeweils der individuelle Fall und nicht der statistisch ermittelte Durchschnitt der Fälle in letzter Instanz als Maßstab zu dienen hat und da Grundsicherungsleis-

tungen unter die Höhe des festgelegten Existenzminimums durch Sanktionen abgesenkt werden dürfen. Die Verwaltungspraxis der zuständigen Sozialbehörden entpuppt sich als massenhaft rechtswidrig. Einflussmöglichkeiten der Leistungsberechtigten auf die Mittel der Hilfe sind gering und werden tendenziell eingeschränkt, ihre Wünsche und Vorstellungen finden in abnehmendem Maße Berücksichtigung. Die besondere bürgerrechtliche Brisanz der Hartz-IV-Gesetzgebung liegt vor diesem Hintergrund darin, dass sie durch die weitgehende intransparente Pauschalisierung der Regelleistungen auf äußerst niedrigem Niveau und die Ausweitung von Sanktionstatbeständen und Sanktionen, die Ausgestaltung von Hilfen als fakultative Leistungen im Ermessen der Träger bei eingeschränkten Klagemöglichkeiten der betroffenen Bürger, durch die weitgehende Rücknahme von Wunschrechten und Einflussmöglichkeiten bei zunehmender Verpflichtung der Leistungsberechtigten diese in ihren Anspruchs- und Abwehrrechten geschwächt hat. So ähnelt die Position des Armen gegenüber sozialstaatlichen Instanzen in der Praxis oft eher der des simmelschen Untertanen als der eines Bürgers im demokratisch-rechtsstaatlichen Sinne. Denn der Abbau sozialer Rechte entzieht den Betroffenen materielle und immaterielle Ressourcen und erschwert es ihnen somit, ihre selbstgesteckten Ziele zu verfolgen. Durch ihre tendenzielle Entrechtung im Zuge von Sozialrechtsreformen verändern sich zugleich wesentliche Spielregeln, auf denen gesellschaftliche Konflikte um das Existenzminimum beruhen, die zu einem gewichtigen Teil nicht im Parlament oder auf der Straße, sondern vor Sozialgerichten ausgetragen werden und zwar zum Nach-

teil der Betroffenen. Und schließlich findet der Abbau von Anspruchsrechten bei einer Überbetonung des Subsidiaritätsprinzips seine Entsprechung in der gewachsenen Bedeutung karitativer, auf bloße Linderung der Not bedachter Projekte gegenüber Initiativen der konfliktorientierten Interessenformulierung und -durchsetzung.



Leiv Eirik Voigtländer (2015): *Armut und Engagement. Zur zivilgesellschaftlichen Partizipation von Menschen in prekären Lebenslagen*, Bielefeld: transcript-Verlag



***Innovative armutspräventive
Ansätze und Projekte
in der Sozialarbeit
mit und von älteren Menschen***



Prekäres Alter und sozialraumsensible Planung

Mario Rund

Im vorliegenden Beitrag werden einige Überlegungen zur Frage vorgestellt, wie auf lokaler Ebene prekäre Lebenslagen im Alter – die unter dem Begriff der „Altersarmut“ verhandelt werden – bearbeitet werden könnten.

Die vorherrschende Thematisierung von „Altersarmut“ zeigt erstaunliche Bezüge zu einem anderen, vor allem im Alter relevanten Thema – das der Pflege. Besonders augenfällig wird dies am Beispiel des Konzepts der „Sorgenden Gemeinschaft“, das gegenwärtig in der Vorbereitung des Siebten Altenberichts der Bundesregierung eine wichtige Rolle spielt, aber auch in anderen Kontexten diskutiert und propagiert wird. Zum einen ist klar, dass jene, die über die nötigen materiellen Mittel verfügen, auch im Bereich der Pflege, die besten Dienstleistungen und Hilfsmittel nutzen können. Bei den gegenwärtigen Arbeits- und Lohnverhältnissen ist allerdings abzusehen, dass zukünftig immer weniger Menschen über eine entsprechende Ausstattung verfügen werden (z. B. VS 2015). Zum anderen ähneln sich die Themen Sorge und „Altersarmut“ in Hinblick auf die dominierende (politische) Bewältigungslogik. Sie zielt darauf ab, die Verantwortung für gesellschaftliche Großaufgaben wie die Pflege tendenziell in die Zivilgesellschaft zu verlagern. Allerdings erweist sich die Logik, Struktur und „Formbarkeit“ von Ehrenamt, Freiwilligenarbeit oder bürgerschaftlichem Engagement nicht unbedingt zur Bewältigung der Herausforderungen von Pflege als geeignet – zumal in der zu erwartenden gesellschaftlichen Dimension (Rund 2015 b).

Ganz ähnlich wie im Fall der Sorge findet eine programmatische Verantwortungsverlagerung auch bei dem Thema „Armut im Alter“ statt. Das äußert sich unter anderem in der Tendenz zu subjektbezogenen Präventions- und Bewältigungsstrategien. Hierzu gehören beispielsweise der allgegenwärtige Appell zur privaten Vorsorge, die Aufforderung zur Selbsthilfe oder auch das Angebot zur Schuldnerberatung. Diese Tendenz der „Privatisierung“ bzw. „Individualisierung der Altersarmut“ geht dabei mit einer sukzessiven Dethematisierung sozialer Ungleichheit und der ungerechten Verteilung gesellschaftlicher Güter einher. Statt einer Politik der Verhältnisse, wird eher eine Politik des Verhaltens betrieben.

Hiervon ausgehend soll im Beitrag zunächst gefragt werden, wie „Altersarmut“ und deren Bewältigung thematisiert wird. Dabei wird sich dem Begriff „Altersarmut“ kritisch zugewendet. Denn der Begriff ist alles andere als unumstritten. Was „Armut“ im Allgemeinen und „Altersarmut“ im Speziellen bedeutet, ist abhängig vom Verständnis, der Messung, der Wahrnehmung, vom politischen Interesse, der Kultur, der Betroffenheit oder der Perspektive. Um diese Schwierigkeiten zu umgehen, wird in diesem Beitrag eine begriffliche Verschiebung vorgeschlagen. Diese eröffnet eine andere Perspektive auf strukturelle Möglichkeiten der Bearbeitung von Armutslagen im Alter. Im Anschluss daran wird gefragt, welche Bedeutung der „Sozialraum“ für diese Bearbeitung von prekären Lebenslagen (im Alter) haben kann und welche Anforderungen sich daraus für Strukturen und Prozes-

se der Partizipation und der (kommunalen) Planung ergeben. Abschließend werden strukturelle und planerische Anforderungen für eine bedarfsgerechte Gestaltung örtlicher Lebensverhältnisse angesprochen. Denn diese sind nicht nur – aber auch – für die Bewältigung von Armutslagen im Alter relevant.

Die Ausführungen stützen sich auf Ergebnisse aus einem Forschungsprojekt zur Entwicklung eines neuartigen Planungsansatzes für eine bedarfsgerechtere Kommunal- und Regionalpolitik. Bei dieser integrierten Sozialraumplanung (Hammer/Lutz/Mardorf/Rund 2010) handelt es sich um einen Ansatz veränderter kommunaler Praxis. Dieser wurde in den vergangenen Jahren gesellschaftstheoretisch fundiert, konzeptionell fortentwickelt und in unterschiedlichen Kontexten diskutiert (z. B. Rund 2015 a; 2010).

Zentrale Überlegungen des Ansatzes sind in die Machbarkeitsstudie zur Implementierung eines strategischen Zentrums für Sozialplanung in Thüringen eingeflossen, die von der LIGA der freien Wohlfahrtsverbände (LIGA 2012) im Auftrag der Landesregierung des Freistaates erstellt wurde. Der Ansatz findet sich in Konzepten der Sozialplanung in verschiedenen bundesrepublikanischen Städten wieder, wie z. B. in der bayrischen Landeshauptstadt (München 2012). Und schließlich wurden auch die Empfehlungen zur örtlichen Teilhabepaltung für Menschen mit Behinderung des Deutschen Vereins für öffentliche und private Fürsorge (DV 2012) durch die integrierte Sozialraumplanung inspiriert.

Thematisierung von „Altersarmut“

Den Bezugspunkt der Thematisierung von Armut bildet in der Bundesrepublik, wie in zahlreichen anderen Gesellschaften des globalen Nordens, das Konzept der „relativen Armut“. Mit diesem Konzept wird Armut in ein bestimmtes Verhältnis zur materiellen Situation in einer Gesellschaft gesetzt: Als Armutsrisikogrenze gelten dabei 60 % des nationalen Medianeinkommens bzw. mittleren Einkommens. Hierbei handelt es sich jedoch um eine recht willkürliche und politisch fragwürdige Setzung. Denn über die tatsächlichen Einkommens- und Vermögensverhältnisse, gerade in den obersten Schichten, existieren kaum belastbare Daten. Dennoch kann konstatiert werden, dass vor allem in der Bundesrepublik, die Einkommens- und Vermögensungleichheit in den letzten zwei Jahrzehnten stark angewachsen ist. Obwohl inzwischen brauchbare Instrumente für die Abbildung von Armut vorliegen, wie zum Beispiel die Indikatoren zur Messung von Armut und sozialer Ausgrenzung der Europäischen Kommission (EU 2006), variieren die Beschreibung des Ausmaßes und die Prognosen von Armut und „Altersarmut“ je nach (politischer) Perspektive erheblich. So galt die Altersarmut im Dritten Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung (BMAS 2008) nicht als Problem der Gegenwart. In einem Gutachten des wissenschaftlichen Beirats beim Bundeswirtschaftsministerium (BMW-Berat 2012) wird sogar davon ausgegangen, dass sich das Problem der Altersarmut in Deutschland auch in Zukunft nicht stellt. Demgegenüber belegt eine Studie des Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Institutes der Hans-Böckler-Stiftung (Seils 2012), dass die Armut unter Rentnern/-

innen deutlich stärker als unter Erwerbstätigen stieg. Diese Daten machten deutlich, dass Altersarmut nicht erst in der Zukunft droht, sondern bereits ein gegenwärtiges Problem darstellt.

„Prekäres Alter“

Nicht nur angesichts solcher Deutungskämpfe erweist sich „Altersarmut“ als nicht unproblematischer Begriff. Durch die starke Fokussierung auf die Einkommenssituation ist er auch wenig geeignet, die Vielgestaltigkeit benachteiligter oder belasteter Lebenslagen im Alter angemessen zu beschreiben. Daher empfiehlt es sich m. E., statt von „Altersarmut“ eher von „prekärem Alter“ zu sprechen.

Denn unabhängig davon, was nun in unterschiedlichen Kontexten unter „Altersarmut“ verstanden wird, ist evident, dass ältere Menschen immer häufiger von sozialem Ausschluss und Abstieg bedroht sind. Zudem ist sofort einsichtig, dass mit steigendem Lebensalter die Möglichkeiten schwinden, aus eigenen Kräften eine grundlegende Änderung dieser Lage zu bewirken. Dies wird durch die steigende Anzahl geringfügig beschäftigter über 65-Jähriger belegt, die vorwiegend in ungesicherten Bereichen mit eher geringem Sozialprestige tätig sind (z. B. VdK 2015).

Auf solche Belastungen und Unsicherheiten in der Lebenslage und in der Lebensbewältigung verweist der Begriff der „Prekarität“. Dieser wurde mit der „Entdeckung“ des „abgehängten Prekariats“ in einem Gutachten der Friedrich-Ebert-Stiftung (FES 2006) popularisiert. Er geht aber auf den französischen Soziologen Robert Castel (2000 [1995]) zurück und wurde unter anderem

vom Jenaer Wirtschaftssoziologen Klaus Dörre weiterentwickelt.

Mit der begrifflichen Verschiebung von „Altersarmut“ zum „prekärem Alter“ eröffnen sich neue Perspektiven auf die Problematik und ihre Bearbeitungsmöglichkeiten. So gerät die Vielgestaltigkeit benachteiligter Lebenslagen in fortgeschrittenen Lebensphasen in den Fokus, zum Beispiel in Hinblick auf Gesundheit, Geschlecht bzw. sexuelle Identität, soziale Netzwerke, kulturelle und soziale Herkunft, sozialräumlichen und regionalen Kontext (Ost/West, Süd/Nord, Stadt/Land, Zentrum/Peripherie). Es werden soziale Unsicherheiten sowie gesellschaftliche und räumliche Ausschließungen thematisiert. Dies hebt gesellschaftspolitische Verursachungskontexte (individueller) prekärer Lebenslagen hervor. Indem strukturelle Ursachen somit stärker Berücksichtigung finden, können auch überindividuelle Bearbeitungsoptionen fokussiert werden. Die Folgen gesellschaftlicher Verteilungsprobleme sowie sozialer und räumlicher Ausschließungsprozesse lassen sich somit nicht mehr so einfach zu Resultaten „defizitärer“ Selbstführung umdefinieren. Oder etwas pointierter formuliert: Verhältnisse statt Verhalten! – Politik statt Pädagogik!

Prekarität durch Ausschließung

Mit dieser Perspektivenverschiebung schließt der Begriff des „prekären Alters“ an einen „erweiterten Armutsbegriff“ an, wie er etwa im Ersten Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung (BMAS 2001) vorgeschlagen wird – und stärkt diesen Begriff zugleich. Hierbei gelten Personen, Familien und Gruppen als arm, die über so geringe materielle, kulturelle und soziale Mittel verfügen, dass sie von

der Lebensweise ausgeschlossen sind, die in ihrem Land als Minimum annehmbar ist. Dementsprechend verweist Armut auf einen Mangel an Teilhabe oder sogar Ausschließung von Teilhabe in verschiedenen Lebensbereichen, wie zum Beispiel Wohnen, Sicherheit, Bildung, Kultur, Sport, Versorgung mit Dienstleistungen, Freizeit, Urlaub usw. Obwohl die materielle Armut die zentrale Dimension darstellt, ist Armut diesem Verständnis nach nicht nur Resultat fehlender materieller Ressourcen, sondern ein Ausdruck mehrdimensionaler Benachteiligung. Und auf dieser Benachteiligung gründen prekäre Lebenslagen (auch) im Alter. Zu den Dimensionen der (sozialen) Ausschließung (siehe Böhnke 2006, S. 83) zählen zunächst die Ausgrenzung am Arbeitsmarkt und die ökonomische Ausgrenzung, welche vor allem durch eine prekäre Anbindung an das Beschäftigungssystem gekennzeichnet ist und sich in geringen Rentenansprüchen sowie sozialem Statusverlust äußert. Die kulturelle Ausgrenzung ist Folge des Unvermögens, gesellschaftlich anerkannten Verhaltensmustern, Lebenszielen und Werten nicht (mehr) entsprechen zu können. Dies geht häufig mit gesellschaftlichen Sanktionen und Stigmatisierungen einher. Die Reduzierung von Sozialkontakten, häufig verbunden mit Milieubildung und sozialem Rückzug, kann zu Ausgrenzung und gesellschaftlicher Isolation führen. Die politisch-institutionelle Ausgrenzung äußert sich darin, dass der Zugang zu Bildungs- und Ausbildungseinrichtungen, Arbeits- und Sozialbehörden sowie zu öffentlichen und privaten Dienstleistungen beschränkt oder verwehrt wird oder darin, dass aufgrund eines Migranten/-innen- oder Asylsuchendenstatus Rechte auf sozialstaatliche Leistungen vermindert oder vorenthalten

werden. Diesen Ausgrenzungsdimensionen wäre noch die räumliche Ausgrenzung hinzuzufügen: Infolge der Deregulierung von Wohnungsmärkten und der Rekonzentration kommunaler Mittel für unternehmerische Anreiz- bzw. Standortpolitik kommt es zu einer zunehmenden Spaltung der Städte. Einkommensschwache Haushalte werden dabei häufig in städtebaulich und infrastrukturell vernachlässigte Stadtquartiere abgedrängt, die sich benachteiligend auf ihre Bewohner/-innen auswirken können.

Teilhabe im Sozialraum

Neben der grundsätzlichen Frage nach der Verteilung gesellschaftlicher Ressourcen, spielt auch der „soziale Nahraum“ für die Bearbeitung von (Alters-)Prekarität eine wichtige Rolle. Denn Teilhabechancen werden stets in konkreten sozialen und räumlichen Lebenszusammenhängen realisiert. Der Begriff des Sozialraums verweist auf den Zusammenhang von sozialen und räumlichen Verhältnissen. Soziale Beziehungen werden ebenso einbezogen wie die baulich-technische und infrastrukturelle Ausstattung von Quartieren (Kessl/Reutlinger 2007). Gerade bei geringen ökonomischen Möglichkeiten, schwachen sozialen Netzwerken, eingeschränkter Mobilität, bei Unterstützungs- oder Pflegebedarf gewinnen sozialräumliche Teilhabemöglichkeiten an Bedeutung. Sozialraum bildet eine „Ressource der Lebensbewältigung“, mit der sich individuelle Benachteiligungen in gewissem Umfang ausgleichen lassen. Ob und wie der Sozialraum als eine solche Lebensbewältigungsressource fungieren kann, ist jedoch davon abhängig, ob örtliche Infrastrukturen nicht nur vor-

handen, sondern bedarfsgerecht gestaltet sind. Entscheidend ist die bedarfsgerechte Gestaltung lokaler Wohnumgebungen und Infrastrukturen, etwa für alltäglichen Bedarf, Mobilität, Beratung, medizinische Versorgung, Unterstützung, Pflege, Sozialkultur. Die Frage nach der Bearbeitung von „prekären Alter“ ist daher eng mit der Frage nach der bedarfsgerechten Sozialraumgestaltung verknüpft.

Sozialraumsensible Planung

Für eine bedarfsgerechte Sozialraumgestaltung ist es unumgänglich, die örtlichen Bedarfslagen realitätsnah zu ermitteln. Und dies verlangt sozialraumsensible Planungsprozesse, die auf kluge Weise mit lokalen Partizipationsmöglichkeiten verknüpft sind. Sozialraumsensibilität bedeutet, sozialräumliche Konstitutions-, Aneignungs- und Ausschlussprozesse zu berücksichtigen, aber auch nahräumliche Teilhabe-potentiale zu identifizieren. Die Bedarfe einzelner Gruppen werden hierbei nicht isoliert voneinander betrachtet. Damit ist sozialraumsensible Planung zugleich auch eine alterssensible Planung. Denn auch Alter wird im intergenerationellen Kontext in den Blick genommen und zugleich in seiner Vielgestaltigkeit gewürdigt. So wird auch die Partizipation älterer (auch einkommensschwacher) Menschen im Zusammenhang mit den unterschiedlichen Lebensbedingungen, Bedarfen und Beteiligungsmöglichkeiten von Angehörigen anderer Altersgruppen gesehen.

An sozialraumsensible (und alterssensible) Planungsprozesse für eine bedarfsgerechte Sozialraumgestaltung werden verschiedene Anforderungen gestellt: Grundlegend

ist zunächst eine kontinuierliche und detaillierte Selbstauskunft über die Entwicklung von Regionen oder von städtischen Teilbereichen. Denn nur auf einer solchen Grundlage kann auf örtliche Lebensbedingungen gestaltend Einfluss genommen werden. Um die örtlichen Lebenslagen in ihrer Komplexität und Differenziertheit angemessen zu erfassen, bedarf es nicht nur eines kleinräumigen Monitorings und einer Berichterstattung mit geeigneten Indikatoren, sondern auch der Vernetzung zentraler Fachplanungen. Dies geht über das traditionelle Verständnis der Aufgabe und Zuständigkeit von örtlicher Sozialplanung weit hinaus (Rund 2010).

Für den Aufbau von komplexem Planungswissen ist die direkte oder mittelbare Einbeziehung der Einwohner/-innen unverzichtbar, zum Beispiel über Vereine, Initiativen, Stadtteileinrichtungen oder soziale Dienste. Hierbei werden Anforderungen an die lokale Partizipationspraxis gestellt, die mit formalisierten Verfahren der Planungsbeteiligung oder von den Angeboten der „Bürgerbeteiligung“ kaum erfüllt werden können (Rund 2009, S. 42 ff.).

Eine weitere Anforderung besteht in der horizontalen und vertikalen Vernetzung. Denn diese bildet die Grundlage für Kooperationen, Aushandlungsprozesse (und Reflexionsprozesse). Die Bearbeitung komplexer Phänomene – wie dem prekären Alter – erfordert eine ressortübergreifende Kooperation und sektorenübergreifende Zusammenarbeit. Hierbei sind auch interkommunale Kooperationen von großem Nutzen. Vor allem in dünnbesiedelten Regionen kann interkommunale Zusammenarbeit (auch über Kreisgrenzen hinaus) dabei helfen, Versorgungsprobleme zu lösen oder kostenintensive Infrastrukturen effizienter zu nutzen.

Wie eine Planungs-, Partizipations- und Vernetzungspraxis entwickelt und implementiert werden könnte, die solchen Anforderungen genügt, wurde am Beispiel der Integrierten Sozialraumplanung mehrfach dargestellt (ausführlich z. B. Rund/Lutz 2010). Bei diesem Ansatz werden zum einen zentrale Fachplanungen wie die Sozialplanung und die Stadtplanung zusammengeführt und zum anderen die Entwicklungsdynamiken, Aneignungs- und Ausschlussprozesse im (sozialen) Raum in angemessener Weise berücksichtigt. Das Modell ist in struktureller Hinsicht auf die Einrichtung einer den Fachplanungen übergeordneten Zuständigkeit orientiert. Getragen wird das Modell von zwei Instrumenten für Partizipation, Mitgestaltung, Kommunikation und Austausch: der Fachplanungskonferenz und der Planungsraumkonferenz. Als vermittelnde (intermediäre) Instanz zwischen diesen Instrumenten bzw. zwischen Sozialraum, Verwaltung und Politik fungieren Planungsraummanager/-innen.

Integrierte Sozialraumplanung gestattet eine stärkere Beteiligung der Einwohner/-innen an kommunalen Planungsprozessen. Hierdurch verbessern sich die Verfügbarkeit von lokalen Infrastrukturen und die Passungsfähigkeit von sozialen Dienstleistungen und Angeboten. Dies ist gerade für einkommensschwache ältere Menschen, die in peripheren, vernachlässigten Stadtteilen oder unterversorgten ländlichen Regionen leben, von besonderer Bedeutung. Ein Planungs-, Partizipations- und Vernetzungsmodell, wie es mit der Integrierten Sozialraumplanung entwickelt wurde, bildet eine gute Grundlage für die Herausbildung einer sozialraum- und alterssensiblen Kommunal- und Regionalpolitik.

Damit kann Integrierte Sozialraumplanung auf lokaler Ebene einen wichtigen Beitrag dazu leisten, dass sich prekäre Lebenslagen im Alter nicht ausweiten oder der zumindest nicht verfestigen. Denn die Orientierung an einem solchen Ansatz ist ein konkreter Beitrag zur Stärkung des „Rechts auf Nichtausschluss“ von städtischen Qualitäten und Ressourcen, das der französische Urbanist Henri Lefebvre (1990 [1968]) bereits vor Jahrzehnten einforderte.

Literatur

- BMAS (Bundesministerium für Arbeit und Soziales) (Hg.) (2001); Lebenslagen in Deutschland. Der erste Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung, Berlin.
- BMAS (Bundesministerium für Arbeit und Soziales) (Hg.) (2008); Lebenslagen in Deutschland. Der dritte Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung, Berlin.
- BMWi-Beirat (Wissenschaftlicher Beirat beim Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie) (2012); Gutachten „Altersarmut“, Berlin.
- Böhnke, Petra (2006); Am Rande der Gesellschaft. Risiken sozialer Ausgrenzung, Opladen.
- Castel, Robert (2000 [1995]); Die Metamorphosen der sozialen Frage. Eine Chronik der Lohnarbeit, Konstanz.
- DV (Deutscher Verein für öffentliche und private Fürsorge) (Hg.) (2012); Empfehlungen zur örtlichen Teilhabeplanung für ein inklusives Gemeinwesen, Berlin.
- EU (European Commission) (2006); Portfolio of overarching indicators and streamlines Social Inclusion, Pensions, an Health portfolios, Brüssel.
- FES (Friedrich-Ebert-Stiftung) (Hg.) (2006); Gesellschaft im Reformprozess. Die Friedrich-Ebert-Stiftung untersucht Reformbereitschaft der Deutschen, Berlin.
- Hammer, Veronika/Lutz, Ronald/Mardorf, Silke/Rund, Mario (2010); Gemeinsam leben – gemeinsam gestalten. Zugänge und Perspektiven integrierter Sozialraumplanung, Frankfurt a. M./New York.

- Kessl, Fabian/Reutlinger, Christian (2007); Sozialraum. Eine Einführung, Wiesbaden.
- Lefebvre, Henri (1990 [1968]); *Le Droit à la ville*, Paris.
- LIGA (LIGA der Freien Wohlfahrtspflege in Thüringen e. V.) (Hg.) (2012); LIGA-Machbarkeitsstudie zur Implementierung eines strategischen Zentrums für Sozialplanung, Erfurt.
- München (Landeshauptstadt München Sozialreferat) (Hg.) (2012); *Kommunale Sozialplanung München*, München.
- Rund, Mario (2009); Beteiligung und Mitbestimmung im Quartier. Lokale Partizipationsförderung als Voraussetzung sozialer Stadt(teil)entwicklung, in: ISP (Institut für Stadtforschung, Planung und Kommunikation) (Hg.): *Nachfrageorientierte Bestandsentwicklung in der Wohnungswirtschaft am Beispiel des Erfurter Plattenbaugebiets „Am Wiesenhügel“*, S. 38–54.
- Rund, Mario (2010); Planung des Sozialen – Planung des Raumes: Konturen eines erweiterten Planungsverständnisses, in: Hammer, Veronika/Lutz, Ronald/Mardorf, Silke/Rund, Mario (Hg.): *Gemeinsam leben – gemeinsam gestalten. Zugänge und Perspektiven Integrierter Sozialraumplanung*, Frankfurt a. M./New York, S. 17–71.
- Rund, Mario (2015 a); Multiple Ausschließungen von Kindern und Jugendlichen im Kontext der kommunalen Daseinsvorsorge. Reflexionen am Beispiel der Integrierten Sozialraumplanung, in: Lutz, Ronald/Hammer, Veronika (Hg.): *Neue Wege aus der Kinder- und Jugendarmut*, S. 197–199.
- Rund, Mario (2015 b); Planung und Partizipation für ein „Sorgendes Gemeinwesen“, in: *Seniorenreport*, H. 3, S. 24–29.
- Rund, Mario/Lutz, Ronald (2010); Integrierte Sozialraumplanung. Ein Beispiel aus der Praxis, in: Hammer, Veronika/Lutz, Ronald/Mardorf, Silke/Rund, Mario (Hg.): *Gemeinsam leben – gemeinsam gestalten. Zugänge und Perspektiven Integrierter Sozialraumplanung*, Frankfurt a.M./New York, S. 267–283.
- Seils, Eric (2012); Altersarmut bereits heute Realität, in: *Böckler Impuls*, H. 14, S. 6.
- VdK (VdK Deutschland e. V.) (2015); Immer mehr Rentner haben Minijobs. Im Alter arbeiten zu gehen, ist kein Rezept gegen die Altersarmut, in: *VdK-ZEITUNG*, H. 12.
- VS (Volkssolidarität Bundesverband e. V.) (Hg.) (2015); Altersarmut verhindern. Grundsicherung im Alter fortentwickeln. Vorschläge der Volkssolidarität zur Reform der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung, Berlin.



Selbsthilfe in Seniorengenossenschaften

Andrea Kuhlmann

1. Hintergrund und Ausgangssituation

Die Entwicklung von Seniorengenossenschaften erfolgt vor dem Hintergrund vielfältiger gesamtgesellschaftlicher Veränderungen, die den zukünftigen Bedarf an innovativen Diensten und Einrichtungen zur Unterstützung eines selbstbestimmten Lebens im Alter beeinflussen. Dies sind u. a. demografische Veränderungen, die Entwicklung der Pflegebedürftigkeit, Veränderungen der Lebens-, Wohn- und Familienformen sowie die Entwicklung der Altersarmut, die im Folgenden auch mit Bezug auf die Ausgangssituation in Thüringen skizziert werden.

Für das Flächenland Thüringen sind zukünftig demografische Veränderungen zu erwarten. Kennzeichnend ist zum einen der Bevölkerungsrückgang von derzeit 2,1 auf prognostizierte 1,7 Millionen Menschen im Jahr 2050. Zum anderen wird der Anteil der 65-jährigen und älteren Menschen zunehmen, wobei die prozentual größten Zuwächse in der Gruppe der Hochaltrigen (80 Jahre und älter) zu verzeichnen sein werden (Statistisches Bundesamt 2015 a, vgl. Tab. 1).

Auch wenn Alter nicht mit Krankheit und Pflegebedürftigkeit gleichzusetzen ist, so ist davon auszugehen, dass mit der Zunahme der (hoch-)betagten Bevölkerung beziehungsweise ihrem höheren Anteil an der Gesamtbevölkerung zukünftig eine Erhöhung des Erkrankungs- und Pflegebedürftigkeitsrisikos zu erwarten ist (Naegele 2010 a). Damit ist auch ein entsprechender

Tabelle 1

Bevölkerungsanteile in % 2015 und 2050 in Thüringen

	2015	2050
Insgesamt (Millionen)	2,1	1,7
jünger als 20 Jahre	15,8 %	16,2 %
20 bis 64 Jahre	59,8 %	49,7 %
65 bis 79 Jahre	18,0 %	19,2 %
80 Jahre und älter	6,5 %	14,9 %

Quelle: Statistisches Bundesamt (2015 a)

Bedarf an Unterstützungsangeboten sowie eine Anpassung lokaler Versorgungsstrukturen an die Bedürfnisse einer insgesamt alternden Gesellschaft verbunden (Naegele 2013).

Umfang und Ausgestaltung von altersunterstützenden Diensten sind dementsprechend von der lokalen Entwicklung der Pflegebedürftigkeit abhängig. Demografische Alterung und Entwicklung der Pflegebedürftigkeit verlaufen regional unterschiedlich. Insgesamt nimmt die Anzahl Pflegebedürftiger regional und kommunal mit sehr unterschiedlichem Verlauf zu (SVR 2014). So sind im Zeitraum von 1999 bis 2011 hohe Steigerungsraten von mehr als 30 % für Berlin, Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen-Anhalt und Thüringen zu verzeichnen. Die lokale und regionale

Entwicklung der Pflegebedürftigkeit wird zum einen durch die Altersstruktur der Bevölkerung beeinflusst: Je höher der Anteil der höheren Altersgruppen, umso höher fällt i.d.R. der Anteil Pflegebedürftiger aus (SVR 2014). Für Thüringen ist ebenfalls im Zeitraum von 1999 bis 2011 festzustellen, dass der Anteil der 75-jährigen und älteren Menschen von 6,6 % auf 10,4 % angestiegen ist und damit nunmehr den Anteil der 75-jährigen und älteren Menschen in Deutschland von 9,6 % im Jahr 2011 übersteigt (ebd., vgl. Tab. 2)

Zum anderen sind weitere mögliche (regionale) Einflussfaktoren zu nennen, die sich auf die Entwicklung der Pflegebedürftigkeit auswirken können, u. a. der allgemeine Gesundheitszustand Älterer, das Antragsverhalten (bzgl. Leistungen der Pflegeversicherung), die Stabilität informeller Hilfenetze sowie ein ungleichmäßig verteiltes Versorgungsangebot. Wie sich die einzelnen Faktoren auf die Entwicklung der Pflegebedürftigkeit tatsächlich auswirken, ist jedoch noch nicht ausreichend geklärt. Um den unterschiedlichen Anforderungen zu begegnen sind jedoch dementsprechend regional differenzierte Versorgungskonzepte erforderlich (SVR 2014).

Ein Bedarf an alternativen und komplementären Unterstützungsangeboten wie Formen der gegenseitigen Selbsthilfe zeichnet sich zudem vor dem Hintergrund veränderter Lebens-, Wohn- und Familienformen ab. Eine (auch freiwillige) Kinderlosigkeit, Trennungen und Scheidungen, (freiwilliges) Alleinleben und das getrennte Wohnen der Generationen – und damit verbundene Fernwirkungen auf das Alter – begünstigen ein ausgedünntes bzw. fehlendes informelles Unterstützungsnetzwerk und somit einen höheren Bedarf an außerfamiliären (in-)formellen Dienstleistungen und (technischen) Assistenzsystemen zur Unterstützung eines selbstständigen und selbstbestimmten Wohnens im Alter (Bäcker et al. 2010; Heinze, Naegele & Schneiders 2011; Naegele 2010 b).

In den letzten Jahren rückt zudem das Thema Armut immer stärker in den Mittelpunkt. Die Armut in Deutschland nimmt zu: Betrachtet man die Armutsgefährdungsquote ist allgemein festzustellen, dass diese in den letzten zehn Jahren im Bundesgebiet gestiegen ist. Nach einem Rückgang von 19,9 % im Jahr 2005 auf 16,7 % 2011, ist auch für Thüringen wieder eine Zunahme der Armutsgefährdungsquote auf 17,8 % im Jahr 2014 festzustellen. Damit

Tabelle 2
Entwicklung Pflegebedürftigkeit und Altenbevölkerung

	Pflegebedürftige insgesamt			Anteil der Altersgruppe 75+ an der Gesamtbevölkerung in %		
	1999	2011	%	1999	2011	Differenz
Thüringen	60.257	82.322	+ 36,6	6,6	10,4	3,8
Deutschland	2.016.091	2.501.441	+ 24,1	7,0	9,6	2,6

Quelle: SVR 2014, 140 (Auswahl Thüringen und Deutschland)

fallen die Werte für Thüringen durchgängig höher aus als die Armutsgefährdungsquote für das gesamte Bundesgebiet (Statistisches Bundesamt 2015 b, vgl. Abb. 1).

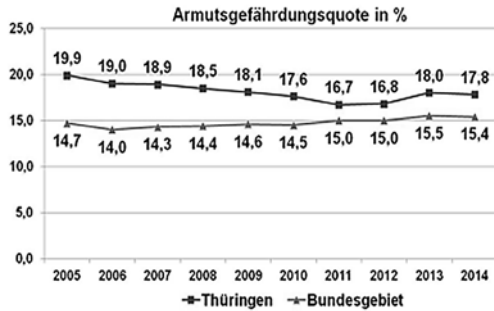


Abbildung 1 Armutsgefährdungsquote 2005 bis 2014

Quelle: Statistisches Bundesamt 2015 b, eigene Darstellung

Des Weiteren zeigen sich regionale Ungleichverteilungen der Armut, die nicht mehr nur dem Ost-West-Gefälle entsprechen, sondern auch westdeutsche Regionen erreichen (u. a. Bremen, Berlin, das Ruhrgebiet sowie die Großräume Köln und Düsseldorf). Für verschiedene Risikogruppen steigt zudem das Armutsrisiko kontinuierlich an. Betroffen sind v. a. Erwerbslose, Alleinerziehende, Kinder sowie Rentner/innen (Schneider et al. 2015). Differenziert nach Alter und Geschlecht zeigt sich auch in Thüringen ein Anstieg der Armutsgefährdungsquote für ältere Männer von 5,5 % im Jahr 2006 auf 12,1 % im Jahr 2014, bei Frauen ist im selben Zeitraum ein Anstieg von 9,7 % auf 14,6 % zu verzeichnen. Ältere Frauen sind somit stärker gefährdet als ältere Männer (Statistisches Bundesamt 2015 b, vgl. Abb. 2).

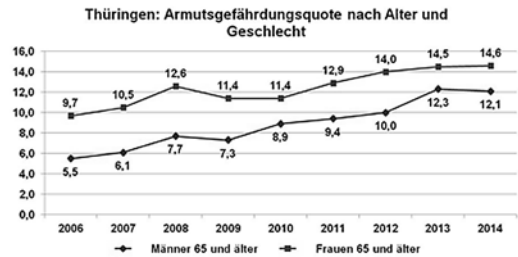


Abbildung 2 Armutsgefährdungsquote Thüringen ältere Frauen/Männer (65 Jahre und älter)

Quelle: Statistisches Bundesamt 2015 b, eigene Darstellung

Die Entwicklung der Altersarmut wird bislang je nach Perspektive der jeweiligen Interessensgruppe sehr unterschiedlich und z. T. kontrovers eingeschätzt. Festzuhalten ist jedoch, dass im Alter weniger Optionen bestehen, die Einkommenssituation noch zu verändern (z. B. durch Erwerbstätigkeit, Sparen, Bildung). Es ist vielmehr die Gefahr dauerhafter Abhängigkeit von Transferleistungen gegeben (Börsch-Supan et al. 2013). Zudem können verschiedene Anhaltspunkte identifiziert werden, die – insbesondere für verschiedene Risikogruppen wie u. a. Alleinerziehende, Geringverdiener, Menschen mit unterbrochenen Erwerbsbiografien sowie Solo-Selbstständige – für eine Zunahme der Altersarmut sprechen. Darüber hinaus können sich Erwerbsminderungsrenten sowie verschiedene Rentenreformen negativ auf das zu erwartende Alterseinkommen auswirken (ebd.). Somit ist zumindest für Teilgruppen Älterer von einer Zunahme der Altersarmut auszugehen. Für diese Zielgruppen ist – insbesondere bei Eintritt von Hilfe-/Pflegebedürftigkeit und damit einhergehenden zusätzlichen Unterstützungsbedürfnissen – ein entsprechend kostengünstiges Dienstleistungsangebot gefragt.

Welche Unterstützungsformen können nun dazu beitragen, damit auch bei Eintritt von Hilfe- und Pflegebedürftigkeit ein selbstbestimmtes Leben im Alter und ein möglichst langer Verbleib im vertrauten Wohnumfeld gefördert werden? Diese und ähnliche Fragen werden bundesweit gestellt und vielerorts wird an Lösungen gearbeitet. Eine Perspektive besteht darin, lokale Versorgungsstrukturen durch Formen der Selbsthilfe in Seniorengenossenschaften zu ergänzen. Dabei geht es darum, lokale Versorgungsstrukturen zu differenzieren, d. h. einen lokalen Hilfe-Mix zu gestalten, in den sich Seniorengenossenschaften zwischen andere professionelle und ehrenamtliche Dienste und Einrichtungen sowie der informellen Unterstützung durch Familie, Freunde und Nachbarn einfügen (vgl. Abb. 3).

Überwiegend zielen die meisten Seniorengenossenschaften darauf, vor Ort bestehende Versorgungslücken zu schließen (Köstler & Schulz-Nieswandt 2010). Dennoch ist zu beobachten, dass das Leistungsangebot von Seniorengenossenschaften Gefahr lau-

fen kann, von anderen (etablierten) lokalen Anbietern als Konkurrenz wahrgenommen zu werden. Dies gilt gleichermaßen für die klassische formelle (z. B. Fahrdienst des Deutschen Roten Kreuzes) und informelle Freiwilligenarbeit (z. B. Unterstützung älterer Menschen durch Nachbarn) sowie für professionelle Anbieter (u. a. in der Betreuung und Pflege) (Oesch & Künzi 2008). Für das Zusammenspiel der lokalen Akteure untereinander ist ein sensibler Umgang mit Konkurrenzwahrnehmungen wichtig. Neben einer Bedarfs- und Anbieteranalyse im Vorfeld der Gründung einer Initiative ist es hilfreich, Einzelgespräche mit lokalen Diensten und Einrichtungen zu führen und auf mögliche Befürchtungen sowie potenzielle Synergien einzugehen (Kuhlmann et al. 2015 a).

Alternative Unterstützungsangebote wie die gegenseitige Selbsthilfe in Seniorengenossenschaften setzen auf das ehrenamtliche Engagement auch der älteren Bevölkerung. Deshalb ist es wichtig, das Ausmaß des tatsächlichen und potenziellen freiwilligen Engagements zu betrachten. Im Jahr 2009 waren in den neuen Ländern 30 %,

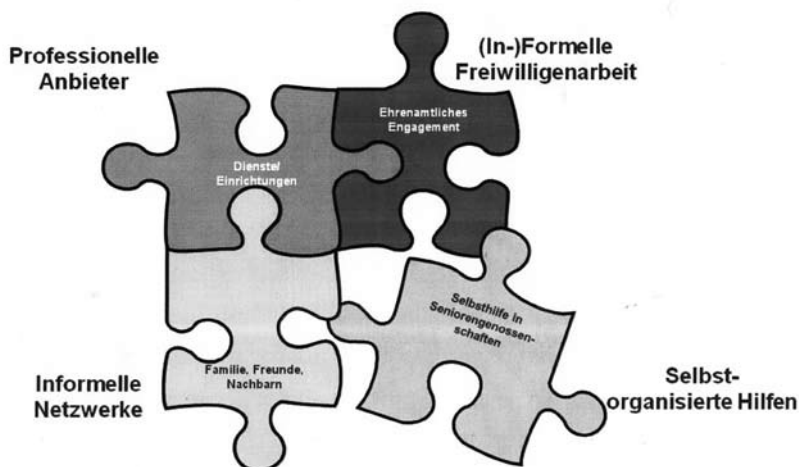


Abbildung 3 Differenzierung lokaler Hilfe-Mix

Quelle: in Anlehnung an Rosenkranz & Beyer 2015, eigene Darstellung

in den alten Ländern 37 % der Bevölkerung freiwillig engagiert (Olk & Gensicke 2011, S. 34 ff.). Kennzeichnend für die neuen und alten Bundesländer ist, dass viele Freiwillige mehrere Tätigkeiten ausüben (ebd.). Differenziert betrachtet nach Bundesländern und Raumordnungstypen zeigt sich für Thüringen, dass in den Ballungsräumen und dem verdichteten Umland 33 % der Bevölkerung freiwillig engagiert sind, in mäßig und wenig verdichteten ländlichen Räumen sind es mit 30 % nur unwesentlich weniger (ebd., 149).

In den neuen Ländern fällt in der Gruppe der 46-Jährigen und Älteren die Engagementquote geringer aus als in den alten Ländern. Allerdings ist hier auch eine deutliche Zunahme der „nur“ Aktiven (d. h. bisher unverbindliche öffentliche Beteiligung) zu verzeichnen, was als Hinweis auf eine mögliche Zunahme des Engagements Älterer gewertet werden kann (ebd.,

S. 38 ff.). Weiteren Aufschluss darüber gibt eine Einschätzung der Engagementbereitschaft bisher nicht engagierter Personen. Hier zeigt sich in allen Altersgruppen eine hohe unbestimmte Bereitschaft zum Engagement. Die Engagementbereitschaft 65-jähriger und älterer Menschen lag 2009 in den neuen Ländern bei 21 % (sicher/ eventuell bereit), in den alten Ländern bei 20 % (ebd., S. 44 ff.).

Auch aus Expertensicht wird das Engagement(-potenzial) Älterer in Thüringen insgesamt positiv eingeschätzt und eine Nähe zur „Selbsthilfe“ beschrieben (Dienel & von Blanckenburg o. J., vgl. Tab. 3):

Tabelle 3

Engagement(potenzial) Älterer in Thüringen aus Expertensicht

Ehrenamtliches Engagement	Engagementpotenzial
Überschneidung mit Impuls zur Selbsthilfe	Chance: Reaktivierung derjenigen, die in der Nachwendezeit vorheriges Engagement aufgegeben haben
Schwerpunkt: Organisation von Gesellschaft/sozialer Kontakte	Gezielte Gewinnung Älterer in der Übergangssituation Beruf – Ruhestand
Ältere als „Macher“ und Motoren „selbstorganisierter Altenarbeit“	Wichtig: Sensibilisierung der Kommunalpolitik für Notwendigkeit und Nutzen selbstverantwortlichen Engagements Älterer
Motivation Älterer: Selbsthilfe, „etwas Gutes/Sinnvolles tun“, „Gesellschaft etwas zurückgeben“, hohe Gemeinwohlorientierung	

Quelle: Dienel & von Blanckenburg o. J., eigene Darstellung

2. Seniorengenossenschaften – Definition, Grundsätze, Zielsetzung

Seniorengenossenschaften sind in den letzten Jahren vielerorts im gesamten Bundesgebiet entstanden. Was sich hinter dem Begriff Seniorengenossenschaften und den verschiedenen Initiativen im Einzelnen verbirgt, ist jedoch noch nicht allgemein verbreitet (Fraaß 2015). Um sich dem Begriff anzunähern, können folgende Definitionen von (Senioren-)Genossenschaften zugrunde gelegt werden:

- „Eine Genossenschaft ist ein mitgliederschafflicher Zusammenschluss von Personen, dessen Zweck es ist, die wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Belange der Mitglieder („Genossen“) durch gemeinschaftlichen Geschäftsbetrieb zu fördern.“ (Rosenkranz & Görtler 2013, S. 15).
- „Seniorengenossenschaften erfassen jede verbindliche Form privat organisierter, gegenseitiger Unterstützung von und für Senioren. Dafür ist, unabhängig von der im Einzelfall konkret gewählten Rechtsform, der genossenschaftliche Typus im Sinne der Schaffung einer (...) Selbsthilfeeinrichtung (oder Nachbarschaftshilfe) kennzeichnend.“ (Rosenkranz & Beyer 2015, S. 15, Hervorh. i. O.)
- Für Seniorengenossenschaften sind verschiedene genossenschaftliche Grundprinzipien handlungsleitend. Diese sind (Rosenkranz & Görtler 2013; Fraaß 2015; Görtler 2015):
 - o die Förderung der Mitglieder,
 - o die gegenseitige Selbsthilfe bei (überwiegend im Alter bestehendem) Hilfebedarf,
 - o die Selbstverwaltung,

- o die Selbstverantwortung sowie
- o die langfristige Reziprozität (Zeittausch in der Zukunft).

Seniorengenossenschaften verfolgen zudem unterschiedliche Zielsetzungen (Köstler & Schulz-Nieswandt 2010; Rosenkranz & Görtler 2013). Zwei zentrale Anliegen sind i.d.R. der Erhalt der Selbständigkeit und der Verbleib im Wohnumfeld im Alter. Darüber hinaus zielen Aktivitäten von Seniorengenossenschaften darauf, Mitglieder bei der Bewältigung von Alltagsproblemen zu unterstützen, soziale Kontakte und Gemeinschaft zu ermöglichen und die Lebensqualität zu verbessern. Auch mit dem Ziel, sich selbsttätig gegen „die Risiken des Alters, wie z. B. Isolation, Unterstützungsbedürftigkeit und Pflegebedürftigkeit“ (Köstler 2006, S. 22) zu sichern, finden sich Menschen in Seniorengenossenschaften zusammen, um sich gegenseitig zu unterstützen und füreinander da zu sein. Seniorengenossenschaften ermöglichen es, „Hilfen in den Bereichen zu bieten, in denen selbst etwas beigetragen werden kann, und in den Bereichen zu erhalten, in denen etwas benötigt wird“ (Rosenkranz & Görtler 2013, S. 17). Was Seniorengenossenschaften dabei von anderen ehrenamtlichen Initiativen unterscheidet, ist die Option der „(Alters-)Vorsorge“ durch langfristigen, in die Zukunft verlagerten Zeittausch. Dies bedeutet, dass Mitglieder durch ihre Selbsthilfe-Tätigkeiten Zeitkonten aufbauen können, auf die sie bei eigenem Hilfebedarf zurückgreifen können (Rosenkranz & Görtler 2013; Görtler 2015). Seniorengenossenschaften zielen zudem darauf, „Dienstleistungslücken“ zu schließen, also Angebote zu schaffen, die bislang von keinem anderen lokalen Anbieter vorgehalten werden (Köstler & Schulz-Nieswandt 2010; Esswein et al. 2013).

2.1 Organisatorische (Erfolgs-)Faktoren und Leistungen

Für Seniorengenossenschaften können verschiedene Organisationsmerkmale und Erfolgsfaktoren beschrieben werden. Diese umfassen (Görtler 2015, 32; Kuhlmann et al. 2015 a, b):

- Rechtlicher Rahmen: von allen Mitgliedern getragene Rechtsform;
- Leistungen: Angebot und Nachfrage abgestimmt auf Bedürfnisse der Mitglieder; lokale Anbieter-/ Angebotsanalyse; Abstimmung des Leistungsangebots mit anderen lokalen Anbietern („Dienstleistungslücke“), offener Umgang mit Konkurrenzbedürfnissen;
- Abrechnungssystem: Ansparen von Zeit, Geld oder Punkten; Direktauszahlung;
- Vermittlung: professionelle Organisation und Verwaltung (z. B. Geschäftsstelle), schnelle Reaktion auf Anfragen, Mitgliederbetreuung;
- Qualitätssicherung: u. a. Erstgespräche, Schulung der Mitglieder, ggf. formale Qualifikationsanforderungen, Begleitung der Leistungsbeziehungen;
- Lokale Vernetzung: Zusammenarbeit mit lokalen Kooperationspartnern (z. B. Kommune, lokale Dienstleister).
- Neben der Mitgliederbetreuung – wozu u. a. Verwaltungsaufgaben, regelmäßiger telefonischer Kontakt, Fortbildungen, (Aktiven-)Stammtisch, Öffentlichkeitsarbeit zählen – können Seniorengenossenschaften folgende Leistungen anbieten (Rosenkranz & Görtler 2013; Kuhlmann et al. 2015 a):
- „kleine“/„niedrigschwellige“ Dienstleistungen/erweiterte Nachbarschaftshilfe: Fahrdienste, Einkaufsdienste, Begleitedienste, Besuchsdienste, „kleine“ Hand-

werkliche Hilfen/Reparaturen, Hilfe in Haus und Garten.

- Freizeitgestaltung: geselliges Beisammensein, sportliche Aktivitäten, kulturelle Angebote, Gesprächsabende, Ausflüge, Weiterbildung.
- Generationsübergreifende Angebote: Unterstützung von Familien, Kinderbetreuung, Nachhilfe, Hausaufgabenhilfe, „Paten“-Großeltern.
- Seniorenhilfe vor Ort, Betreuungsangebote: Tägliche „Telefonkette“ unter alleinlebenden Älteren, kurzfristige Betreuung bei Krankheit, vor/nach Krankenhausaufenthalt, Entlastung für pflegende Angehörige (z. B. Betreuungsangebote für Demenzkranke).
- Beratung (durch qualifizierte Personen, in Kooperation mit Beratungsstellen): u. a. Steuerfragen, Sozialrecht, Pflegeangelegenheiten.
- Bei Bedarf Vermittlung (an lokale Dienstleister): u. a., wenn Art/Umfang der Selbsthilfe nicht ausreichend ist.

2.2 Seniorengenossenschaften in Deutschland – allgemeine Entwicklungen, Beispiele und Erfahrungen aus der Praxis

Die Entwicklung von Seniorengenossenschaften wurde in Deutschland durch eine modellhafte Erprobung angestoßen, die Anfang der 1990er Jahre in Baden-Württemberg mit zehn geförderten Initiativen umgesetzt wurde (Köstler 2006, S. 91 ff.). Folgende Befunde zur Entwicklung der Seniorengenossenschaften in Deutschland liegen aus einer aktuellen Untersuchung vor (Fraaß 2015; <http://seniorengenossenschaft.info/index.php?id=447> Stand: 04.11.2015):

In den letzten zehn Jahren sind viele Neugründungen von seniorengenossenschaftlichen Initiativen zu verzeichnen; dies kann auf die Novellierung des Genossenschaftsgesetzes sowie auf die Fördermöglichkeiten in einzelnen Bundesländern zurückgeführt werden. Eine aktuelle Bestandsaufnahme weist heute 198 Seniorengenossenschaften aus, davon finden sich 65 % in Bayern, Baden-Württemberg und Hessen. Kennzeichnend ist, dass die Gründungsinitiativen i.d.R. von aktiven Bürger/innen ausgingen. Die Rechtsform seniorengenossenschaftlicher Initiativen ist überwiegend ein eingetragener Verein (77 %), nur 6 % der aktuell identifizierten Initiativen sind tatsächlich eingetragene Genossenschaften. Die regionalen Strukturen von Seniorengenossenschaften stellen sich gegenwärtig wie folgt dar (<http://seniorengenossenschaft.info/index.php?id=447> Stand: 04.11.2015):

- Seniorengenossenschaften werden häufig in Kommunen bis zu 50.000 Einwohner/innen gegründet.
- Seniorengenossenschaften sind in größeren Städten (100.000 bis 500.000 Einwohner/innen) häufig stadtteilbezogen organisiert. In Kommunen mit einem hohen Anteil älterer Menschen (65 Jahre und älter) werden allgemein häufiger Seniorengenossenschaften gegründet, sofern sich nicht bereits andere Strukturen herausgebildet haben. Mittlerweile sind in allen Bundesländern Seniorengenossenschaften zu finden (Fraaß 2015). Auch in Thüringen gibt es Initiativen, ein Beispiel dafür ist in Suhl mit dem Zusammenschluss „Alt – aber trotzdem... Senioren helfen Senioren in Suhl“ (Wochenspiegel 2014, o. S.) entstanden. In der Stadt Suhl leben rund 40.000 Einwohner/innen; der hohe Anteil älterer Menschen an der Ge-

samtbevölkerung (2015 ca. 40 %) war ausschlaggebend dafür, einen Rahmen für selbstorganisierte Selbsthilfe zu schaffen. Die Initiative in Suhl wurde 2014 gegründet, Rechtsform ist ein eingetragener Verein. Die Ziele der Suhler Initiative umfassen die Verminderung von Einsamkeit im Alter z. B. durch Kontakte zwischen älteren Menschen und Helfer/innen sowie Kontaktmöglichkeiten für alle Mitglieder innerhalb der Initiative. Des Weiteren soll ein längerer Verbleib Älterer in der eigenen Häuslichkeit durch kleine Hilfen unterstützt und Altersarmut vorgebeugt bzw. gemildert werden. Beispiele für Unterstützungsleistungen von Senior/innen für Senior/innen bestehen im handwerklichen Bereich (u. a. das Wechseln einer Glühbirne) oder im Bereich alltäglicher Unterstützung (z. B. Begleitung zum Arzt). Auch in Suhl wird mit Zeit-Geld-Konten gearbeitet. Jede in Anspruch genommene Unterstützungsleistung kostet acht Euro pro Stunde. Den Helfenden werden sechs Euro auf einem Zeitgeldkonto gut geschrieben oder direkt ausgezahlt, zwei Euro Differenz gehen an die Genossenschaft (Thüringische Landeszeitung 2015, o. S.; Wochenspiegel 2014, o. S.).

Auch in dem NRW Modellvorhaben Bocholter Bürgergenossenschaft (bbg) bestand u. a. eine Zielsetzung darin, ein „bezahlbares“ Angebot für ältere Menschen mit geringen Alterseinkommen zu entwickeln (Kuhlmann et al. 2015 b). Die Erfahrungen aus dem Projekt zeigen Chancen wie Herausforderungen auf. Ganz allgemein waren die Mitarbeitenden im Projekt bbg damit konfrontiert, vulnerable (ältere) Zielgruppen zu erreichen. Dabei zeigte sich, dass verschiedene Barrieren der Inanspruchnahme gegenseitiger Selbsthilfe

im Weg stehen wie z. B. Scham, fehlende finanzielle Mittel, aber auch ein fehlendes Zugeständnis eigener Bedarfe.

Darüber hinaus wurde mit Blick auf einkommensschwache Zielgruppen die Angemessenheit des Entgelts für Dienstleistungen von derzeit acht Euro kontrovers diskutiert. Einerseits ist dieser Betrag plausibel zu begründen, da er auf einer fundierten Wirtschaftlichkeitsberechnung basiert, die für die Gründung der Genossenschaft erforderlich war (ebd.). Andererseits wurde nicht nur vor dem Hintergrund einer allgemein geringen Zahlungsbereitschaft Älterer für soziale/haushaltsnahe Dienstleistungen (Pfannes & Schack 2014) erwartet, dass dadurch bei Menschen mit geringen (Alters-)Einkommen die Nachfrage erschwert oder verhindert werden kann. Auch die „Vergütung“ freiwilligen Engagements und die Option „Direktauszahlung“ wurden unterschiedlich bewertet (Kuhlmann et al. 2015 b). Einzelne Mitglieder lehnten diese Möglichkeit ab, weil diese mit ihren Vorstellungen zum „klassischen“ ehrenamtlichen Engagement, das unentgeltlich erbracht wird, nicht vereinbar war. Andere hingegen sahen darin eine Chance, weitere Leistungserbringer – u. a. jüngere Menschen, Menschen mit geringem (Alters-)Einkommen – zu gewinnen („Taschengeldfunktion“) (ebd.).

Die Option der „Zeitgutschrift“ bietet langfristig eine gute Perspektive, um (im Lebensverlauf) Vorsorge für eigene Bedarfssituationen (im Alter) zu treffen. Einschränkungen können diesbezüglich jedoch zum einen für jüngere Menschen bestehen, für die Zeitgutschriften häufig (noch) keinen Anreiz darstellen, um sich in der Initiative zu engagieren. Zum anderen kann es insbesondere für (hoch-)betagte

Menschen mit bereits bestehendem hohen Unterstützungsbedarf problematisch sein, selbständig ein Zeitguthaben aufzubauen (Kuhlmann et al. 2015 b).

3. Fazit

Der Wunsch Älterer, auch bei Hilfe-/Pflegebedürftigkeit selbstbestimmt in der eigenen Wohnung zu leben, erfordert regional differenzierte Unterstützungsmöglichkeiten. Bei der Differenzierung des lokalen Hilfenetzes können außerfamiliäre selbstorganisierte Unterstützungsmöglichkeiten ein wichtiges neues Element sein. Festzustellen ist, dass vielerorts Seniorengenossenschaften gegründet werden, die dem Prinzip der gegenseitigen Selbsthilfe folgen. Überwiegend werden diese von aktiven Bürger/innen initiiert und ohne bzw. mit zeitlich begrenzter (Landes-)Förderung realisiert. Für eine weitere Verbreitung und die Nachhaltigkeit dieser Initiativen wären eine bundesweite Förderung sowie einheitliche Beratungsstrukturen z. B. zu steuer-/gewerberechtlichen Fragestellungen wünschenswert (Kuhlmann et al. 2015 b).

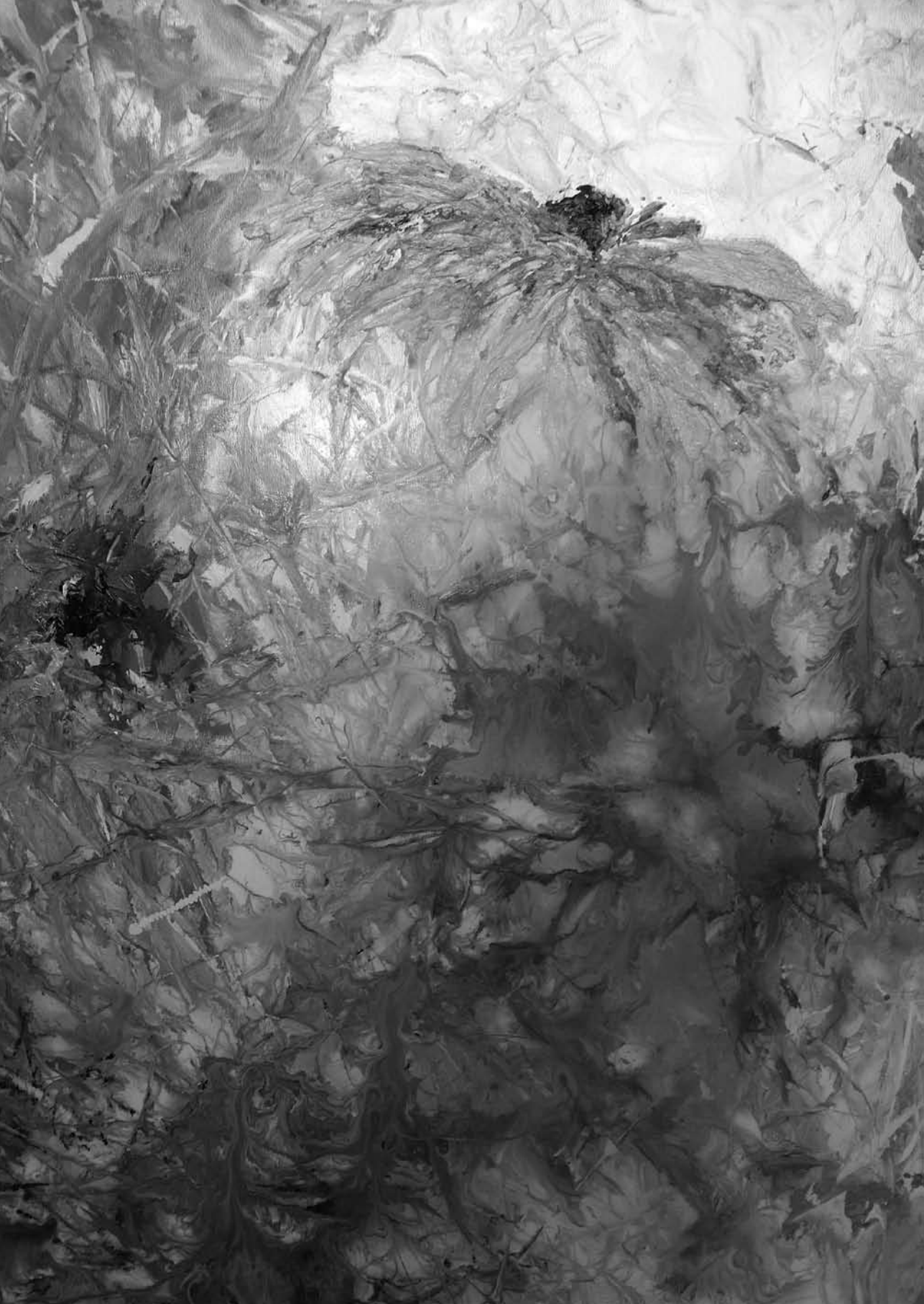
Als Strategie zur Verminderung von Altersarmut bieten Seniorengenossenschaften Perspektiven und Herausforderungen: Einerseits ermöglichen es Seniorengenossenschaften durch den Aufbau von Zeitguthaben (im Lebensverlauf) für das Alter vorzusorgen. Bei Eintritt von Hilfe-/Pflegebedarf kann das Zeitguthaben für (Dienst-)Leistungen eingelöst werden. Andererseits ist die (bisher übliche) Höhe der Leistungsentgelte zu problematisieren. Zumindest für Teilgruppen Älterer ist die Bezahlbarkeit von Dienstleistungen wichtig. Dies gilt für Ältere mit geringen (Alters-)Einkommen

und hier insbesondere für diejenigen, die keine Gelegenheit zum selbstständigen Aufbau eines Zeitguthabens haben. Für diese Zielgruppen sind weitere Lösungen zur Reduzierung von Kosten erforderlich. Denkbar sind hier z. B. (Zeit-)Spenden oder ein vergünstigter bzw. kostenloser Erhalt von Unterstützungsleistungen innerhalb der genossenschaftlichen Initiative.

4. Literatur

- Bäcker, G.; Naegele, G.; Bispinck, R.; Hofemann, K. & Neubauer, J. (Hrsg.). (2010); Sozialpolitik und soziale Lage in Deutschland (5. Aufl.). Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Börsch-Supan, A. et al. (2013); Anmerkungen zur Diskussion über Altersarmut. APuZ 4-5, 23-29.
- Dienel, C. & von Blanckenburg C. (o. J.); Ehrenamtliches Engagement in Thüringen. Studie zum Engagementpotenzial und zu strategischen Handlungsfeldern. Online verfügbar unter http://www.nexusinstitut.de/images/stories/content-pdf/12-03-27_Bericht_Ehrenamt_Thuringen.pdf (Stand: 26.10.2015).
- Esswein, W.; Gand, K.; Schlieter, H.; Torge, S.; Ehning, D.; Leifels, A. & Raffelhüschen B. (2013); Sachsen füreinander. Gutachten zur Etablierung von Seniorengenossenschaften in Sachsen. Vorgelegt dem Sächsischen Staatsministerium für Soziales und Verbraucherschutz. Online verfügbar unter: http://www.sms.sachsen.de/download/Verwaltung/A4_Sachsen_fuereinander_Gutachten.pdf (Stand: 09.11.2015).
- Fraaß, S. (2015); Seniorengenossenschaften als Gegenstand aktueller Forschung; in: Beyer, T.; Görtler, E. & Rosenkranz, D. (Hrsg.); Seniorengenossenschaften. Organisierte Solidarität. (S. 20-28). Weinheim/Basel: Beltz/Juventa.
- Görtler, E. (2015); Seniorengenossenschaften – Vielfalt und Strukturen. In: Beyer, T., Görtler, E. & Rosenkranz, D. (Hrsg.). Seniorengenossenschaften. Organisierte Solidarität. (S. 29-40). Weinheim/Basel: Beltz/Juventa.
- Heinze, R.G.; Naegele, G. & Schneiders, K. (2011); Wirtschaftliche Potentiale des Alters. Stuttgart, Kohlhammer.
- Köstler, U. (2006); Seniorengenossenschaften - Stabilitätseigenschaften und Entwicklungsperspektiven. Eine empirische Studie zu Sozialgebilden des Dritten Sektors auf Grundlage der Gegenseitigkeitsökonomik (Neue Kölner Genossenschaftswissenschaft, 2). Münster: LIT.
- Köstler, U. & Schulz-Nieswandt, F. (2010); Genossenschaftliche Selbsthilfe von Senioren. Motive und Handlungsmuster bürgerschaftlichen Engagements. Stuttgart: Kohlhammer.
- Kuhlmann, A.; Lüders, S.; Heinze, F.; Lang, A. & Unland, A. (2015 a); Soziale Bürgergenossenschaften: Handlungsempfehlungen auf Basis der Bocholter Erfahrungen. Forschungsgesellschaft für Gerontologie e. V. / Institut für Gerontologie an der TU Dortmund & Verein Leben im Alter (L-i-A e. V.). Dortmund/Bocholt. Online verfügbar unter http://www.fgg-tu-dortmund.de/cms/de/Projekte/Lebenslagen_Lebensformen_und_soziale_Integration/Bocholter_Buergergenossenschaft/Buergergenossenschaft_web.pdf (Stand: 02.11.2015)
- Kuhlmann, A.; Lüders, S.; Schmidt, W.; Unland, A. & Lang, A. (2015b); Projekt Bocholter Bürgergenossenschaft – Dienstleistungen für das Alter gemeinsam und nachhaltig gestalten. Abschlussbericht. Forschungsgesellschaft für Gerontologie e. V./Institut für Gerontologie an der TU Dortmund & Verein Leben im Alter (L-i-A e. V.). Dortmund/Bocholt.
- Naegele, G. (2010 a); Demographischer Wandel und demographisches Altern in Deutschland: Probleme, Chancen und Perspektiven. In R. G. Heinze & G. Naegele (Hrsg.). EinBlick in die Zukunft. Gesellschaftlicher Wandel und Zukunft des Alterns im Ruhrgebiet (S. 33-60). Berlin, Münster: Lit.
- Naegele, G. (2010 b); Kommunen im demografischen Wandel. Thesen zu neuen An- und Herausforderungen für die lokale Alten- und Seniorenpolitik. Zeitschrift für Gerontologie und Geriatrie, 43, 2, 98–102.
- Naegele, G. (2013); Gesundheitliche Versorgung in einer alternden Gesellschaft. In M. Hüther & G. Naegele (Hrsg.). Demografiepolitik. Herausforderungen und Handlungsfelder (S. 245-258). Wiesbaden: Springer.
- Oesch, T. & Künzi, K. (2008); Zeitgutschriften für die Begleitung, Betreuung und/oder Pflege älterer Menschen. Literaturübersicht und Einschätzungen von Experten aus der Praxis. Online ver-

- füßbar unter: http://www.bsv.admin.ch/themen/gesellschaft/00074/02391/index.html?lang=de&download=NHZlpZeg7t,lnp6lONTU042l2Z6ln1acy4Zn4Z2qZpnO2Yuq2Z6gpJCDe352gmym162epYbg2c_JjKbNoKSn6A-- (Stand: 15.07.2015).
- Olk, T. & Gensicke, T. (2011); Stand und Entwicklung des bürgerschaftlichen Engagements in Ostdeutschland. Quantitative und qualitative Befunde. Online verfügbar unter http://www.bmi.bund.de/SharedDocs/Downloads/DE/Broschueren/2013/buergerschaftliches-engagement-ostdeutschland.pdf;jsessionid=F8D0E4D0F3CC68316E345272A4D48C0F2_cid287?__blob=publicationFile (Stand: 26.10.2015).
- Pfannes, U. & Schack, P.S. (2014); Metastudie Haushaltsbezogene Dienstleistungen im Rahmen des Projektes des vzbv : „Gutes Leben im Alter – Verbraucherpolitische Aspekte des demografischen Wandels am Beispiel Wohnen, Haushaltsnahe Dienstleistungen und Pflege“ Online verfügbar unter http://www.dghev.de/files/Meta-Studie-HDL-vzbv_2014.pdf (Stand: 26.10.2015)
- Rosenkranz, D. & Görtler, E. (2013); Wegweiser zur Gründung und Gestaltung von „Senioren-genossenschaften“. Neue Formen verbindlicher Unterstützung im Alter. Online verfügbar unter: http://www.stmas.bayern.de/imperia/md/content/stmas/stmas_internet/senioren/wegweiser_seniorengenossenschaften.pdf (Stand: 26.10.2015).
- Rosenkranz, D. & Beyer, T. (2015); Wie wollen wir leben im Alter? Notwendigkeit und Chancen selbstorganisierter Solidarität in einer sich wandelnden Gesellschaft. In: Beyer, T., Görtler, E. & Rosenkranz, D. (Hrsg.). Senioren-genossenschaften. Organisierte Solidarität. (S. 12-19). Weinheim/Basel: Beltz/Juventa.
- Schneider, U. et al. (2015); Die Kluft zwischen Arm und Reich in Deutschland wird größer – Deutschland zerklüftet armutspolitisch zunehmend. Nachrichtendienst des Deutschen Vereins für öffentliche und private Fürsorge, 95, 6, 329-331.
- SVR – Sachverständigenrat zur Begutachtung der Entwicklung im Gesundheitswesen (2014); Bedarfsgerechte Versorgung – Perspektiven für ländliche Regionen und ausgewählte Leistungsbereiche. Gutachten 2014. Kurzfassung.
- Statistisches Bundesamt (2015 a) 13. koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung nach Bundesländern (<https://www.destatis.de/laenderpyramiden/> Stand: 9.11.2015), Angaben basierend auf Variante 2 Kontinuierliche Entwicklung bei stärkerer Zuwanderung (G1-L1-W2)).
- Statistisches Bundesamt (2015 b). Armut und soziale Ausgrenzung. Indikatoren zur Messung von Armut und sozialer Ausgrenzung. Armutsgefährdungsquoten nach Bundesländern. Online verfügbar unter <http://www.amtliche-sozialberichterstattung.de/Alarmutsgefaehrungsquoten.html> (Stand: 03.11.2015)
- Thüringische Landeszeitung (2015): Gutes für andere und die eigene Altersvorsorge tun. Online verfügbar unter <http://www.tlz.de/web/zgt/politik/detail/-/specific/Gutes-fuer-andere-und-die-eigene-Altersvorsorge-tun-681379767> (Stand: 09.11.2015).
- Wochenspiegel Thüringen (2014): Senioren helfen Senioren. Online verfügbar unter http://www.wochenspiegel-thueringen.de/bpws/nachrichten/suhl_zella_mehlis/art278490,3068484 (Stand: 09.11.2015).



Innovationen in Landgemeinden. Die Rolle von Potenzialentwicklern im Innovationsprozess

Tobias Federwisch

1. Einführung

Zweifelsohne haben die strukturellen, wirtschaftlichen und sozial-kulturellen Entwicklungen in vielen Dörfern und Kleinstädten die problemorientierte Betrachtung der ländlichen Regionen verstärkt (vgl. Neu 2010, S. 244 ff.). Dabei stehen unter anderem die anspruchsvolle Sicherung der technischen Infrastruktur und Nahversorgung, die mancherorts unzureichende Dynamik der ländlichen Wirtschaft, der Umgang mit der schrumpfenden und alternden Bevölkerung oder das zuweilen kollabierende Sozial- und Vereinsleben im Zentrum der Diskussionen. Folgt man den wissenschaftlichen und fachöffentlichen Debatten, so scheinen viele ländliche Regionen sogar einen umfassenden Bedeutungs-, Funktions-, Macht- und Imageverlust zu verzeichnen. So gesehen entkoppeln sich nicht wenige ländliche Regionen – ganz im Sinne der Peripherisierungshypothese (vgl. Keim 2006; Barlösius & Neu 2007; Beetz 2008; Lang 2010; Naumann & Fischer-Tahir 2013) – von den Entwicklungen der prosperierenden deutschen Städte und der strukturstarken Regionen.

In der jüngsten Zeit werden die problemorientierten Diskussionen um ein Thema bereichert, das im Zusammenhang mit der strukturellen Wirtschaftsschwäche und den demographischen Entwicklungen vieler ländlicher Regionen steht. Die Rede ist von der Altersarmut, die sich trotz schwieriger Messbarkeit und unzureichender Progno-

sen in den nächsten Jahren erhöhen könnte (vgl. Geyer 2015; Franke 2015). So ist es sehr wahrscheinlich, dass sich die Mehrfach- oder Langzeitarbeitslosigkeit vieler Menschen im Nachgang zur politischen Wende 1989/90, deren Beschäftigung im Niedriglohnsektor im Nachgang zur Agenda-Politik der 2000er Jahre oder deren dauerhaft prekäre Solo-Selbstständigkeit und Freiberuflichkeit auf das Einkommen im Alter auswirkt. Darüber hinaus ist es sehr wahrscheinlich, dass sich mit den aktuellen demographischen Entwicklungen auch die Möglichkeiten zur gesellschaftlichen Teilhabe reduzieren und somit das Risiko der sozial-kulturellen Armut erhöhen wird.

Wenngleich die problemorientierte Betrachtung ländlicher Regionen wichtige Erkenntnisse hinsichtlich der vielfältigen Herausforderungen gebracht hat, wird sie im vorliegenden Beitrag nicht weiter verfolgt. Vielmehr wird die in ganzer Länge, Ausführlichkeit und zuweilen auch Destruktivität geführte Diskussion um eine Perspektive erweitert, die den einen oder anderen Ausweg aus der viel beschworenen Krise der ländlichen Regionen aufzeigen könnte. So stehen in diesem Beitrag empirisch beobachtbare Innovationen in Landgemeinden im Vordergrund, mit denen zumindest einige Effekte des demographischen Wandels – wie bspw. die Versorgungsunsicherheit oder die sozial-kulturelle Armut – bewältigt werden können (Abschnitt 2). Darüber

hinaus wird nach der Rolle von Potenzialentwicklern im Innovationsprozess gefragt (Abschnitt 3), die gemäß ihrer Aufgabenbeschreibung (Abschnitt 4) lösungsorientierte Entwicklungen (Abschnitt 5) vorantreiben können.

2. Innovationen in Landgemeinden

Zunächst soll jedoch eine erstaunlich hartnäckige These entkräftet werden, die vom Globalisierungs-, Standort- und Metropolendiskurs der letzten Jahrzehnte möglicherweise begünstigt wurde (vgl. Florida 2002, 2005 a, b; Blotevogel 2002, 2007; Blotevogel & Danielzyk 2009; siehe auch Federwisch 2012). Auf einen Punkt gebracht: Während sich in den urbanen Zentren die systemischen Funktionen bündeln und globalisierte Lebensstile ausbilden können, fördern ländliche Regionen vor allem traditionelle Lebensformen mit entschleunigten Rhythmen und überschaubaren Routinen. Problematisch ist, dass diese im Alltag persistente Denkweise den Stadt-Land-Gegensatz überstrapaziert (vgl. Redepenning 2009; Neu 2010, S. 250 ff.) und einer unzeitgemäßen Stigmatisierung Tür und Tor öffnet. Zu diesen Stigmata gehört unter anderem die Ansicht, dass ländliche Regionen nur selten etwas Neues zulassen und Innovationen ablehnend gegenüber stehen (vgl. Rodriguez-Pose 1999; Coronado et. al. 2008).

Betrachtet man jedoch die Geschichte der ländlichen Räume, dann scheint zumindest deren innovationsfeindlicher Ruf unangemessen zu sein. So verweisen zahlreiche Autoren auf die vielfältigen Agrarinnovationen des 20. Jahrhunderts (siehe bspw. Gershon & Umali 1993; Herrmann 2007;

Rösener 2011; Seidl 2013) oder thematisieren das seit langem stimulierende Wechselspiel ländlicher Räume und kreativer Köpfe (siehe bspw. Tworek 2011). In jüngerer Zeit häufen sich Beschreibungen, wie die Menschen mit neuen Ideen und Praktiken auf die strukturellen, ökonomischen, ökologischen und sozial-kulturellen Herausforderungen in den ländlichen Regionen reagieren (siehe bspw. Neu 2011; Faber & Oswalt 2013). Gemäß diesen Beschreibungen generieren die Landbewohner nicht selten originelle Auswege aus Problemlagen und bringen die Entwicklung von Gemeinden durch technische, ökonomische oder soziale Innovationen voran. (1)

Ein schönes Beispiel für derartige Innovationen in ländlichen Regionen sind die sich mittlerweile im gesamten Bundesgebiet ausbreitenden Bioenergiedörfer. Zu den zentralen Grundbedingungen dieser Bioenergiedörfer gehören vor allem der Wunsch nach Unabhängigkeit von fossilen Brennstoffen und großen Energiekonzernen sowie die Besinnung auf eigene Energieressourcen und Wertschöpfungsketten im regionalen Umfeld. Auf dieser (weltanschaulichen) Basis werden technische Neuerungen und Verfahrensweisen eingeführt, die den Energiebedarf an Strom und Wärme zu mindestens 50 % aus regional erzeugter Biomasse decken (bspw. Rest- und Abfallprodukte aus der Forstwirtschaft oder Landschaftspflege). Eine Besonderheit der Bioenergiedörfer ist, dass die Dorfbevölkerung in der Regel an den Bioenergieanlagen und der nötigen Infrastruktur beteiligt ist oder in die Entscheidungsprozesse vor Ort involviert wird (vgl. Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft 2015).

An dem Beispiel der Bioenergiedörfer wird auch deutlich, dass sich technische, öko-

nomische, ökologische und soziale Innovationen nicht gegenseitig ausschließen müssen. Im Gegenteil: Die oft zu Unrecht im Fokus stehenden technischen Innovationen (Rammert 2010, S. 21, S. 25-29) benötigen nicht selten ein passfähiges sozial-kulturelles Umfeld, um in der Politik, Wirtschaft oder Bürgerschaft Akzeptanz zu finden sowie implementiert zu werden. Zugleich untermauern – oder besser: materialisieren technische Innovationen natürlich auch neue und räumlich diffundierende Handlungsrouinen oder neue Partizipationsmöglichkeiten im Sinne von regionalen Wertschöpfungsketten und Bürgerbeteiligung. Mit anderen Worten: Keine der genannten Innovationen steht für sich allein und sollte isoliert von den anderen betrachtet werden – oder: „keine Reformation ohne Buchdruck“ (Rammert 2010, S. 26), kein Blockheizkraftwerk ohne Ökologiebewegung. (2)

Die im Fall der Bioenergiedörfer erfolgte Verknüpfung technischer, ökonomischer, ökologischer und sozialer Innovationen spricht für die Innovationsfreudigkeit mancher Landgemeinden. Diese Innovationsfreudigkeit finden wir aber nicht nur in der lokalen Auseinandersetzung mit dem Klimawandel oder der Energiesicherheit, sondern auch im Zusammenhang mit dem viel diskutierten demographischen Wandel (siehe bspw. Küpper et al. 2008; BBSR 2009, 2010; Berlin Institut für Bevölkerung und Entwicklung 2011; Willisch 2012). Im Fall des demographischen Wandels geht es aber nicht primär um die Neugestaltung energetischer Versorgungsstrukturen mit Hilfe von technischen Artefakten. Der demographische Wandel verlangt vielmehr nach neuen Konzepten der Daseinsvorsorge (siehe bspw. Gutsche et al. 2009; Neu

2011; Faber & Oswalt 2013), die in Betracht einer weiträumig schrumpfenden, alternden und möglicherweise sogar verarmenden Landbevölkerung nötig werden.

Ein schönes Beispiel für innovative Konzepte und Praktiken im Bereich der Daseinsvorsorge sind die sich ebenfalls im gesamten Bundesgebiet ausbreitenden Multifunktionszentren. Zu den zentralen Grundbedingungen dieser Multifunktionszentren gehören der Wunsch nach einer fußläufig erreichbaren Nahversorgungseinrichtung mit weiterführenden Dienstleistungen sowie einem Ort der Begegnung und Kommunikation. Die vor dem Hintergrund dieser Erwartungshaltung realisierten Multifunktionszentren sind demnach mehr als die klassischen inhabergeführten Dorfläden, denen es häufig an Dienstleistungs- oder Begegnungsangeboten fehlt. Die nicht selten gemeinschaftlich geführten Multifunktionszentren bündeln verschiedenste Nahversorgungs- und Dienstleistungsfunktionen an einem Ort, bieten Raum und Gelegenheiten für soziale Interaktionen und schaffen zuweilen sogar Arbeit und Beschäftigung für die ansässige Bevölkerung (siehe auch Langrock-Kögel 2011; Pezzeri 2012).

Auch an dem Beispiel der Multifunktionszentren wird deutlich, dass sich ökonomische und soziale Innovationen nicht gegenseitig ausschließen müssen. Im Gegenteil: Die anhaltende Konjunktur des (neuen) sozialen Unternehmertums im ländlichen Raum verdeutlicht, welche Potenziale unternehmerischen Ansätzen bei der Bewältigung demographischer Herausforderungen zugeschrieben werden (vgl. Dullinger 2011; Jähnke et al. 2011; Knaack et al. 2012; Federwisch 2014). (3) Zugleich bieten freiwillige oder nicht freiwillige Veränderungen

von Handlungsrouniten die Grundlage für wirtschaftliche Aktivitäten im Bereich der Daseinsvorsorge. Mit anderen Worten: Soziale und unternehmerische Aktivitäten können zweifelsohne eine Symbiose eingehen – oder: kein Multifunktionszentrum ohne neue Versorgungsansprüche; kein wirtschaftlich tragendes Gesamtkonzept ohne sich verändernde Routinen im Einkaufs- und Mobilitätsverhalten.

Zwischenfazit: Die bisherigen Ausführungen zu den Innovationen in Landgemeinden sollten verdeutlichen, dass die problemorientierte Betrachtung ländlicher Regionen und deren innovationsfeindlicher Ruf unangemessen sind. Anders formuliert: Vielerorts können originelle (innovative, neuartige, kreative) Auswege aus strukturellen, wirtschaftlichen, ökologischen und sozial-kulturellen Problemlagen beobachtet werden. So zeigt das Beispiel der Bioenergiedörfer, dass zum einen die energetische Versorgung in vielen Landgemeinden neu strukturiert und zum zweiten den Bürgern vielfältige Teilhabe- und Verdienstmöglichkeiten angeboten werden (siehe auch Becker et al. 2015 bzgl. der Überwindung von Energiearmut). Auch das Beispiel der Multifunktionszentren scheint geeignet zu sein, um zum einen den Wandel der ländlichen Nahversorgungsstrukturen und zum zweiten die sich damit neu ergebenden Möglichkeiten der sozial-kulturellen Teilhabe nachvollziehen zu können.

Zugegeben, Innovationsprozesse sind im Allgemeinen sehr voraussetzungs- und nicht überall können sich innovative Ideen, Konzepte und Praktiken durchsetzen. So kann man aus der sehr umfänglichen und ausdifferenzierten Innovationsforschung ableiten, dass derartige Prozesse unter anderem vom Problemverständnis der Bürger,

von den zugrundeliegenden Mentalitäten und Weltansichten, von der sozial-kulturellen Passformigkeit der Ideen und Konzepte, von der Kommunikations- und Begeisterungsfähigkeit der Protagonisten, von den verfügbaren Ressourcen oder vom Vorhandensein interner und externer Unterstützer abhängig sind. Aus diesem Grund werden im zweiten Teil des Beitrages Menschen in den Blick genommen, die im Innovationsprozess eine wichtige Rolle einnehmen können. Die Rede ist von sogenannten Potenzialentwicklern, deren Bedeutung am Beispiel der Dorfkümmerner von Brandenburg veranschaulicht werden soll.

3. Potenzialentwickler im Innovationsprozess

Bevor jedoch die Rolle von Potenzialentwicklern im Innovationsprozess betrachtet wird, soll auf einen wichtigen Sachverhalt aufmerksam gemacht werden. Die seit Jahrzehnten praktizierte (inter-)nationale Förderung ländlicher Räume hat – trotz der nicht unberechtigten Kritik (vgl. Berlin Institut für Bevölkerung und Entwicklung 2011, Dullinger 2011) – unter anderem zum Abbau (infra-)struktureller Defizite, zur partiellen Vitalisierung der ländlichen Wirtschaft, zur Sicherung der Daseinsvorsorge oder zur Stabilisierung des sozial-kulturellen Lebens beigetragen. (4) Für den hier verfolgten Zusammenhang ist jedoch entscheidend, dass in jüngerer Zeit immer häufiger Vorhaben gefördert werden, mit denen die vielfältigen Herausforderungen auf innovative (neuartige, kreative) Weise bewältigt werden sollen. (5) Dies ist vor allem dahingehend bemerkenswert, da die ländlichen Regionen – wie eingangs be-

reits dargestellt – nicht selten als innovationsfeindlich betrachtet werden.

Das im Zeitraum von 2012 bis 2014 vom Land Brandenburg aus Mitteln des Europäischen Sozialfonds und dem Land Brandenburg sowie vom Generali Zukunftsfonds geförderte Modellprojekt „entersocial/Dorfkümmerer“ gehörte zu diesen innovativen Ansätzen (vgl. Federwisch 2014; Federwisch et al. 2015). Zu den zentralen Zielen des Modellprojektes gehörten zum einen, die Effekte des demographischen Wandels mit Hilfe von sozialunternehme-

rischen Konzepten zu minimieren und zum zweiten, die lokale Bevölkerung in die Umsetzung derartiger Konzepte unmittelbar zu involvieren. Damit wurde einerseits anerkannt, dass beispielsweise die defizitäre Nahversorgung in Landgemeinden oder die rückläufigen Teilhabemöglichkeiten mit Hilfe von sozialunternehmerischen Konzepten bewältigt werden können. Darüber hinaus wurde auf die allgegenwärtige Erfahrung reagiert, dass viele Förderprojekte losgelöst von der lokalen Bevölkerung geplant und realisiert werden.

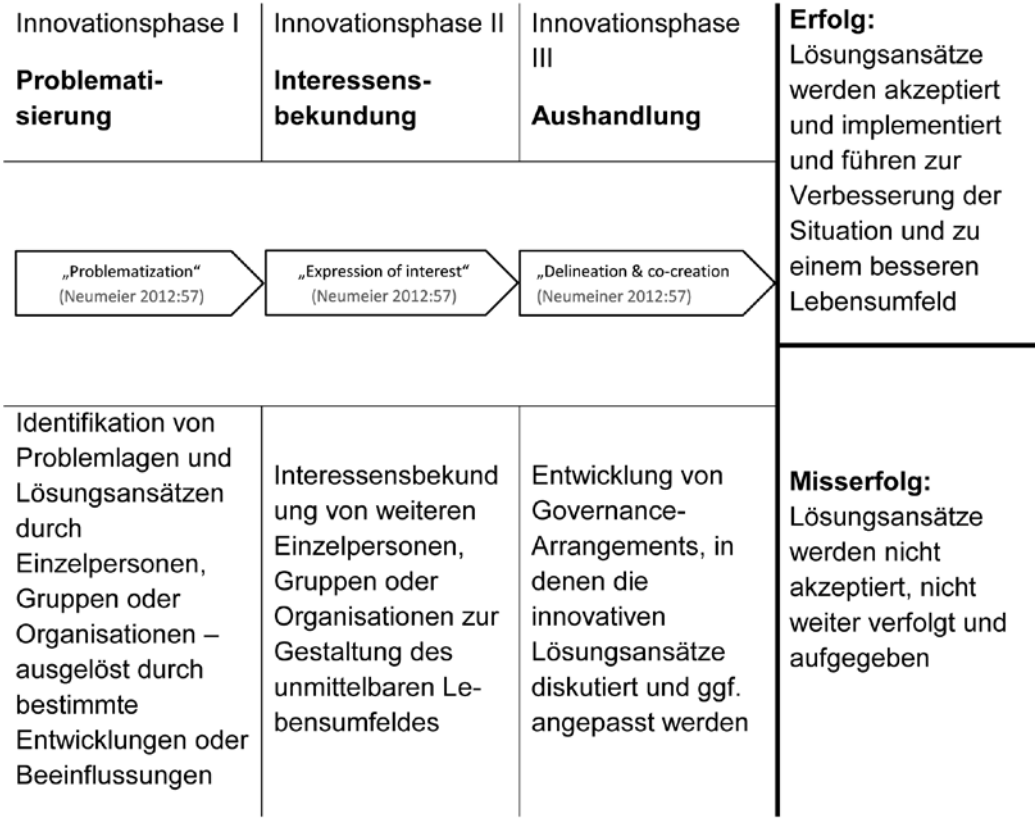


Abbildung 1: Prozess sozialer Innovationen
Quelle: eigene Darstellung in Anlehnung an Neumeier 2012, S. 57

Konzeptionell wurden die Dorfkümmere von Anfang an als Potenzialentwickler verstanden, die in allen Phasen des Innovationsprozesses zum Einsatz kommen sollten (vgl. Abbildung 1). So wurde von den Dorfkümmern – ganz im Sinne der Innovationsphase I „Problematisierung“ („Problematisation“, vgl. Neumeier 2012, S. 57) – erwartet, bestimmte Herausforderungen vor Ort identifizieren (bspw. fehlende Nahversorgung) und die Chancen auf deren sozialunternehmerische Bewältigung erkennen zu können (bspw. durch ein gemeinschaftliches Multifunktionszentrum). Darüber hinaus sollten die Dorfkümmere – ganz im Sinne der Innovationsphase II „Interessensbekundung“ („Expression of interest“, vgl. Neumeier 2012, S. 57) – die Mitmenschen für neue sozialunternehmerische Lösungsansätze interessieren und zur Gestaltung des unmittelbaren Lebensumfeldes motivieren können. Und schließlich wurde – ganz im Sinne der Innovationsphase III „Aushandlung“ („Delineation & co-ordination“, vgl. Neumeier 2012, S. 57) – davon ausgegangen, dass die Dorfkümmere die lokalen Projektteams in organisatorischer Hinsicht begleiten und die fördernden Einrichtungen mit lokalem Wissen und wichtigen Kontakten in das dörfliche Milieu versorgen können.

Interessanterweise wurden für die Identifizierung von Herausforderungen und endogener Potenziale (Innovationsphase I), die Einbindung der Dorfbevölkerung in die Projektaktivitäten (Innovationsphase II) oder die Bildung von projektbezogene Governance-Arrangements (Innovationsphase III) von vornherein nicht nur politisch legitimierte Akteure in Betracht gezogen. Im Gegenteil: Neben den Ortsvorstehern oder Gemeindevertretern etc. kamen auch

Personen aus anderen gesellschaftlichen Bereichen wie der Wirtschaft oder Zivilgesellschaft infrage. Dies begründet sich zum einen damit, dass die Entwicklung innovativer (sozialunternehmerischer) Ideen, Konzepte und Maßnahmen nicht zwingend als politische Aufgabe verstanden werden muss. Darüber hinaus erfordern das projektbezogene Zusammenführen von Menschen und das Knüpfen von Projektnetzwerken neutral eingestellte Persönlichkeiten, die unabhängig von parteipolitischen Programmen agieren können.

Auf Basis dieser konzeptionellen Grundlagen kann man resümieren, dass mit dem Modellprojekt „entersocial/Dorfkümmerer“ die partizipative Regionalentwicklung um einen innovativen Ansatz bereichert werden sollte (vgl. Werner & Federwisch 2015). Die Besonderheit dieses Ansatzes bestand darin, dass sozialunternehmerische Projekte zur Bewältigung des demographischen Wandels während des gesamten Innovationsprozesses vor Ort begleitet werden sollten. Im Folgenden wird der Frage nachgegangen, wie das Modellprojekt „entersocial/Dorfkümmerer“ in die konkrete Praxis übersetzt worden ist und welche Herausforderungen sich im Projektverlauf ergeben haben. Zu diesem Zweck wird der Ablauf des Modellprojektes im Zeitraum von 2012 bis 2013 geschildert, der neben den notwendigen Vorlaufaktivitäten (Identifizierung von Dorfkümmern inkl. Persönlichkeitsprofile und Aufgabenbeschreibung) auch die drei genannten Phasen des Innovationsprozesses abbildet.

4. Projektverlauf 2012–2013

Mit dem Modellprojekt „entersocial/Dorfkümmerer“ gingen die bereits genannten Förderer (Europäischer Sozialfonds, Land Brandenburg, Generali Zukunftsfonds) sowie die gemeinnützige Social Impact GmbH als Projektträger neue Wege in der partizipativen Regionalentwicklung. So sollten die lokalen Akteure bei der sozial-unternehmerischen Bewältigung lokaler Herausforderungen gezielt unterstützt (vgl. Innovationsphase I) und die lokale Bevölkerung mittels moderner Beteiligungsformen und Empowerment in die Umsetzung derartiger Konzepte involviert werden (vgl. Innovationsphase II). (6) Der damit verbundene Aufbau verlässlicher Kooperationsstrukturen (vgl. Innovationsphase III) sollte nicht nur den möglichst effizienten und effektiven Einsatz von öffentlichen Mitteln gewährleisten. Vielmehr ging es auch um die Zirkulation von lokalem und externem Wissen, das Schaffen von gegenseitigem Vertrauen sowie die sensible Revitalisie-

rung von Dorfgemeinschaften von innen heraus.

Mit Blick auf die konzeptionellen Grundlagen war die gemeinnützige Social Impact GmbH zunächst damit beschäftigt, die geeigneten Dorfkümmerer für die weiterführenden Projektaktivitäten zu identifizieren. Dementsprechend wurden in der ersten Projekt- bzw. Vorlaufphase (Januar – März 2012) Persönlichkeitsprofile entwickelt, nach denen die Dorfkümmerer in den Zielregionen Uckermark, Barnim und Oberhavel ausgewählt werden sollten (vgl. Abbildung 2). So sollten die Dorfkümmerer beispielsweise „Soziale Pioniere“ sein, die an der Verbesserung der wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Situation vor Ort interessiert sind (vgl. Innovationsphase I). Darüber hinaus sollten sie über charismatische und kooperative Eigenschaften verfügen, um die lokale Bevölkerung für sozialunternehmerische Lösungsansätze motivieren (vgl. Innovationsphase II) sowie relevante Governance-Arrangements knüpfen zu können (vgl. Innovationsphase III).

Soziale Pioniere	Dorfkümmerer sind an der Verbesserung der wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Situation vor Ort interessiert.
Generation 55+	Dorfkümmerer sind mindestens 55 Jahre alt und kennen ihre Dorfgemeinschaft aufgrund langjähriger Erfahrung.
Problemlöser	Dorfkümmerer interessieren sich für die Lösung von Problemen und interessieren die Dorfgemeinschaft für innovative Ideen und Konzepte.
Kooperationspartner	Dorfkümmerer verstehen sich mit den Bewohnern und können sich eine Zusammenarbeit mit Vor-Ort Akteuren gut vorstellen.
Netzwerker	Dorfkümmerer tauschen sich gern mit externen Akteuren aus und gestalten gern projektrelevante Governance-Arrangements.

Abbildung 2: Favorisiertes Persönlichkeitsprofil von Dorfkümmerern
Quelle: Eigene Konzeption und Darstellung

Da die Dorfkümmerner eine wichtige Rolle im Innovationsprozess einnehmen und als verlässliche Partner vor Ort etabliert werden sollten, wurde der Suche nach geeigneten Personen viel Aufmerksamkeit gewidmet. So wurde beispielsweise in redaktionellen Beiträgen der regionalen Medien auf das Modellprojekt aufmerksam gemacht und um aussagekräftige Bewerbungen inkl. eines Motivationsschreibens gebeten. Auch die gezielte Ansprache von regionalen Verwaltungseinheiten, LEADER-Regionalmanagements oder Projektentwicklern mit Orts- und Akteurskenntnissen hat dazu beigetragen, dass sich schon bald zahlreiche Interessenten bei der gemeinnützigen Social Impact GmbH beworben haben. In den daraufhin durchgeführten Informationsveranstaltungen und Kennenlerngesprächen konnten schließlich acht Personen (sechs

Männer, zwei Frauen) ausgewählt werden, die sich durch ein bereits erkennbares Engagement für den jeweiligen Ort, die Qualität und Realisierbarkeit der angedachten Aktivitäten sowie die Akzeptanz in der Dorfbevölkerung ausgezeichnet haben. (7) Nach der Auswahl von geeigneten Dorfkümmernern wurde in der zweiten Projektphase (April – Juni 2012) eine mehrtägige und intensive Qualifizierung durch ein Team von Fachberatern durchgeführt. Im Zuge dessen wurden die mit den unterschiedlichsten Bildungs- und Erwerbsbiographien ausgestatteten Personen auf ihre neuen Aufgaben als Dorfkümmerner vorbereitet. Zu diesen Aufgaben gehörten vor allem die Identifizierung von Herausforderungen im jeweiligen Dorf, die Sensibilisierung der Dorfbewohner für sozialunternehmerische Lösungsansätze, die Aktivierung

Innovationsphase	Aufgaben der Dorfkümmerner	Qualifizierungsinhalte
Aspekt der Innovationsphase I	Identifizierung und Analyse von Herausforderungen im Dorf	SWOT-Analyse, Visionskreis, Zieldefinition
Aspekt der Innovationsphase II	Sensibilisierung der Dorfbevölkerung für alternative Lösungsansätze	Good-Practices aus Deutschland und der EU
Aspekt der Innovationsphase II	Aktivierung der Dorfbevölkerung durch moderne Beteiligungsformen und Empowerment	Zukunftswerkstatt, Empowerment
Aspekt der Innovationsphase III	Initiierung und kontinuierliche Begleitung von förderfähigen Projekten	Projektmanagement, Projektförderung
Aspekt der Innovationsphase III	Regelmäßiger Austausch mit den fördernden Institutionen, Vor-Ort Akteuren und Medien	Netzwerkarbeit, Pressemitteilung etc.

Abbildung 3: Aufgaben der Dorfkümmerner und ausgewählte Qualifizierungsinhalte
Quelle: Eigene Konzeption und Darstellung

der Dorfbevölkerung durch moderne Beteiligungsverfahren und Empowerment sowie die kontinuierliche Begleitung von förderfähigen Projekten. Darüber hinaus sollten die Dorfkümmerer eine systematische Netzwerk- und Medienarbeit betreiben, wozu der regelmäßige Austausch mit den fördernden Institutionen, den Vor-Ort-Akteuren, weiteren Dorfkümmerern und regionalen Medien gehörte (vgl. Abbildung 3).

Dabei hat sich gezeigt, dass die Qualifizierung der Dorfkümmerer in den jeweiligen Heimatdörfern zwar eine organisatorische und logistische Herausforderung darstellt – aber auch spezifische Vorteile aufweist. So wurden die abstrakten Qualifizierungsinhalte zur SWOT-Analyse, zum Empowerment, zum Projekt- und Selbstmanagement, zur Projektförderung oder zur Öffentlichkeitsarbeit kontinuierlich auf Praktikabilität erprobt (vgl. Abbildung 3). Darüber hinaus konnte sich das Team von Fachberatern mit den spezifischen Gegebenheiten vor Ort auseinandersetzen, relevante Akteure kennenlernen und hierüber die Möglichkeiten für eine spätere Zusammenarbeit ausloten. Nicht zuletzt wurde die Dorfbevölkerung über Dorfrundgänge sowie sogenannte Gartenzaungespräche unmittelbar in die Qualifizierung der Dorfkümmerer einbezogen, was deren Bekanntheitsgrad gesteigert und zum Abbau von Skepsis beigetragen hat.

Im Rahmen der Qualifizierung haben die Dorfkümmerer auch gelernt, wie man Veranstaltungen organisatorisch und inhaltlich vorbereitet, professionell durchführt und die Ergebnisse im Nachgang aufbereitet. Da in der dritten Projektphase (Juli – September 2012) in den jeweiligen Orten der

Dorfkümmerer Zukunftswerkstätten umgesetzt wurden, konnte dieses Wissen auch unmittelbar zur Anwendung kommen. Ziel der Zukunftswerkstätten war es, gemeinsam mit den Dorfbewohnern konkrete Stärken, Schwächen und Potenziale im Ort zu identifizieren, Visionen und Szenarien zu entwickeln, konkrete Ziele abzuleiten und zu priorisieren, förderfähige Vorhaben auszuwählen und verantwortliche Teams zusammenzustellen. Dabei stand allen Beteiligten stets ein Team von Fachberatern zur Seite, die die Zukunftswerkstätten moderiert und die vielfältigen Ideen hinsichtlich ihrer Umsetzbarkeit mit dem nötigen Sachverstand beurteilt haben.

In der vierten Projektphase (Oktober 2012 – Dezember 2013) wurde neben dem lokalen Wissen der Dorfkümmerer um die dörflichen Zusammenhänge und die relevanten Akteure auch das Wissen der Fachberater um sozialunternehmerische, fördertechnische oder rechtliche Hintergründe unerlässlich. So wurden die – im Rahmen der Zukunftswerkstatt identifizierten – Träger der einzelnen Vorhaben mittels fachlicher Beratung zur Ideen- und Konzeptentwicklung, zur Projektfinanzierung und -förderung oder zur Presse- und Öffentlichkeitsarbeit über einen Zeitraum von rund einem Jahr vor Ort unterstützt. Den Dorfkümmerern kam die wichtige Rolle als Vermittler in die Dorfgemeinschaft (vgl. Innovationsphase II) und als Koordinatoren für die jeweiligen Vorhaben (vgl. Innovationsphase III) zu. Gerade dies entwickelte sich in Anbetracht der zeitlich begrenzten Aufenthaltsdauer der fördernden Einrichtungen mit ihren Fachberatern zu einem ganz entscheidenden Mehrwert.

In der Retrospektive kann festgehalten werden, dass die Dorfkümmerer zahlreiche

Projekte aus den Bereichen der Nahversorgung, der regionalen Wertschöpfung oder des nachhaltigen Tourismus vorangebracht haben. Konkret: Sie haben die fördernden Institutionen dabei unterstützt, sozialunternehmerische Konzepte zu erproben und die Bevölkerung mittels moderner Beteiligungsformen in die Projektaktivitäten zu involvieren. Aus diesem Grund konnten im Jahr 2014 zehn weitere Dorfkümmerner aus den Landkreisen Barnim, Märkisch-Oderland und Oder-Spree (sechs Männer, vier Frauen) ihre Arbeit aufnehmen und zwischen den Dorfbewohnern mit ihren konkreten Handlungsabsichten sowie den fördernden Einrichtungen und ihren jeweiligen Ressourcen vermitteln. Das nachfolgende Beispiel aus der nördlichen Uckermark soll die Effekte ihrer Tätigkeit veranschaulichen und die Relevanz des Modellprojektes „entersocial/ Dorfkümmerner“ untermauern.

5. Beispiel „Lebens-Energie für das Dorf“

Ein kurzer Blick in die jüngere Vergangenheit zeigt, welche schwierigen wirtschaftlichen und demographischen Entwicklungen das kleine uckermärkische Dorf Klockow in den letzten Jahrzehnten zu bewältigen hatte. Während es unter sozialistischem Vorzeichen zum größten Schafzuchtort Mitteleuropas mit der entsprechenden technischen und sozialen Infrastruktur ausgebaut wurde, verlor es im Nachgang zur politischen Wende 1989/90 seine einstige Bedeutung als prosperierendes Industriedorf. In der Folge mussten sich die (verbliebenen) Bürger nicht nur auf ein Klima der wirtschaftlichen Regression einstellen, sondern auch

die Versorgung mit wichtigen (und lieb gewonnenen) sozialen Dienstleistungen auf eine neue Basis stellen. Dabei halfen anfänglich die noch breit eingesetzten staatlichen Förder- und Beschäftigungsprogramme, mit denen zumindest einige Effekte des Niedergangs bis ins Jahr 2000 abgefedert werden konnten.

In Anbetracht der fortwährenden sozioökonomischen Abwärtsspirale sowie der Neuordnung der finanziellen Zuwendungen wurde den Bürgern jedoch klar, dass die Versorgung mit sozialen Dienstleistungen nur mit neuen Konzepten und Akteuren sichergestellt werden konnte. Daher wurden schon in den 2000er Jahren innovative Ideen entwickelt, die im Rahmen des Modellprojektes „entersocial/Dorfkümmerner“ konkretisiert werden konnten. So zielt das Konzept „Lebens-Energie für das Dorf“ darauf ab, verschiedene Einzelaktivitäten wie die Bewirtschaftung von Gemeinschaftsgärten, die Belebung einer Dorfküche, den Bau einer Dorfwerkstatt zur Wartung von Gerätschaften, die Entwicklung eines Dorfcafés und den Aufbau eines gemeinschaftlich organisierten Dorfladens miteinander zu kombinieren. Da die rechtlichen, finanziellen und organisatorischen Grundlagen hierfür sehr anspruchsvoll waren, wurden verschiedene Akteure aus Politik und Verwaltung (Gemeindevertretung, Amt Brüssow), Wirtschaft (Robert Bosch Stiftung, Windkraftanlagenbetreiber enertrag) und Bürgerschaft (Schönfeld e. V.) zu einem Governance-Arrangement verknüpft.

Im Ergebnis zeigt sich, dass das von einem Dorfkümmerner über den gesamten Zeitraum betreute und mittlerweile erfolgreich umgesetzte Projekt „Lebens-Energie für das Dorf“ im Rahmen des Wettbewerbs „Neulandgewinner“ der Robert Bosch Stiftung

ausgezeichnet wurde und einen Wandel in den Köpfen der Menschen begünstigt hat. Infolgedessen hat sich auch das von den Einwohnern geprägte Bild einer „No-Go-Area“ in Richtung einer „Must-Go-Area“ verschoben. Ein Hauptgrund hierfür ist, dass sich im Zusammenhang mit dem Modellprojekt „entersocial/Dorfkümmerer“ und den Aktivitäten rund um „Lebens-Energie für das Dorf“ immer mehr Bürger ihrer Transformationsgeschichte bewusst werden und die zum Teil traumatischen Erlebnisse umdeuten. Dabei steht nicht mehr das individuelle oder kollektive Scheitern nach der deutschen Wiedervereinigung im Zentrum der Aufmerksamkeit, sondern vielmehr die Wiederbelebung der Gemeinschaft als Gegenentwurf zum radikalisierten Kapitalismus. (8)

6. Abschluss

Am Ende kann festgehalten werden, dass der innovationsfeindliche Ruf von Landgemeinden – trotz der zuweilen ernüchternden strukturellen, wirtschaftlichen, demographischen oder sozial-kulturellen Realitäten – häufig unangemessen ist. So lassen sich in vielen Landgemeinden (technische, planerische, soziale etc.) Innovationen beobachten, von denen die sich bundesweit etablierenden Bioenergiedörfer und Multifunktionszentren sicher zu den bekanntesten gehören. Es versteht sich jedoch von selbst, dass auch innovative Lösungsansätze von der Etablierung starker Partner vor Ort, der Gestaltung ressourcenreicher Governance-Arrangements sowie der konsequenten Einbindung der lokalen Bevölkerung in die konkreten Aktivitäten profitieren. In diesem Sinne nehmen die Potenzialentwickler eine

wichtige Rolle im Innovationsprozess ein, da sie endogene Potenziale entwickeln und das Leistungsvermögen der Mitmenschen steigern können.

Und so überzeugt gerade das Modell der Dorfkümmerer durch eine Kooperation auf Augenhöhe, den Wissensaustausch zwischen lokalen Akteuren und externen Experten, erfolgreich realisierte Projekte sowie eine sensible Revitalisierung von Dorfgemeinschaften von innen heraus. Aus diesem Grund wurde der innovative Ansatz auch in der nationalen Fachöffentlichkeit diskutiert (vgl. Küpper et al. 2013), in den (inter-)nationalen Medien präsentiert sowie im Rahmen des Bundeswettbewerbes „Land der Ideen“ ausgezeichnet. Erfreulicherweise wird damit auch ein Transfer vom Modell Dorfkümmerer befördert, wie man an den Diskussionen in vielen anderen Landkreisen der Bundesrepublik beobachten kann (bspw. Göttingen, Coburg, Saalfeld-Rudolstadt, Schwerin). Dass hierüber aber auch ein Transfer von Innovationen befördert wird, kann vor dem Hintergrund der Neuordnung von Versorgungsstrukturen und Minimierung der sozial-kulturellen Armut nur von Vorteil sein.

Anmerkungen

- (1) Die sehr umfangreiche und ausdifferenzierte Innovationsforschung beschäftigt sich in erster Linie mit ökonomischen und technischen Innovationen. Dabei stehen die „Einführung und Verbreitung von neuen und verbesserten Produkten, Prozessen, Systemen und Geräten der kommerziellen Nutzung in der Ökonomie“ (ökonomische Innovationen) sowie die „Erfindung neuer Produkte, die Verbesserung technischer Verfahren oder die Kombination bekannter Elemente zu neuen Technologien“ (technische Innovationen) im Zentrum der Aufmerksamkeit (Rammert 2010, S. 21). Darüber hinaus werden seit längerem aber

- auch soziale, kulturelle, politische, planerische oder rechtliche Innovationen thematisiert, die sich vielmehr auf die „Kreation, Erfindung oder Variation“ sowie die „Selektion, Diffusion und Institutionalisierung“ von Denk- und Handlungsweisen beziehen (Rammert 2010, S. 22). Da alle Innovationstypen somit auch einer Dynamik unterliegen, sind die Innovationsprozesse zentraler Bestandteil der theoretisch-konzeptionellen und empirischen Forschungen.
- (2) „Bis hierhin können wir schon festhalten: Erstens gibt es nicht nur technische Innovationen, sondern viele andere, die wir erst einmal als kulturelle, ökonomische, wissenschaftliche oder soziale Innovationen bezeichnet haben. Zweitens fällt auf, dass weder die technischen noch die sozialen Neuerungen allein auftauchen, sondern jeweils Neuerungen auf anderen Feldern mehr oder weniger stark voraussetzen oder mit bedingen, etwa nach dem Motto: Keine Reformation ohne Buchdruck [...] und keine neuen Geschäftsmodelle und Gemeinschaftsformen ohne das Internet [...]“ (Rammert 2010, S. 26).
- (3) Das soziale Unternehmertum hat in den letzten zehn Jahren einen erstaunlich großen wissenschaftlichen (sowie fachöffentlichen und medialen) Aufmerksamkeitsschub erfahren (vgl. Hackenberg & Emptner 2011; Spiegel 2011; Genisis Institute & Vodafone Stiftung 2012). Dies begründet sich erstens mit dem „neozosialen“ Umbau des spätmodernen Sozialstaates (Lessenich 2013, S. 14; vgl. auch Kaufmann 1997), der den Wettbewerb im Bereich der klassischen Sozialwirtschaft stimuliert und den Anpassungsdruck an die Wohlfahrtsorganisationen erhöht hat. Dies begründet sich zweitens damit, dass sich nicht wenige soziale Bewegungen (vgl. Rucht & Roland 2008) in zunehmendem Maße professionalisieren oder deren innovativen Konzepte von bereits etablierten Organisationen inkorporiert werden. Zum dritten haben die Entstehung einer sozialunternehmerischen Gründerszene sowie die damit korrespondierenden Publikationsorgane wie die „enorm“ oder „Forum Nachhaltig Wirtschaften“ dafür gesorgt (vgl. Stiftung Mercator 2012; Jansen et al. 2013), dass die im angelsächsischen Raum längst etablierten Themen „Social Entrepreneurship“ (vgl. Drayton 2002) und „Social Business“ (vgl. Yunus 2008) nun auch in Deutschland beachtet und untersucht werden.
- (4) „Gegenwärtig dominieren ständig wechselnde, befristete Programme zur Förderung der baulichen und sozialen Infrastruktur des ländlichen Raumes. Diese wirken häufig nur als Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen und sind weder finanziell noch in den Köpfen der Menschen nachhaltig“ (Berlin Institut für Bevölkerung und Entwicklung 2011, S. 136).
- (5) Ein Beispiel: Im Operationellen Programm des Landes Brandenburg für den Europäischen Sozialfonds (ESF) in der Förderperiode 2014 – 2020 wird sozial innovativen Projekten/Maßnahmen eine eigene Prioritätsachse (E) zugeschrieben. Die Investitionsprioritäten beziehen sich vorrangig auf die „Anpassung der Arbeitskräfte, Unternehmen und Unternehmer an den Wandel“ sowie die „Aktive Inklusion, nicht zuletzt durch die Förderung der Chancengleichheit und aktiver Beteiligung, und Verbesserung der Beschäftigungsfähigkeit“ (Land Brandenburg 2015).
- (6) Zu den modernen Teilnehmungsformen gehören Zukunftswerkstätten, World Cafés oder Open Spaces. Unter Empowerment sind Strategien und Maßnahmen zu verstehen, mit denen die Selbstkompetenz der Bürger gefördert, die Autonomie und Selbstbestimmung erhöht sowie die Motivation zur Gestaltung des unmittelbaren Lebensumfeldes gesteigert werden kann.
- (7) An dieser Stelle soll nicht unerwähnt bleiben, dass die Suche nach geeigneten Dorfkümmerern nicht nur einen Aufmerksamkeitsschub in den regionalen Medien, sondern auch einen erstaunlich kritischen Kommentierung in den korrespondierenden Online-Foren nach sich gezogen hat. So wurde beispielsweise beanstandet, dass die Dorfkümmerer über keine politische Legitimation verfügen und mit dem monatlichen Honorar in Höhe von bis zu 400 Euro Ungleichgewichte im Ehrenamt erzeugt würden. Die Projektverantwortlichen entschärften die zum Teil unsachlichen Kommentare, indem sie auf die Ziele des Modellprojektes – nämlich: die gemeinschaftliche Entwicklung endogener Potenziale, die Erprobung innovativer Lösungsansätze, die sensible Revitalisierung der Dorfgemeinschaft oder den Wissenstransfer verwiesen. Die in Aussicht gestellte Honorierung von Dorfkümmerern wurde mit den erwarteten Kosten der Projektbetreuung begründet.
- (8) Die Ausführungen zu den Entwicklungen im uckermärkischen Klockow basieren zum einen

auf der konkreten Projektarbeit, die der Autor im Zusammenhang mit seiner Anstellung bei der gemeinnützigen Social Impact GmbH getätigt hat. Darüber hinaus liegt den Ausführungen ein Interview mit einer Schlüsselfigur aus Klockow zugrunde, das im Rahmen einer Forschungsreise (zusammen mit Dr. Kornelia Ehrlich vom Leibniz-Institut für Länderkunde, Leipzig) durchgeführt wurde.

Literatur

- Barlösius, E. & C. Neu (2007); Gleichwertigkeit – Ade? Die Demographisierung und Peripherisierung entlegener ländlicher Räume. In: Prokla 36, 77-92.
- Becker, S., K. Kouschil & M. Naumann (2014); Armut und Infrastruktur: das Beispiel Energiearmut. In: Geographische Rundschau 66, 10, 10-17.
- Beetz, S. (2008); Peripherisierung als räumliche Organisation sozialer Ungleichheit. In: Barlösius, E. & C. Neu (Hrsg.): Peripherisierung – eine neue Form sozialer Ungleichheit. Berlin.
- Blotevogel, H. H. (2002); Deutsche Metropolregionen in der Vernetzung. In: Informationen zur Raumentwicklung 6-7, 345-351.
- Blotevogel, H. H. (2007); Die Bedeutung der Metropolregionen in Europa. In: Ministerium für Infrastruktur und Raumordnung Land Brandenburg (Hrsg.): MIR aktuell, 1, 7-10.
- Blotevogel, H. H. & R. Danielzyk (2009); Leistungen und Funktionen von Metropolregionen. In: Knieling, J. (Hrsg.): Metropolregionen. Innovation, Wettbewerb, Handlungsfähigkeit. Forschungs- und Sitzungsberichte der ARL, Metropolregionen und Raumentwicklung, Teil 3. Hannover, 22-29.
- Berlin Institut für Bevölkerung und Entwicklung (2011); Die demographische Lage der Nation. Was freiwilliges Engagement für die Region leistet. Berlin.
- BBSR (2009); Ländliche Räume im demografischen Wandel. BBSR-Online-Publikation 34. Bonn.
- BBSR (2010); Vielfalt des Demografischen Wandels. Eine Herausforderung für Stadt und Land. BBSR-Online-Publikation 06. Bonn.
- Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft (2015); Wege zum Bioenergiedorf. Online: www.wege-zum-bioenergiedorf.de (letzter Zugriff am 02.07.2015)
- Coronado, D., Acosta, M. & A. Fernandez (2008); Attitudes to Innovation in Peripheral Economic Regions. In: Research Policy 27, 1009-1021.
- Drayton, B. (2002); The citizen sector: becoming as entrepreneurial and competitive as business. In: California Management Review 44, 3, 120-132.
- Dullinger, F. (2011); Regionalentwicklung durch Mobilisierung der unternehmerischen Menschen. In: Elbe, S. & F. Langguth (Hrsg.): Finanzierung regionaler Entwicklung. Oder: Geld ist schon wichtig. Aachen.
- Faber, K. & P. Oswalt (2013); Raumpioniere in ländlichen Regionen. Neue Wege der Daseinsvorsorge. Leipzig.
- Federwisch, T. (2012); Metropolregion 2.0. Konsequenzen einer neoliberalen Raumentwicklungspolitik. Stuttgart.
- Federwisch, T. (2014); Soziales Unternehmertum im ländlichen Raum. Perspektiven einer neuen Anpassungsstrategie. In: Grotheer, S., Schwöbel, A. & M. Stepper (Hrsg.): Nimm's sportlich. Planung als Hindernislauf. Hannover, 98-109.
- Federwisch, T., Werner, A.-D. & K. Ehrlich (2015); Die Dorfkümmerner von Brandenburg. Ein Bericht aus der Praxis. In: Krug, R., Pietsch, M., Heins, M. & E. Kretzler (Hrsg.): beteiligen – kommunizieren – partizipieren. Aachen, 19-31.
- Florida, R. (2002); The Rise of the Creative Class: And how it's transforming work, leisure and everyday life. New York.
- Florida, R. (2005 a); Cities and the Creative Class. New York.
- Florida, R. (2005 b); The Flight of the Creative Class: The New Global Competition for Talent. New York.
- Franke, S. (2015); Armut im ländlichen Raum? Analysen und Initiativen zu einem Tabu-Thema. München.
- Genesis Institute & Vodafone Stiftung (2012); Denk die Welt weiter. 25 Ideen, die selbst die Zukunft gestalten. Berlin.
- Gershon, F. & D. L. Umali (1993); The Adoption of Agricultural Innovations: A Review. In: Technological Forecasting and Social Change 43. Special Issue "Technology and Innovation in Agriculture and Natural Resources", 215-239.
- Geyer, J. (2015); Grundsicherungsbezug und Armutsrisikoquote als Indikatoren von Altersarmut. DIW Roundup. Politik im Fokus. Berlin.
- Gutsche, J. M.; Glatthaar, M., & A. Dosch (2009); Masterplan Daseinsvorsorge – Regionale An-

- passungsstrategien. BBSR-Online-Publikation 11. Bonn.
- Hackenberg, H. & S. Emptner (2011); *Social Entrepreneurship – Social Business*. Für die Gesellschaft unternehmen. Wiesbaden.
- Herrmann, K. (2007); Agrartechnische Innovationen vom 18. bis 20. Jahrhundert – Bodenbearbeitung, Pflanzenpflege, Pflanzenernte, Erntelagerung. In: Walter, R. (Hrsg.): *Innovationsgeschichte*. Stuttgart, 203-208.
- Jansen, S. A.; Heinze, R. G. & M. Beckmann (2013); *Sozialunternehmen in Deutschland*. Analysen, Trends und Handlungsempfehlungen. Wiesbaden.
- Jähnke, P.; Christmann, G. & K. Balgar (2011); *Social Entrepreneurship*. Perspektiven für die Raumentwicklung. Wiesbaden.
- Kaufmann, F.-X. (1997); *Herausforderungen des Sozialstaates*. Frankfurt am Main.
- Keim, K.-D. (2006); Peripherisierung ländlicher Räume. In: *Aus Politik und Zeitgeschichte* 37, 3-7.
- Knaack, E.; Federwisch, T. & L. Miram (2012); Sozialunternehmer als Unterstützer für soziale Pioniere in ländlich geprägten Regionen. In: *IRS aktuell* 72, 7-8.
- Küpper, P.; Küttner, L.; Luther, J.; & C. Strauß (2008); *Erkennen - Steuern - Handeln: Antworten auf den demographischen Wandel*. Hannover.
- Küpper, P.; Steinführer, A.; Ortwein S. & M. Kirchesch (2013); Regionale Schrumpfung gestalten: Handlungsspielräume zur langfristigen Sicherung gesellschaftlicher Teilhabe schaffen und nutzen. Braunschweig.
- Land Brandenburg (2015); *Operationelles Programm des Landes Brandenburg für den Europäischen Sozialfonds (ESF) in der Förderperiode 2014 – 2020*. Potsdam.
- Lang, T. (2010); Zehn Jahre Schrumpfungsdiskurs in Ostdeutschland – theoretische Perspektiven; in: Huning, S., Kuder, T., Nuissl, H. & U. Altröck (Hrsg.): *Zwanzig Jahre Planung im vereinigten Deutschland*. Kassel, 95-120.
- Langrock-Kögel, C. (2011); Tante Emmas Comeback; in: *enorm - Wirtschaft für den Menschen*, 1/2011, 84-89.
- Lessenich, S. (2013³); *Die Neuerfindung des Sozialen*. Der Sozialstaat im flexiblen Kapitalismus. Bielefeld.
- Naumann, M. & A. Fischer-Tahir (2013); *Peripheralization: The Making of Spatial Dependencies and Social Injustice*. Wiesbaden.
- Neu, C. (2010); Land- und Agrarsoziologie; in: Kneuer, G. & M. Schroer (Hrsg.): *Handbuch Spezielle Soziologien*. Wiesbaden, 243–261.
- Neu, C. (2011); *Daseinsvorsorge*. Eine gesellschaftswissenschaftliche Annäherung. Wiesbaden.
- Neumeier, S. (2012); *Why do Social Innovations in Rural Development Matter and Should They be Considered More Seriously in Rural Development Research? – Proposal for a Stronger Focus on Social Innovations in Rural Development Research*; in: *Sociologia Ruralis* 52, 1, 48-69.
- Pezzei, K. (2012); *Verkaufen können wir selber! Wie sich Landmenschen ihren Laden zurück ins Dorf holen*. Marburg.
- Rammert, W. (2010); *Die Innovationen der Gesellschaft*; in: Howaldt, J. & H. Jacobsen (Hrsg.): *Soziale Innovation*. Auf dem Weg zu einem postindustriellen Innovationsparadigma. Wiesbaden, 21-51.
- Redepenning, M. (2009); *Die Komplexität des Landes – neue Bedeutungen des Ländlichen im Zuge der Counterurbanisierung*; in: *Zeitschrift für Agrargeschichte und Agrarsoziologie* 57, 2, 46-56.
- Rodriguez-Pose, A. (1999); *Innovation Prone and Innovation Averse Societies*. Economic Performance in Europe; in: *Growth and Change* 3, 75-105.
- Rösener, W. (2011); *Agrarinnovationen und ihre Folgen vom Mittelalter bis zum 21. Jahrhundert*. In: *Zeitschrift für Agrargeschichte und Agrarsoziologie* 59, 1, 106-108.
- Rucht, D. & R. Roland (2008); *Die sozialen Bewegungen in Deutschland seit 1945*. Ein Handbuch. Frankfurt am Main.
- Seidl, A. (2013²); *Deutsche Agrargeschichte*. Frankfurt am Main.
- Spiegel, P. (2011); *Eine bessere Welt unternehmen*. Wirtschaft im Dienst der Menschheit – Social Impact Business. Freiburg im Breisgau.
- Stiftung Mercator (2012); *Sozialunternehmer – Chancen für soziale Innovationen in Deutschland*. Möglichkeiten der Förderung. Essen.
- Tworek, E. (2011); *Literarische Sommerfrische*. Künstler und Schriftsteller auf dem Land. München.
- Willisch, A. (2012); *Wittenberge ist überall*. Überleben in schrumpfenden Regionen. Berlin.
- Werner, A.-D. & T. Federwisch (2015); *Das Modell Dorfkümmerer als Konzept partizipativer Regionalentwicklung*. In: *Sozialwirtschaft aktuell* 9, 1-4.
- Yunus, M. (2008); *Die Armut besiegen*. Das Programm des Friedensnobelpreisträgers. München.





NAHV@RSORGE* – Multifunktionale Nahversorgung – das DORV-Konzept

Heinz Frey

Lebenslang in der sozialen Umgebung leben können – Dörfer und Stadtteile gewinnen nachhaltig an Lebensqualität – Zusammenbringen, was (nicht) zusammengehört – das sind Kernbotschaften des „DORV“-Konzeptes (Dienstleistung und Ortsnahe Rundum Versorgung). Durch das Zusammenbringen von Lebensmittelverkauf, Dienstleistungen, medizinisch sozialer Versorgung, Kommunikations- und Kulturangeboten in einem Zentrum, an einem Ort, in einem Ladenlokal wird Nahversorgung auch in kleineren Wohnstandorten wieder betriebswirtschaftlich möglich. Wesentlich

für den Erfolg ist dabei die positive Zusammenarbeit von Bürger/innen, privater Wirtschaft und öffentlicher Hand. Der Gewinn für unsere Gesellschaft ist vielfältig, im sozialen wie im kommerziellen Bereich.

Marktversagen, demografischer Wandel, Energiekostensteigerung

In vielen Wohnquartieren, sowohl im städtischen, aber vor allem im ländlichen Umfeld, schließen zunehmend Nahversorgungseinrichtungen, weil sie nicht mehr

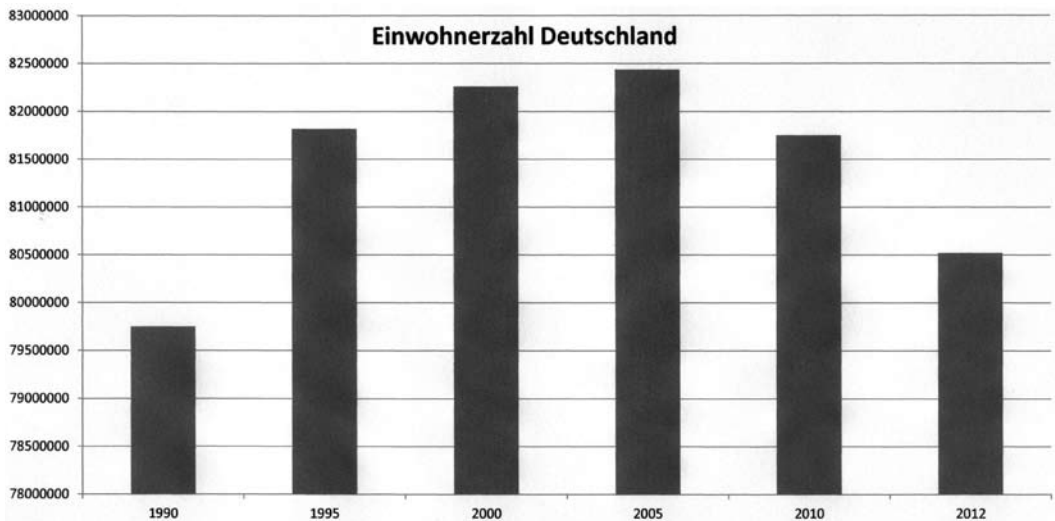


Abb. 1: Bevölkerungsentwicklung in Deutschland, Quelle: DORV basierend auf Daten des Berlin-Institutes für Bevölkerung und Entwicklung, 09/2013. – Tab. 1 (in Ergänzung zu Abb. 1) (Das Ergebnis des Zensus 2011 zählte deutlich weniger Einwohner als die Bevölkerungsfortschreibung, man kann also nicht sagen, dass die Einwohnerzahl zwischen 2010 und 2012 um eine Million gesunken ist – die Register waren einfach fehlerhaft. Zur Bevölkerungsentwicklung und den Folgen vgl. auch Bertelsmann Stiftung (Hrsg.): Wegweiser Demographischer Wandel 2020, Analysen und Handlungskonzepte für Städte und Gemeinden, Gütersloh 2006)

* „NAHV@RSORGE“ ist eine eingetragene Marke der DORV-Zentrum GmbH

Tab. 1: **Bevölkerung Deutschland**

Stichtag	Bevölkerung Anzahl
1990	79.753.227
1995	81.817.499
2000	82.259.540
2005	82.437.995
2010	81.751.602
2012	80.523.746

effizient betrieben werden können, Menschen ziehen weg, Immobilien verlieren ihren Wert, soziale und technische Infrastruktur schrumpft – das Wohnumfeld verliert an Lebensqualität. Ob demografischer Wandel, Marktversagen oder Konzentrationsprozesse in der Wirtschaft – die Folgen sind immer die gleichen: Menschen – oft Menschen mit eingeschränkter Mobilität – bleiben unterversorgt in den Wohnquartieren zurück. Die Zahl älterer Mitbürger/innen steigt, die Lasten für die jüngeren Gesellschaftsgruppen werden damit zwangsläufig höher. Die finanziellen und auch die sozialen Folgen sind unabsehbar (Abb. 1).

**„Wir können nicht mehr“ –
Überangebot an LEH-fläche,
Rückgang der Kleinflächen**

Dass kleine Händler mit ihren kleinen Verkaufsflächen bei der Entwicklung des Lebensmitteleinzelhandels (LEH) die Verlierer sind, ist eine bekannte Tatsache. Großflächige Einkaufsmärkte und auch Discounter rücken immer weiter von den Menschen weg. Der Verbraucher ist gezwungen, immer weitere Wege zurückzulegen, meist

aus der Mitte seines Wohnquartieres und seines Dorfes an den nächsten Stadtrand oder ins nächste Gewerbegebiet. Damit nehmen die zum Erwerb von Lebensmittel zurückgelegten Autokilometer ständig zu. Stets größere Flächenangebote nötigen dem Käufer zudem längere „Laufwege“ ab, um seinen Einkauf zu erledigen. Orientierungslosigkeit und Zeitaufwand stehen der Fülle an Angeboten gegenüber. „Wir können doch alle gar nicht mehr, mehr essen und trinken“, so der nüchterne Kommentar Betroffener. Es liegt unzweideutig ein Überangebot an Lebensmittelverkaufsfläche vor, der Verdrängungswettbewerb ist längst an der Tagesordnung. Leidtragende sind die Konsumenten. Und was soll dort noch eine Kleinfläche in der Ortsmitte? Was soll dort noch der kleine Lebensmittelhandwerker?

Negative Auswirkungen auf Wohnungsbestand, Immobilienwerte, Infrastruktur, ärztliche Versorgung, sozialer Treffpunkt

Schnell wird deutlich, dass der Rückzug der Nahversorgung aus der Fläche, aus dem ländlichen Raum und den Stadtrandquartieren gesellschaftliche Auswirkungen hat (Abb. 2).

Wohnungsleerstand führt häufig zu sinkenden Immobilienwerten, die soziale und technische Infrastruktur verfällt, soziale Treffpunkte gehen verloren. Älteren fehlt die Möglichkeit, in ihrer sozialen Umgebung alt zu werden, sie müssen in die „Zentren“ ziehen. Dort baut unsere Gesellschaft „Neues“, während Bestehendes in den Herkunftsorten Älterer zerfällt. Im ländlichen Raum verlieren Immobilien ihren

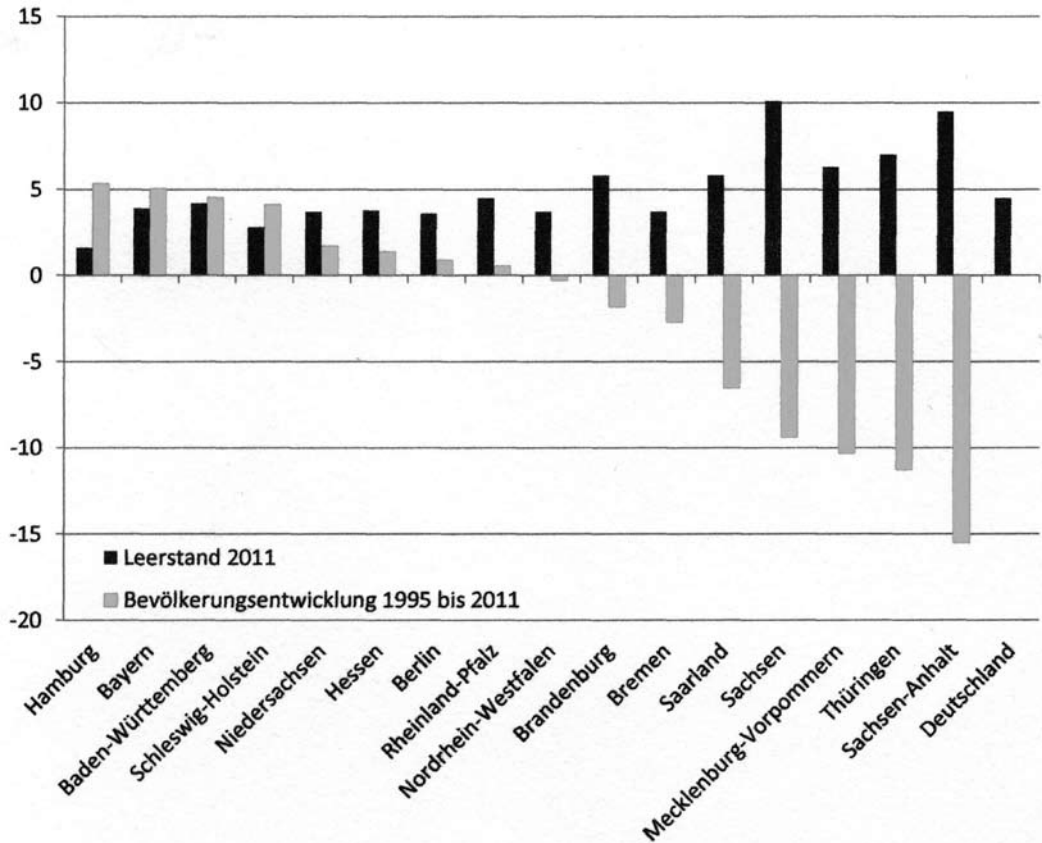


Abb. 2: Wohnungsleerstand, Übersicht nach Bundesländern, Quelle: DORV/Berlin-Institut, 09/2013
Tab. 2 (in Ergänzung zu Abb. 2)

Wert, während in den Ballungsräumen Einrichtungen neu geschaffen werden. Diese Entwicklung ist nicht nur volkswirtschaftlich zu hinterfragen, sondern stellt Menschen in ihren angestammten Wohnräumen vor gravierende Probleme. Galt einst das Eigenheim im Grünen als Alterssicherung, werden insbesondere Ältere heute mit der Situation konfrontiert, entweder in städtische Zentren mit attraktiver Infrastruktur zu ziehen oder, weil sie eine schwer oder nicht verkäufliche Immobilie besitzen, „gefangen in der Immobilie“ im Dorf zu verbleiben – dann aber zunehmend unversorgt. Sicher ist diese Entwicklung regional unter-

schiedlich, dennoch als Tendenz in vielen Regionen feststellbar. In allen Regionen gibt es einerseits lebendige Dörfer, die sich weiterentwickeln, andererseits Wohnstandorte, die faktisch aufgegeben werden. Die Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse ist zunehmend in Frage gestellt. Diese schon von Neu und Kersten aufgestellte These wird durch die Veröffentlichungen vom IASS und Berlin-Institut vom 09.09.2013 bestätigt (1). Deshalb bedarf es neuer Lösungsansätze und auf Teilhabe orientierte Versorgungskonzepte. Dazu leistet das DORV-Konzept einen wichtigen Beitrag.

Tab. 2: Zahlen zu Abb. 1

Bundesland	Leer-stand	Bevölke-rungsentw.
	2011	1995-2011
Hamburg	1,6	5,3
Bayern	3,9	5,0
Baden Würt.	4,2	4,5
Schleswig H.	2,8	4,1
Niedersachsen	3,7	1,7
Hessen	3,8	1,4
Berlin	3,6	0,9
Reinland Pfalz	4,5	0,5
Nordrhein-W.	3,7	-0,3
Brandenburg	5,8	-1,8
Bremen	3,7	-2,7
Saarland	5,8	-6,5
Sachsen	10,1	-9,4
Mecklenburg V.	6,3	-10,3
Thüringen	7	-11,3
Sachsen Anh.	9,5	-15,5
Deutschland, ges.	4,5	0,0

Bisherige Lösungsversuche – Einzelprojekte, Leuchtturmprojekte, Teillösungen

Es gab bisher keine geeigneten Lösungsansätze, die diese Problemlagen tatsächlich erkannt und bearbeitet haben. Es gab und gibt zahlreiche Ansätze, die Teilbereiche angehen. Die Grundversorgung aber bricht vielerorts dennoch zusammen – gerade sichtbar im Entstehungsort der DORV-Idee in Jülich-Barmen (westliches Rheinland),

wo es vor 12 Jahren kein Geschäft, keine Dienstleistung und fast keinen Treffpunkt mehr gab. Nur die „Einzellösung“ half, die darin bestand, dass jede(r) Bürger/in seine/ ihre Versorgung „mit dem Auto“ oder „über Verwandte/Nachbarn“ individuell löste. Auch andere bestehende Lösungsansätze, wie z. B. Lieferdienste, mobile Angebote, Mehrgenerationenhäuser, decken eine volle Rundumversorgung nicht ab. Letztere bieten zwar die „soziale Wärme“, sie können aber z. B. die Grundversorgung mit Lebensmitteln nicht parallel anbieten. Die ÖPNV-Versorgung ist in vielen ländlichen Regionen auf den Schülerverkehr ausgerichtet. Ein regelmäßiger öffentlicher Busverkehr, der die An- und Abfahrt zum Einkaufen oder die Teilnahme an Angeboten in bestehenden Begegnungsstätten ermöglicht, besteht vielfach nicht mehr. Chancen bieten die an vielen Modellstandorten entwickelten und z. T. erprobten alternativen, flexiblen Bedienformen im ÖPNV und zahlreiche weitere (teil-)private Initiativen zur Bewältigung der Mobilitätsdefizite im ländlichen Raum. (BMVBS, Bedienformen, Bonn 2009, S. 22 f. u. Kuratorium Deutsche Altenhilfe, Köln 2011, S. 27). Aber genau da liegt das Problem, dass diese Einzelprojekte alleine nicht tragfähig sind. Oft brechen diese Lösungen weg, wenn gewährte Förderungen wegfallen oder die Initiatoren sich zurückziehen. Permanente Alimentierungen für Einzelprojekte sind nicht sinnvoll und auch nicht machbar.

Multifunktionale Nahversorgung – das DORV-Prinzip

Und genau darin liegt die Chance: Zusammenarbeit, Integration und Vernetzung von

Angeboten. Sie führen zu mehr Frequenz im DORV-Zentrum (quartVier-Zentrum als städtische Variante) und tragen zu einer betriebswirtschaftlichen Basis bei. Zentren mit einer multifunktionalen Nahversorgung, in denen Leistungen gebündelt werden, sichern eine wirtschaftliche Basis für Teilangebote. Das Bündeln von Versorgungseinrichtungen in einem DORV-Zentrum sichert die betriebswirtschaftliche Grundlage einerseits, die notwendige Grundversorgung aller Bewohner/innen andererseits. Der soziale Mehrwert steht im Vordergrund. Er ist verbunden mit einem notwendigen Wertewandel in der Gesellschaft. Der Mehrwert ist verbunden mit einer Verbesserung der gesamten Daseinsfürsorge und

bezieht neben der Lebensmittelversorgung Dienstleistungen, soziale und medizinische Versorgung sowie kulturelle und kommunikative Angebote mit ein. Letztlich sind auch die Bereiche der Infrastruktur (u. a. Versorgung, Entsorgung, Mobilität) mit zu beachten. Dies findet u. a. Bestätigung in der Veröffentlichung des BMVBS: Ohne Auto, Berlin 2011, hier insbes. S. 8 ff. u. S. 32ff.

Neben Lebensmitteln, öffentlichen, halb-öffentlichen und privaten Dienstleistungen werden im sozialen, medizinischen, kulturellen und kommunikativen Bereich Angebote zusammengeführt, so dass auch sie sich betriebswirtschaftlich rechnen. Multi-



Abb. 3: Übersicht des vielfältigen Zusatzangebotes im DORV/quartVier-Zentrum, Quelle: DORV, 9/2013

funktionale Nahversorgung (Nahv@rsorge) lässt den Treffpunkt im Dorf, im Quartier genau da entstehen, wo sich andere zurückziehen. Freiwilligenagenturen, Mehrgenerationenhäuser, neue Wohnformen, alternative Mobilitätskonzepte, Lieferdienste, Holdienste erhalten eine dauerhafte Existenz, weil nur in dieser neuartigen Form der Bündelung Geld verdient wird, was neben all dem bürgerschaftlichen Engagement und Fördermitteln eine wirtschaftliche Basis schafft, diese komplexen Angebote dauerhaft zu erhalten. Das ist Nachhaltigkeit. Die Kooperation mit gewerblichen Anbietern wie Pflegediensten und Wohlfahrtsverbänden verstärkt dies noch und schafft die klassische „win-win-Situation“ gleich dreifach.

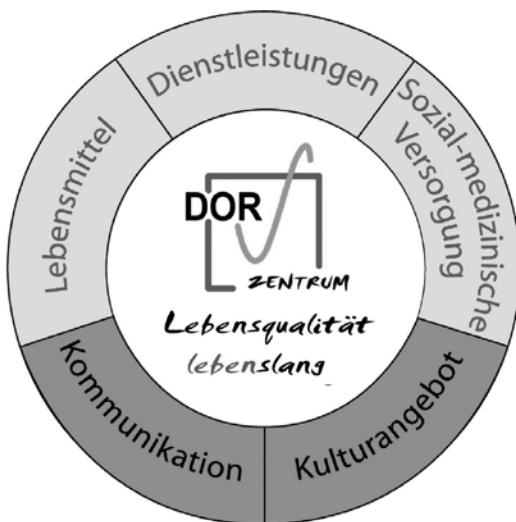


Abb. 4: Lebensqualität auf der Basis der multifunktionalen Nahversorgung - fünf Säulen, Quelle DORV, 9/2013

Fünf Grundprinzipien sichern den Erfolg und schaffen sogar Wettbewerbsvorteile gegenüber dem Discounter und Supermarkt. Bestätigt wurde das bereits vor Jahren durch Erkenntnisse renommierter Ins-

titute, wonach den Supermärkten Kunden weglaufen. Die Alternative sieht insbesondere für den ländlichen Raum im Rahmen des DORV-Konzepts wie folgt aus:

Bündelung – möglichst viele, bis dahin unvereinbare Angebote, werden zusammengebracht, alles unter einem Dach, in einem Ladenlokal, aus einer Hand mit eigenem Personal. Dies spart Betriebs- und Personalkosten.

Konzentration – ein passgenaues Angebot als Grundversorgung, klar ausgerichtet an den Bedürfnissen der Bürgerinnen und Bürger. Es wird das angeboten, was die Menschen wollen, nicht das, was die Lebensmittelbranche will. Hierzu dienen gezielte Kundenbefragungen, die Vereinsstruktur, die Nähe, die Identität von Betreiber und Kunde.

Regionales Prinzip – durch die Einbindung von regionalen Anbietern wird einerseits eine hohe Transparenz hinsichtlich Qualität, Herkunft und Transport der Waren geschaffen. Andererseits werden die bestehenden Standorte der Zulieferer (Landwirt, Bäcker und Metzger) durch zusätzlichen Absatz gestärkt.

Qualität – handwerkliche Qualitätsarbeit, frische Produkte und räumliche Nähe als Wettbewerbs- und Standortvorteil werden konsequent genutzt, gerade vor dem Hintergrund einer zunehmend kritischeren Betrachtung der Lebensmittelversorgung durch Großkonzerne. „Einfach, aber besser sein“, ist der Leitspruch der DORV-Betreiber.

Neue Medien – Entfernungen entfallen durch den Einsatz moderner Technik als Kommunikationsmittel, aber auch als Grundlage des Betriebsablaufs. So werden manche Wege zur Innenstadt, Kernstadt, Kreisstadt überflüssig. Ganz nebenbei

haben die Menschen im Ort wieder Zeit, miteinander zu plauschen und sparen angesichts steigender Energiekosten Geld für Einkaufsfahrten.

Kunden sind nicht nur alte Menschen, sondern die gesamte Bürgerschaft. Jeder findet seinen Weg zum DORV-Zentrum, weil dort ganz individuell seinem Bedarf entsprochen wird. Als Beispiel seien die jungen Familien genannt. Sie haben die Möglichkeit auf das Zweitauto zu verzichten, erst recht wenn im Nahversorgungszentrum alternative Beförderungsmöglichkeiten angeboten werden (Carsharing, organisierte Mitfahrgelegenheiten, Bürgerbus, Dorfauto). Im Gegenzug dazu bindet das DORV-Zentrum Kundenfrequenz und steigert den Umsatz. Und genauso sichern alle Bewohner die Versorgung der älteren Mitbürger/innen.

Chancen für unsere Gesellschaft – Zukunft trotz Schrumpfung

Ökologische Aspekte, Umweltschutz, Ressourcen schonen, der Energiekostensteigerung trotzen, Entfernungen reduzieren, regionale Angebote ganz bewusst mit einbinden – alles das sind Ansätze und Chancen für eine vorsichtige Neuausrichtung unserer Gesellschaft. Die regionale Wertschöpfung knüpft an solchen neuen Ansätzen an und baut auf Ihnen auf. Das Geld der Bürger/innen bleibt in der Region, Produktionsstätten und Arbeitsplätze werden erhalten und neue geschaffen, Transportwege werden verkürzt, Infrastruktur wird gesichert, Werte bleiben erhalten. Gesunde und frische Lebensmittel stehen zur Verfügung.

Gesunde und bewusste Ernährung als Folge – täglich frische Lebensmittel aus der

Region, kurzen Wege, das Rezept an der Ladentheke, der „Kochkurs“ im DORV-Zentrum, Ernährungskurse usw. usf., und Kinder lernen wieder das Einkaufen und einheimische Lebensmittel schätzen. All das sind Werte, die es zu stärken gilt.

Moderne Medien und innovative Mobilitätsangebote nutzen und sinnvoll einsetzen – damit lassen sich Ansätze gestalten, Wohnen und Arbeiten wieder zusammenzubringen. Gerade für bestimmte ländliche Regionen liegen hier immense Chancen, die Zukunft zu sichern. Nicht jeden Tag in die Firmenzentrale zu müssen, zu Hause arbeiten zu können, gut versorgt in der Dorfmitte: Solche Ansätze bringen für Menschen einen Gewinn – einen Gewinn an Zeit für die Familie, für den Beruf, für die Freizeit, Zeit für das gemeinschaftliche Engagement.

Babyboomer (wieder) mit einbinden – Dahinter verbirgt sich die einfache Vorstellung, der Generation 55+ im sogenannten dritten Lebensabschnitt Chancen zur Teilhabe, zum bürgerschaftlichen Engagement zu bieten. Sie können sich beteiligen und können der jüngeren Generation mit nicht monetären Mitteln ein wenig davon zurückzahlen, was die junge Generation aufwenden muss zu ihrer späteren Versorgung. Das ist eine einfache Antwort auf den demografischen Wandel. Doch auch für diejenigen, die im Alter hinzuverdienen müssen, finden sich hier Möglichkeiten.

Bestehende Immobilien nutzen, statt neue zu schaffen, und die vorhandenen Immobilienwerte sichern. Soziale und technische Infrastruktur dauerhaft erhalten. Dahinter verbergen sich einfache Zusammenhänge. Es kann sinnvoll sein, statt in Ballungsräumen oder Innenstadtlagen in nachfragestarken Wohngebieten neue Strukturen zu

schaffen und die bestehenden Strukturen einer neuen „wertvollen“ Nutzung zuzuführen. Neue Wohnformen für Jung und Alt sind bedarfsgerecht, barrierefrei, flexibel dem Bedarf anzupassen – Betreuung eingeschlossen. Das sind die Kitas für Kinder, das ist Betreutes Wohnen für die Älteren. Unbedingt muss an dieser Stelle noch einmal auf die schon erwähnte Veröffentlichung des IASS und Berlin-Instituts vom 9.9.2013 hingewiesen werden. Überzeugend wird darin bestätigt, dass nicht alle Dörfer überleben werden, dass nicht alle Räume gleich zu erhalten sind. Wichtig ist aber auch zu erkennen, dass solche Entwicklungen nicht einheitlich auf bestimmte Regionen pauschal zu übertragen sind, sondern ganz individuell überall in Deutschland geschehen werden. (Kuhn, Eva, Klingholz, Reiner, 2013 u. Schriftenreihe des Verbraucherzentrale Bundesverbandes zur Verbraucherpolitik u. 2006, BMELV, 2008)

Praxisorientierte Umsetzung – Analysen, Strategien, Erfolgsfaktoren

Basisanalyse – Bedarfsanalyse - sehr differenziert, individuell, kleinräumig

Die genaue Analyse der örtlichen Versorgungssituation (Basisanalyse) umfasst die Bereiche der Bevölkerungsentwicklung, der Mobilität (Erfassung der Verkehrssituation), die Ermittlung potentieller Kooperationspartner für die ganz unterschiedlichen Angebote (z. B. private Dienstleistungen, Unternehmen, soziale Träger und auch die öffentlichen Verwaltungen), die Berechnung der Kaufkraft und die Engagementbereitschaft der Bürger/innen. Parallel findet eine Einbeziehung und Aktivierung der

Bevölkerung statt. In Bürgerworkshops wird der Grundstein zur Bildung von Arbeitsgruppen mit dem Ziel gelegt, dass Menschen Verantwortung für die Versorgungssituation im Dorf oder im Quartier übernehmen. Eine Befragung der Bevölkerung durch aktive Bürger/innen vor Ort (Bedarfsanalyse) dient der Erfassung der ganz konkreten Bedarfe und der Grundeinstellung zum Projekt einer ortsnahe Versorgung am jeweiligen Standort. Zudem sollen durch diese Haus-zu-Haus-Befragung die bisher noch nicht aktiven Bürger informiert, aktiviert und zur Unterstützung des Projektes motiviert werden. Die Resonanz in der Bevölkerung spiegelt sich in den Rücklaufquoten der Fragebögen. Am Ende steht vielfach die finanzielle Beteiligung der Bürger/innen an ihrem neuen Nahversorgungszentrum – die sogenannte DORV-Aktie.

Umsetzungsstrategie – fachliche Begleitung bis zur Eröffnung und darüber hinaus

Nicht immer stehen Lebensmittel im Vordergrund der Wünsche. Dienstleistungen, Orte der Begegnung, medizinische Versorgungsangebote und Lösungen der Mobilitätsdefizite werden ebenso nachgefragt. Der Ansatz der umfassenden Daseinsfürsorge wird darüber bestätigt. Alle Lösungsansätze sind individuell auf den jeweiligen Standort zugeschnitten und aus der Methodik des Vorgehens heraus entwickelt. Die einzelnen Elemente sind dann auf andere Standorte übertragbar.

Weitere Analysen und Umsetzungsschritte folgen:

- Raum- und Strukturanalyse: Aufnahme der Daten möglichst kleinräumig für den jeweiligen Ort

- Partneranalyse: Region analysieren, Partner gewinnen und Vertragskonditionen gestalten, die beiden Seiten gerecht werden
- Betreiberstruktur festlegen: GmbH, gGmbH, Genossenschaft oder GbR... – individuell und abgestimmt mit den Akteuren vor Ort
- Machbarkeitsanalyse: Mitwachsender Businessplan – eine von Anfang an klare Kostentransparenz ermöglicht jederzeit Korrekturen, wenn sich Rahmenbedingungen verändern.
- Begleitung in der Umsetzungsphase: Hilfen geben, Fehler vermeiden, Strukturen und Kooperationen nutzen, von Erfahrungen lernen, von Weiterentwicklung profitieren...
- Planung und Umbau von Einrichtungen: Das System DORV muss in die vorhandenen Strukturen implementiert werden. Hierbei liegt natürlich das neuartige Ladenkonzept der allumfassenden einen Bedien- und Servicetheke zugrunde.
- Begleitung des Realbetriebes: Die „DORV-Familie“ gibt Hilfen, hilft Fehler zu vermeiden, überträgt Strukturen, bietet Kooperationen, gibt Erfahrungen weiter und bietet eine interne Qualitäts- und Kostenkontrolle.

Erfolgsfaktoren finden sich in der gezielten Personalauswahl, der minimierten und optimierten Raumausstattung, der konzentrierten Warenauswahl, der Qualität der regionalen Partner, der finanziellen Beteiligung der Bürger/innen, dem Engagement der Politik und natürlich im auf das gesamte Umfeld abgestimmten Betreiberkonzept.

Was ist DORV eigentlich und was löst es?

Alternde Gesellschaft, sinkende Wirtschaftsleistung, steigender Schuldenstand sind Signale für Probleme, die gelöst werden müssen, um unsere Gesellschaft zukunftsfähig zu gestalten. Eine aktive Bürgerschaft, die die Zusammenarbeit mit der privaten Wirtschaft und der öffentlichen Hand aktiv mitgestaltet, ist in der Lage, ihren Lebensraum, ihre Wohnquartiere in Stadt und Land auch beim Rückgang der öffentlichen Mittel zu gestalten. Und damit ist DORV kein, aber auch ein Dorfladen. „Sozialkapital“ ergründen – stärken und fördern, das ist die Chance der Bürger/innen. Dazu gehören alle! – Jung und Alt zusammenzubringen – soziale Verantwortung übernehmen – ein Miteinander im Alltag – bieten Lösungsansätze. Durch die Vernetzung bestehender Vereine und Aktivitäten, von Kirchen und sozialen Einrichtungen generiert sich neues Sozialkapital. Aber auch private Einrichtungen, bestehende Betriebe und öffentliche Einrichtungen tragen durch Kooperation, Integration und Vernetzung zum Gelingen des DORV-Konzepts bei. Hierbei ist die Vereinsdichte und das damit einhergehende Engagement der Bevölkerung ein zuverlässiger Indikator. Lebenslang in der sozialen Umgebung leben können, zusammenbringen, was (nicht) zusammengehört, Kinder lernen wieder einkaufen, frische Produkte und gesunde Ernährung aus der Region – all dies ist das Ergebnis: Die multifunktionale Nahversorgung im DORV-Zentrum oder im Quartier-Zentrum.



Abb. 5: gesellschaftliche Wirkung und Folgen der neuen multifunktionalen Nahversorgung; Quelle: DORV, 9/2103

Zusammenfassung

In der bewussten und positiven Zusammenarbeit von privater Wirtschaft, öffentlicher Hand und den Bürger/innen liegen Chancen, Nahversorgung im Zentrum des Wohnumfeldes (Dorf oder Quartier) zu stärken, zu erhalten oder wieder herzustellen. Doch alle müssen etwas ändern: Die Bürger/innen sollten Abstand nehmen von einer egoistischen Konsumhaltung, sie sollten das soziale Miteinander wieder lernen. Vereine/Einrichtungen (Sport, Kultur, Soziales...) sollten ihr oft gegeneinander gerichtetes Nebeneinander aufgeben und sich vernetzen und kooperieren. Eine Frei-

willigenkultur entsteht und Bürgerengagement wirkt.

Der Staat, die öffentliche Hand, Verbände und Politik sollten loslassen und die Bürger/innen in ihrem kreativen Tun nicht eingengen oder behindern, sondern sie sollten Neues zulassen. Die private Wirtschaft wird Chancen erkennen, Kooperationen mit anderen Partnern eingehen und Synergien nutzen.

Wer soll sich, wer muss sich, wer will sich, wer darf sich drum kümmern?

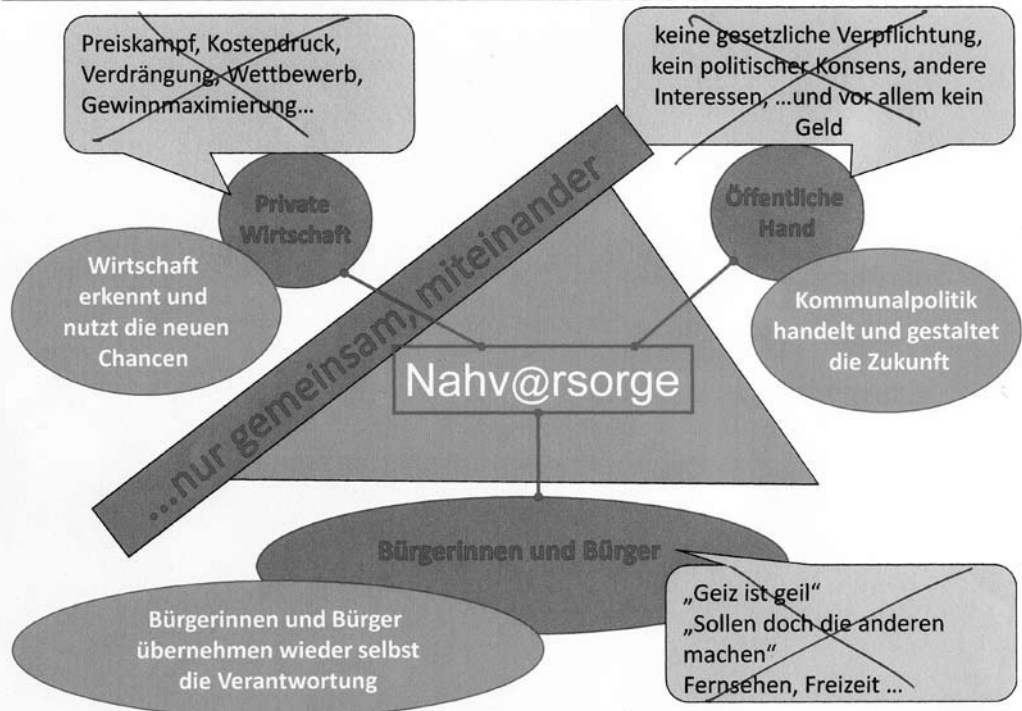


Abb. 6: das kooperierende Positivdreieck – die DORV-Vision, Quelle DORV, 9/2013

Dass dies alles auch ein neues Verständnis von Demokratie und Mitbestimmung erfordert, ist kein Wunder. Die „event“-Demokratie sollte positiv genutzt werden, dass Bürger/innen mit ihren Projekten ihren Lebensraum wieder selbst gestalten (2).

Dann gestalten Mutbürger die Gesellschaft, sie nehmen Gutbürger mit und verdrängen die Wutbürger.

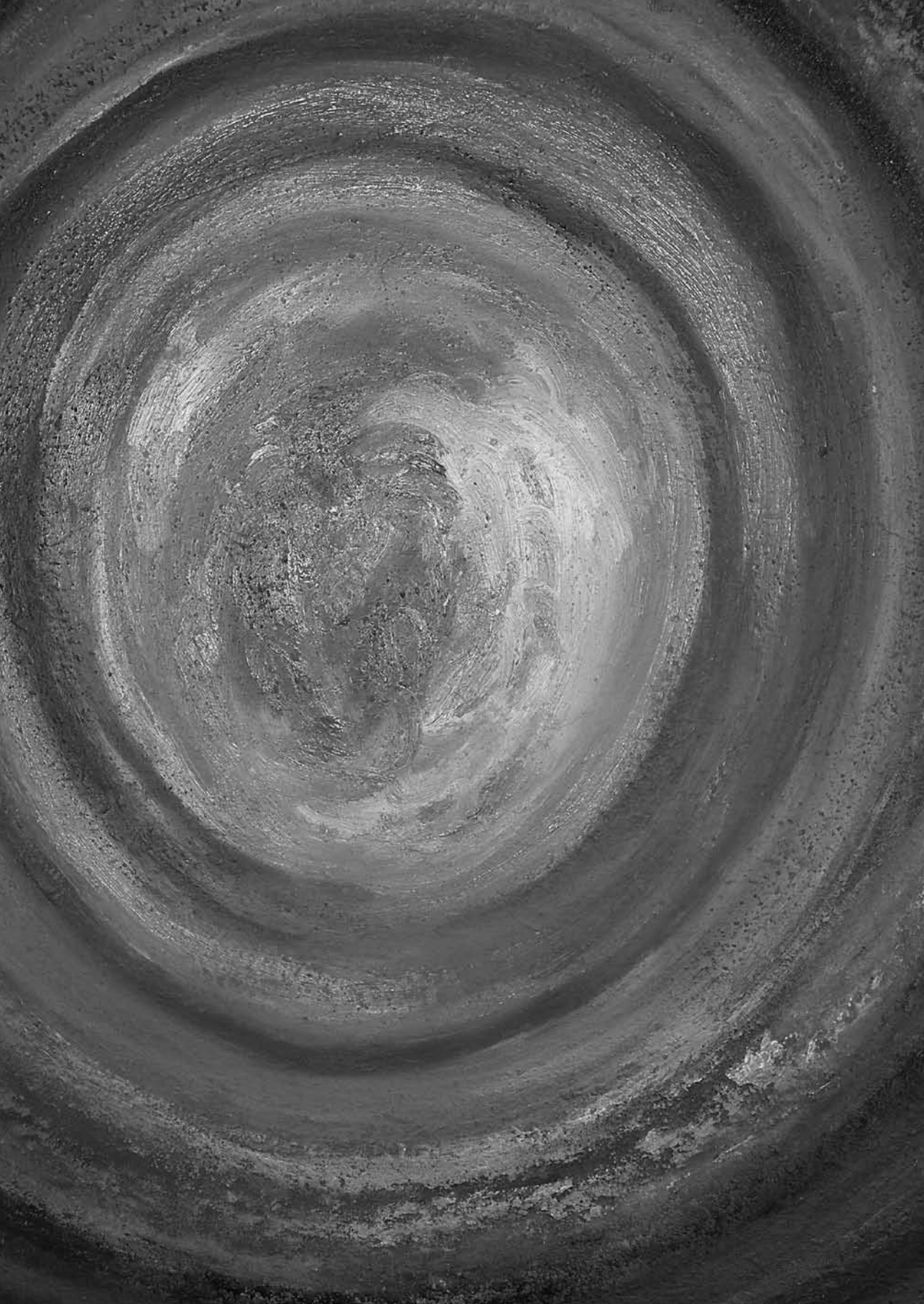
Verzeichnis der Anmerkungen

- (1) Vgl.: Neu, Claudia: Demographischer Wandel, Infrastruktur und Bürgerengagement, auf dem Dialogforum „Bürgerschaftliches Engagement in ländlichen Räumen – Ressource für Lebensqualität und Zukunftsfähigkeit“, hier: Nationales Forum für Engagement und Partizipation, beim Deutschen Verein für öffentliche und private Fürsorge e. V., Berlin, 11. Nov. 2011 und Kersten, Jens: Abschied von der Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse, UPR – Zeitschrift f. Umwelt und Planungsrecht, 7-2006, S. 245–252. Aktuell: Kuhn, Eva, Klingholz, Reiner: Vielfalt statt Gleichwertigkeit, Berlin, September 2013.
- (2) Vgl. u. a.: Embacher, Serge: Baustelle Demokratie, Hamburg 2012, vgl. weiter: Berlin-Institut: Die demografische Lage der Nation, was freiwilliges Engagement für die Region leistet, Berlin 2011.

Literatur

- Die demografische Lage der Nation, was freiwilliges Engagement für die Region leistet, Berlin-Institut, Berlin 2011.
- Die Zukunft der Dörfer, Berlin-Institut, Berlin Nov. 2011.
- Embacher, Serge; Baustelle Demokratie, Hamburg 2012.
- Forum Seniorenarbeit: Seniorenarbeit und Politik in ländlichen Räumen, Kuratorium Deutsche Altenhilfe, Köln 2011.
- Handbuch zur Planung flexibler Bedienformen im ÖPNV, BMVBS, Bonn 2009.
- Hat der ländliche Raum eine Zukunft?, Schriftenreihe des Verbraucherzentrale Bundesverbandes zur Verbraucherpolitik, Verbraucherzentrale Bundesverband e. V., Berlin 2006.
- Kersten, Jens; Abschied von der Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse, UPR – Zeitschrift f. Umwelt und Planungsrecht, 7-2006, S. 245–252.
- Klingholz, Reiner (Berlin-Institut); Kuhn, Eva (IASS); Vielfalt statt Gleichwertigkeit, Was Bevölkerungsrückgang für die Versorgung ländlicher Regionen bedeutet, Berlin, Sept. 2013.
- Neu, Claudia; Demographischer Wandel, Infrastruktur und Bürgerengagement, auf dem Dialogforum „Bürgerschaftliches Engagement in ländlichen Räumen – Ressource für Lebensqualität und Zukunftsfähigkeit“, hier: Nationales Forum für Engagement und Partizipation, beim Deutschen Verein für öffentliche und private Fürsorge e. V., Berlin, 11. Nov. 2011.
- Ohne Auto einkaufen, BMVBS, Berlin 2011.
- Versorgung mit Waren des täglichen Bedarfs im ländlichen Raum, Institut für Ökologische Wirtschaftsforschung gGmbH (IÖW), Berlin 2005.
- Wegweiser Demographischer Wandel 2020, Analysen und Handlungskonzepte für Städte und Gemeinden, Bertelsmann Stiftung (Hrsg.); Gütersloh 2006, Zukunft ländlicher Räume, BMELV Stuttgart 2008.





„Gemeinsam geht es besser“. Reziprozität bei Pflegebedürftigkeit und Demenz in Familien und gemeinschaftlichen Wohnprojekten

Rolf Pfeiffer und Andreas Lampert

Worum geht es?

Jede Erkrankung verursacht neben den physisch diagnostizierbaren, pathologischen Veränderungen auch soziale Begleit- und Folgeerscheinungen. Dabei geht es neben den Fragen des klinischen Bedarfs an Pflege und Unterstützung insbesondere auch um Fragen der Kompensation, der Fürsorge im Rahmen sozialer Bindungen und des Zusammenlebens mit den Erkrankten sowie Möglichkeiten zur weitgehend eigenverantwortlichen Gestaltung des alltäglichen Lebens. Die Erkrankung selbst erlangt in dem Maße eine manifeste Realität, wie Veränderungen von den Beteiligten als irreversibel eingeschätzt werden. Vor dem Hintergrund der Demenz lohnt ein Blick auf die Strukturen der Familie. Als Sozialgefüge eigener Art gelten Familien als zentrale Orte der Vermittlung gesellschaftlicher und subjektiver Perspektiven für die Entwicklung einer eigenen Identität. Aus gesellschaftlicher Sicht geraten Familien nach wie vor als „Normalfolie“ für die Beantwortung der Frage nach sozialer Unterstützung im Alter oder bei Erkrankungen in den Blick. Familienmitglieder übernehmen Pflegeaufgaben für demenziell erkrankte Menschen außerhalb professioneller Arrangements. Sie leisten auch im Rahmen ihrer Möglichkeiten symbolische Unterstützung durch Besuche, die Übernahme administrativer Leistungen im Rahmen von Betreuungen oder Geldtransfers für Heimunterbringungen. Im

Hinblick darauf werden im ersten Teil des Artikels wesentliche sozialwissenschaftliche Perspektiven auf Familie beleuchtet und der Einfluss demenzieller Erkrankungen auf die sozialen Beziehungen in Familien reflektiert.

Im zweiten Teil wird der Familienbegriff für das gemeinschaftliche Wohnen – insbesondere im Alter – als wahlverwandtschaftlich organisierte gegenseitige Unterstützung erweitert. Heute leben viele Menschen nicht mehr in „traditionellen“ familiären Arrangements. Statistische Befunde verweisen auf eine zunehmende Zahl von Singlehaushalten oder auch von Partnerschaften ohne Kinder. Die familiären Bindungen zwischen den Generationen sind durch die globale Arbeitswelt heute oft geografisch distanziert. Daher erscheint es opportun, die frei gewählten neuen Formen des Zusammenlebens in Altenwohngemeinschaften und Mehrgenerationenprojekten hinsichtlich ihres familienähnlichen Unterstützungspotentials zu betrachten und mit jenen in Familien zu vergleichen.

Die Wirkungsfähigkeit gegenseitiger Hilfen innerhalb solcher quasi-familiärer Wohnformen bezieht sich nicht speziell auf die Demenz. Sie schließt aber bei Bedarf einen solchen Fall nicht grundsätzlich aus. Die Unterstützung wird durch die Betreuung in der Gruppe auf mehrere Schultern verteilt und dadurch erträglicher und wahrschein-

licher. Diese heute schon vielerorts praktizierten gemeinschaftlichen Lebensformen berücksichtigen demografische Entwicklungen und bieten eine Alternative und Ergänzung zur Pflege durch leibliche Verwandte oder durch Professionelle in stationären Wohnformen. Im Hinblick auf die alternde Gesellschaft stellen solche wahlverwandtschaftlichen Wohnformen ein politisch förderungswürdiges Potential dar. Doch zunächst zu unserem Ausgangspunkt, der Familie und ihren Reziprozitätsverpflichtungen.

1. Demenzkranke in Familien

1.1. Reziprozität in intergenerationalen Familienbeziehungen

Hinter der Bezeichnung „Reziprozität“ verbirgt sich die Logik des Ausgleichs von Geben und Nehmen, der Gabe, die eine Gegengabe verlangt. Klassische sozialanthropologische Studien, wie „Die Gabe“ von Mauss (1925) belegen, dass Reziprozität als strukturbildendes Element auf die soziale Organisation der Verwandtschafts-, Wirtschafts- und Rechtsbeziehungen einwirkt (vgl. Mauss 1978). In modernen Gesellschaftsformen finden wir Reziprozität ausdifferenziert, ritualisiert und oft auch privatisiert. Wahrnehmbar wird diese beispielsweise an Feiertagen wie Weihnachten oder an Geburtstagen, wenn wir unsere Angehörigen und Freunde beschenken und selbst beschenkt werden. Aber auch der Handel Arbeit gegen Lohn stellt eine Austauschbeziehung mit dem Ziel sozialer Anerkennung dar. Obgleich reziproke Beziehungen in der Öffentlichkeit gegenwärtig nahezu ausschließlich unter ver-

traglichen oder wirtschaftsökonomischen Gesichtspunkten diskutiert werden, gilt die Anerkennung von Reziprozitätserfordernissen als Regulativ und integrationserleichternd. Dies wird insbesondere für das Zusammenleben in Familien angenommen. Als Grundlage für reziproke Beziehungen gilt das Vertrauen darauf, dass momentane Solidaritätsleistungen in Fällen der eigenen Bedürftigkeit ausgeglichen werden (vgl. Adloff et al. 2005, S. 9 ff.). Werden soziale Beziehungen aus der Perspektive der Reziprozität betrachtet, dann gelangen auf der Makroebene der Gesellschaft Aspekte des Ausgleichs zwischen den Generationen oder zwischen ungleichen Lebenslagen innerhalb der gleichen Generation in den Blick. Auf der Mikroebene sind es die Austauschbeziehungen zwischen adressierbaren Gruppen oder Einzelpersonen. Was dabei als reziproker Ausgleich wahrgenommen und akzeptiert wird, spiegelt sich in Traditionen, in Institutionen oder auch in der politischen Willensbildung – letztlich in Deutungs- und Handlungsprozessen, die den Fortbestand einer sozialen Wirklichkeit sichern und zur Weiterentwicklung sozialer Verhältnisse vor dem Hintergrund von Gerechtigkeitsdebatten beitragen (vgl. Lesenich et al. 2005, S. 257 ff.). Hier kann beispielhaft auf die Diskussionen im Kontext des demografischen Wandels verwiesen werden. Hinter diesen Debatten stehen noch offene Fragen nach dem solidarischen Ausgleich zwischen den Generationen. Vor dem Hintergrund einer wahrgenommenen „diachronen Risikostruktur“ nehmen junge Menschen die zukünftig Pflegebedürftigen als Hypothek wahr (vgl. Werner 2006 a). Im Hinblick auf die Generationenlage kann hier auch von einer „Ungleichzeitigkeit des Gleichzeitigen“, von der Not-

wendigkeit einer diachronen Ethik gesprochen werden (vgl. Veith 2006, S. 38 ff., S. 161 ff.). Konfliktlinien verlaufen jedoch auch zwischen Familien und Kinderlosen, Erben und Nicht-Erben, letztendlich zwischen allen Gruppen, die aufgrund erwarteter Einschränkungen Gerechtigkeitsfragen des Ausgleichs knapper Ressourcen formulieren (vgl. Kwapił 2013). Damit verbunden sind ebenso Fragen der Nachhaltigkeit oder auch der Reflexion eines auf ökonomische Aspekte reduziert wahrgenommenen gesellschaftlichen Wachstumsparadigmas bis hin zu dem Störungspotential der durchrationalisierten subjektiven Zeitschemata (vgl. Werner 2006 b; vgl. Hesse 2008; vgl. Hirt 2008).

In intakten Familien wird intergenerationelle Solidarität praktiziert und gelebt. Weder die Erziehung des Nachwuchses noch die Pflege der älteren Generation lassen sich unter rationale Gesichtspunkte ordnen. Sie gelten vor dem Hintergrund der Verteilung von Ressourcen als „Eigenzeiten“. Familien können daher auch als „Freischärler ihrer eigenen Zeit“ bezeichnet werden (vgl. Hildenbrand 2012, S. 30 ff.). In einer intergenerationellen Bilanz ist damit das Risiko pflegebedingter Auszeiten verbunden. Familien setzen einer Kultur mit einem dominant zielorientiert messbaren Umgang mit der Zeit, einen zyklischen Ausgleich der Perspektiven des Gebens und Nehmens in intergenerationellen Zusammenhängen entgegen. Dahinter ist durchaus ein auf Emotionalität, Vertrauen und Verlässlichkeit basierender Reziprozitätsgedanke zu vermuten. Eltern erbringen für ihre Kinder eine Vielzahl von Erziehungs-, Pflege-, Fürsorge- oder auch Transferleistungen, die als Verpflichtungsgefühl der Kinder ihren Eltern gegenüber wahrgenommen werden.

Das Vorenthalten der wechselseitigen Unterstützung gilt als begründungsbedürftig. Kann eine wechselseitige Fürsorge aus bestimmten Gründen weder als persönliche noch als symbolische Leistung (beispielsweise durch Geldtransfers für Pflegeleistungen) erbracht werden, resultieren daraus oft Schuldgefühle. Etwa 80 Prozent der 1996 im Deutschen Alters-Survey befragten Personen mit lebenden Kindern gaben als Motiv für die Unterstützung von Angehörigen an: „Meine Eltern haben so viel für mich getan, dass ich ihnen auch etwas zurückgeben möchte“ (Hollstein 2005, S. 201). Der Druck zur wechselseitigen Hilfe zwischen den Generationen führt – vor dem Hintergrund gesellschaftlicher Schnelllebigkeit, der Produktivitätsverdichtung und den damit verbundenen Auswirkungen auf die Erwerbstätigkeit – im Binnengefüge der Familie nicht selten zu Überlastungserscheinungen. In dieser Hinsicht gelten Familien als bedrohte Orte gelebter Reziprozität. Formen der wechselseitigen Unterstützung werden erschwert, wenn marktrationale Formen des Austauschs die auf Ganzheitlichkeit zielenden, zwischenmenschlichen Beziehungen beeinflussen. Zwischenmenschliche Beziehungen erlangen durch den Aspekt der gemeinsamen Entwicklung die Bestimmtheit der exklusiven, auf die ganze Person gerichteten Inklusion der aufeinander bezogenen Akteure. Für marktrationale, auf Geld und Zahlungsfähigkeit gerichtete Prozesse gelten die Prämissen der Geschwindigkeit und der spezifischen Anschlussfähigkeit. Zeit kostet Geld und als Vertragspartner kommen nur zahlungswillige Marktteilnehmer in Betracht. Damit sind zwei zentrale Unterschiede zu der von Emotionalität geleiteten Kommunikation von Familienmitgliedern benannt. Wird

die professionelle Pflege beispielsweise als symbolische Reziprozitätsleistung gegen Bezahlung delegiert, tritt der Eigenzeit der familiären Zuwendung eine temporäre Bindung gegenüber. Das Pflegepersonal kann wechseln. Das an standardisierten Organisationsroutinen angelehnte Beziehungsangebot wird nur für jene Marktteilnehmer aufrechterhalten, solange ihnen die Leistung das Geld wert oder solange das Angebot bezahlbar erscheint. Die Semantik des Marktes und die Semantik der intimen Kommunikation in Familien sind folglich nicht deckungsgleich. Sie werfen an den Schnittstellen zwischen Familien und Gesellschaft ethische Fragen auf. Dabei geht es um die Bewertbarkeit von Reziprozitätserfordernissen, des Ausgleichs erhaltener und auf die Zukunft gerichteter Fürsorgeleistungen (vgl. Eggen 1994).

Damit sind auch Fragen nach der Ausgleichsgerechtigkeit zwischen den Geschlechtern verbunden. Ungleiche Verhältnisse zeigen sich dann oftmals zwischen den auf berufliche Linearität hin sozialisierten Männern und den Frauen, die sich dann doch oft traditionell stärker in die Familienarbeit einbringen. Außerhalb der Familien wird Zeit als lineare und rational messbare Größe unter Beschleunigungsaspekten diskutiert. Innerhalb der Familien stehen zyklische, an Entwicklungsaspekten eigenzeitlich orientierte Zeitpraktiken im Vordergrund. Insbesondere den Frauen wird in der Regel die Grenzarbeit in der Vermittlung der unterschiedlichen Zeitschemata überlassen. Sie übernehmen die Doppelbelastungen und geben auch häufiger die eigene Berufstätigkeit für die Pflege der Eltern oder Schwiegereltern auf (vgl. Hildenbrand 2012; vgl. Rosa 2005; vgl. Brandt 2009, S. 144; vgl. Bundesmi-

nisterium für Familie, Frauen, Jugend und Senioren 2006). Was bedeutet dies für das Organisieren der Pflege als solidarische Zukunftsaufgabe der Reziprozität zwischen den Generationen?

1.2. Jeder für sich oder gemeinsam?

Wie lässt sich die Zukunftsaufgabe der Reziprozität zwischen den Generationen in Wohnformen organisieren? Nach Angaben der Pflegestatistik aus dem Jahr 2011 wurden von 2,5 Millionen pflegebedürftigen Menschen in Deutschland 1,76 Millionen (70 Prozent) zu Hause versorgt. Ausschließlich Pflegegeld wurde an 1,182 Millionen Pflegebedürftige gezahlt. Diese Personen wurden in der Regel allein durch Angehörige gepflegt (vgl. Statistisches Bundesamt 2013). Als demenziell erkrankt gelten gegenwärtig 1,2 Millionen Menschen in Deutschland, davon sind zwei Drittel der Erkrankten pflegebedürftig. Bis zum Jahr 2050 rechnen Experten mit einem Anstieg der Zahl erkrankter Personen auf über 2 Millionen. Zudem wird in den Vorausberechnungen des statistischen Bundesamtes von einer abnehmenden Bevölkerungszahl von derzeit 82,5 Millionen auf 75 Millionen im Jahr 2050 ausgegangen. Vor dem Hintergrund der demografischen Prognose für Deutschland weist die Zahl der erwarteten Demenzerkrankten und die damit verbundenen Herausforderungen an Pflege und Betreuung eine gewisse Dramatik auf. Gleichmaßen wird die Dimension der maßgeblich von Angehörigen im häuslichen Umfeld der zu pflegenden Personen erbrachten Pflegeleistungen deutlich (vgl. Gronemeyer 2013, S. 23; vgl. Rothgang et al. 2010, S. 12; vgl. Heeg/Bäuerle 2008,

S. 14). Angesichts der gesellschaftlichen Dynamik und dem damit verbundenen Wandel von Familienstrukturen erscheint dieser Befund bemerkenswert. Es erscheint folgerichtig, sich mit der Familie im Kontext der Pflege auseinanderzusetzen.

1.3. Familien als reziprozitätssichernde Sozialform

Was als Familie zu betrachten ist, wird grundlegend vom gesellschaftlichen Zusammenhang bestimmt, innerhalb dessen die Sozialform existiert. Familie beschreibt keine statische, überzeitlich geltende Gruppenstruktur, sondern eine historisch gebundene Beziehungswirklichkeit (vgl. Rosenbaum 1978; vgl. Rosenbaum 1982). Wird Familie als monogame, lebenslange Form

der verschiedengeschlechtlichen Partnerschaft mit leiblichen Kindern betrachtet, erscheint sie angesichts einer Vielzahl in der Gegenwart vorherrschender Lebensformen als Anachronismus, deren Strukturmerkmale als manifestierte Handlungsmuster jedoch nach wie vor Geltung beanspruchen (vgl. Funcke et al. 2009; vgl. Hildenbrand 2005)(Abb. 1).

Während die Institution der Ehe einen Bedeutungswandel erfährt, werden in den veränderten Lebensverhältnissen der Familien gesellschaftliche Zukunftsaufgaben bewältigt (vgl. Schneewind 1992; vgl. Peukert 2008; vgl. Nave-Herz 2002). Dies verweist auf die außerordentliche Robustheit familiärer Lebensformen, die unter dem Gesichtspunkt der Demenz in den Aspekten der Strukturmerkmale und der narrativen

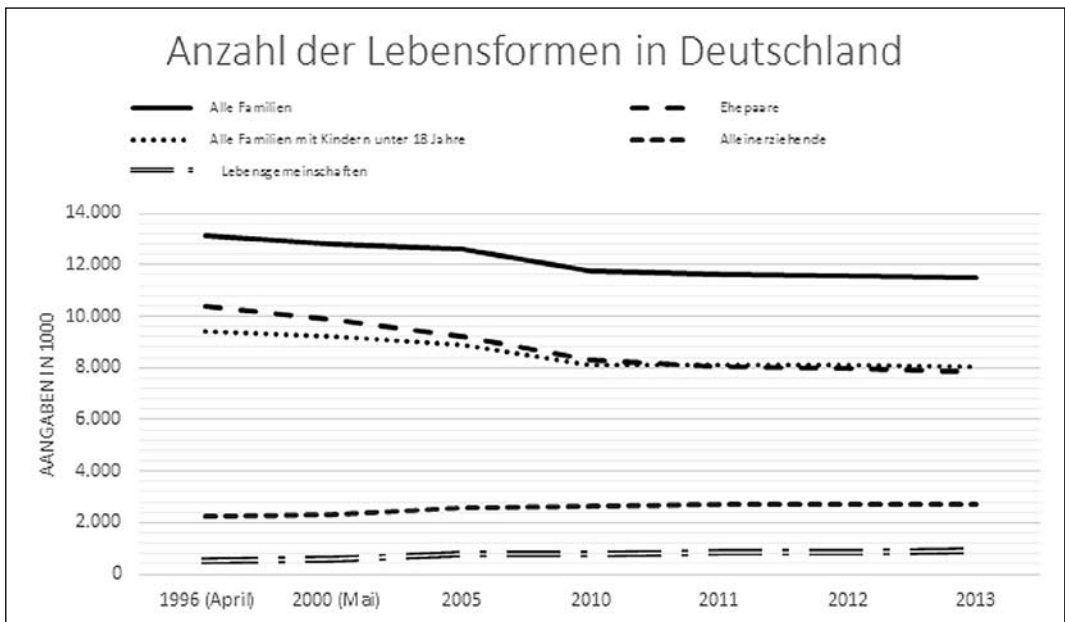


Abb. 1 eigene Darstellung nach Angaben des Mikrozensus, Quelle: Mikrozensus, Haushalts- und Familienstatistik, Statistisches Bundesamt, Zweigstelle Bonn (http://www.gbe-bund.de/oowa921-install/servlet/oowa/aw92/WS0100/_XWD_PROC?_XWD_2/7/xs_setsvg#SVG) zugegriffen: 5. Dezember 2015

Generierung von Beziehungswirklichkeiten beschrieben werden. Dieser Zusammenhang scheint sich in den – nachfolgend ausgeführten – gemeinschaftlichen Wohnformen zu bestätigen. Solche neuen Wohnformen wenden sich nicht gegen die Institution Familie, wir können diese Gruppen als „neo-familiale Systeme“ bezeichnen.

1.4. Die Familie als struktureller Zusammenhang

Die Familie gilt im Rahmen der Sozialisation als primärer Ort der Identitätsentwicklung. Neben den narrativen Bedingungen gelten strukturelle Zusammenhänge als Voraussetzung. Der Strukturbegriff wird als Ausdruck des Verhältnisses zwischen dem Ganzen (der Familie) zur kleineren Einheit (Akteure innerhalb der Familie) verwendet. Das Ganze wird nicht durch das Handeln eines einzelnen Akteurs, sondern durch das regelgeleitete Zusammenwirken der Akteure erschlossen. Der hier verwendete Strukturbegriff beschreibt demnach ein Set aus universal sprachlicher oder vorsprachlicher und auf symbolischer Ebene wirkender Regeln, welche in Interaktionsprozessen fortgesetzt realisiert werden. Mit Strukturen sind im Anschluss an Lévi-Strauss Modelle gemeint, die im hier angesprochenen Zusammenhang die „Familienwirklichkeit“ näher bestimmen (vgl. Lévi-Strauss 1967). Dies erscheint insofern bedeutsam, als hier erneut an die Thematik der Reziprozität angeschlossen wird.

Die Familie kann verkürzt als Interaktionszusammenhang beschrieben werden, deren Akteure in einem mehrgenerationellen Zusammenhang in widersprüchlich verschränkten Beziehungsmodi miteinander

verbunden sind. Es handelt sich dabei um die als ganze Person auszufüllende Paar-, die Eltern-Kind-Beziehung und gegebenenfalls Geschwisterbeziehungen. Für (traditionelle) familiäre Beziehungen gelten die Strukturmerkmale der Nichtaustauschbarkeit der Personen, die zeitliche Unbegrenztheit der Beziehungen und die Emotionalität zwischen den Familienmitgliedern unter Einschluss der Erotik auf der Paarebene (vgl. Hildenbrand 2005). Die Familie ist als „Gruppe besonderer Art“ perspektivisch auf ihre Selbstauflösung angelegt (vgl. König 1974, S. 73). Von den Kindern wird erwartet, dass sie sich von den Eltern ablösen und eigene Beziehungen eingehen. Dies klingt im Hinblick auf die Unbefristetheit familiärer Beziehungen als Widerspruch. Hildenbrand zufolge werden reziprozitätssichernd – im Falle der erforderlichen sozialen Unterstützung – die Eltern-Kind-Beziehungen in jenen Fällen reaktiviert, die eine gegenseitige Hilfe erfordern (vgl. Hildenbrand 2005). Familien lassen sich vor dem Hintergrund der Solidarität zwischen den Generationen auch als Orte mit einer Vielfalt an gelebter und praktizierter Reziprozität bestimmen (vgl. Hollstein 2005; vgl. Eggen 1994). Dem derzeitigen Forschungsstand zufolge sind die Strukturmerkmale der unbedingten Solidarität, der vorab nicht befristbaren Beziehung im Modus der emotionalen Verlässlichkeit (dies ist nicht gleichbedeutend mit sexueller Exklusivität) und die intergenerationelle Solidarität auch in Familien mit einem gleichgeschlechtlichen Paar nachweisbar (vgl. Peukert 2008). Dies wird deshalb erwähnt, weil eine Familienwirklichkeit, die von einer biologischen Verwandtschaft in der familiären Triade ausgeht, nicht mehr für alle Familienformen vorausgesetzt werden kann.

Die leiblichen Eltern eines Kindes bilden in gleichgeschlechtlichen Sozialbeziehungen kein Paar. Kinder lesbischer und schwuler Eltern weisen dem Stand der Forschung folgend eine hohe soziale Kompetenz auf, die der von Kindern aus verschiedengeschlechtlichen Elternfamilien oft überlegen ist. Identitätsbildend muss jedoch dem Kind das Recht auf die Kenntnis der eigenen Herkunft gesichert bleiben (vgl. Funcke et al. 2009). Auch in gleichgeschlechtlichen Beziehungsformen geht es um die Fragen der Reziprozität, der Sorge mit- und füreinander in Zeiten der Pflegebedürftigkeit. Auf die Vielfalt der Möglichkeiten des Zusammenlebens haben sich die Träger von Pflegeleistungen einzustellen.

1.5. Die Familie als Erzählgemeinschaft

Als narrative Einheiten sind Familien insofern bedeutsam, als auf sie das Kriterium der „Erzählgemeinschaft“ zutrifft. Familien verfügen über ein kollektives Gedächtnis, in dem aus den unterschiedlichen Erzählsträngen der zugehörigen Akteure schließlich eine, die Familie charakterisierende gemeinsame Erzählung hervorgebracht wird (vgl. Berger et al. 1965). Mit dieser Erzählung markiert die Familie ihre Grenzen. Sie stellt nach innen Integration und nach außen Differenz her. Gleichmaßen treten in diesen Erzählungen Deutungs- und Orientierungsmuster für die Bewältigung einer komplexen Umwelt hervor. Zwischen den Generationen werden Familiengeschichten als typisch traditionelle und identitätsstiftende Anker weitergegeben. Familiengeschichten verweisen jedoch auch auf die Möglichkeit zur Veränderung durch den

Einbezug von neuen Sinngehalten. Unter narrativer Perspektive bestätigen Familien einerseits ihre Kohärenz, andererseits auch Transzendenz einer im Prozess befindlichen familiären Wirklichkeit (vgl. Schapp 2004; vgl. Hildenbrand et al. 2002).

Identität wird in der Dynamik der beschriebenen widersprüchlichen Familienbeziehungen entwickelt. Den Gesprächen der Eltern entnehmen die Kinder Rückmeldungen über familiäre Sinndeutungen der Umwelt und reflexiv auch über sich selbst. Vater und Mutter erhalten Außenperspektiven auf ihr Verhalten aus den Gesprächen der Kinder oder eines Partners mit den Kindern. Die Familie ist folglich ein auf Perspektivenwechsel angelegtes System. Von Beziehung kann immer dann gesprochen werden, „wenn die Perspektiven des Einen und die des Anderen miteinander integriert werden können“ (Buchholz 1993, S. 113). Identität wird umso komplexer, je differenzierter und ausbalancierter die Personen innerhalb der Familie und mit ihrer sozialen Umwelt in Interaktion treten. In dieser Hinsicht kann von exzentrischen Positionierungsprozessen der Akteure ausgegangen werden, die sich immer wieder in der Einheit und Differenz, im Ausschluss und der Integration der Akteure in den Beziehungszusammenhang zeigen (vgl. Krappmann 2000; vgl. Mead 1968).

1.6. Der Einfluss demenzieller Erkrankungen auf die Beziehungen in der Familie

„Excuse me for not dying“ (Gronemeyer 2013, S. 33), sagte der 102-jährige Meister, nachdem der Musiker Leonhard Cohen zehn Jahre in einem Zen Kloster für ihn ge-

kocht hatte. Der Zenmeister war sich seiner Lage offenbar bewusst und nahm ein Ungleichgewicht in der Reziprozität zwischen seiner weitergegebenen Lehre und der regelmäßig vom Schüler erbrachten Fürsorge wahr. An diesem Beispiel wird deutlich, dass lebenslauftypische Entwicklungsprozesse im „vierten Lebensalter“ – wie eine Demenzerkrankung – in ihrer Dauer und ihrem Verlauf kaum vorhersehbar sind (vgl. Gronemeyer 2013). Sie schließen einen Bogen zu den Strukturmerkmalen der Familie und lassen deutlich werden, dass Reziprozität als regulatives Konzept in menschlichen Beziehungen bei der Gestaltung von Wohnarrangements für Pflegebedürftige nicht außer Acht gelassen werden kann. Eine Demenzerkrankung verändert nicht nur die betroffene Person. Sie wirkt sich auf den Sozialzusammenhang aus, in dem die erkrankte Person lebt. Demenz führt zu „Beziehungsverwirrungen“ (Klessmann 2004, S. 49). Familien halten für ihre Mitglieder Deutungen der Welt bereit, anhand derer Erfahrungen organisiert werden. Diese Deutungen werden in Interaktionen geschaffen und aufrechterhalten. Die in der Regel unhinterfragten Heuristiken reduzieren als ‚Familienparadigmen‘ die Unsicherheit der Akteure in einer dynamischen Welt (vgl. Hildenbrand 2012). Im Kontext zunehmender Probleme der Sinnauslegung und des Vergessens der Abläufe von Familienritualen geraten diese eingerichteten Verhaltensmuster in Schwierigkeiten. Familiäre Selbstverständlichkeiten gehen verloren. Die Folgen von Demenz sind durch den Rückgang des autobiografischen Gedächtnisses nicht nur für die Betroffenen selbst, sondern auch für das Sozialsystem der Familie identitätsbedrohend. Erzählte Erinnerungen organisieren die Er-

fahrung der Kontinuität und Kohärenz, sich über die Zeit hinweg als Person mit eigener Geschichte, Gegenwart und Zukunft in einer kontingenten Umwelt zu positionieren und zurechtfinden zu können (vgl. Bittner 2006).

Ein Zitat aus dem Brief eines pflegenden Ehemannes verdeutlicht diesen Prozess eines wahrgenommenen zeitlichen „Stillstandes“. Nach einem Sturz und einer rechtsseitigen Lähmung wurde seine demenzkranke Frau in einer stationären Einrichtung aufgenommen. In dem Brief heißt es: „Seit dieser Zeit sind bis heute acht Jahre vergangen und es hat sich nichts geändert. Ich besuche meine Frau fast jeden Tag, um ihr mittags und abends das Essen einzugeben. Seit zwei Jahren bin ich nur noch abends zur Esseneingabe gegangen. Meine Frau erkennt mich nicht mehr, und wenn ich sie mit dem Rollstuhl in die Wohnung bringe, schläft sie fast die ganze Zeit. Ich kann diesen Zustand nach fast acht Jahren Vollpflege nicht mehr ertragen. Ich bin 88 Jahre alt und möchte noch einige Jahre ohne diese Belastung leben. [...] Ich komme zu dem Schluss, dass es für meine Frau und für mich nur gut wäre, wenn sie in Ruhe und Frieden einschlafen könnte“ (Gronemeyer 2013, S. 167).

Unter den Gesichtspunkten des Vergessens der eigenen Vergangenheit und des nicht situationsadäquaten Verhaltens in der Gegenwart laufen die/der Erkrankte und pflegende Personen Gefahr, die zeitliche Perspektivität zu verlieren. Das Nachdenken über Gegenwart und Zukunft misslingt. Die Pflegesituation kann sich bis zur Unerträglichkeit steigern (vgl. Rosenberg 2012). Eine in der Familie tradierte Narration kann von der demenzkranken Person nicht fortgeführt werden. Selbst in Anwesenheit der

demenzkranken Person reden die Akteure mit Dritten (beispielsweise Pflegepersonen oder Ärzten) über sie. Die erkrankte Person wird aus dem Erzählprozess der Familie ausgeschlossen.

Die Fürsorge in einem genealogisch scheinbar vorgegebenen Eltern-Kind-Verhältnis wird in Folge der demenziellen Erkrankung eines Familienmitgliedes paradoxerweise als umgekehrt erfahren. Die Kinder kompensieren oft bis an die Belastungsgrenze eine verschwindende Routine im Familienalltag. Sie setzen sich im Kontext der wahrgenommen Reziprozitätsverpflichtung mit eigenen Schuldgefühlen auseinander und werfen Fragen nach professioneller Unterstützung auf, die ihnen zumindest die Möglichkeit des symbolischen Ausgleichs (Geldtransfers, administrative Betreuungsleistungen) zur Unterstützung ihrer Angehörigen erhält (vgl. Klessmann 2004). Für soziale Dienste bedeutet dies, dass eine Familienrealität der Sorge und Fürsorge, der Reziprozität zwischen den Familienmitgliedern auch durch den Einsatz einer professionellen Unterstützung in den unterschiedlichen Wohnformen nicht zerstört werden darf. Dies gilt insbesondere im Rahmen der Förderung von Kompetenzen und der weitgehenden Aufrechterhaltung von Möglichkeiten zur Selbstbestimmung der erkrankten Person. In diesem Bereich ist der Einbezug der narrativen Familienhistorie und struktureller Elemente, manifestiert in Familientraditionen und Riten, bedeutsam. In unklaren Fällen kann eine interdisziplinäre Fallkonferenz zur Willensbildung unter Abwägung nützlicher oder schädlicher Einflüsse auf die Zusammenarbeit mit den Erkrankten und deren Angehörigen beitragen. Die Praxis zeigt, dass nur in seltenen Fällen eine Patientenverfügung vorliegt, die auf die

aktuelle Handlungssituation rechtlich anwendbar ist (vgl. Stechl et al. 2012). Demenzkranke reagieren auf den Verlust kognitiver Fähigkeiten zunächst mit erlernten Bewältigungsmechanismen. Um sich vor anderen nicht zu blamieren, werden Strategien des Verbergens und Vermeidens angewandt, die schließlich auch zu sozialem Rückzug führen können. Dies verstärkt den vorzeitigen Verlust von Alltagskompetenz. Damit korrespondiert auch das Verleugnen von Defiziten, welches oft als mangelnde Krankheitseinsicht missverstanden wird. Dieses Verhalten ist kein Symptom der Krankheit, sondern ein auf die Folgen gerichteter Problemlösungsversuch. Welche Möglichkeiten beratender Unterstützung können wir in diesem Zusammenhang in Betracht ziehen?

1.7. Unterstützung durch psychoedukative Beratung

Eine soziale Unterstützung durch psychoedukative Beratung sollte intervenierend auf das soziale Umfeld gerichtet sein. Psychoedukative Beratung ist reflexiv auf das Verhalten gerichtet und setzt an den Strategien der Bewältigung im Kontext familieninterner Ressourcen an. Als Ziele gelten das möglichst langfristige Erhalten der Lebensqualität und der Alltagskompetenz durch die Aktivierung kognitiver Ressourcen. Dazu tragen die Reduktion von Stressoren, die kompensierende Entlastung der Angehörigen von Pflegeleistungen sowie die Analyse und Förderung von Ressourcen der Familie bei. Letztendlich gilt es, das Verständnis innerhalb der Familie und in der sozialen Umwelt für die Lebenssituation mit einem demenzkranken Angehörigen zu verbes-

stern. Stechl zufolge gelingt dies durch den Anschluss an subjektive Krankheitstheorien der Angehörigen und durch eine alltagsnahe, personenzentrierte Unterstützung (vgl. Stechl et al. 2012). Das Wissen um die biografischen und sozialen Zusammenhänge erleichtert allen Beteiligten den Umgang und das Verstehen der Verhaltensmuster des Erkrankten (vgl. Heeg et al. 2008). Die Integration der Krankheit in die Narration der Familie und die situationsgerechte Veränderung der strukturellen Bedingungen trägt dazu bei, Beziehung auch mit den Einschränkungen der Krankheit gestalten zu können. Dies stärkt die Möglichkeit zum reziproken Austausch zwischen den Beteiligten und sichert den Zusammenhalt zwischen den Generationen. Eine Möglichkeit zur umfeldbezogenen Intervention stellt beispielsweise die präventive Aufklärung zur Patientenverfügung oder Vorsorgevollmacht dar. In schwierigen Situationen des Krankheitsverlaufs werden Angehörige, die dann unter Entscheidungsdruck stehen, entlastet. Gleiches gilt für professionelles Personal, das seine Interventionen besser auf die Bedürfnisse der erkrankten Person abstimmen kann. Auch in diesem Fall geht es um den risikominimierenden Einbezug der Zeit. Vorausschauend kann soziale Beratung unter Berücksichtigung der Ressourcen des sozialen Zusammenhangs mit den Beteiligten die Möglichkeiten und Grenzen professioneller Arrangements planen. Auch wenn eine Planung in der Gegenwart Zukünftiges immer nur unvollständig abzubilden vermag, bietet sie den Vorteil, dass die Person selbst ihre grundlegenden Haltungen und Bedürfnisse für die soziale Unterstützung durch Angehörige oder eine Zusammenarbeit mit professionellen Pflegekräften formulieren kann.

Im nun folgenden zweiten Teil soll es um die Umsetzung dieses Reziprozitätsgedankens auch in alternativen Wohnformen gehen.

2. Gemeinschaftliches Wohnen – auch mit Demenzkranken

2.1. Traditionelle Familien in der Minderheitenposition

Betrachtet man die aktuelle Statistik, dann ist von einer Abnahme der „klassischen“ Familie als Lebensform auszugehen. Dieser steht eine wachsende Zahl Alleinstehender gegenüber. Schon heute wird in diesem Zusammenhang ein erweiterter Familienbegriff verwendet, welcher im Kern am intergenerationellen Beziehungszusammenhang festhält, jedoch außer der klassischen Eltern-Kind-Gemeinschaft alle Alleinerziehenden mit Kindern im Haushalt sowie nichteheliche gemischtgeschlechtliche und gleichgeschlechtliche Lebensgemeinschaften mit Stief-, Pflege- und Adoptivkindern ohne Altersbegrenzung einbezieht. Lebten danach 1996 noch 35 % der Bevölkerung in (Patchwork-)Familien, so waren es 2014 nur noch 28 %. Der Anteil der Alleinlebenden hat sich zwischen 1996 und 2014 von 38 % auf 44 % erhöht. Der Anteil der Paare ohne Kinder blieb bei 28 % (Statistisches Bundesamt 2015, S. 51 - Kreisdiagramm). Zu erwähnen sei, dass der Anteil der Singlehaushalte in den Städten Berlin und Hamburg schon über 50 % liegt und von weiteren Steigerungen in den Ballungsräumen ist auszugehen (vgl. Statistisches Bundesamt 2015, S. 49). Doch wird ein solcher Trend auch in der Fläche bemerkbar? So weist die Pressemitteilung 182/2012

des Thüringer Landesamtes für Statistik darauf hin, dass der prozentuale Anteil der Alleinlebenden in den jüngeren Altersgruppen unter 65 Jahren ansteigt. Dies lässt vermuten, dass die Gruppe der kommenden Altengenerationen noch stärker durch das Alleinleben vorgeprägt sein wird. Indes lebt in Thüringen (2011) jede dritte Person über 65 Jahren allein, der Frauenanteil beträgt 77 Prozent.

Statistiken besagen nie etwas über die konkrete Situation des Einzelfalls. Die klassische Familie kann jedoch heute weniger als zuvor als „Normalfolie“ für Pflegearrangements gelten. Dies liegt an der Ökonomisierung und Flexibilisierung neo-moderner Lebensverhältnisse und auch an einem größeren Emanzipationsbedürfnis gegenüber der klassischen Familienform. Nicht ohne Grund fließen neue Gestaltungen des Zusammenlebens in einen zeitgemäßen Familienbegriff ein. Eine ganz andere Sache ist, dass „Familie“, gerade in konservativen Diskursen, überwiegend romantisch verklärt als Sorggemeinschaft dargestellt wird. Es wird ausgeblendet, dass nicht selten Familien zur Arena gegenseitiger Erpressung, des Missbrauchs und der Grenzüberschreitungen werden (vgl. Cooper 1972). In psychohistorischer Sicht ist die Kinder fördernde und unterstützende Familie erst Mitte des 20. Jahrhunderts aufgekommen und noch längst nicht verbreitete Wirklichkeit (vgl. deMause 1989, S. 84). Plausibel scheint, dass Menschen mit negativen familiären Vorerfahrungen sich später nicht darum drängen werden, ihre Angehörigen zu pflegen. Fraglich bleibt, wie sich der Sozialisationseinfluss in den Herkunftsfamilien auf die Lebensführung der alternden Generationen auswirkt; ob gerade wahlverwandschaftliche Wohn-

projekte mit dem Anliegen gegenseitiger Kompensation zum Ort der Reflexion oder des Wiederholungszwangs werden. Eine ideologiefreie und generationenbewusste Biografiearbeit kann hier Lösungen anbieten.

2.2. Pflege und Opportunitätskosten

In den nächsten Jahren kommt es zu einer deutlichen Scherenentwicklung zwischen der Pflegebedürftigkeit und dem Pflegepotential. Heute werden noch ca. 70 Prozent der Pflegebedürftigen durch ihre Angehörigen versorgt, worauf auch die Pflegeversicherung setzt. In den nächsten Jahren wird es aber zu einer Veränderung in den Pflegearrangements kommen, wodurch die in Heimen Versorgten um den Faktor 4 bis 5 steigen könnten (vgl. Blinkert/Klie 2008, S. 25 f.). Aufschlussreich ist ein Blick auf die pflegenden Milieus. Demnach ist es längst nicht mehr selbstverständlich, dass (wie oftmals in früheren Zeiten) die Tochter die häusliche Pflege eines Elternteils übernimmt. Gerade beruflich erfolgreiche Kinder pflegen ihre Eltern seltener. Zu groß sind die Opportunitätskosten: die Kalkulation zwischen Eigenverdienst und Pflegeausgaben. Gleiches betrifft die mit der Pflegesituation verbundenen Einschränkungen des eigenen Lebensstils. Auch wenn weiterhin viele Ehefrauen ihre oftmals noch älteren Männer pflegen, wird in Familien die Zeit füreinander heute seltener. Im Trend liegt das „Freikaufen“ aus der Pflegelast. Blinkert und Klie zeigen, dass ein für die Pflege der Angehörigen günstiges soziales Umfeld dann gegeben ist, wenn dies mit niedrigem Sozialstatus, vormoderner Lebensweise der Hauptpflegeperson, ländlicher Region und

stabilem Unterstützungsnetzwerk einhergeht. Ein ungünstiges Umfeld ist dagegen durch hohen Status, modernen Lebensentwurf, städtische Region und ein prekäres soziales Netz gekennzeichnet (vgl. Blinkert/Klie, 2008, S. 29). Die Ergebnisse belegen, dass insbesondere wirtschaftlich erfolgreiche Angehörige die Pflege nicht selbst übernehmen. Die besseren Auswahlmöglichkeiten durch größere finanzielle Spielräume steigern die Qualität der Fremdpflege, wodurch Angehörige vermutlich auch ihr Gewissen entlasten.

2.3. Selbstbestimmtes Wohnen im Alter

Der Pflegemarkt bietet von der häuslichen Pflege über das Mehrbettzimmer im Heim bis zur hotelähnlichen Residenz ein scheinbar breites Angebot, das von den verfügbaren finanziellen Ressourcen eingeschränkt wird. Eine Heimunterbringung wird jedoch von den meisten Menschen unabhängig von ihren finanziellen Möglichkeiten und quer zu den gesellschaftlichen Partialkulturen abgelehnt. Grund ist die Angst vor dem Verlust der Selbstbestimmung. Auch wenn es große Unterschiede zwischen den Einrichtungen gibt, werden Heime als entmündigend und „letzte Station“ wahrgenommen. Zudem stimmt die Aufdeckung von Pflegeskandalen viele Menschen nachdenklich (vgl. Füssek/Schober 2008). Es ist deshalb kein Wunder, wenn ca. 86 Prozent der über 50-Jährigen im Alter weiter in der eigenen (Miet-)Wohnung leben möchten (vgl. Poddig 2006, S. 216).

Der Wohnungsmarkt wird sich auf mehr seniorengerechte Wohnungen einstellen müssen, damit Immobilien in der alternden Gesellschaft – insbesondere außerhalb

prosperierender Ballungsräume – werthaltig bleiben. Andererseits sind gerade in den Ballungsräumen ärmere Alleinlebende durch Mietsteigerungen davon bedroht, ihre Wohnung zu verlieren. Hier gibt es sicherlich noch politischen Handlungsbedarf.

Der eigene Haushalt ist für Ältere Vergeewisserungsraum der Eigenständigkeit und ein Refugium. Alte Menschen sind oft sehr häuslich. Der Wunsch in den „eigenen“ vier Wänden alt zu werden, bezieht sich jedoch nicht nur auf den Haushalt, sondern auch auf das Umfeld. Gerade wenn die eigenen Kräfte schwinden, wird der Wunsch nach Vertrauen in die Verlässlichkeit der Welt stärker. Einsamen Älteren verspricht der Gang zum Bäcker, zum Schlachter oder in die Arztpraxis ein Mindestmaß an Kommunikation. Seniorenbezogene Stadtteilarbeit und Mehrgenerationenhäuser können dieses Sicherheits- und Kommunikationsbedürfnis noch stärker aufgreifen. Ebenso kann durch Wohnberatung zum seniorengerechten Wohnen beigetragen und zu alternativen Wohn- und Unterstützungsformen informiert werden.

2.4. Nicht allein und nicht ins Heim – gemeinschaftliches Wohnen

Solche unterstützenden Gemeinschaften sind nicht neu (www.fgw-ev.de). Bundesweit entstehen immer mehr Initiativen mit dem Ziel des gemeinschaftlichen Wohnens. Das Motto „Gemeinsam statt einsam“ verspricht Geselligkeit und Unterstützung. Das neue Wohnen im Alter differenziert sich in vielfältigen Lebensstilen wahlverwandtschaftlicher Reziprozität aus. Hierdurch entsteht ein Potential an Nahraum-Solidarität, das

zumindest im Ansatz die schwindenden familiären Beziehungsnetze kompensieren hilft. Doch wäre das Motto „Gemeinsam statt einsam“ zu kurz gefasst, wenn es nur um Einsamkeitsprävention ginge. Das Gegenteil ist der Fall, das Gemeinsame ist zentral. Die Prävention muss vor der Einsamkeit einsetzen. In den Wohnbörsen und Projektmarktplätzen finden sich deshalb insbesondere gesellige Menschen, denen das Risiko der Vereinsamung im Alter durchaus bewusst ist.

Ziel ist es, die Selbstständigkeit möglichst lange zu erhalten. Die psychosoziale Vorsorge beginnt bevor die Altersgebrechen auftreten oder eine Demenz ihren Lauf nimmt. Erste empirische Forschungen zum Wohnen in Gemeinschaft stützen die These, dass nicht nur die Lebensqualität steigt, sondern Gesundheitskosten reduziert und Krankheitsverläufe gemildert werden können. Das sollte politische Verantwortliche aufmerken lassen, dieses förderliche Potential der Wohngemeinschaften und Mehrgenerationenhäuser nicht nur ideell, sondern auch materiell zu begleiten (vgl. Schulz-Nieswandt et al. 2012). Damit der steigenden Altersarmut entgegengewirkt werden kann (vgl. Butterwegge et al. 2012) und ärmere Menschen an den Vorzügen gemeinschaftlichen Wohnens partizipieren können, sollten entsprechende gesetzliche Rahmenbedingungen zur Wohnprojektförderung auf den Weg gebracht werden.

2.5. Demenz und andere Gebrechen

Statistischen Angaben zufolge leiden 6 bis 10 Prozent der über 65-Jährigen an einer schweren Demenz oder an schweren funktionellen Psychosen. 25 Prozent der über

65-Jährigen weisen mentale Störungen auf (vgl. Ziegler/Doblhammer 2010, S. 4). Mit zunehmendem Lebensalter steigt das Risiko einer dementiellen Erkrankung deutlich. Die Prävalenzrate steigt für über 100-jährige Frauen auf 43 Prozent (vgl. Ziegler/Doblhammer 2009, S. 4). Doch sterben die meisten Menschen bevor sie an Demenz erkranken an anderen Erkrankungen. Daraus lässt sich ableiten, dass eine möglichst altersgemischte solidarische Wohngruppe oder Hausgemeinschaft mit 8 bis 12 Personen höchst unwahrscheinlich gemeinsam an Demenz erkranken wird. Besonders, wenn die Gemeinschaft auch unter 65-Jährige einbezieht und die Streuung der Altersstufen groß genug ist, werden in der Regel nur einzelne Personen von intensiverer Pflegebedürftigkeit betroffen sein. Die Gemeinschaft trägt zumindest rechnerisch ein geringes Risiko, sich zu überfordern. Schon in der Konsolidierungsphase einer Gruppe sollte das Thema Pflege kein Tabu sein. Grenzen möglicher Belastungen durch Pflege und auch das Sich-helfen-lassen sollten vereinbart werden. Dazu gehören auch Patientenverfügungen und Betreuungsvollmachten. Hinsichtlich einer möglichst optimalen Pflege sollten sich Laien nicht überheben. Die Gemeinschaft kann jedoch eine intensivere Pflegesituation bei der Haushaltsführung, beim Einkaufen und durch die Begleitung bei Arztgängen unterstützen. Jede Gemeinschaft sollte für solche Fälle ein eigenes Pflegekonzept entwickelt haben.

2.6. Helfen schafft Bedeutungsgewinn

Nicht nur in der Pflegesituation, Helfen können schafft allgemein Bedeutungs- und

Sinn Gewinn. Klaus Dörner spricht hier sogar von unserer gegenseitigen Hilfsbedürftigkeit (vgl. Dörner 2012). Es ist davon auszugehen, dass Mitbewohner/innen in Wohnprojekten in der Regel gern helfen werden, weil sie eine Person kennen, die ihnen aus besseren Zeiten vertraut ist. Eine Demenz tritt nicht schlagartig ein, sie verfremdet die Beziehungsqualität sukzessive. Das bedeutet, dass der Abschied länger dauert und die Spuren, wer diese Person war, im Gedächtnis der Gruppenmitglieder erhalten bleiben. Die Gemeinschaft hat außerdem Zeit, sich auf die Pflegesituation neu einzustellen, biografisch bedeutsame Rituale aufzugreifen, an die Bedürfnisse des steigenden Lebensalters und der Gemeinschaft anzupassen oder eigene Traditionen und Rituale als Bedeutungsträger der Gruppenidentität auszubilden. Die pflegebedürftige Person wird in die Diskursgemeinschaft integriert und Identitätssichernd nicht ausschließlich auf das klinische Krankheitsbild reduziert.

2.7. Selbsthilfe und Fremdpflege

Wie schon erwähnt, leiden in Deutschland inzwischen etwa 1,2 Millionen Menschen an einer Demenz (vgl. Ziegler/Doblhammer 2010, S. 4). Pflegebedürftig sind insgesamt 2,5 Millionen Menschen mit sehr unterschiedlichen körperlichen Gebrechen (vgl. Statistisches Bundesamt 2013, vgl. Pflegestatistik 2011, S. 5). Das heißt, dass sich das Pflegerisiko in einer solidarischen Gemeinschaft nicht nur auf eine mögliche Demenz bezieht. Wahrscheinlicher ist eine Streuung von Handikaps, wobei zumindest in der Anfangsphase noch eine gegenseitige Kompensation möglich scheint. Wird

später eine unterstützende professionelle Fremdpflege nötig, dann kann die Gemeinschaft gemeinsam einen Pflegedienst auswählen, der auch andere Mitglieder der Wohn- oder Hausgemeinschaft pflegt. Solche Pflege findet inmitten der Gemeinschaft statt. Der Pflegedienst wird entlastet und kann sich bestmöglich auf seine Aufgaben konzentrieren.

Auch im Fall einer notwendigen Unterbringung in einer Pflegestation bleibt die Gemeinschaft unterstützend erhalten. Erwähnenswert ist in diesem Zusammenhang das „Ginkgo-Haus“ in Langen bei Frankfurt/M., das über eine angeschlossene klinische Demenzpflegestation verfügt, die den Hausbewohnern im Bedarfsfall offen steht. Die Begleitung Schwerkranker während der Intensivpflege oder im Hospiz gehört oftmals zum Konzept der Gruppen. Der innere Zusammenhang der Gemeinschaft kann den Umgang mit Sterbenden und die Trauer erleichtern.

2.8. Eine bunte Palette von Lebenswelten

Es gibt nicht „das“ gemeinschaftliche Wohnen. Die Projekte dieser Bewegung sind so bunt wie der Regenbogen und weltweit präsent (vgl. Vestbro 2010). Es gibt Mehrgenerationen-Hausgemeinschaften. Es gibt Wohngemeinschaften in Einzelwohnungen. Es gibt altershomogene Gemeinschaften, die oft den gemeinsamen Alterungsprozess unterschätzen und dem Risiko gleichzeitiger Pflegebedürftigkeit ausgesetzt sind. Es gibt Gemeinschaften, die vorausschauend eine Altersstaffelung beachten. Es gibt Großprojekte, die halbe Dörfer umfassen und eigene Betriebe füh-

ren, wie die Kommune Niederkaufungen oder Sieben Linden in Bandau – oder bekannte Hausgemeinschaften wie „Gemeinsam statt einsam“ in Hannover oder die „Göttinger Alten-WG“ und sehr viele kleine Projekte, die in Freundeskreisen entstanden und nicht öffentlich bekannt sind. Die psychosozialen Mischungsverhältnisse und ihre lebensweltlichen Orientierungen sind dabei jeweils einmalig. Gewissermaßen haben die Projekte selbst eine eigene Seele oder zumindest eine eigene Atmosphäre. Die Initiativen bilden eine bunte Palette vom Bildungsbürgertum bis zur handwerklichen Motorrad-Club-WG. Gemeinsam ist ihnen die Verpflichtung zur gegenseitigen Hilfe. Das bedeutet grundsätzlich, dass für eine Vielzahl unterschiedlichster Persönlichkeiten und Lebensstile gute Chancen bestehen, das für sich geeignete Projekt zu finden oder selbst zu begründen.

2.9. Mehrgenerationenwohnen – ja, aber

Gemeinschaften sollten sich für neue Ideen, Impulse und zukünftige Mitglieder offenhalten. Insbesondere altershomogene Gemeinschaften neigen dazu, sich im Bild der eigenen Generation zu spiegeln. Dies schafft vorerst Nähe und Vertrautheit, gehört man doch der gleichen Kohorte an. Das baut oft unbewusst Hürden für nachfolgende Generationen auf. Tragisch ist, wenn eine solche Gemeinschaft dann regelrecht ausstirbt und schließlich in unterschiedliche Heime auseinandergerissen wird.

Ein Mehrgenerationenwohnen von Alt und Jung ist aber auch nicht immer die beste Lösung. Eine zu große Spreizung des Alters

kann ein Wohnprojekt instabil machen. Erwerbstätige wechseln aus beruflichen Gründen die Stadt, Paare trennen sich, erwachsene Jugendliche ziehen aus – es gibt ständig Bewegung. Die Alten bleiben zurück und werden langsam der Fluktuation im Projekt überdrüssig. Dies befördert wiederum nicht die Beziehungsqualität und ein Teufelskreis kann entstehen. Dies muss nicht unbedingt zutreffen, es sollte aber schon in der Planungsphase bedacht werden.

Der Mehrgenerationenaspekt kann auch sozialräumlich umgesetzt werden, wozu sich kommunale Stadtteilzentren, Kirchengemeinden oder Dorfgemeinschaftshäuser als Begegnungsräume anbieten. Gemeinschaftliches Wohnen sollte nach Möglichkeit immer mit nachbarschaftlichen Aktivitäten verbunden werden.

Wer ein Altersprojekt anstrebt, auch zur gegenseitigen Unterstützung im Krankheitsfall, trifft zumindest potentiell eine finale Entscheidung. Damit können Ängste verbunden sein, weil es die Endlichkeit des Lebens vor Augen führt. Andererseits bietet sich die Chance, das bewusste Altern als identitätsstiftenden Bildungs- und Erfahrungsraum zu verstehen.

Ein guter Gründungszeitpunkt ist der Eintritt in den Ruhestand. Die Abhängigkeiten des Berufslebens liegen zurück, die Kinder sind meistens erwachsen, eine Ehe sucht sich im Alter neu zu beleben, es besteht eine größere Flexibilität der Ortswahl – sofern nicht für hochbetagte Eltern gesorgt werden muss. Der Übergang in die Rente wird von vielen Menschen als krisenhaft erlebt, weil der Beruf entfällt und Hobbys und Reisen allein die freie Zeit nicht füllen. Diese nicht immer leichte Übergangssituation beinhaltet naturgemäß das Nachdenken über

die Altersgestaltung. Es bietet sich in dieser Lebensphase geradezu an, auch über das Wohnen im Alter nachzudenken.

2.10. Euphorie schadet

Viele Projekte überfordern sich insbesondere durch die Euphorie in der Gründungsphase mit unerfüllbaren Ansprüchen. Das kann so weit gehen, dass die Projektidee als so inspirierend empfunden wird, dass sie von den Aktivisten unbemerkt zum Kern der Gruppe erkoren wird. Man spricht dann nicht miteinander, sondern über das gemeinsame Projekt. Man bemerkt nicht, wie man durch Aktionismus den eigentlichen Beziehungen aus dem Weg geht. Das Projekt wird gleichsam zum Selbstzweck. Solche Projekte mögen perfekt geplant und plausibel durchkalkuliert sein und scheitern schließlich doch.

Die Anfangsphase wird von Vorurteilen, Wünschen und Visionen überlagert. Erst durch den gelebten Alltag wird ein Wohnprojekt konkret. Es wird aber immer eine Differenz zwischen dem Entwurf und der sich einstellenden Realität bleiben. Diese Differenz lässt sich nie gänzlich aufheben. Allein der gemeinsam beschrittene Weg verschiebt die Koordinaten des Horizonts, den Brennpunkt der Interessen und die Strukturierung des Wissensvorrates (vgl. Schütz 1972, S. 274 f.).

2.11. Auswahlprozesse

In einer sich konsolidierenden Gruppe bestimmt das Projekt durch Eigendynamik die Auswahl der Mitglieder. Das klingt merkwürdig, denn nur Einzelpersonen können

denken, fühlen und handeln – und letztlich Verantwortung tragen, doch jedes Projekt bildet durch seine Institutionalisierung sukzessiv eine eigene strukturelle Ganzheit. Es gibt die Initiative und das Projekt, beide sind aber nicht identisch. Deshalb benötigen viele Initiativen bis zum realisierten Wohnprojekt mehrere Jahre, dies häufig mit wechselnden Interessenten. Der Prozess der Gemeinschaftsbildung braucht Zeit zum Wachsen. Es ist paradox, eine bewusst wahrgenommene Distanz und eingestandene Fremdheit der Gruppenmitglieder kann den Prozess akzelerieren, überschwängliche Nähe bremst ihn. Der Soziologe Simmel hat in seinem „Exkurs über den Fremden“ (1908) sehr schön herausgearbeitet, dass selbst in den intimsten Beziehungen noch ein Hauch Fremdheit liegt (vgl. Simmel 1992, S. 764 ff.). Wird diese Fremdheit respektiert und nicht überspielt, dann kann sie zur Quelle von gegenseitigem Interesse und der Inspiration werden, wenn Vertrauen geschenkt und das Fremde nicht als Bedrohung der inneren Ordnung erfahren wird (vgl. Bauman 1992, S. 31). Peck plädiert in der Gemeinschaftsbildung für die Überwindung einer an Egoismus und Partikularinteressen orientierten Pseudogemeinschaft. Kennzeichnend für eine Pseudogemeinschaft sind Konfliktvermeidung durch Gleichmacherei und Leugnung biografischer Unterschiede (vgl. Peck 2007, S. 87 ff.). Eine solche Gruppe mag sich gefallen, echt ist sie nicht.

2.12. Gemeinschaft verlangt Opfer

Mit dem gemeinschaftsbildenden Auswahlprozess verbunden ist die Stufe der Opferrung. Die eigenen Wünsche an das Projekt

müssen relativiert werden und dem Realitätsprinzip weichen. Gemeinschaft verlangt Opfer. Zwei Bilder mögen dies verdeutlichen: Eine Projektgruppe verfügt über große finanzielle Reserven. Es soll neu gebaut werden. Jeder Wunsch jedes Mitglieds kann voll und ganz umgesetzt werden, aber das Haus wird so speziell, dass es keinen Nachrückern gefallen oder jemals eine andere Gruppe beherbergen könnte. Ein solch individuell verbautes Konzept blockiert seine Entwicklung. Es ist aus dem Augenblick heraus entstanden und verliert seine Zukunftsoffenheit. Der hohe Grad solcher Eigensinnigkeit ist schon selbst ein Indikator für drohende Konflikte. Das Gegenbeispiel: Eine Wohnungsbaugenossenschaft baut ein altes Mietshaus mit 8 Wohnungen seniorengerecht um. Die Initiative mietet das Haus komplett, sorgt für die Belegung und verwaltet sich selbst. Die Baugesellschaft spart Verwaltungsaufwand. Die Mieter haben konventionell geschnittene – aber seniorengerechte – Wohnungen. Sie wohnen nicht unbedingt in ihrer Wunschgegend. Es gibt Wohnungen mit Nordblick in die nie die Sonne scheint. Auf der Südseite heizt sich das Haus im Sommer unerträglich auf. Es gibt einiges zu meckern, aber die Gemeinschaft wächst und wird zur langlebigen Institution. Das Haus bleibt aufnahmefähig für folgende Wohngenerationen.

Opfern bedeutet auch immer Bereitschaft zur Trennung von Gewohnheiten. Dazu gehört der Auszug aus einer schönen Wohnung, dem eigenem Haus, der Umzug in eine kleinere Wohnung. Bücher müssen aussortiert, Möbelstücke weggegeben werden. Eine Auswahl der Haushaltsgegenstände ist zu treffen. Manchmal enttäuscht, dass der ideelle Wert nicht dem Marktwert

entspricht. Andererseits können durch „Sozialisierung“ komplexe Werkstätten oder Bibliotheken eingerichtet werden. Durch gemeinsame Nutzung von Waschmaschinen oder Fahrzeugen können Kosten gespart werden. Die Besitzansprüche und Nutzungsgrenzen sind zu klären. Neben diesen materiellen Seiten des Opfern geht es nicht zuletzt darum, sich aufeinander einzustellen und einander auch in schlechteren Zeiten beizustehen. Schließlich geht es um den Lernprozess, Gabe und Opfer nicht als persönlichen Verlust, sondern als Gewinn für die Gemeinschaft zu begreifen.

3. Perspektiven intergenerationellen Zusammenwirkens in Wohnprojekten

Wohnprojekte greifen konzeptionell eine gesellschaftliche Wirklichkeit auf, deren einzige feststehende Prämisse der Wandel ist. In den Statistiken wurde gezeigt, dass die gesellschaftliche Dynamik auch auf die Sozialform der Familie wirkt, diese verändert und zur Bildung alternativer Formen des Zusammenlebens beiträgt. Im Unterschied zur Familie bewahren intergenerationelle Wohnformen einen zukunfts offenen Charakter. Sie sind nicht auf Abstammung fixiert und die Bandbreite ihrer Lebenskonzepte ist flexibler. In institutionalisierter Form sorgen – potentiell gleich einer Familiengeschichte – die am Projekt Beteiligten für das Weiterleben. Diese Wohnformen bieten dort Ersatz und Verlässlichkeit, wo heute Familie als klassisches Hilfesystem nicht mehr hinreicht oder nicht mehr vorhanden ist. Damit dies konzeptionell umsetzbar wird, muss innerhalb der Projekte für den solidarischen Ausgleich zwischen den Generationen gesorgt werden. Dies

betrifft nicht nur die Generationenrelation zwischen alten und jungen Menschen, sondern insbesondere auch die zwischen „fitten“ Älteren und Hochaltrigen mit steigendem Pflegebedarf. Wohnprojekte kompensieren damit eine im familiären Bewältigungshorizont fehlende oder verloren gegangene intergenerationelle Reziprozität. Letzten Endes wird die sorgende Gabe zum Ausweis der Humanität, welche die Mitglieder der Gemeinschaft füreinander erbringen.

Familien sind im Vergleich zu gemeinschaftlichen Wohnformen nur partiell offen hinsichtlich der Zukunft ihrer Mitglieder. Sie sind oftmals deutlich unbedingter und prägender auf Normativität angelegt, als auf reflexive Sozialisation. Es gibt standes- und milieuspezifische Attitüden, welche jedoch auch in Wohnprojekten durchschlagen können. Familien grenzen sich aber wahrscheinlich noch stärker nach außen ab. Es ist nicht beliebig, wer zur Familie gehört. Familie ist genealogisch fundiert. In traditionellen Familien steigt die Begründungsverpflichtung, wenn einem Mitglied Unterstützung verweigert wird. Im Gegensatz dazu ist für Wohnprojekte nicht die Ebene der Rechtfertigung, sondern die der Entscheidung konstitutiv. Die Wohnprojekte wählen ihre Mitglieder selbst aus. Die Reichweite wechselseitiger Unterstützung wird in Aushandlungsprozessen geregelt. Dadurch stärken Wohnprojekte ihren Gemeinschaftsgedanken. Sie beziehen aber (oft unbewusst) biografiebezogene Muster aus der eigenen Herkunftsfamilie, aus der beruflichen Tätigkeit und aus dem sozialen Milieu in die Ausprägung ihrer spezifischen Wohnprojekt-Traditionen und Rituale ein. Wahlverwandtschaft ist keine Realverwandtschaft. Damit sich Wahlverwandtschaft nicht

überfordert, braucht sie – wie auch für viele Familien wünschenswert – eine Balance zwischen Nähe und Distanz im Binnengefüge. Wird die familiäre Herkunft in den Wohnprojekten nicht verdrängt, sondern reflexiv bearbeitet, dann ermöglicht dies gerade durch die biografische Vielfalt der Mitbewohnenden einen neuen Blick auf die (eigene) familiäre Sozialisation. Diese Reflexion kann sowohl die gruppenbezogene Identität stärken, als auch die Offenheit für neue Mitglieder fördern. In solchen Wohnformen gilt dann Pflege auch nur als ein Aspekt einer ganzheitlichen Wirklichkeit. Solidarisch organisierte Wohnprojekte wirken Hospitalisierungstendenzen entgegen. Sie geben Heimat, sie stiften Sinn und Bedeutungsgewinn füreinander. Sie können das selbstbestimmte Leben im Alter als (politischen Willens- und) Bildungsprozess biografisch entfalten. Auf diese Weise bietet eine wachsende sozialinnovative Bewegung sowohl vormalis Alleinlebenden als auch alternden Paaren und „verwaisten Eltern“ gleichermaßen Rückhalt und Autonomie im Kreise einer Gemeinschaft, welche die Unsicherheiten in Bezug auf eine offene Zukunft reduziert.

Literatur

- Adloff, F.; Mau, S.; Zur Theorie der Gabe und Reziprozität; in: Vom Geben und Nehmen. Zur Soziologie der Reziprozität, hrsg. Frank Adloff und Steffen Mau, 9-57. Frankfurt 2005: Campus
- Bauman, Z.; Moderne und Ambivalenz; in: Das Eigene und das Fremde, hrsg. Uli Bielefeld. Hamburg 1992: Hamburger Institut für Sozialforschung
- Berger, P. L.; Kellner H.; Die Ehe und die Konstruktion der Wirklichkeit. Eine Abhandlung zur Mikrosoziologie des Wissens. Soziale Welt, 1965 16. Jahrgang, S. 220-235

- Bittner, G.; Bin „ich“ mein Erinnern?; in: Ich bin mein Erinnern. Über autobiografisches und kollektives Gedächtnis, hrsg. Günther Bittner, 57-70. Würzburg 2006: Königshausen & Neumann
- Blinkert, B.; Klie, T.; Soziale Ungleichheit und Pflege; in: Aus Politik und Zeitgeschichte. Heft: Wandel der Sozialen Arbeit. 12-13/2008, 17. März 2008. Beilage zur Zeitschrift Das Parlament. Berlin: bpb
- Brandt, M.; Hilfe zwischen den Generationen. Ein europäischer Vergleich. Wiesbaden 2009: VS
- Bundesministerium für Familie, Frauen, Jugend und Senioren. Familie zwischen Flexibilität und Verlässlichkeit. Perspektiven für eine lebenslaufbezogene Familienpolitik. Siebter Familienbericht 2006; http://www.bmfsfj.de/doku/Publikationen/familienbericht/download/familienbericht_gesamt.pdf zugegriffen 26.02.2013
- Butterwegge, C.; Bosbach, G.; Birkwald, M. (Hrsg.); Armut im Alter. Probleme und Perspektiven sozialer Sicherung. Frankfurt am Main 2012: Campus
- Cooper, D.; Der Tod der Familie. Reinbek 1972: Rowohlt
- deMause, L. (Hrsg.); Hört ihr die Kinder weinen. Eine psychogenetische Geschichte der Kindheit. Frankfurt am Main 1989: Suhrkamp
- Dörner, K.; Leben und sterben, wo ich hingehöre. Neumünster 2007: Die Brücke Neumünster
- Dörner, K.; Helfensbedürftig – Heimfrei ins Dienstleistungsjahrhundert. Neumünster 2012: Die Brücke Neumünster
- Eggen, B.; Familie der Gesellschaft. Kontinuität im Wandel. Ludwigsburg/Berlin 1994: Verlag Wissenschaft und Praxis
- Funcke, D.; Hildenbrand, B.; Unkonventionelle Familien in Beratung und Therapie. Heidelberg 2009: Carl-Auer
- Fussek, C.; Schober, G.; Im Netz der Pflegemafia. Wie mit menschenunwürdiger Pflege Geschäfte gemacht werden. München 2008: Bertelsmann
- Gesundheitsberichterstattung des Bundes, Mikrozensus: Familienformen. 2013/2015. <http://www.gbe-bund.de/> Zugriffen: 25. Februar 2013 / 5. Dezember 2015
- Gronemeyer, R.; Das 4. Lebensalter. Demenz ist keine Krankheit. München 2013: Pattloch
- Heeg, S.; Bäuerle K.; Heimat für Menschen mit Demenz. Aktuelle Entwicklungen im Pflegeheimbau – Beispiele und Nutzungserfahrungen. Frankfurt am Main 2008: Mabuse
- Hesse, H.; Globalisierung. Über die unaufhaltsame Beschleunigung der Veränderung unserer Lebenswelt; in: Rasender Stillstand, hrsg. Klaus M. Kodalle, Hartmut Rosa, 138-150. Würzburg 2008: Königshausen & Neumann
- Hildenbrand, B.; Familien als Freischärler ihrer eigenen Zeit; in: Zeit essen Seele auf. Der Faktor Zeit in Therapie und Beratung, hrsg. Ulrike Borst und Bruno Hildenbrand, 30-54. Heidelberg 2012: Carl-Auer
- Hildenbrand, B.; Einführung in die Genogrammarbeit. Heidelberg 2005: Carl-Auer
- Hildenbrand, B.; Peter, C.; Familiengeschichtliche Gespräche zur Rekonstruktion der Entwicklungsdynamik von Krankheit. In: Qualitative Gesundheits- und Pflegeforschung, hrsg. Doris Schaeffer; Gabriele Müller-Mundt, 415-420. Bern 2002: Huber
- Hollstein, B.; Reziprozität in familialen Generationenbeziehungen; in: Vom Geben und Nehmen. Zur Soziologie der Reziprozität, hrsg. Frank Adloff und Steffen Mau, 187-209. Frankfurt am Main 2005: Campus
- Klessmann, E.; Wenn Eltern Kinder werden und doch Eltern bleiben. Die Doppelbotschaft der Altersdemenz, Bern 2004: Hans Huber
- König, R.; Zwei Grundbegriffe der Familiensoziologie; in: Materialien zur Soziologie der Familie, hrsg. René König, 55-87. Köln 1974: Kiepenheuer und Witsch
- Krappmann, L.; Soziologische Dimensionen der Identität. Strukturelle Bedingungen für die Teilnahme an Interaktionsprozessen. Stuttgart 2000: Klett-Cotta
- Kwapil, N.; Die Letzten ihrer Art. DIE ZEIT. 7.2.2013 Nr. 07. Hamburg 2013: <http://www.zeit.de/2013/07/Demographie-Alter-Oesterreich> zugegriffen 28.03.2013
- Lessenich, S.; Mau, S.; Reziprozität und Wohlfahrtsstaat; in: Vom Geben und Nehmen. Zur Soziologie der Reziprozität, hrsg. Frank Adloff und Steffen Mau, 257-279, Frankfurt/New York 2005: Campus
- Lévi-Strauss, C.; Strukturelle Anthropologie, Frankfurt am Main 1967: Suhrkamp
- Mauss, M.; Die Gabe. Form und Funktion des Austauschs in archaischen Gesellschaften. [Orig.: Essai sur le don. 1925]; in: Mauss, Marcel: Soziologie und Anthropologie. Bd. 2., hrsg. Wolf Lepenies, Henning Ritter, 9 – 144; Frankfurt am Main, Berlin, Wien 1978: Ullstein

- Mead, G. H.; Geist, Identität und Gesellschaft. Frankfurt am Main 1968: Suhrkamp
- Nave-Herz, R.; Wandel und Kontinuität in der Bedeutung, in der Struktur und Stabilität von Ehe und Familie in Deutschland, in: Kontinuität und Wandel der Familie in Deutschland. Eine zeitgeschichtliche Analyse, hrsg. Rosmarie Nave-Herz, Stuttgart 2002: Lucius & Lucius
- Peck, S. M.; Gemeinschaftsbildung. Bandau 2007: Eurotopia
- Peukert, R.; Familienformen im sozialen Wandel, Wiesbaden 2008: VS
- Plessner, H.; Grenzen der Gemeinschaft. Eine Kritik des sozialen Radikalismus. [Orig. 1924]. Frankfurt am Main 2002: Suhrkamp
- Poddig, B.; Die „Neuen Alten“ im Wohnungsmarkt – Aktuelle Forschungsergebnisse über eine stark wachsende Zielgruppe, in: Forum Wohnen und Stadtentwicklung, hrsg. vhw – Bundesverband für Wohnen und Stadtentwicklung e. V., vhw FW 3/2006. 211-217. Berlin: vhw
- Rosa, H.; Beschleunigung. Die Veränderung der Zeitstrukturen in der Moderne. Frankfurt am Main 2005: Suhrkamp
- Rosenbaum, H.; Einleitung. In Seminar: Familie und Gesellschaftsstruktur. Materialien zu den sozioökonomischen Bedingungen von Familienformen, hrsg. Heidi Rosenbaum, 9-52. Frankfurt am Main 1978: Suhrkamp
- Rosenbaum, H.; Formen der Familie. Untersuchungen zum Zusammenhang von Familienverhältnissen, Sozialstruktur und sozialem Wandel in der deutschen Gesellschaft des 19. Jahrhunderts. Frankfurt am Main 1982: Suhrkamp
- Rosenberg, M.; Mutter, wann stirbst du endlich? München 2012: Blanvalet
- Rothgang H.; Stephanie I.; Müller R.; Sauer S.; Unger R.; BARMER GEK Pflegereport 2010. Schwerpunktthema: Demenz und Pflege, hrsg. BARMER GEK. Sankt Augustin: Asgard-Verlag
- Schapp, W.; In Geschichten verstrickt. Zum Sein von Mensch und Ding, Frankfurt am Main 2004: Klostermann
- Schneewind, K.; Familien zwischen Rhetorik und Realität, in: Wandel der Familie, hrsg. Klaus A. Schneewind, Lutz von Rosenstiel, 9-36. Göttingen et al. 1992: Hogrefe
- Schulz-Nieswandt, F.; Köstler, U.; Langenhorst, F.; Marks, H.; Neue Wohnformen im Alter. Wohngemeinschaften und Mehrgenerationenhäuser. Stuttgart 2012: Kohlhammer
- Schütz, A.; Tiresias, oder unser Wissen von zukünftigen Ereignissen [Orig. 1959]. In derselbe. Gesammelte Aufsätze, Bd. 2: Studien zur soziologischen Theorie. 259-278. Den Haag 1972: Martinus Nijhoff
- Simmel, G.; Exkurs über den Fremden [Orig. 1908]. In: derselbe. Soziologie – Untersuchungen über die Formen der Vergesellschaftung. Gesamtausgabe Bd. 2. 764-771. Frankfurt am Main 1992: Suhrkamp
- Statistisches Bundesamt. 2012, 2015. Statistisches Jahrbuch 2012, 2015. Teil 2. Bevölkerung, Familien, Lebensformen. Wiesbaden: www.destatis.de
- Statistisches Bundesamt. Pflegestatistik 2011. Wiesbaden 2013: www.destatis.de
- Thüringer Landesamt für Statistik; Besonders im Alter – hoher Anteil Alleinlebender. Pressemitteilung 182/2012 (11. Juli 2012). Erfurt: TLS
- Veith, W.; Intergenerationelle Gerechtigkeit. Ein Beitrag zur sozialethischen Theoriebildung. Stuttgart 2006: Kohlhammer
- Vestbro, D. U. (ed.); Living together – Cohousing Ideas and Realities Around the World. Report. Stockholm 2010: Division of Urban and Regional Studies, Royal Institute of Technology in collaboration with Kollektivhus NU
- Werner, V.; Intergenerationelle Gerechtigkeit: Ein Beitrag zur sozialethischen Theoriebildung. Stuttgart 2006 (a): Kohlhammer
- Werner, V.; Intergenerationelle Gerechtigkeit. SOZIALES SEMINAR 2: 1-4. Arbeitsgemeinschaft der Sozialen Seminare in den (Erz-)Diözesen Aachen, Augsburg, Dresden-Meißen, Essen, Freiburg, Hildesheim, Köln, Limburg, Münster, Osnabrück, Paderborn, Trier und Würzburg in Kooperation mit der Akademie FRANZ HITZE HAUS 2006 (b): Johann Burlage
- Ziegler, U.; Doblhammer, G.; Prävalenz und Inzidenz von Demenz in Deutschland – Eine Studie auf Basis der Daten der gesetzlichen Krankenversicherung von 2002. Rostock 2009: Rostocker Zentrum zur Erforschung des Demografischen Wandels
- Ziegler, U.; Doblhammer, G.; Zahl der Betroffenen steigt auf mindestens zwei Millionen. Prognose der Demenzfälle in Deutschland bis zum Jahr 2050. In: Demografische Forschung, hrsg. Max-Planck-Institut für demografische Forschung in Kooperation mit Vienna Institute of Demography und Rostocker Zentrum zur Erforschung des Demografischen Wandels 2010, Jg. 7, Nr. 3. Rostock



Angaben zu den Autoren

Federwisch, Tobias



tägliche Regionalisierungen, Governance-Forschung, soziale Innovationen, soziales Unternehmertum, ländliche Entwicklung. Zu seinen Praxisinteressen zählen: Stadt- und Regionalentwicklung (inkl. EU-Strukturprogramme, Städtebauförderung), Wirtschaftsförderung, Qualifizierung von Führungskräften, Projekt- und Veranstaltungsmanagement, Projekttransfer, Moderation.

Kontakt: Tobias.Federwisch@leibniz-irs.de

Dr., Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Leibniz-Institut für Regionalentwicklung und Strukturplanung (IRS) in der Forschungsabteilung „Kommunikations- und Wissensdynamiken im Raum“. Ausbildung zum Groß- und Außenhandelskaufmann bei der ThyssenKrupp AG (1994–1997). Studium Geographie und Politikwissenschaft an den Universitäten Jena und Edinburgh (2000–2006). Im Rahmen seiner wissenschaftlichen Tätigkeit an der Universität Jena wurde er mit einer Arbeit zu den deutschen Metropolregionen promoviert (2007–2011). Danach Projektleiter bei der Social Impact GmbH – einem Beratungshaus für soziale Innovationen und soziales Unternehmertum (2012–2014). Seit 2013 Lehrbeauftragter am Institut für Philosophie und Politikwissenschaft der TU Dortmund. Seit 2015 wissenschaftlicher Mitarbeiter in der Forschungsabteilung 3 des IRS. Zu seinen Forschungsinteressen zählen: all-

Frey, Heinz



Auszeichnungen u. a. 2011 mit dem Deutschen Engagementpreis (Einzelperson), 2012: Aufnahme in das ashoka-Sozialunternehmer-Netzwerk, 2013/14: Bundesverdienstkreuz.

Kontakt: frey@dorv.de; www.dorv.de

Studium Mathematik, Sport, Geschichte, Latein, Architektur an der Rheinisch Westfälische Technischen Hochschule Aachen und der Uni Köln. Hauptberuf: Lehrer am Gymnasium – ca. 30 Jahre bis 2013. Verschiedene nebenberufliche Tätigkeiten, u. a. im Baubereich. Seit 1993 Mitglied im Stadtrat der Stadt Jülich – seit dieser Zeit direkt gewählter Vertreter von Jülich-Barmen und Merzenhausen. 2002 Gründer der Jülicher Bürgerbewegung: UWG-JÜL – seit dieser Zeit Fraktionsvorsitzender. Im gleichen Jahr 2002 Gründung der DORV-Bewegung, seitdem ehrenamtlicher Geschäftsführung der DORV-Zentrum GmbH. 2011/2013: Gründung der DORV/Zentrum gGmbH (Integrationsbetrieb, regionale Beschäftigung behinderter Mitbürger. Seit 2013 selbstständig tätig als Sozialunternehmer – Gründung der DORV-UG (Beratung und Begleitung von Bürgerprozessen).

Kuhlmann, Andrea



2012 Promotion an der TU Dortmund im Fachbereich Erziehungswissenschaften und Soziologie zum Thema „Gemeindeorientierte Gesundheitsförderung für ältere Menschen – zwischen kommunaler Verantwortung und Selbstverpflichtung. Funktionen und Mitgliedschaften in der Deutsche Gesellschaft für Gerontologie und Geriatrie (DGGG) und im Deutschen Netzwerk Gesundheitskompetenz

Kontakt: andrea.kuhlmann@tu-dortmund.de

Dr. phil., Dipl. Päd.; stellv. wiss. Geschäftsführerin am Institut für Gerontologie an der TU Dortmund, Koordinatorin für den Arbeitsbereich „Lebenslagen, Lebensformen und Soziale Integration“. Arbeitsschwerpunkte: Gesundheitliche und pflegerische Versorgung, Case Management, Demenzerkrankungen, (berufstätige) pflegende Angehörige, (Kommunale) Gesundheitsförderung, Kommunale Altenberichtserstattung, alter(n)sgerechte (lokale) Unterstützungsstrukturen, Senioren-, Bürgergenossenschaften. Zuvor Studium der Erziehungswissenschaften an der TU Dortmund mit Schwerpunkt Soziale Gerontologie (1997-2003), Abschluss als Diplom-Pädagogin; danach wissenschaftliche Mitarbeiterin am Institut für Gerontologie an der TU Dortmund (seit April 2004).

Lampert, Andreas



tretung der kath. Gemeinden im Vorstand der Ökumenischen Telefonseelsorge Gera e. V. Andreas Lampert war u. a. tätig in der Tagesbetreuung für verwirrte und altersdemente Heimbewohner des Katholischen Seniorenheimes „Edith Stein“, für den Caritasverband für Ostthüringen e. V., im Sozialdienst als stellvertretende Heimleitung im „Haus Emmaus“, von 2006–2011 Leitung der Gefährdetenhilfe „Haus Emmaus“ des Caritasverbandes für Ostthüringen e. V., Leitung des angeschlossenen ambulanten Dienstes, Verantwortung für die Bereiche „Alltag und Wohnen“, seit 2005 war er Lehrbeauftragter an der Fachhochschule Jena, Lehrgebiet „Supervision“. Er ist Mitglied in der DGFC.

Kontakt: andreas.lampert@fh-jena.de

Professor an der Ernst-Abbe-Hochschule Jena; Berufsgebiet: Theorie und Praxis der Methoden der Sozialen Arbeit. 1990–1991 Fernstudium Volkswirtschaftslehre am Institut für Lernsysteme Hamburg, ILS Diplom, 1997–2001 Studium Sozialwesen an der Fachhochschule Jena (Diplom Sozialarbeiter/Sozialpädagoge), 2002–2006 berufliche Qualifizierung zum systemischen Therapeuten/Familientherapeuten bei der Gesellschaft für systemische Beratung und Therapie in Berlin, Mitglied der Deutschen Gesellschaft für systemische Therapie und Familientherapie (DGSF). 2004–2006 Promotionsstudium an der FSU Jena. 1992–1993 ehrenamtliches Engagement in der Wohnungslosenhilfe des Caritasverbandes für das Bistum Dresden-Meißen e. V. in Gera 2002–2003 ehrenamtliche Ver-

Lutz, Ronald



Prof. Dr.; Studium der Sozialpädagogik in Darmstadt sowie der Kulturanthropologie, der Soziologie, der Historischen Ethnologie und der Germanistik an der Universität Frankfurt. Verschiedene Tätigkeiten als Sozialpädagoge. Lehr- und Forschungstätigkeiten an den Universitäten Frankfurt am Main (1985 bis 1990), Freie Universität Berlin (1991) und Bremen (1991 bis 1993). Seit 1993 Professor für das Lehrgebiet „Menschen in besonderen Lebenslagen“ an der Fakultät Sozialwesen der FH Erfurt. Schwerpunktthemen und Forschungsbereiche:

- Grundfragen und kulturelle Grundlagen
- Vergesellschaftungsformen
- Armut und soziale Benachteiligung
- Stadt und Raum

- Raumbezogene Methoden und Sozialberichtssysteme
- Transformationen der Hilfesysteme
- International vergleichende Sozialpolitikforschung

Ronald Lutz hat in den letzten Jahren u. a. zu Gegenständen der Sozialen Arbeit, über erschöpfte Familien und soziale Erschöpfung sowie zur Kinder- und Jugendarmut publiziert.

Kontakt: lutz@fh-erfurt.de

Pfeiffer, Rolf W.



Beschäftigungsförderung. Mitgliedschaften u. a.: Institut für Allgemeine und Interkulturelle Didaktik (AIKUD e. V.) Göttingen und im Forum Gemeinschaftliches Wohnen – Bundesvereinigung (FGW e. V.) Hannover.

Kontakt: rolf.pfeiffer@fh-jena.de

Professor an der Ernst-Abbe-Hochschule Jena: Berufungsgebiet: Sozialarbeit/Sozialpädagogik. Studium an der Gesamthochschule-Universität Kassel, Abschluss als Diplom-Sozialarbeiter und Sozialpädagoge. Im Anschluss Studium an der Georg-August Universität Göttingen, Abschluss als Magister Artium (M. A.) – Pädagogik, Ethnologie, Soziologie; Promotion an der Universität Kassel. Lehr- und Forschungsgebiete: Alternative Altenarbeit, Lebens- und Wohnformen älterer Menschen im demografischen Wandel, Soziale Arbeit mit gesellschaftlich Benachteiligten, Geschichte und Theorie der Sozialen Arbeit. Außerdem Fachpraxis in der Sozialen Arbeit: Obdachlosenarbeit (Anlauf- und Beratungsstelle), Jugendhilfe (Einzelfallbetreuungen), Offene Jugendarbeit (Stadtteilarbeit und ländlicher Raum),

Popp, Mareike



M. A. Social Work, Dipl. Soz.Päd. (FH), zur Zeit Promotion an der Fakultät Sozial- und Wirtschaftswissenschaften der Otto-Friedrich-Universität Bamberg, dort auch wissenschaftliche Mitarbeiterin. Zuvor 2010 Leitung des Sozialdienstes, Sozialberatung – Orthopädie, Psychosomatik und Psychotherapie an der Klinik Am Park in Bad Steben; danach 2009–2011 Studium der Sozialen Arbeit an der Hochschule für angewandte Wissenschaften Coburg. Im Anschluss Erzieherin in der Kinder- und Jugendhilfeeinrichtung Schloss Stutensee Landkreis Karlsruhe.

Kontakt: mareike.popp@hs-coburg.de

Rund, Mario



Dr. disc pol., zur Zeit tätig an der Hochschule für angewandte Wissenschaft und Kunst Hildesheim/Holzminde/Göttingen, Fakultät Soziale Arbeit und Gesundheit. Hier Verwaltungsprofessur für „Theorie und Profession der Sozialen Arbeit mit dem Schwerpunkt Gemeinwesenarbeit“. Er lehrt und arbeitet zur Sozialplanung, Sozialraumplanung, zu Sozialraumpolitiken, Sozialraumansätzen (Stadtteil- und Gemeinwesenarbeit, Quartiermanagement, Community Organizing, reflexive Sozialraumarbeit, Sozialraumorientierung) und zur bedarfsgerechten Kommunal- und Regionalentwicklung. Er ist u. a. in der Thüringer Arbeitsgemeinschaft Soziale Stadtentwicklung und Gemeinwesenarbeit e. V. tätig, die er fachlich berät.

Kontakt: mario.rund@hawk-hhg.de

Spieler, Alfred



Dr.; 1970–1975 Studium der Politikwissenschaften (Internationale Beziehungen). 1981 Promotion als Dr. rer. pol.; langjährige Tätigkeit in den Bereichen Marketing (speziell Dialog- und Veranstaltungsmarketing). Ab 1998 Wissenschaftlicher Mitarbeiter eines Bundestagsabgeordneten (Schwerpunkt Behinderten- und Gesundheitspolitik). Seit 2003 Referent für Sozialpolitik der Volkssolidarität Bundesverband e. V.

Kontakt: alfred.spieler@volkssolidaritaet.de

Steinhausen, Jan



Dr. phil; Geschäftsführer des Landesseniorenrates Thüringen. Zuvor Studium Literaturwissenschaft und Philosophie (M. A.) und Lehramt Deutsch, Ethik, Geschichte an der Martin-Luther-Universität Halle; im Anschluss an das Studium Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut zur Erforschung der Europäischen Aufklärung in Halle, Promotion auf dem Gebiet der Neueren Literaturwissenschaft, Lehrbeauftragter und Zweites Staatsexamen. 2001–2010 Wissenschaftlicher Leiter des Soziokulturellen Forums der Marie-Seebach-Stiftung Weimar, 2010–2013 stellvertr. Geschäftsführer der AWO Rudolstadt und u. a. Schulleiter. Parallel ehrenamtliche Tätigkeiten als Vorstandsmitglied der Landesseniorenvertretung Thüringen e. V. und des Landesverbandes der Volkssolidarität Thüringen sowie als Vorstandsvorsitzender des Regionalverbandes der Volkssolidarität Saalfeld-Rudolstadt.

Kontakt: jan.steinhausen@gmx.de

Voigtländer, Leiv Eirik



Dr.; Magister-Studium der Politik- und Wirtschaftswissenschaften an der Carl von Ossietzky-Universität Oldenburg. Thema der Magisterarbeit: Über den Begriff der Kohärenz im politischen Denken Antonio Gramscis. Mitarbeit in der Forschungsstelle Intellektuellensoziologie und im Hannah-Arendt-Zentrum an der Carl von Ossietzky-Universität Oldenburg; Lehraufträge in Oldenburg und Göttingen. 2009 bis 2014 Doktorand an der Freien Universität Berlin. Promotion am Fachbereich Politik- und Sozialwissenschaften der FU Berlin mit einer qualitativ-empirischen Studie über soziale Ungleichheit und Engagement im sozialen Bereich. Seit 2014 wissenschaftlicher Mitarbeiter in der Stabsstelle Qualitätsmanagement der Europa-Universität Flensburg. Langjähriges, derzeit jedoch ruhendes, zivilgesellschaftliches Engagement in div. umwelt- und sozialpolitischen Bewegungen

Kontakt: leiv.voigtlaender@uni-flensburg.de

Landesseniorenrat Thüringen e. V.

Alter ist Kompetenz

Armut im Alter ist keine Erfindung moderner Gesellschaften. Sie begleitet die Geschichte der Menschheit. Dass sie in der Gegenwart wieder so präsent ist und in der Zukunft sein wird, nachdem sie in vergangenen Jahrzehnten in Deutschland kaum eine Rolle spielte, hat Ursachen, die nicht im Versagen von Marktkräften und demografischen Entwicklungen zu suchen sind, sondern in der Politik. Die Autoren dieses Bandes thematisieren Phänomene von Armut und ihre Ursachen. Dabei beziehen sie sich nicht nur auf Armut, sondern ein prekäres Altern, auf Lebenslagen und Auswirkungen von Armut. Dabei versuchen sie, Lösungsansätze zu entwickeln, wie Politik und betroffene Menschen mit Armut im Alter umgehen können.



Impressum

Herausgeber:

Landesseniorenrat Thüringen,
Dr. Jan Steinhaußen
(Konzeption, Zusammenstellung)
Prager Straße 5/11, 99091 Erfurt
Telefon: 0361/562 16 49
Mobil: 0152 55353013
Fax: 0361/601 37 46
landesseniorenrat-thueringen@gmx.de
www.landesseniorenrat-thueringen.de
Vorsitzende: Hannelore Hauschild
Redaktion:
Dr. Jan Steinhaußen,
Carolin Czauderna,
Mandy Mühle

Layout und Satz:

Dr. Kerstin Ramm,
Grafik und Werbung,
Dorfstr. 15, 07646 Albersdorf
Tel.: 036692/213 82
Fax: 036692/355 77
www.grafikundwerbung-ramm.de

Verlag: EchinoMedia,

Dr. Kerstin Ramm,
Dorfstr. 15, 07646 Albersdorf
Tel.: 036692/35578
Fax: 036692/35577
www.echinomedia.de

Alle abgebildeten Kunstwerke:
Sieghard Narr (Weimar)

Fotos:

Dr. Jan Steinhaußen



Gefördert durch den
Freistaat Thüringen.